

Geheimberichte aus dem Dritten Reich 1933-1935

Herausgegeben von Paul Stoop

EXPEDITIE: 19 April 1934

RAPPORT VAN ONZEN VERTEGENWO

STRIKT VERTROUWELIJK

Duitsland als Rec

De Pruisische minister-president Göring van chef der geheime staatspolitie o verordening uitgevaardigd aangaande de "S verklaard, dat zij de rechtszekerheid "ve ning wordt o.a. aan functionarissen van d gingen verboden, op hun eigen houtje pers berooven. Daarmede wordt officieel erkend placht te geschieden. Wie dat vóór het ve lening waagde te beweren, stelde zich blo verspreiding van gruwelberichten, zelf in komen. Zoo is het gewone procedé: eerst i bewijs is, dat degen, die het zegt, word het met veel ophief afgeschaft, dus wa he men dan zeggen: gelukkig is het nu dan to dat voetstoots aanneemt, laat zich echter "ling" van eenige terroristische praktijk ders dan een truc, om er in het vervolg d heimer mee door te gaan. Er is alleen nog verd, en wie nu nog tegen deze bewijzen i doelde terroristische praktijk zou willen recht streng bestraft, wat weer een derde ben hier namelijk te doen met een "kouden buitenland niet algemeen wordt doorzien. van naar buiten. Toen het de S.A. niet ge deelstukken, waar joden of gewaande joden gen, stelden zij aan den ingang van de th vertoond, zes man in uniform op, om het p krijgen: "hier is wat aan de hand, hier z ten" en aldus af te schrikken. Voor de ma typisch.

Maar nu terug tot de verordening van Beschouwt men deze verordening als bonafid dat zij nog steeds de gevangenhouding ged voordat de sanctie van Göring moet worden verordening wordt o.a. ook bepaald, dat " naast de politiegevangeniszen zijn ingeri kleine concentratiekampen dragen, onmidde heven en later ook niet meer opnieuw moge doeld zijn de geheime gevangeniszen in de

Argon

Merkmale eines Terrorregimes zeigen sich weniger an großen politischen Entscheidungen als vielmehr an Ereignissen des alltäglichen Lebens; so auch erkennbar in den Anfängen der nationalsozialistischen Herrschaft.

Wie schnell die innenpolitische Repression faßte, wie eilig die deutsche Wiederaufrüstung einsetzte, wie tiefgreifend Angst das Leben der Menschen beeinflußte – all das beschreibt Hendrik Jan Noordewier in seinen geheimen Berichten an das Haager Außenministerium. Diese Informationen waren ausschließlich für einen ausgewählten Kreis holländischer Politiker und hoher Beamter bestimmt. Sie sind ein einzigartiges historisches Dokument: Keine Lebenserinnerungen, keine politischen Tagebücher, sondern authentische Briefe, deren Inhalt die Zeit zwischen 1933 und Ende 1935 wachrufen. Ob über Wiederaufrüstung, über Konzentrationslager, über Folter oder den politischen Widerstand – Noordewiers geheime Berichte dokumentieren, decken auf und interpretieren Entwicklungen in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur.

Hendrik Jan Noordewier (1880–1941) war Korrespondent des liberalen »Nieuwe Rotterdamsche Courant« und arbeitete im Auftrag des halboffiziellen niederländischen Presseamtes.

»Die Olympischen Spiele werden stattfinden, und nach deren Ablauf kriegen wir die ›General-Liquidation‹ der Judenfrage, zwar nicht unter Beifall des übrigen Europa, aber doch immerhin unter Nachsicht der öffentlichen Meinung, die ja gerade vorher mit eigenen Augen hat sehen können, daß den Juden in Deutschland ›kein Haar gekrümmt wird‹.«

1935

ISBN 3-87024-708-8

Paul Stoop, 1955 in Amsterdam geboren, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Spanisch in Bonn. Promotion 1987 an Vrije Universiteit Amsterdam. Seit 1982 freier Publizist, bis 1987 in Amsterdam, seitdem in Berlin. Lehrbeauftragter an der FU Berlin. Bisher veröffentlicht: Niederländische Presse unter Druck. Deutsche auswärtige Pressepolitik und die Niederlande 1933 – 1940. München 1987.

argon zeitgeschichte — eine kritische
Reihe mit Dokumenten zur jüngsten
Geschichte und Beiträgen zu Politik,
Kultur und Publizistik



Hendrik Jan Noordewier, Aufnahme von 1937

Geheimerichte aus dem Dritten Reich

Der Journalist H. J. Noordewier
als politischer Beobachter

Herausgegeben von Paul Stoop

Argon

© 1990 Argon Verlag GmbH
Potsdamer Strasse 77-87
1000 Berlin 30
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany
Satz: Mercator Druckerei GmbH, Berlin
Druck: Graphische Werkstätten Berlin GmbH
Bindung: Heinz Stein, Berlin

ISBN 3 -87 024-708 -8

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Inhalt

Einleitung	7
Berichte	37
1933	37
1934	82
1935	161
Anmerkungen	204
Literaturverzeichnis	223
Abbildungsnachweis	228
Personenregister	229

DOROTHEEN-

STR.

HEERES BÜCHEREI
REICHS-MIN. DES INNEREN
72-74

FRANZÖSISCHE 5 BOT-SCHAFT

BRANDENBURGER TOR
PARISER PLATZ

UNTER DEN LINDEN

HOTEL ADLON

4 REICHS-MIN. FÜR WISSENSCHAFT, ERZIEHUNG u. VOLKS-BILDUNG

GENERAL-JNSP. FÜR D. DEUTSCHE STRASSEN WESSEN
3 4
AKADEMIE D. KÜNSTE
ENGLISCHE BOTSCHAFT

70

72

73

74-76

77

78

79

80

BEHREN-STR.

REICHS-MIN. FÜR ERNÄHRUNG U. LANDWIRTSCHAFT

AUSWÄRTIGES AMT

REICHSKANZLER-PALAIS

REICHSKANZLEI

KANZLEI DES FÜHRERS

GAULEITUNG GR-BERLIN

11

VOSS-STR.

GENERAL-DIR. DER REICHSBAHN

REICHS-VERKEHRS-MIN.

LEIPZIGER

PREUSS. STAATS-MIN.

REICHS-LUFTFAHRT-MIN.

HAUS DER FLIEGER

PRINZ ALBRECHT-STR.

GEHEIME STAATSPOLIZEI

65 REICHS-JUSTIZ-MIN
63-64 PREUSS. STAATSRAT u. VERBUNDUNGS STAB DES STELLVERTRETERS DES FÜHRERS
61a REICHS-PROPAGANDA-MIN. REICHSKULTURKAMMER
8-9

WILHELM-PLATZ

HOTEL KAISERHOF

60-61 REICHS FINANZ MIN.

STR
REICHS-POST-MIN. 14-18

55 PRIVAT KANZLEI DES FÜHRERS

ZIMMERS

Einleitung

1941 stellten Beamte der Geheimen Staatspolizei dem niederländischen Journalisten Dolf Benz, Korrespondent des «Nieuwe Rotterdamsche Courant» (NRC) in Berlin, unangemeldet einen Besuch ab. Es seien geheime Berichte – an die niederländische Gesandtschaft gerichtet – gefunden worden, verfasst von Benz' kurz zuvor gestorbenem Vorgänger Hendrik Jan Noordewier. Ob er etwas von diesen Berichten wisse, wurde Benz eindringlich gefragt. Er verneinte entschieden. Benz wusste tatsächlich nicht, was es mit diesen Berichten auf sich hatte. Zu seiner Erleichterung verabschiedeten die Beamten sich daraufhin, nicht ohne ihn zu warnen, sich auf keinen Fall einer solchen geheimen Tätigkeit schuldig zu machen.¹

Bei den von der Gestapo angesprochenen Papieren handelt es sich mit aller Wahrscheinlichkeit um jene Berichte, die Hendrik Jan Noordewier in den Jahren 1933 bis 1935 für die niederländische Regierung geschrieben hatte. Vermutlich wurden Auszüge dieser Berichte bei der Prüfung der Akten des niederländischen Außenministeriums gefunden, die die deutsche Besatzungsmacht 1940 in Den Haag beschlagnahmt hatte. Art und Inhalt der Berichte alarmierten offenbar die Geheime Staatspolizei. Denn hier hatte ein in Berlin lebender Ausländer die Regierung seines Heimatlandes über die politische Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland informiert: über die sorgsam getarnte Aufrüstung, den Terror gegen die Opposition, die Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden und die Stimmung im «Neuen Deutschland».

Die geheimen Berichte, nach Jahrzehnten im Archiv wiederentdeckt, sind für den heutigen Leser eine einzigartige Quelle. Sie stellen die Zeit von Juni 1933 bis Ende 1935 aus der Perspektive eines kritischen, erfahrenen ausländischen Beobachters dar. Sie gewähren aber auch Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen eines Journalisten, der sich um eine redliche und korrekte Berichterstattung bemühte – eine ausserordentlich schwierige Aufgabe angesichts der offiziellen propagandistischen Pressepolitik des physischen wie psychischen Drucks auf die ausländischen Korrespondenten. Die von

Noordewier in seine Berichte eingestreuten Informationen über Probleme der Berichterstattung und ein Vergleich der geheimen Berichte mit Noordewiers Zeitungsartikeln geben zudem Aufschluss über seine Auffassungen von Journalismus in dieser extremen Situation. Die vertraulichen Berichte unterscheiden sich damit grundlegend von den Memoiren ausländischer Korrespondenten, die Jahre oder gar Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges verfasst wurden. Denn diese schildern und deuten die Ereignisse aus der Distanz desjenigen, der erlebt hat, dass das Deutsche Reich unter Hitler tatsächlich das in «Mein Kampf» dargelegte Programm verwirklichen würde. Das konnte man 1933, 1934 oder 1935 zwar ahnen und befürchten, nicht aber wissen.

Ausländskorrespondenten in Berlin

Was konnte «man» in den Anfängen der Herrschaft des Nationalsozialismus über den verbrecherischen Charakter dieses Regimes wissen? Was war vielleicht bekannt, was wurde geflissentlich übersehen, überhört und verdrängt? Diese Frage stellt sich nicht nur im Hinblick auf die deutsche Bevölkerung, sondern auch auf das Ausland. Wussten Politiker und die Öffentlichkeit, insbesondere in den demokratischen Staaten, was sich in Deutschland abspielte? Konnte oder wollte man den Nationalsozialismus als verbrecherisches System erkennen und für die eigene Politik Konsequenzen ziehen? In einer Zeit ohne Live-Übertragungen im Fernsehen aus den entferntesten Winkeln der Erde waren es vor allem die Zeitungen, die das Bild bestimmten, das sich das Ausland von der Entwicklung in Deutschland machen konnte. Dabei kam den Korrespondenten in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Denn nach der raschen Gleichschaltung durch das nationalsozialistische Regime entfiel die deutsche Presse für die Heimatredaktionen als zusätzliche Informationsquelle und mögliches Korrektiv zu den Berichten des eigenen Mitarbeiters in Berlin. Die Korrespondenten vor Ort stellten in der Regel, ausser den diplomatischen Vertretungen in Deutschland, die wichtigste Informationsquelle von Parteien, Parlamenten und Regierungen des

Auslandes dar. Konnten sie, die die Ereignisse in Deutschland aus unmittelbarer Nähe erlebten, über ein Netz von Kontakten verfügten und herumreisen durften, ein umfassendes Bild vermitteln?

Dass mit der Machtübernahme der Regierung Hitler am 30. Januar 1933 auch für die ausländischen Beobachter in Deutschland eine neue Ära begonnen hatte, zeigte sich schon innerhalb kurzer Zeit. Am 8. März 1933 verbreitete die «Vossische Zeitung» eine amtliche Meldung unter der Überschrift «Bewährungsfrist für Auslands-Korrespondenten». Darin hiess es: «Angesichts der böswilligen Berichterstattung über innerdeutsche Verhältnisse in der Auslandspresse waren ernste Massnahmen gegen eine Reihe von Auslandskorrespondenten in Vorbereitung. Ein Teil der fraglichen Korrespondenten hat sich dem Zugriff der Polizei durch Abreise entzogen. Was die übrigen anlangt, so liegt von diesen die Zusicherung vor, in Zukunft in ihrer Berichterstattung sich jeder böswilligen Berichterstattung zu enthalten und zweideutige Darstellungen zu vermeiden.» Deshalb seien, so die Meldung weiter, die Betroffenen «zunächst von einer Ausweisung verschont geblieben, und es ist ihnen eine Bewährungsfrist von zwei Monaten bewilligt worden.»²

Bei dieser Verwarnung der ausländischen Korrespondenten in Berlin handelte es sich keineswegs um blosser Rhetorik. Durch die kritischen Reaktionen ausländischer Zeitungen auf die ersten innenpolitischen Zwangsmassnahmen veranlasst, hatte das Reichskabinett schon am 2. März 1933 mögliche Massnahmen gegen die «Presseagitation gegen die deutsche Regierung» besprochen. Dabei wurde auch die Ausweisung missliebiger Korrespondenten erwogen. Reichsaussenminister von Neurath wehrte sich nicht grundsätzlich gegen eine solche Massnahme. Er habe gegen die Ausweisung von Korrespondenten nichts einzuwenden, erklärte er. Nur könnten diese nicht verantwortlich gemacht werden für die Leitartikel ihrer Zeitungen. Wenn die Heimatredaktion zurechtgewiesen werden sollte, käme aber eine Verwarnung des Berliner Korrespondenten in Frage.³ Das Mittel der Ausweisung, das von Neurath zunächst nur aus taktischen Gründen behutsam benutzen wollte, wurde schon bald zum wichtigsten Repressionsinstrument gegen die Berliner Vertreter ausländischer Zeitungen. Bis zum September 1933 wurden schon mehr

als ein Dutzend Ausländskorrespondenten ausgewiesen. Zudem kamen in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft manche Korrespondenten einer Ausweisung durch die Abreise aus Deutschland zuvor.⁴

Die allgegenwärtige Gefahr der Ausweisung hatte schwerwiegende Folgen für beide Teilbereiche journalistischer Arbeit in Deutschland: für die Informationsbeschaffung und für die Verwertung der gesammelten Informationen in der Berichterstattung. Am liebsten hätte das NS-Regime gesehen, wenn die ausländische Presse sich ausschliesslich amtlicher deutscher Informationen als Quelle bedient hätte – ein Anliegen, auf dessen Erfüllung nicht ernstlich gehofft wurde. So blieb es zunächst dabei, auf verschiedenen Ebenen Kontakte zu den Korrespondenten zu knüpfen und ihnen bei formellen wie auch informellen Gelegenheiten die Sichtweise der deutschen Regierung näherzubringen. Regelmässige Konferenzen für die Auslandspresse fanden zunächst nicht statt. Nur bei besonderen Gelegenheiten wurden kurzfristig Pressekonferenzen vom Auswärtigen Amt oder dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda – in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander in der Wilhelmstrasse gelegen – anberaunt. An diesen Konferenzen nahmen jeweils 100 bis 120 ausländische Journalisten teil. Erst im Laufe der Jahre veranstalteten beide Ministerien häufiger Pressekonferenzen, von Kriegsbeginn im September 1939 an täglich.⁵

Darüber hinaus bekamen Ausländskorrespondenten Gelegenheit, informell mit Vertretern von Staat und Partei zusammenzutreffen. Hierbei handelte es sich zum Teil um Versuche einzelner Stellen oder Personen, zumindest dem äusseren Anschein nach sich ein Stück eigener aussenpolitischer Kompetenz zu schaffen oder zu erhalten. So veranstaltete Rosenberg, dessen Aussenpolitisches Amt sich intensiv um die Ausländskorrespondenten kümmerte, einmal in ein bis zwei Monaten einen «Bierabend» im Hotel Adlon, zu dem er Diplomaten, Ausländskorrespondenten sowie hochrangige nationalsozialistische Führer einlud, die über ihren Arbeitsbereich und ihre Auffassungen Bericht erstatteten.⁶ Gerade aufgrund der Konkurrenz der verschiedenen Stellen und deren Profilierungsdrang, zum Teil aber auch durch schlichte Pannen, konnte man bei derartigen Veran-



Im Vordergrund von links nach rechts: Kurt A. Mayer (NRC), Jan Stoffels («De Telegraaf») und Hendrik Jan Noordewier (NRC) mit niederländischen Korrespondentenkollegen (Anfang der 30er Jahre)

staltungen Hinweise auf noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Pläne bekommen. Fast zwangsläufig kam es zwischen verschiedenen Ämtern und Ministerien zu Irritationen, wenn bekannt wurde, dass Journalisten bei solchen Veranstaltungen nicht für die Presse gedachte Informationen bekamen.⁷

Als unerlässliche Ergänzung und Gegengewicht zu propagandistisch gefärbten und unzulänglichen Informationen offizieller Stellen waren die Korrespondenten auf andere Quellen angewiesen. Die Informationsbeschaffung ausserhalb des Amtsweges war jedoch mit Mühen und Gefahren verbunden. So unterhielten Korrespondenten Kontakte zu Personen, die ihnen Informationen aus dem Staats- und Parteiapparat, aus den Kirchen, dem Untergrund oder Konzentrationslagern zukommen liessen. Die ausländischen Journalisten mussten bei der Nutzung solcher Quellen stets auf der Hut sein. Denn es gab unter diesen Informanten auch von der Gestapo eingesetzte Spitzel.⁸ Bei den Treffen mit den geheimen Informanten taten sie alles, um eine mögliche Beschattung zu täuschen, etwa durch Verschlüsselung der Information über den Treffpunkt oder durch den Einsatz von Mittelspersonen. Die Treffen fanden in immer wieder wechselnden Cafés, auf öffentlichen Plätzen, in überfüllten Bahnhofshallen, in freier Natur am Rande der Stadt⁹ oder – wie Stéphane Roussel, Korrespondentin des französischen «Matin», berichtet – im Zoologischen Garten statt. Zu solchen Begegnungen verabredete sie sich dann «hinter dem Tigerkäfig» oder «vor den Schimpansen».¹⁰

Insbesondere Informanten, die auch noch auf andere Weise aktiv gegen das nationalsozialistische Regime arbeiteten, waren stark gefährdet. Ganz verzichten konnten die Korrespondenten auf deren Informationen nicht. Um als Aussenstehende so komplizierte Entwicklungen wie die des Kirchenkampfes überhaupt verstehen zu können, waren sie auf die Berichte Eingeweihter angewiesen.¹¹ Eine knappe Tagebuchnotiz William Shirers aus dem Jahr 1937 gibt die Bedeutung dieser Informantentätigkeit für die Korrespondenten und das hohe persönliche Risiko für die Kontaktpersonen wieder: «Berlin, 15. Juni. Gestern fünf weitere evangelische Pfarrer verhaftet, darunter Jacobi von der grossen Gedächtniskirche. Kann kaum noch

schritthalten mit dem Kirchenkampf, seitdem sie meinen Informanten, einen jungen Pfarrer, verhaftet haben; will das Leben weiterer Informanten lieber nicht gefährden.»¹²

Es lastete somit eine schwere Verantwortung auf dem niederländischen Korrespondenten, die zu einer gewissen Selbstbeschränkung führte, wie der niederländische Journalist Levinus J. van Looi im August 1934 in seiner Zeitung, dem sozialdemokratischen «Het Volk» (Amsterdam) erklärte: «Die wirkliche Lage in Deutschland konnte bisher im Ausland noch nicht beschrieben werden. Auch einjournalist mit dem grössten Mut hält das keine Woche lang durch.»¹³ Van Looi war soeben aus Deutschland ausgewiesen worden. In der polizeilichen Ausweisungsverfügung hiess es, er habe in seiner Berichterstattung «die Verhältnisse in Deutschland auf böswillig verzerrte, hasserfüllte oder beleidigende Weise kritisiert».¹⁴ Van Looi erklärte den Lesern nach seiner Rückkehr, warum auch ein noch so mutiger Korrespondent bestimmte Dinge verschweigen musste. Wenn er völlig offen berichten würde, brächte der damit «nicht nur sich selbst ins Gefängnis, sondern auch seine deutschen Informanten.»

Welches Risiko die deutschen Informanten auf sich nahmen, verdeutlichen einige Beispiele. Entgegen strengstem Verbot gab der Redakteur der «Berliner Börsen-Zeitung», Walter Schwerdtfeger, im Jahr 1935 über Monate hinweg für die deutsche Presse bestimmte Anweisungen des Propagandaministeriums an ausländische Kollegen weiter. Derartiges Material vermittelte einen guten Eindruck von den nationalsozialistischen Techniken inhaltlicher Pressebeeinflussung. 1936 wurde Schwerdtfeger wegen Landesverrats zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt.¹⁵ Der junge Vikar der Bekennenden Kirche und Schüler Karl Barths, Werner Koch, konnte ebenfalls nur für begrenzte Zeit mit der ausländischen Presse kooperieren. Von Hinweisen ausländischer Freunde auf die oft mangelhafte Unterrichtung der ausländischen Presse über den Kirchenkampf angeregt, belieferte Koch vom Frühjahr 1935 bis zum November 1936 Korrespondenten in Berlin und ausländische Redaktionen auf direktem Wege mit Informationen über die Entwicklung innerhalb der evangelischen Kirche und über den Konflikt mit dem nationalsozialistischen Staat. Amerikanische, englische, französische,

schweizerische, ungarische, skandinavische und niederländische Zeitungen und Presseagenturen gehörten zu Kochs festen Abnehmern. Ende 1936 wurde Koch im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Verantwortlichen für die Veröffentlichung einer Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (Juni 1936) in der ausländischen Presse von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Erst Ende 1938 wurde er freigelassen. Der ebenfalls im Zusammenhang mit der Weitergabe der Denkschrift inhaftierte Kanzleichef der «Vorläufigen Leitung» der Bekennenden Kirche, Friedrich Weissler, wurde schon nach wenigen Tagen ermordet.¹⁶

Auch bei der Verarbeitung legal oder illegal beschaffter Informationen mussten die Korrespondenten Vorsicht walten lassen. Eine generelle Vorzensur gab es, wie mancher Neuankömmling überrascht feststellte, nicht. Lediglich die Texte der Rundfunkkorrespondenten mussten den Zensoren des Propagandaministeriums, in einzelnen Fällen auch denen des Oberkommandos der Wehrmacht oder anderen, im Einzelfall zuständigen Ministerien vorgelegt werden.¹⁷ Das Fehlen der Berichtsfreiheit einerseits und einer generellen präventiven Zensur andererseits¹⁸ machte die Arbeit der Zeitungskorrespondenten zu einer täglichen Gratwanderung zwischen dem eigenen Ziel der Berichterstattung und den tatsächlichen und vermuteten Empfindlichkeiten der deutschen Pressestellen. Die ausländische Presse wurde im Hinblick auf diese Verantwortlichkeit der Korrespondenten mit grossem Eifer durch die deutschen Behörden und Auslandsvertretungen verfolgt. Bei «antideutschen», «beleidigenden», «hetzerischen» oder «verleumderischen» Artikeln – so Bezeichnungen deutscher Stellen für antinationalsozialistische oder kritische Beiträge – kam es zur Beschlagnahme einzelner Zeitungsnummern, zum generellen Importverbot des betreffenden Blattes nach Deutschland, zu diplomatischen Protesten, Einsprüchen bei Zeitungsredaktionen und manchmal auch direkten wirtschaftlichen Sanktionen, etwa in der Form eines Boykotts deutscher Fremdenverkehrsanzeigen.¹⁹

Immer wieder gab es individuelle Verwarnungen, kollektive Schelte deutscher Regierungsvertreter an die Adresse «feindlicher» ausländischer Zeitungen, Drohungen mit härterem Vorgehen gegen

Korrespondenten und Verwarnungen einzelner Journalisten vor deren versammelten Kollegen. Regelmässig erschienen in deutschen Zeitungen auch scharfe und persönlich beleidigende Angriffe gegen einzelne Korrespondenten.²⁰

Auch wenn den ausländischen Korrespondenten klar war, dass Kritik am Regime, am «Führer» oder anderen Vertretern von Staat und Partei generell nicht gern gesehen wurde, so blieb doch die genaue Reaktion deutscher Behörden auf ihre Artikel völlig unberechenbar. Sogar bei kleinsten «Verstössen» mussten Korrespondenten mit der Möglichkeit der härtesten Sanktion, nämlich Ausweisung aus Deutschland, rechnen. Die Empfindlichkeit der mit der ausländischen Presse befassten Behörden war so gross, dass in einzelnen Fällen sogar Ausländskorrespondenten faschistischer Zeitungen es ihnen nicht recht machen konnten, wie die Ausweisung eines italienischen Korrespondenten zeigt.²¹

Besonders heftig reagierten deutsche Stellen auf die Berichterstattung über militärische Fragen. Im Oktober 1933 wurde der englische Journalist Noel Panter vom «Daily Telegraph» wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet.²² Nach einigen Tagen wurde er zwar freigelassen, die Festnahme fassten die Korrespondenten in Deutschland aber als Warnung auf.²³ Ähnlich wie Panter erging es dem Korrespondenten des «Daily Express», Pembroke Stephens, der im Mai 1934 durch Deutschland reiste und vom Aufbau der Luftwaffe berichtete. Er wurde für kurze Zeit inhaftiert, wenige Tage nach der Freilassung unter dem Verdacht der Spionage erneut festgenommen und anschliessend ausgewiesen.²⁴

Der Verhinderung und Bestrafung missliebiger Informationsbeschaffung und Berichterstattung diente ein umfassendes System von Überwachung, Bespitzelung und Einschüchterung. Schon im März 1933 wurden Telefone von Korrespondenten abgehört.²⁵ Spitzel wurden überall eingesetzt, wo Ausländskorrespondenten sich aufhielten, und zwar manchmal in einer solchen Konzentration, dass sie der Aufmerksamkeit der Beobachteten gar nicht entgehen konnten.²⁶ In Einzelfällen wurden sogar vom Auswärtigen Amt bezahlte Spitzel unter den ausländischen Korrespondenten selbst rekrutiert.²⁷ Man schreckte

auch nicht davor zurück, mit den durch Bespitzelung gewonnenen Erkenntnissen Korrespondenten zu erpressen. So wurde ein französischer Korrespondent mit Informationen über sein Liebesleben unter Druck gesetzt. Das hat möglicherweise die Wende dieses Korrespondenten zu einer dem NS-Regime wohlwollenderen Berichterstattung mit beeinflusst.²⁸

Die unablässige Propaganda, das Gefühl ständiger Kontrolle, die Einschüchterungen und das hohe Risiko deutscher Sanktionen bei missliebiger Berichterstattung und Informationsbeschaffung stellten für die Korrespondenten eine schwere Belastung dar. Verstöße gegen die vom NS-Staat festgesetzten Regeln konnten nicht nur Konsequenzen für den einzelnen Korrespondenten haben, sondern auch für dessen Zeitung. Es war keineswegs selbstverständlich, dass eine Zeitung nach der Ausweisung ihres Vertreters in Berlin einen Nachfolger entsenden durfte. Korrespondenten standen ihrem Arbeitgeber gegenüber immer unter einem Rechtfertigungsdruck, wenn sie durch ihre Berichterstattung die Gefahr der Ausweisung heraufbeschworen. Die Loyalität des Korrespondenten mit dem Arbeitgeber konnte politischer und persönlicher Natur sein – auf jeden Fall war sie aber ökonomisch fundiert. Korrespondenten, die aufgrund «unvorsichtigen» Verhaltens ausgewiesen wurden, mussten mit der Möglichkeit der Entlassung rechnen. In vielen Ländern kämpfte die Presse während der Krisenjahre mit einem Rückgang der Einnahmen aus Verkauf und Anzeigen. Personalabbau und Zeitungsfusionen stellten eine permanente Bedrohung für die Mitarbeiter dar.²⁹ Solche ökonomischen Faktoren spielten für die Korrespondenten ebenso eine Rolle wie das Problem von Geltungsstreben und Ehrgeiz eines Korrespondenten: Berlin war in den dreissiger Jahren einer der begehrtesten Standorte für Ausländskorrespondenten. Ausweisung konnte deshalb auch als erheblicher persönlicher Prestigeverlust empfunden werden.

Für die meisten Korrespondenten galt es denn auch schon aus Gründen der Selbstbehauptung, die Gefahr einer Ausweisung möglichst gering zu halten, wie es der Leiter des Berliner Büros der amerikanischen Presseagentur «Associated Press», Louis P. Lochner, formulierte: «Die Anweisung unserer Arbeitgeber besagte, keine

Unwahrheit zu berichten, sondern gerade soviel Wahrheit, dass wir auf unserem Posten bleiben konnten, ohne dabei aber das Bild zu verzerren.»³⁰

Die Tätigkeit des Nationalen Niederländischen Dokumentationsbüros

Die hier skizzierten allgemeinen Rahmenbedingungen der Berichterstattung aus Berlin sind uns vor allem aus der Memoirenliteratur bekannt. Was aber beobachteten die ausländischen Journalisten in den spannungsgeladenen Jahren der NS-Herrschaft von Tag zu Tag, was wussten und was verschwiegen sie, wie schätzten sie die damals schwer voraussehbare Entwicklung ein und wie beurteilten sie ihre eigene Position auf dem «Drahtseil» dieser Korrespondentenarbeit? Hierüber liegen bisher kaum authentische Quellen vor, die nicht mit grösserem zeitlichen Abstand geschrieben wurden. Der Blick zurück auf die dreissiger Jahre wird in den Memoiren verändert durch das Wissen um die weiteren politischen Ereignisse; die Dichte des historischen Augenblicks lässt sich in den autobiographischen Schriften nicht wiederfinden.

Eine Ausnahme bilden die 1941 veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen des amerikanischen Korrespondenten William L. Shirer mit dem Titel «Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent.» Shirer kam jedoch erst im August 1934 nach Berlin. In der veröffentlichten Fassung seines Tagebuches sind die Eintragungen zunächst sporadisch. Die zweite Hälfte der dreissiger Jahre, der Weg in den Krieg und der Beginn des Krieges bilden dem Umfang nach den Schwerpunkt des Buches.

Anders im Falle des niederländischen Zeitungskorrespondenten Hendrik Jan Noordewier³¹ (1880-1941), dessen Nebentätigkeit in den Jahren 1933 bis 1935 es zu verdanken ist, dass damit auch für die frühe Phase der NS-Herrschaft Aufzeichnungen eines Journalisten vorliegen. Nach Abschluss eines Niederländisch-Studiums in Leiden war Noordewier, Sohn eines Schuldirektors, zunächst als Lehrer tätig. Eine Liebesaffäre mit einer Schülerin (die er später heiratete) führte 1909 zu seiner Entlassung aus dem Schuldienst. Marcus van

Blankenstein, Berliner Korrespondent der angesehensten Tageszeitung der Niederlande, des liberalen «Nieuwe Rotterdamsche Courant» (NRC), holte ihn daraufhin als Mitarbeiter nach Berlin. Er kannte Noordewier noch von der gemeinsamen Leidener Studienzeit her. Die Tätigkeit in Berlin ebnete Noordewier 1911 den Weg in die Redaktion des NRC. Als aussenpolitischer Redakteur führte er während des Ersten Weltkrieges eine vielgelesene aussenpolitische Kommentarrubrik mit dem Titel «De Toestand» (Die Lage) ein. 1920 wurde er van Blankensteins Nachfolger in Berlin. 21 Jahre lang, bis zu seinem Tod 1941, berichtete Noordewier für den NRC aus Berlin. Vom Frühjahr 1933 an schrieb er zudem für die zum selben Konzern gehörende Haager Tageszeitung «Het Vaderland». Deren Berliner Korrespondent hatte nach Differenzen mit der Redaktion über die angeblich «deutschfeindliche» – also dem neuen Regime gegenüber kritische – Redigierung seiner Artikel die Zusammenarbeit gekündigt.³²

Im Frühjahr 1933 erhielt Noordewier ein Angebot zur Zusammenarbeit von F.J.W. Drion, Direktor des «Nationaal Bureau voor Documentatie over Nederland», NBDN (Nationales Niederländisches Dokumentationsbüro), in Den Haag. Dieses Büro war 1919 auf Betreiben von Wirtschaftskreisen gegründet worden, die sich für eine Verbesserung des niederländischen Images im Ausland stark machten. Das NBDN sollte die ausländische Presse gezielt über die Niederlande informieren und Falschmeldungen entgegentreten. Da die zunächst reichlich fließenden Spenden aus der Wirtschaft Anfang der zwanziger Jahre drastisch abnahmen, war das NBDN schon bald ganz auf staatliche Gelder angewiesen. Es wurde praktisch ein im Stillen arbeitendes halb offizielles Presseamt, finanziert vom Haager Aussenministerium. Das NBDN veröffentlichte «La Gazette de Holland», eine in Französisch und später auch in Englisch geschriebene Wochenzeitung über Ereignisse und Entwicklungen in den Niederlanden. Auch versorgte es amtliche Stellen mit Übersetzungen von Artikeln ausländischer Zeitungen über die Niederlande. Und schliesslich verfügte das NBDN über Vertreter in verschiedenen ausländischen Hauptstädten. Diese im Hauptberuf als Wissenschaftler oderjournalist tätigen Vertreter hatten die Aufgabe, durch persönli-

che Kontakte einen im niederländischen Sinn günstigen Einfluss auf die Landespresse auszuüben, Falschmeldungen richtigzustellen, der Presse Informationen über die Niederlande zuzuspielen und über die Entwicklung im Gastland zu informieren. Diese als «streng vertraulich» gekennzeichneten Berichte waren nur für den Aussenminister und einige wenige Spitzenbeamte in Den Haag bestimmt.³³

Eben diese Funktion bot Drion H.J. Noordewier 1933 an: Der Korrespondent sollte der neue Vertreter des NBDN in Deutschland werden. Bis dahin war das Büro nicht in Berlin, sondern in Frankfurt vertreten gewesen. Kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte Drion die seit 1926 bestehende Zusammenarbeit mit Dr. Theodor Metz, Dozent für niederländische Wirtschaftskunde an der Universität Frankfurt und Syndikus der dortigen Niederländischen Handelskammer für Deutschland, beendet. Metz hatte aufgrund der Bestimmungen der neuen deutschen Regierung Angst, Ausschnitte aus deutschen Zeitungen ohne Genehmigung der Behörden an Drion weiterzuleiten.³⁴ Drion wollte aber auf keinen Fall den Informationsfluss von einer deutschen Genehmigung abhängig machen und stellte die Zusammenarbeit mit Metz ein.³⁵

Angesichts der brisanten politischen Entwicklung in Deutschland konnte Drion das Haager Aussenministerium von der Notwendigkeit überzeugen, nun einen Vertreter in Berlin anzustellen, der aktiver als Metz war – und damit auch teurer.³⁶ Noordewier sagte zu, neben seiner Korrespondententätigkeit für das NBDN zu arbeiten. Sein Hauptarbeitgeber, der NRC, war über diese Nebentätigkeit informiert. Gerade staatstragende Zeitungen wie der NRC und das «Algemeen Handelsblad», dessen Korrespondent in Paris für das NBDN arbeitete, sahen in dieser Interessenverquickung offenbar keine Gefahr für die Unabhängigkeit ihrer Korrespondenten.

Die Skepsis des niederländischen Gesandten in Berlin, J.P. van Limburg Stirum, schien im Juni 1933 noch ein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen Drion und Noordewier darzustellen. Denn als der Gesandte von Aussenminister A.C.D. de Graeff erfuhr, dass Noordewier künftig das NBDN in Berlin vertreten werde, reagierte er verärgert. Der Gesandte fürchtete eine Berichterstattung des NB-

DN-Vertreters hinter seinem Rücken. Auch hatte er Angst, mit seinem Dienstherrn in Konflikt zu geraten, wenn in den Berichten für das NBDN die Lage anders eingeschätzt werden würde als in seiner eigenen Berichterstattung an das Aussenministerium. De Graeff gelang es aber, seinen Gesandten zu beruhigen. Er habe, schrieb er nach Berlin, mit Drion gesprochen und das Folgende vereinbart: «1. dass Sie jeweils sofort eine Abschrift der vertraulichen Schreiben bekommen, von denen auch ich einen Durchschlag erhalte, so dass Sie absolut gewiss sein können, dass nichts hinter Ihrem Rücken geschieht, und 2. dass Noordewier sich nicht nur, falls erforderlich, mit der Gesandtschaft abstimmt, sondern sich auch sonst Ihren Anweisungen entsprechend verhält.»³⁷

Die Zusammenarbeit zwischen Noordewier und dem Gesandten scheint – zumal die anfänglichen Vorbehalte van Limburg Stirums nichts mit der Person des Korrespondenten zu tun hatten – reibungslos verlaufen zu sein. Zumindest hat der Aussenminister in seinen Privatbriefen an den Gesandten die Sache danach nie mehr angeschnitten. Aus den Berichten geht auch hervor, dass Noordewier regelmässig Kontakt mit dem Gesandten aufnahm.³⁸

Vom Juli 1933 an arbeitete Noordewier also für das NBDN. Er hatte sich um Kontakte zu Redaktionen deutscher Zeitungen zu kümmern. Damit sollte der Berliner Vertreter auf informellem Weg Einflussnahme ausüben, ähnlich, so schrieb der Minister dem Gesandten, wie ein «Presseattaché, nur mit grösserer Handlungsfreiheit».³⁹ Noordewier selbst beurteilte die Möglichkeiten direkter Einflussnahme auf Zeitungsredaktionen eher als sehr gering, wie aus einem Brief vom 5. Juli 1933 hervorgeht.⁴⁰ Erfahrungsgemäss, begründete er seine Zurückhaltung, begegneten Redaktionen Personen, die von aussen Artikel an sie herantrügen, eher skeptisch und misstrauisch. Man könne besser lockere Kontakte zu Redakteuren unterhalten und nur auf deren ausdrücklichen Wunsch hin Hilfe anbieten. Um seinem Auftraggeber zu signalisieren, dass er sich aber gleichwohl um aktive Einflussnahme bemühte, schickte Noordewier dem NBDN im Juli 1935 Abschriften von zwei an ihn gerichteten Schreiben. Im ersten, vom August 1934, bedankte sich die «Hochschule für Politik» in

Berlin für Noordewiers Teilnahme an einer Veranstaltung über die deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen. In einem zweiten Schreiben, vom April 1935, versprach die Redaktion des Goebbels-Blattes «Der Angriff» Noordewier, einen von ihm bemängelten Fehler richtigzustellen.⁴¹

Ein anderes Mal geht aus einem der Berichte hervor, dass Noordewier deutschen Ansprechpartnern wohl niederländisches Informationsmaterial zur Verfügung stellen wollte.⁴² Auch wenn nicht auszuschliessen ist, dass er derartige Aktivitäten entwickelte, die in den Berichten nicht dokumentiert sind, so dürfte der Umfang dieses Teils von Noordewiers Aufgabe sehr bescheiden sein, verglichen mit den ständigen Bemühungen um Dementis und den häufigen öffentlichen Auftritten anderer NBDN-Mitarbeiter im Ausland.⁴³

Zu den Berichten

Anders als ursprünglich geplant war, bestand Noordewiers Tätigkeit für das NBDN fast ausschliesslich aus der Berichterstattung. Bis Dezember 1935, als das Aussenministerium die finanzielle Unterstützung des NBDN einstellte, schrieb Noordewier insgesamt 47 Berichte über die Entwicklung in Deutschland. Sowohl die Länge der Berichte als auch die Frequenz variierte stark. Manchmal verfasste der Korrespondent mehrere Berichte in einer Woche, schrieb zuweilen aber auch über Wochen hinweg überhaupt nicht.

Drion, dessen Büro in seinem Privathaus in Den Haag untergebracht war, las die Briefe der Mitarbeiter im Ausland und strich manche persönlichen Bemerkungen oder reine technische Passagen. Der Wortlaut der in die Berichte übernommenen Texte wurde jedoch nicht geändert. Hin und wieder ist deshalb der Briefcharakter auch in der fertiggestellten Berichtfassung noch zu erkennen, wenn der Autor den Adressaten zum Beispiel direkt anredete. Die von Drions Mitarbeitern, darunter seiner Tochter, auf Matrize getippten Berichte wurden vervielfältigt und an einen exklusiven Kreis von Empfängern geschickt.

Die folgenden Personen erhielten immer die Berichte der NBDN-Vertreter im Ausland: die Spitze des Haager Aussenministeriums

(Minister de Graeff, Generalsekretär A.M. Snouck Hurgronje und der Leiter der diplomatischen Abteilung, E.N. van Kleffens), die niederländischen Gesandten in Ländern mit Vertretern des NBDN und die Mitarbeiter des NBDN im Ausland selbst.⁴⁴ Auch Generalmajor J.W. van Oorscot, Chef des niederländischen Geheimdienstes, bekam die Berichte zu lesen.⁴⁵ Je nach Thema sandte Drion Berichte auch anderen Amtsträgern zu. Noordewiers Berichte über die deutsche Aufrüstung gingen beispielsweise an den Verteidigungsminister, L.N. Deckers, und den Befehlshaber des niederländischen Heeres, J.J.G. Baron van Voorst tot Voorst.⁴⁶ Man kann also davon ausgehen, dass die Informationen, die Noordewier lieferte, der niederländischen Regierung in vollem Umfang zur Verfügung standen.

Noordewiers Berichterstattung aus Berlin

Die vertraulichen Berichte aus Berlin können nicht als abgerundete Darstellung und Analyse des Geschehens in Deutschland gelesen werden. Schon der Stil entspricht nicht dem einer sorgfältig ausgearbeiteten Berichterstattung. Noordewier reihte häufig Informationen, die er für interessant hielt, ohne inneren Zusammenhang aneinander. In seinen längeren Ausführungen schweifte er zuweilen ab, um nach einem solchen Exkurs überraschend auf das ursprüngliche Thema zurückzukommen. Diese Eigenart weisen zwar auch seine Artikel für den NRC auf; sie war dort aber viel schwächer ausgeprägt. Offenbar ging Noordewier davon aus, dass es bei der vertraulichen Berichterstattung vor allem auf den Inhalt und nicht so sehr auf die ansprechende Form und den flüssigen Stil ankam.

Die manchmal störende Sprunghaftigkeit seiner Texte dürfte aber auch durch die Hektik des journalistischen Alltags verursacht worden sein. Man kann davon ausgehen, dass Noordewier die Arbeit an den vertraulichen Berichten oft unterbrechen musste. Der NRC erschien in einer Morgen- und einer Abendausgabe, was einen erheblichen Arbeitsdruck zur Folge hatte. Anders als dies etwa bei den von Journalisten nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland verfassten Bü-

chern der Fall war, sind Noordewiers Berichte für das NBDN eine im «Rohzustand» befindliche Quelle.

Aber nicht nur der Stil der Berichte ist persönlich gefärbt, sondern auch die darin zum Ausdruck gebrachten Einstellungen und Sichtweisen des Korrespondenten. Sie lassen sich nicht auf eine einfache Formel bringen. Noordewiers Auffassungen schwanken nämlich in mehrfacher Hinsicht, bewegen sich häufig zwischen zwei Polen, ohne dass im Laufe der Zeit eine geradlinige Veränderung von einem zum anderen erkennbar wäre. Zunächst sind die Pole Mut und Ängstlichkeit zu nennen. Durch seine vertrauliche Berichterstattung hat sich Noordewier bewusst in Gefahr begeben. Denn vieles, was er etwa über die Aufrüstung berichtete, war nach deutscher Auffassung nichts anderes als Spionage. Wenn deutsche Stellen den Inhalt seiner Berichte in Berlin gekannt hätten, wäre eine Ausweisung aus Deutschland noch die mildeste Form der Repression gewesen. Die Nachfrage der Gestapo bei Noordewiers Nachfolger Benz zeigt, dass eine solche Berichterstattung argwöhnisch registriert wurde.

Der Mut Noordewiers, die ungeschminkte Wahrheit über die Entwicklung in Deutschland zu sagen, entsprang nicht einem bedingungslosen Eifer, sondern realistischer Kalkulation. Denn was die Berichterstattung für den NRC anging, zeigte er eher eine gewisse Ängstlichkeit. Im Zeitraum 1933 bis 1935 finden sich in redaktionellen Kommentaren und Analysen des NRC höchstens allgemeine Hinweise auf die gefürchtete deutsche Wiederbewaffnung, jedoch keinerlei konkrete Fakten zu den vom Berliner Korrespondenten beobachteten Rüstungsmassnahmen. Über die militärischen Themen übernahm der NRC nur einige wenige Meldungen aus englischen und französischen Blättern.⁴⁷ Eine Übersicht über die geschätzte deutsche Heeresstärke stammte sogar aus der Sowjetunion.⁴⁸ Diese wenigen Details zur deutschen Aufrüstung wurden in keiner Weise wertend kommentiert. Die Redaktion des NRC übte diese Zurückhaltung ganz bewusst. Der kurzen Wiedergabe einer Reuter-Meldung über einen geheimen deutschen Kriegsfonds im Ausland fügte sie hinzu, sie publiziere den Bericht, weil Reuter die Sache für mel-denswert halte, könne dies aber nur unter Vorbehalt tun.⁴⁹

Auch wenn nicht auszuschliessen ist, dass in einzelnen Fällen die ängstliche Zurückhaltung einer Selbstbeschränkung der Rotterdamer Redaktion zuzuschreiben ist, kann doch von einer prinzipiellen Übereinstimmung Noordewiers mit der Linie seiner Zeitung ausgegangen werden. Denn der Berliner Korrespondent hatte im Grunde eine eher defensive Vorstellung von der Aufgabe eines Korrespondenten. Er grenzte die Einstellung seiner eigenen Zeitung, mit der er sich ausdrücklich identifizierte, beispielsweise von der der «Nationalzeitung» (Basel) und der «Neuen Zürcher Zeitung» ab. Beide Zeitungen, die von den Ereignissen in Deutschland sehr ausführlich berichteten, nähmen dem nationalsozialistischen Regime gegenüber eine «feindliche, polemische Haltung» an. Dies bedeute, dass die deutsche Regierung bekämpft und deren Position untergraben würde; der Korrespondent sei dadurch an den innenpolitischen Auseinandersetzungen seines Gastlandes beteiligt. Davon zu unterscheiden sei eine «kritische Haltung». Damit meinte er einen «überwiegend beobachtende(n) und die Tatsachen akzeptierende(n) Standpunkt», den auch ein Korrespondent einnehmen solle, der eine bestimmte Meinung über die Politik der betreffenden Regierung habe. Der NRC sei dieser Kategorie von Berichterstattung verpflichtet; er sei eine «rein ausländische Zeitung». Eine «Beteiligung an der deutschen Innenpolitik» betrachte das Blatt nicht als seine Aufgabe.⁵⁰

Anlässlich der Verhaftung eines englischen Kollegen erläuterte Noordewier seine Haltung zum speziellen Problem der Berichterstattung über militärische Angelegenheiten. Es gehöre zwar zu den Aufgaben eines Journalisten, Informationen darüber zu sammeln, er sollte sie aber nur «indirekt», also zur eigenen Orientierung, nutzen. Dieser Grundsatz gelte für jedes Gastland; auch z.B. die schwedische Regierung würde etwas gegen Ausländskorrespondenten unternehmen, die Massnahmen der Landesverteidigung enthüllten.⁵¹

Vielleicht spürte Noordewier manchmal selbst, dass eine solche «neutrale» und zurückhaltende Einstellung angesichts der vom «Neuen Deutschland» ausgehenden Gefahren blauäugig war. Wiederholt kritisierte er die allzu ausgeprägte Gutgläubigkeit im Ausland. Regierungspolitiker sträubten sich gegen die Anerkennung der

Tatsachen, die eigentlich eine angemessene Reaktion von ihnen verlangten, und die den Politikern nahestehenden Redakteure hätten gleichfalls diese Neigung zur Verdrängung der Realität. Dadurch würden sie ihrer eigentlichen Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren, nicht mehr gerecht. «So kann der ‚Anstand‘ der Redaktionen auch schon mal in diplomatische Spielchen ausarten, deren Opfer dann die Öffentlichkeit wird. Das wiederum ist Wasser auf die Mühlen der Faschisten.»⁵²

Die Zurückhaltung, die in seiner Berufsauffassung zum Ausdruck kommt, war wohl ein allgemeiner Charakterzug Noordewiers. Bernard van Tijn, Ende der zwanziger Jahre Berliner Korrespondent des sozialdemokratischen «Het Volk», wohnte ein halbes Jahr lang bei seinem liberalen Kollegen. Er beschreibt Noordewier als freundlich, hilfsbereit und eher schüchtern und introvertiert. Noordewier hatte, im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, keine grosse Vorliebe für Empfänge und ausgedehnte Reisen durch Deutschland. Zwar mied er keineswegs den Kontakt zu Kollegen und offiziellen Stellen, aber er zog sich doch lieber auf seine Beobachtungswarte der Neuen Kantstrasse in Berlin zurück, studierte deutsche Zeitungen und analysierte mit persönlichem Abstand die Lage. Wenn er aber dort zum Beispiel das «Berliner Tageblatt» studiere, so wehe doch immerhin etwas herüber, was einem Journalisten in der Heimatredaktion entgehen würde, entgegenete Noordewier niederländischen Kollegen, die seine Tendenz zum Rückzug ebenso ironisch kommentierten wie seinen schweren und manchmal etwas gewundenen Stil.⁵³

Emotionale Betroffenheit auf der einen und kühle Neutralität auf der anderen Seite sind weitere Gegensätze, zwischen denen Noordewiers Charakter sowie seine persönliche und berufliche Einstellung anzusiedeln sind. Manchmal kommt persönliche Betroffenheit zum Ausdruck, wie in dem langen Bericht über die schändliche Behandlung seines tschechoslowakischen Kollegen Ernst Popper⁵⁴ und in der Wiedergabe eines Zeugenberichts aus dem Konzentrationslager Oranienburg. Für den Korrespondenten war eine solche Bestialität kein Einzelfall, sondern die Regel in deutschen Lagern; man könne solche Vorkommnisse, je nach Vorstellungsvermögen, verhundert-

oder vertausendfachen, betonte er.⁵⁵ Auch die Tatsache, dass Deutschland «eine einzige Waffenschmiede» war, wie er im Juni 1935 schrieb, stellte für Noordewier eine beängstigende Perspektive dar. Er fürchtete, die niederländische Regierung könne möglicherweise durch den so verbreiteten Pazifismus in den Niederlanden am Ergreifen angemessener militärischer Gegenmassnahmen gehindert werden.⁵⁶

An anderen Stellen zeigt sich jedoch in der vertraulichen Berichterstattung eine Distanziertheit den Ungeheuerlichkeiten des NS-Staates gegenüber. Dem heutigen Leser dürften manche Formulierungen ebenso auffallen, wie sie dem kritischen Zeitgenossen als unangemessen vorgekommen sein dürften, wie der Gedanke an die Geschichte der Oper «Tosca» beim Bericht über Folter und Erpressung.⁵⁷ Bei einer solchen Assoziation spielen wahrscheinlich persönliche wie auch berufstypische Faktoren eine Rolle. Noordewier hatte eine Abneigung gegen drastische, «sensationelle» Charakterisierungen und wollte mit solchen Formulierungen vielleicht auch eigene Belesenheit und Bildung demonstrieren.

Noordewiers Berufsauffassung dürfte eine solche unterkühlte Darstellungsweise mit beeinflusst haben. Häufig mahnt er vor grundlosen Übertreibungen und kann sich auch eine Schelte der Presse der Weimarer Republik nicht verkneifen, die durch ihre «leidenschaftliche Propaganda» ihre eigene Freiheit abgeschafft habe.⁵⁸ Der NRC beachtete die «Mässigung» in Ton und Wortwahl zudem als unabdingbare Eigenschaft eines «seriösen» Blattes. So findet sich über die grausamen Misshandlungen in deutschen Konzentrationslagern, wie sie Noordewier in seinen vertraulichen Berichten schildert, im NRC während der Jahre 1933 bis 1935 keine vergleichbar eindrückliche Reportage. Eine so schonungslose und detaillierte Darstellung, wie sie in sozialistischen und kommunistischen Blättern in den Niederlanden durchaus vorkamen, hätte die Zeitung wohl als zu drastisch oder «sensationell» empfunden. Ein weiteres Problem, mit dem sich alle ausländischen Berichtersteller konfrontiert sahen, war der journalistische Zwang, Wiederholungen zu vermeiden. Auch in seiner vertraulichen Berichterstattung, die solchen Zwängen weniger ausge-

setzt war, erspart der Korrespondent sich die Aufzählung von Beispielen, zur Vermeidung von «Eintönigkeit»⁵⁹, wie er hervorhebt.

Auch was die politische Färbung der Berichte betrifft, lässt sich die Haltung des Korrespondenten nicht auf einen simplen Nenner bringen. Drion bezeichnete Noordewier 1933 als Journalisten «ohne jegliche sozialistische oder kommunistische Sympathien».⁶⁰ Diese Charakterisierung, die die konservativen Leser der NBDN-Berichte von der Seriosität des nicht namentlich genannten Berichterstatters überzeugen sollte, ist durchaus zutreffend. Als überzeugter Liberaler äusserte sich Noordewier wiederholt in antikommunistischem Sinn, distanzierte sich aber gleichzeitig ebenso eindeutig von Nationalsozialismus und Faschismus. Wie sehr die Angst vor dem Kommunismus ihn beschäftigte, verdeutlichen Noordewiers Hinweise, die Nationalsozialisten seien natürlich seine Feinde, letztlich aber Wegbereiter des Kommunismus – und gerade aus diesem Grund gefährlich.⁶¹ Dennoch erweist Noordewier sich nicht als hartgesottener und blinder Antikommunist. Denn er stützte sich wiederholt in seinen Berichten ausdrücklich auf Informationen, die ihm von kommunistischer Seite zugespielt wurden. Soweit diese ihm aufgrund seiner sonstigen Kenntnisse glaubwürdig erschienen, zögerte er nicht, sie weiterzuleiten. Die Zurückhaltung, ein wesentliches Merkmal seiner Person, und seine Professionalität sorgten dafür, dass er den weitverbreiteten antikommunistischen Stimmungen nicht soweit folgte, dass er jegliche Informationen von der KPD und der Roten Hilfe von vornherein als Propaganda ab tat.

Es war kaum zu vermeiden, dass sich in die Berichterstattung über den NS-Staat auch Fehler einschlichen. Der Zeitdruck beim Schreiben seiner vertraulichen Berichte war wohl nur graduell geringer als bei der eigentlichen journalistischen Arbeit. Ungenauigkeiten und Fehleinschätzungen kamen aber vor allem dadurch zustande, dass Beschaffung und Prüfung von Informationen im nationalsozialistischen Staat ausserordentlich erschwert wurden. So konnte es passieren, dass Noordewier Hinweise von Informanten bekam, die er in unzulässiger Weise verallgemeinerte und deshalb falsche Schlussfolgerungen zog, oder auch absolut zuverlässige Aussagen von «Augen-

zeugen» aufnahm, die aber doch völlig aus der Luft gegriffen waren. Ein besonders schwieriges Kapitel war die Einschätzung der deutschen Aufrüstung. Noordewier wies immer wieder darauf hin, dass er nur fragmentarische Angaben machen könne, und warnte vor Übertreibungen in die eine wie auch in die andere Richtung. Seine Beobachtungen des Militärbereichs waren letztlich lückenhaft. Denn weder der in den ersten Jahren nach der Machtübernahme vorhandene technische Rückstand der Flugzeugindustrie noch die Frage des Ausbildungsstandes und der Homogenität der eilig ausgebauten Reichswehr fanden Berücksichtigung in seinen Briefen. Der Tenor seiner Berichte über die Aufrüstung stimmte dennoch von Anfang an: Das Deutsche Reich rüstete in einem unglaublichen Tempo auf und kümmerte sich in keiner Weise um die geltenden beschränkenden Vertragsbestimmungen.

Trotz einiger kritischer Anmerkungen ist festzuhalten, dass Noordewier die Entwicklungen in Deutschland nicht nur genau beobachtete, sondern in der Tendenz auch treffend beurteilte. Im Gegensatz zu manchen ausländischen Beobachtern in Politik und Publizistik findet sich bei ihm nirgends ein Ausdruck der Sympathie mit dem NS-Regime, von Zynismus gegenüber den Opfern der Verfolgung oder von Verständnis etwa für den innenpolitischen Terror und den Antisemitismus. Die wesentlichen Züge des NS-Staates hat er, wenn auch nicht immer in heftigen Worten, von Anfang an deutlich gekennzeichnet: absolute Willkür gegenüber den Bürgern, brutale Judenfeindschaft, Terror gegen jede Form von Opposition, umfassende Aufrüstung, militärische Expansion und allgemeine Unzuverlässigkeit bezüglich Friedensbeteuerungen und internationaler Vereinbarungen.

Anpassung an das Regime? – Noordewiers Position

Die vertrauliche Berichterstattung und ein Vergleich mit der Arbeit für den NRC geben schon einen Einblick in die verschiedenen Ebenen von Noordewiers Tätigkeit in Berlin. Darüber hinaus können aber noch amtliche Dokumente nach der Haltung des Korrespondenten befragt werden. Es wird deutlich, dass Noordewier sich einer ge-

wissen Anpassung an die widrigen pressepolitischen Umstände nicht völlig entziehen konnte. Die Geschäftsführung des NRC geriet im Laufe des Jahres 1935 unter heftigen Druck deutscher Dienststellen, die sich über die «deutschfeindliche», also antinationalsozialistische Tendenz der Zeitung beschwerten. Hauptzielscheibe der Kritik war der aussenpolitische Redakteur Marcus van Blankenstein, der schon erwähnte Vorgänger Noordewiers in Berlin. Die aussenpolitischen Kommentare van Blankensteins erregten aufgrund ihrer offenen Ablehnung des Nationalsozialismus immer wieder deutsche Kritik. Im ersten Halbjahr 1936 traf den NRC, nach wiederholter Vorwarnung, ein deutscher Anzeigenboykott, der dem Blatt die deutschen Tourismusannoncen entzog. Als, zunächst unabhängig von diesem Druck, von Ende 1935 an ein innerredaktioneller Konflikt zwischen van Blankenstein und P.C. Swart, dem designierten Nachfolger des scheidenden Chefredakteurs eskalierte, entschied sich die Geschäftsführung des NRC schliesslich gegen van Blankenstein, der über 25 Jahre für die Zeitung gearbeitet hatte und als einer der angesehensten niederländischen Journalisten galt. Diese Parteinahme, die zur Kündigung van Blankensteins Ende 1936 führte, wurde auch beeinflusst durch den deutschen Druck.⁶²

Zum Zeitpunkt, da sich dieser Konflikt um van Blankenstein zuspitzte, stellte sich Noordewier demonstrativ als Gegner van Blankensteins dar. Anfang Juli 1936 suchte er den deutschen Konsul in Rotterdam, Adolf Windecker, auf, der die treibende Kraft hinter der deutschen Kampagne gegen van Blankenstein war. Der Aussage Windeckers gegenüber dem Auswärtigen Amt zufolge beklagte sich Noordewier, seine Berichterstattung werde durch die Redaktion, insbesondere durch van Blankenstein, behindert. Er selbst sei der deutschen Politik freundlich gesonnen, könne dies aber nicht immer zum Ausdruck bringen. Der Kampf innerhalb der Redaktion sei noch nicht gegen van Blankenstein entschieden, aber er erhoffe sich sehr viel vom seit Kurzem amtierenden neuen Chefredakteur Swart, der sich gegen van Blankenstein wohl durchsetzen werde. Schliesslich versprach Noordewier, nach Windeckers Worten, in Zukunft «noch viel herzlicher an dem gemeinsamen Strick ziehen zu wollen». Win-

decker, ansonsten häufig verärgert über die niederländische Presse, war sehr zufrieden. Das Gespräch mit Noordewier, berichtete er nach Berlin, sei «eine der angenehmsten Erfahrungen der letzten Jahre» auf dem Gebiet der Pressearbeit in den Niederlanden gewesen.⁶³

Es ist bemerkenswert, dass Noordewier sich ausgerechnet gegenüber einer deutschen Stelle negativ über van Blankenstein ausliess. Auch wenn seine Aussagen keine direkten Auswirkungen für seinen Kollegen zur Folge hatten, so haben sie van Blankensteins Position sicherlich nicht gestärkt. Dass Noordewier sich darum bemühte, seine eigene Stellung in Berlin zu festigen, ist verständlich. Im Herbst 1933 war ihm über eine Mittelsperson schon mitgeteilt worden, dass das Propagandaministerium wegen einer Artikelserie über den Vergleich zwischen dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus seine Ausweisung in Betracht ziehe.⁶⁴ Weitere deutsche Bemühungen, ihn auszuweisen, diesmal von Julius Streicher, erwähnte der Korrespondent in seinen vertraulichen Berichten vom 31. Juli 1935.⁶⁵ War diese Bedrohung wirklich so akut, dass Noordewier den deutschen Konsul in Rotterdam aufsuchen und sich diesem gegenüber auf Kosten eines Kollegen als prodeutsch profilieren musste?

Was im Einzelnen Noordewier zu dieser zweifellos unkollegialen Stellungnahme verleitet hat, ist nicht zu belegen. Die allgemeine Angst der Korrespondenten vor Ausweisung dürfte dabei im Hintergrund stehen. Der bei den Korrespondenten generell vorhandene Wunsch, die eigene Position in Berlin möglichst gut abzusichern, mag bei Noordewier noch ein besonderes Gewicht gehabt haben. Im Gegensatz zu vielen ausländischen Journalisten, die sich vergleichsweise kurz in Berlin aufhielten, war Noordewier nach über 15jährigem Aufenthalt stark in Berlin verwurzelt. Er war zum dritten Mal verheiratet, diesmal mit einer Deutschen, und hatte mit ihr zwei Töchter, die in einer überwiegend deutschen Umgebung aufwuchsen; nur beim Essen sprach die Familie holländisch.⁶⁶ Die persönliche Bindung an Berlin könnte das Bemühen, jeden Konflikt mit deutschen Stellen tunlichst zu vermeiden bzw. möglichen Reibungen durch verbale Anpassungsgesten vorzubeugen, noch verstärkt haben.

Möglicherweise spielte bei den Äusserungen Noordewiers auch das Gefühl einer persönlichen Konkurrenz zu van Blankenstein eine Rolle. In einem Brief an Drion im Juli 1933 erwähnte Noordewier van Blankenstein an einer Stelle. Dort klingt Missgunst an. Van Blankenstein, heisst es, beschränke sich darauf, täglich die aussenpolitische Rubrik zu schreiben, halte sich ansonsten aber von der redaktionellen «Drecksarbeit» fern, anders als er, Noordewier, es seinerzeit getan habe, als er diese Rubrik einführte.⁶⁷ Möglicherweise hat Noordewier, wie es in der «Charakteristik der Auslandspresse», Anfang Mai 1940 vom Propagandaministerium herausgegeben, angedeutet wird, zeitweise die Hoffnung gehegt, zum Chef der Auslandsredaktion oder gar zum Chefredakteur aufzusteigen, wenn nur erst van Blankenstein beiseite geschoben wäre.⁶⁸

Den Eindruck, er stehe im Wesentlichen hinter der deutschen Politik und werde von van Blankenstein in einer positiven Berichterstattung behindert, hat der NRC-Korrespondent in Berlin auf jeden Fall eindringlich zu vermitteln verstanden, vermutlich auch gegenüber Dienststellen in Berlin. In der «Charakteristik der Auslandspresse» hiess es zu seiner – keineswegs korrekt wiedergegebenen – Einstellung: *«War lange Jahre heftiger Gegner van Blankensteins. (...) Er ist in seiner Haltung Deutschland gegenüber loyal und bisweilen sogar positiv eingestellt. Er zweifelt nicht an dem deutschen Sieg in diesem Krieg und stellt Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage in seinen Artikeln als günstig dar. Seine Versuche, Schriftleiter der ‚Nieuwe Rotterdamsche Courant‘ zu werden, sind infolge seiner deutschfreundlichen Haltung bis heute nicht gelungen.»*

Das Verhalten Noordewiers gegenüber van Blankenstein mindert den Wert seiner vertraulichen Berichte nicht. Es zeigt nur um so deutlicher, wie stark der Druck der Berliner Situation auf einem Korrespondenten lasten konnte, und wie es zu einer Anpassung kommen konnte, wenn ein Korrespondent sich nicht auch im persönlich-menschlichen Bereich prinzipiell von jedem Ansinnen der Diktatur abgrenzte. Das Gefühl, sich rechtfertigen zu müssen und die eigene Stellung in Berlin durch opportune Äusserungen absichern zu können, hat bei Noordewier offenkundig zu einer partiellen Aufgabe der benötigten Distanz geführt. Die Unbeugsamkeit des von der Gestapo

gefolterten Prager Tagblatt-Korrespondenten Ernst Popper⁶⁹ zeigt, wie unterschiedlich die individuelle Reaktion auf Druck von Seiten der deutschen Stellen sein konnte.

Wirkung von Noordewiers Berichten

Noordewiers vertrauliche Berichte aus Berlin waren natürlich nicht die einzige Quelle, aus der die niederländische Regierung Informationen über die Entwicklung in Deutschland schöpfen konnte. Die niederländischen Zeitungen widmeten dem dortigen Geschehen über Jahre hinweg einen grossen Raum⁷⁰, und schon von 1933 an erschienen im Ausland Bücher deutscher Emigranten, die die Situation im Reich schonungslos darstellten.⁷¹ Aber solche Darstellungen konnten allzu leicht als «parteiisch» und voreingenommen abgetan werden. Weder den Zeitungen der niederländischen Linken noch den Berichten mit «Vorurteilen» behafteter deutscher Emigranten, in der Mehrzahl auch nicht gerade konservativ, dürften Minister und Spitzenbeamte viel Glauben geschenkt haben. Gerade in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft fiel es führenden Persönlichkeiten auch in den Niederlanden schwer, sich die wirklichen Dimensionen der Ereignisse im «Dritten Reich» vorzustellen.

Noordewier konnte als halboffizieller Berichterstatter, der zudem engen Kontakt mit der niederländischen Gesandtschaft pflegte, prinzipiell wohl auf grössere Resonanz seiner Berichterstattung bei seiner Regierung hoffen. Der Skepsis amtlicher Stellen gegenüber Nachrichten über Deutschland war er sich aber wohl bewusst. In seinen Berichten versicherte er immer wieder, keineswegs zu übertreiben und sich nur auf absolut zuverlässige Quellen zu stützen. Dennoch kam es vor, dass er Missfallen erntete. Frau Asser-Drion, die im Büro ihres Vaters in Den Haag arbeitete, erinnert sich an eine Reaktion des Leiters der diplomatischen Abteilung des Aussenministeriums, van Kleffens. Nach Erhalt eines Noordewier-Berichtes über Folterungen in deutschen Konzentrationslagern – wahrscheinlich ging es um den Bericht vom August 1933 – rief van Kleffens Drion an und hielt ihm vor, eine derartige Berichterstattung sei doch wohl nicht die Aufgabe des NBDN-Vertreters in Berlin.

Auch wenn sich van Kleffens über die offene Berichterstattung aus Deutschland ärgerte, kann man davon ausgehen, dass das Haager Aussenministerium insgesamt mit der Arbeit des NBDN-Vertreters in Berlin zufrieden war. Der Minister schlug 1936 vor, Noordewier einen königlichen Orden zu verleihen. In der Begründung hiess es, Noordewier sei ein gewissenhafter Journalist, «dessen Berichte oft bedeutend, immer korrekt und, auch seit der Revolution 1933, objektiv sind.»⁷² Tatsächlich wurde dem Korrespondenten später diese Ehre zuteil.⁷³

Das Aus

Ende 1935 stellte das NBDN seine Arbeit ein. Die Regierung war trotz heftiger Gegenwehr Drions nicht mehr bereit, die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Ihrer Meinung nach machte der dem Aussenministerium direkt unterstellte «Regierungspressediens», der Anfang 1934 seine Arbeit aufgenommen hatte, das NBDN überflüssig. Die Kontakte zur ausländischen Presse wurden, nun auch für Aussenstehende sichtbar, von dieser neuen Institution gepflegt. Die Information über die Ereignisse im Ausland gehörte indessen nicht zu den Aufgaben des Regierungspressediens; die Regierung war damit eines Nachrichtenstromes, u.a. aus Deutschland, beraubt. Wahrscheinlich konnte (oder wollte) die niederländische Gesandtschaft keine so ausführlichen Informationen beschaffen und weiterleiten, wie Noordewier das in den Jahren 1933-1935 getan hatte.⁷⁴ Darauf deutet zumindest ein Bericht eines Mitarbeiters von Aussenminister Ribbentrop, Rudolf Likus, von Anfang Mai 1940 hin. Likus, dem es oblag, Informationen in Kreisen ausländischer Diplomaten und Journalisten in Berlin zu sammeln, berichtete von der Einsetzung eines hauptamtlichen Presseattachés an der niederländischen Gesandtschaft in Berlin. Einen solchen habe es bis dahin nicht gegeben, was zu Beschwerden der Regierung geführt habe, sie sei «absolut ungenügend über die Tendenzen der Berliner Politik unterrichtet» gewesen. Dem Gesandten, fährt Likus fort, sei «des Öfteren in aller Form der Vorwurf gemacht worden, dass die Regierung in Den Haag ihre Informationen in Berlin aus den Berichten Berliner Korrespon-

dentem holländischer Blätter (habe) schöpfen müssen, da die Gesandtschaft sich meistens als uninformiert gezeigt habe.»⁷⁵ Betrachtet man die Diskrepanz zwischen Noordewiers Berichterstattung für seine Zeitung und für das NBDN, so kann man sich vorstellen, dass der Regierung Wichtiges entgehen musste, wenn sie sich mangels Aktivität der Gesandtschaft nur auf die Zeitungen stützen konnte. Der neu eingesetzte Presseattaché in Berlin hat indes nicht mehr lange wirken können. Vier Tage nach Likus' Bericht marschierte die deutsche Wehrmacht in die Niederlande ein – ein Überfall, vor dem Noordewier die Haager Regierung viele Jahre zuvor vergeblich gewarnt hatte.

Noordewier selbst, der seit Jahren krank war, hat nur noch die erste Phase der Besatzungszeit in der Hauptstadt des Aggressors erlebt. Am Tag des Überfalls, dem 10. Mai 1940, erlitt er einen Zusammenbruch.⁷⁶ Monatlang erschienen keine Artikel von seiner Hand im NRC. Die Arbeit für seine Zeitung nahm der Korrespondent erst wieder im Herbst 1940 auf, war aber bei Weitem nicht so produktiv wie in den vorhergehenden zwei Jahrzehnten. Im März 1941 war er so geschwächt, dass Dolf Benz die Berichterstattung für den NRC aus Berlin übernehmen musste. Im Juni 1941 starb Hendrik Jan Noordewier an den Folgen seiner Krankheit in Berlin.

Editorische Anmerkungen

Die vertraulichen Berichte von H.J. Noordewier befinden sich im Allgemeinen Rijksarchief in Den Haag (Archiv 2.19.26, Nr. 12). Es handelt sich dabei um die vom NBDN vervielfältigten Berichte, die aus Briefen Noordewiers zusammengestellt wurden. Die originalen Briefe sind, im Gegensatz zu den Briefen der anderen Auslandsvertreter des NBDN, nicht erhalten. Nach Angaben von Frau Asser-Drion verbrannte ihr Vater die im Archiv befindlichen Briefe Noordewiers, als die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 in die Niederlande einmarschierte. Mit dieser Massnahme wollte er den Korrespondenten, der ja noch in Berlin lebte, vor eventuellen Strafmassnahmen schützen.

Ein Vergleich der Originalbriefe der NBDN-Vertreter mit den aus ihnen zusammengestellten und vervielfältigten Berichten zeigt, dass

nur rein persönliche Anmerkungen und kleine technische Mitteilungen von Drion nicht in die verbreiteten Texte des Büros aufgenommen wurden. Im Text selbst wurden keine Veränderungen vorgenommen, die Berichte stimmten genau mit den Briefen überein. Auch Noordewiers Berichte belegen, dass es sich hier tatsächlich um den Text seiner Originalfassung handelt und nicht etwa um eine von Drion inhaltlich überarbeitete Version. Sein persönlicher Stil ist durchgängig erkennbar. Die holländisch verfassten Berichte sind immer wieder durchsetzt mit Germanismen, die dem Deutschland eher skeptisch gegenüberstehenden und frankophilen Drion ein Greuel gewesen sein müssen. Offenbar hat Drion sich grundsätzlich eines Eingriffs enthalten, genau wie er die ausführlichen «grossniederländischen» Stellungnahmen Pieter Geyls in seinen Berichten aus London nicht zensierte, sondern lediglich in seinen Briefen an Geyl kritisierte.

Insgesamt sind im Archiv Noordewiers Berichte in einem Umfang von 180 eng getippten Seiten im Format DIN A 4 erhalten. Nichts deutet daraufhin, dass es noch weitere Berichte gab. Für die hier vorgelegte Auswahl, die etwa zwei Drittel der gesamten Korrespondenz aus Berlin umfasst, waren die folgenden Kriterien massgebend. Ausführliche Wiederholungen wurden gestrichen, insbesondere wenn Noordewier sie in Form längerer Exkurse einschob, die den Fluss eines Berichtes über ein anderes Thema unterbrechen. Es wurde darauf geachtet, die verschiedenen Themen in etwa gleichem Verhältnis aufzunehmen, wie Noordewier dies in seinen Berichten tat. Grundsätzlich wurden alle Ausführungen Noordewiers berücksichtigt, die sich auf die journalistische Tätigkeit in Berlin beziehen.

Kürzungen innerhalb eines Berichts werden durch (...) gekennzeichnet. Schreiben mit folgenden Daten blieben ganz unberücksichtigt: 6.1.1934; 15-2.1934; 7.6.1934; 22.9.1934; 29.11.1934 (III); 31.1.1935; 19.3.1935 (II); 6.7.1935; 6.9.1935. Geringfügige stilistische Eingriffe dienen ausschliesslich der besseren Lesbarkeit. Aus demselben Grund wurde die Einteilung in Abschnitte verändert. Noordewier hatte nämlich die Angewohnheit, einen neuen Abschnitt für jeden einzelnen Satz anzufangen, den er für besonders wichtig hielt, gleichzeitig aber sehr lange Abschnitte – auch über unterschied-

liche Themen – gar nicht weiter einzuteilen. Die Zwischenüberschriften, die wahrscheinlich von Noordewier selbst stammten, wurden unverändert übernommen.

Noordewiers Berichte in der vom NBDN verbreiteten Form trugen als Überschrift jeweils folgende Zeilen:

«Ausgabe: Datum

Bericht unseres Vertreters in Berlin

Streng vertraulich!»

In einigen Fällen ist das Datum des Berichtes selbst hinzugefügt («Bericht unseres Vertreters in Berlin vom 6. Januar 1934»). Wo dies der Fall war, ist in dieser Ausgabe das Entstehungsdatum genannt, ansonsten handelt es sich um das Datum der «Ausgabe», also dem Tag, an dem das NBDN den Text dem kleinen Leserkreis zukommen Hess.

Zusätzlich zu den Berichten, die er als offizieller NBDN-Vertreter schrieb, ist ein Brief Noordewiers aufgenommen, den er als Privatperson an Drion schickte, und den dieser am 6. Juni 1933 unter der Überschrift «Brief aus Berlin – Streng vertraulich» an den üblichen Empfängerkreis der Berichte verschickte.

6. Juni 1933

Man wird sich erinnern, dass während des ganzen letzten Jahres die Berliner Blätter jeden Tag Schlägereien mit Toten und Verletzten meldeten, ohne dass man davon als Einwohner Berlins etwas wahrnahm. Selbst wenn man sich viel in der Stadt herumtrieb, bemerkte man so etwas nur durch einen puren Zufall. Nun stelle man sich vor, dass die Zeitungen, sagen wir, am 1. November vergangenen Jahres die Berichterstattung über diese Vorgänge eingestellt hätten, dann hätten wir nichts mehr über die Auseinandersetzungen erfahren, von denen wir heute mit Sicherheit wissen, dass sie zwischen dem 1. November und dem Beginn der Hitlerdiktatur stattgefunden haben. Wären darüber Meldungen ins Ausland gelangt, dann hätte ein Berliner vollkommen guten Glaubens behauptet: Völliger Unsinn, was willst du eigentlich? Ich wohne in Berlin, und es ist hier vollkommen ruhig.

Das sage ich, weil ich vermute, dass im Ausland nur wenig über die Kämpfe, die sich in Berlin jetzt wieder abgespielt haben, bekannt ist. Alles wird so streng wie möglich geheimgehalten. Die Masse der hiesigen Bevölkerung weiss nichts darüber, aber macht sich andererseits übertriebene Vorstellungen davon, wie bei einer Weitergabe von Mund zu Mund kaum anders zu erwarten. Auf jeden Fall hat es beim jüngsten Kampf am Vinetaplatz nicht mehr als drei Tote gegeben. Gerüchte über eine höhere Zahl von Toten wurden aus der relativ sehr grossen Zahl von Verletzten hergeleitet. Die Verwundeten gab es jedoch nicht bei der Schlägerei selbst, sondern durch Blumentöpfe und andere Wurfgeschosse, die die Leute immer dann aus Fenstern und von den Dächern warfen, wenn sie meinten, dass die Kämpfenden gerade zu sehr miteinander beschäftigt waren, um ausmachen zu können, woher die Geschosse kamen. Beim Kampf in Schöneberg hat es solche «Sympathiebekundungen» der Bevölkerung übrigens nicht gegeben. Dabei gab es allerdings auch keine Toten, sondern nur Verletzte.

Interessant ist, dass es anderswo auch Schlägereien unter SA-Leuten gegeben hat, als diese sich gegenseitig verhaften wollten.

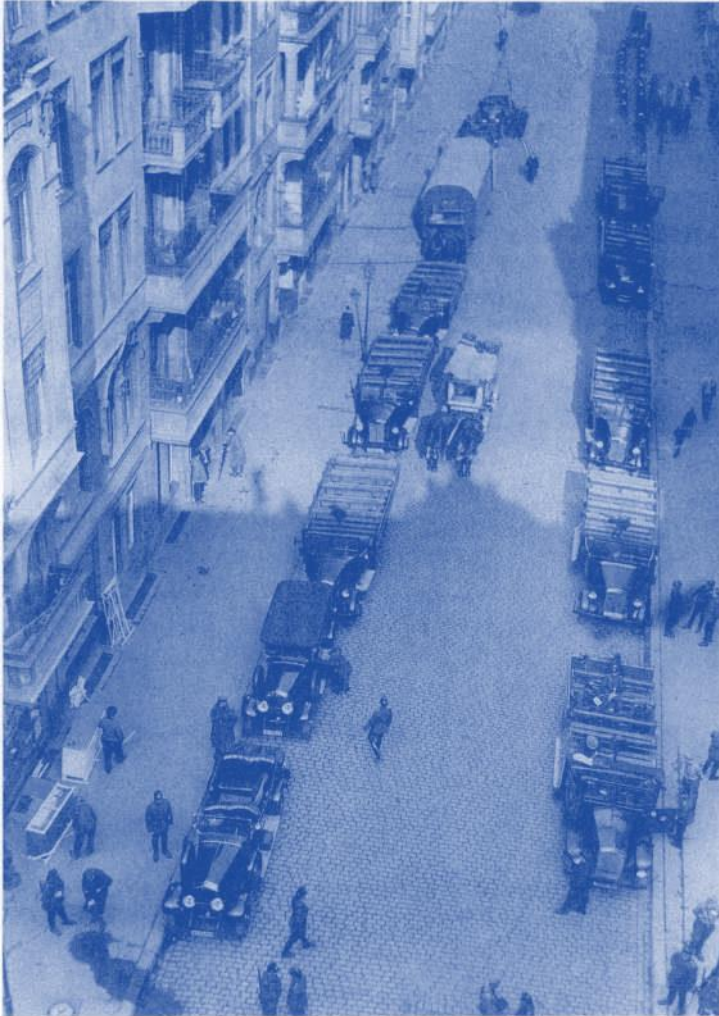
Die stärkste Gruppe bekam schon bald Verstärkung, und die schwächere zog den Kürzeren. Ein junger Holländer, der in Berlin studiert, wollte den Vorfall rasch fotografieren, wurde aber von der SA verhaftet und auf eine Polizeiwache gebracht. Dort stellte sich heraus, dass noch keine Aufnahmen gemacht waren. Und da er als Motiv angab, dem Ausland beweisen zu wollen, dass es tatsächlich verkleidete Kommunisten darunter gebe, wurde er wieder freigelassen.

Immer noch werden von Zeit zu Zeit in den Krankenhäusern Verletzte eingeliefert, wenn auch weniger als am Anfang. Das Personal darf mit solchen Patienten kein Wort sprechen. Rund um die Uhr steht zur Kontrolle ein Posten dabei. Deshalb kann man nicht einmal fragen: «Tut das weh? Können Sie Ihren Kopf drehen?» usw. Diese Patienten tun so, als seien sie taubstumm.

Dies alles ist eine Folge des Kampfes zwischen den Nationalsozialisten und konservativen Elementen, der sich auf höheren Ebenen abspielt. Die Bemerkung, wenn man die politischen Heere zur Bewaffnung des Landes zählen würde, dann müsste man ebensogut auch die Feuerwehr dazurechnen (enthalten in Hitlers Rede)¹, tauchte in so ziemlich allen Reden der Aussenminister und Reichskanzler auf, die in den letzten zehn Jahren gehalten wurden. Der Mann, der diese Reden schreibt, ist also noch immer derselbe. Der Vergleich muss cum grano salis aufgefasst werden.

Hier in Berlin, unter den Blicken der ausländischen Botschaften, legt man eine gewisse Vorsicht an den Tag, was nicht verhindert, dass man morgens die SA mit Maschinengewehren (allerdings leichten Maschinengewehren) durch die Müllerstrasse (eine Hauptstrasse im Norden) zum Übungsgelände in Tegel ziehen sehen kann. Sie kann dies – was die Botschaften betrifft – unbesorgt tun, denn wie für jeden Fremden bleibt auch für jeden, der mit der Diplomatie usw. zu tun hat, der grösste Teil Berlins unbekannt wie die inneren Länder Afrikas.

Zurückhaltung beim Zurschaustellen von Waffen legt man sich allenfalls in einem Umkreis von 40, 60 oder 80 km um Berlin auf, je nachdem, wie die Verkehrsverbindungen sind. Aber in Wittstock beispielsweise rückt die SA mit Gewehren (Armeegewehren) aus, militärische Übungen finden zusammen mit der Reichwehrt statt. Die



Polizeirazzia in Berlin: Ein Häuserblock wird abgeriegelt. Die Polizei, unterstützt von Hilfspolizei, sucht nach Waffen und «hochverräterischen Schriften»

dortigen Unternehmer beklagen sich bitterlich, dass ihre Arbeiter montags und donnerstags, erschöpft von den – «Geländesport» genannten – Geländeübungen, nicht zu gebrauchen sind.

Durch den Fall des Korrespondenten des konservativen dänischen Blattes «Berlingske Tidende», Baron Schaffalitzky de Muckadell, wissen wir inzwischen etwas über die Umstände gewisser Selbsttötungen. Wegen einer Hausdurchsuchung hatte er bei den Behörden um Aufklärung gebeten. Diese wussten natürlich nichts davon, sprachen von verkleideten Kommunisten. Unmittelbar darauf folgte eine zweite Hausdurchsuchung, vielleicht, um den Mann für seinen «Verrat» zu bestrafen. Er verhielt sich ruhig, während sie sich davon überzeugten, dass er tatsächlich Däne war. Während beider Hausdurchsuchungen wurden seine Angehörigen in einem Hinterzimmer eingesperrt. Bei der «Untersuchung» waren stets ein oder zwei Leute mit Revolvern in der Hand hinter ihm. Diejenigen, die vor ihm standen, hätten also nur ein Zeichen zu geben brauchen, und er wäre erschossen worden. Bei einem Deutschen oder gar jemandem, der sich aufregen würde, hätte dies leicht geschehen können. Selbstmord «unter dem Druck der Beschuldigungen»'aus Gewissensbissen, hätte es dann geheissen. Wenn noch nicht einmal die Beschuldigung dagewesen wäre, keine Sorge, so hört man sie eben erst, nachdem der Delinquent bereits tot ist. Andere, die in höhergelegenen Stockwerken wohnen, werden im Verlauf eines Handgemenges aus dem Fenster geworfen. Der Arzt stellt dann fest, dass der Mann sich offensichtlich in einem plötzlichen Anfall von Wahnsinn aus dem Fenster gestürzt hat. Da dies ein bisschen komisch klang, lautet nun die letzte Lesart: «Da es keinen Grund zum Selbstmord gibt, muss angenommen werden, dass man es mit einem Unfall zu tun hat.» Sie sind ebenso raffiniert, zynisch wie sie im Übrigen dumm sind, aber sie haben durchaus Fortschritte im Geheimhalten des Terrors gemacht, der andauert, obwohl scheinbare Milderungen, auch hinsichtlich der Juden, eingetreten sind. Dies geschieht ganz nach der «Räubertaktik»: Räuber, die überhaupt nicht vorhaben, ihr Opfer zu ermorden, tun so als ob, um anschliessend, wenn sie es lediglich foltern oder auf Wasser und Brot setzen, noch eine «Belohnung» für ihre ausser-

gewöhnliche Sanftmut zu bekommen. Dieser Vergleich trifft nicht nur für die hiesige Politik im Kleinen zu, sondern auch im grossen Massstab für die Aussenpolitik.

In solchen Krankenhäusern, ebenso wie sonst überall, ist das gesamte Personal freiwillig Mitglied der NSBO². Da beispielsweise der Pförtner und der Heizer ihre Führungsspitze bilden, bestimmen sie, welche Ärzte dort arbeiten dürfen und welche nicht. Man kann sich vorstellen, welche kleinen «Opfer» ein politisch nur halb zuverlässiger Arzt, Apotheker, Abteilungsleiter usw. bringt, um den Lebensunterhalt für sich und seine Familie auch weiterhin verdienen zu können. Das nennt man die Abschaffung der Korruption und die Reinheit der politischen Sitten bzw. das Ende der Parteipolitik.

Die Vermutung über das ungebrochene Fortbestehen einer kommunistischen Organisation, wie sie ein mir unbekannter Mitarbeiter des NRC vor Kurzem äusserte, zweifle ich an. Jedenfalls eilt sie den Ereignissen voraus. Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mit vier Berliner Führungsleuten bei einer geheimen Zusammenkunft zu sprechen. Mein Eindruck ist eher der, dass dort alles noch in der Reorganisation ist – und das bei grosser Unsicherheit. Die Abordnung, die ich seinerzeit erwähnte³, ist z.B. nicht abgereist. Das eine ist jedoch gewiss, dass eine massenhafte Abwanderung von den Überbleibseln der KPD zur Union⁴ stattfindet, eine Richtung, die jetzt schon die Oberhand hat oder sie zu bekommen scheint. Natürlich geht diesen Menschen der Fall van der L.⁵ sehr nahe. Sie würden es allzu gerne sehen, dass dieser Mann gar nicht der echte ist, arbeiten mit allerlei Hypothesen, wobei – wie mir scheint – der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Vielleicht wird es dich zum Schluss noch interessieren, dass Hauptmann von Beerfelde, der ehemalige Adjutant des Kaisers, der das Buch über Lichnowsky⁶ (Botschafter in London) geschrieben hat, in der Hedemannstrasse⁷ ist und dort zu verschiedensten Tätigkeiten herangezogen wird, sogar zur Reinigung der Toiletten.

Dies alles sind nur einige Rosinen aus dem Kuchen, die jedoch wichtig sein können, um zu differenzieren.

11. Juli 1933

Zur Charakterisierung: Im Folgenden ein Bericht des NRC.¹ Die Pointe steckt natürlich im Satzsatz.

«Wie überall, müssen auch in Breslau gewöhnliche Bürger eine Genehmigung beantragen, wenn sie eine Waffe besitzen wollen. Diese Genehmigung wurde gewöhnlich Personen erteilt, von denen aus irgendeinem Grund angenommen werden konnte, dass sie eine Waffe zu ihrer Selbstverteidigung brauchten: einsam wohnende Leute, die aufgrund ihres Berufes gezwungen waren, sehr früh oder sehr spät einen gefährlichen Weg zurückzulegen, Rechtsanwälte mit einer impulsiven oder rachsüchtigen Klientel u.ä. In Breslau sind die Genehmigungen aller Juden eingezogen worden, und zwar deshalb, weil ,die jüdischen Mitbürger von ihren Waffen Gebrauch gemacht haben bei Angriffen auf Mitglieder der nationalen Verbände und auf Polizeibeamte. Diese Meldung ist ins Ausland gelangt (sie hat auch in dieser Zeitung gestanden), und man erwartete hier wohl, dass man sich über diese – in den gegenwärtigen Umständen doch sehr sonderbare – Aggressivität nicht wundern würde.

Diese Meldung ist jedoch kein Einzelfall, liest man den parteioffiziellen Bericht der SA-Untergruppe Göttingen über die Vorkommnisse, die sich in dieser alten Universitätsstadt schon am 28. März abgespielt haben, über die aber merkwürdigerweise unseres Wissens bisher keine ausländische Zeitung berichtet hat. Der SA-Bericht lautet: ‚Als Protest gegen die Greuelberichte der internationalen Judenpresse hat die SA Göttingen gestern eine Demonstration durch die Strassen der Stadt veranstaltet. In vorbildlicher Ordnung bewegte sich der Zug durch die Weender Strasse, die Goetheallee und durch die Groner Strasse. In der Groner Strasse wurde der Zug vom Haus des jüdischen Schuhgeschäfts Pelz aus mit Holzschuhen bombardiert. Sieben bis acht Stück wurden von der SA aufgehoben. Durch diesen Zwischenfall geriet die SA in Aufregung, die noch verstärkt wurde durch die provozierende Haltung des Juden Katz in der Groner Strasse, der sich in den Hauseingang stellte und höhrend die Zunge herausstreckte. Die Folge war, dass der Jude Katz eine Tracht Prügel bekam. Zur gleichen Zeit hörte man auch schon die Fensterscheiben der Firma Blumenkrohn klirren. In diesem Moment erschien SA-Oberführer Soest, Mitglied des Reichstages, und kam weiteren Ausschreitungen zuvor. Der Zug marschierte daraufhin durch

die Weender-, Theater- und Juden-Strasse auf den Innenhof der alten Kaserne, wo er sich plangemäss aussöste.

Alle folgenden Ereignisse, insbesondere das Einwerfen weiterer Fensterscheiben, stehen nicht im Zusammenhang mit dem Umzug der SA, sondern sind durch Passanten und Provokateure verschuldet, die die Gelegenheit ergreifen wollten, die SA zu kompromittieren. Die SA-Untergruppe Göttingen legt Wert auf die Feststellung, dass die Zwischenfälle einzig und allein durch das provozierende Auftreten der Juden Pelz und Katz verursacht wurden. Es war angeordnet worden, den Zug mit keinerlei Gewalttätigkeit einhergehen zu lassens

Soweit der Bericht der SA. Das ‚Göttinger Tageblatt‘ meldete im Anschluss noch: ‚Was weiter geschah, wurde allem Anschein nach ausgelöst von Elementen, die bei solchen Gelegenheiten immer auftauchen, um im Trüben zu fischen. – Auf jeden Fall wurden in der Zeit von sieben bis neun Uhr die Fensterscheiben praktisch aller jüdischen Geschäfte zertrümmert. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Ereignisse erhielten SA und SS die Anweisung, eine Plünderung der betreffenden Geschäfte zu verhindern. Sie wurden gegen zehn Uhr durch Polizei und Hilfspolizei ersetzt. Sie konnten jedoch nicht mehr verhindern, dass auch die Synagoge am Waageplatz gestürmt und deren Einrichtung grösstenteils verwüstet wurde. Auch die bunten Fenster der Synagoge wurden grösstenteils zertrümmert. SA-Oberführer Soest konnte eine Person verhaften lassen, die sich auf verdächtige Weise bei der Synagoge aufhielt. Die Kunde von diesen Ereignissen löste eine furchtbare Aufregung in der Stadt aus. Die Strassen waren bis tief in die Nacht hinein voller Menschen, die von Zeit zu Zeit eine drohende Haltung gegenüber jüdischen Geschäften und jüdischen Personen annahmen. Die wichtigsten Geschäftsstrassen boten heute Morgen ein Bild der Verwüstung. Sie waren mit Glascherben übersät, und die mit Brettern zugenagelten Schaufenster waren stumme, aber doch beredte Zeugen der Ausschreitungen des Vortages. Die Ermittlungen der Polizei werden hoffentlich bald die Schuldfrage klären könnens

Dieser letzte Satz ist offenbar ein Lapsus des ‚Göttinger Tageblatts‘. An allem waren nämlich doch Katz und Pelz Schuld, und ausserdem sollte die Demonstration doch nur beweisen, dass die Berichte der Judenpresse über Ausschreitungen gegen Juden unrichtig waren.»

Dieser kurze Artikel hat, auch bei der Redaktion, grosse Heiterkeit ausgelöst, und ich glaube, dass wohl kein niederländischer Leser auch

nur einen Augenblick lang daran gezweifelt hat, dass dieser Text nur deshalb ohne weiteren Kommentar zitiert wurde, weil die innere Widersprüchlichkeit in geradezu lächerlicher Deutlichkeit sichtbar ist. Nun kann man sich fragen, wie sie so etwas hier deuten. Zufällig weiss ich das. Sie haben es als Zeichen der Objektivität aufgefasst. Nicht eine Spur einer Ahnung von der Ironie.

Wer sind «sie»? Das weiss ich selbst nicht ganz genau. Ich kann nur sagen: «Sie», das ist in diesem Fall «ein» Ministerium. Aber welches Ministerium, das kann ich nicht sagen, weil mein Gewährsmann mir das nicht verraten hat. Man muss nämlich wissen, dass die Ausschaltung aller gegnerischen wie auch aller anderen, befreundeten Parteien innerhalb und ausserhalb der Regierung noch keineswegs das Ende der Konkurrenz zwischen den Führungen und Diktatoren der verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen bedeutet (das ist selbstverständlich und bekannt); ebensowenig ist damit das Bestreben praktisch jedes Ministeriums zunichte gemacht, das Hitler-Ministerium schlechthin zu sein. Das sogenannte Totalitätsstreben ist lebendig und gärt innerhalb der nationalsozialistischen Partei und innerhalb der nationalsozialistischen Regierung weiter.

Früher verhinderte die Tatsache, dass Hugenberg formell Wirtschaftsdiktator war und alle Zuständigkeiten auf diesem Gebiet in seiner Person vereinigte, keineswegs, dass die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen ohne sein Zutun getroffen wurden, während die Entscheidungen, die er selbst traf, sabotiert und anschliessend benutzt wurden, um ihn blosszustellen. Ebenso gibt es jetzt, auch wenn sie alle nationalsozialistisch sind, noch keine Kompetenzabgrenzung zwischen den Ministerien, die allgemein respektiert wird.

Ich will aber dazu bemerken, dass diese und zahllose andere Fakten, die in dieselbe Richtung weisen, uns nicht dazu verleiten sollten, mit Gewissheit den baldigen Fall dieses Regimes zu erwarten. Man darf nicht vergessen, dass der Streit zwischen den Nationalsozialisten untereinander schon so alt ist wie die Partei selbst. Die Partei ist gross geworden unter ständiger Spaltungsgefahr, und verschiedene Spaltungen vollzogen sich auch tatsächlich. Ausserdem sind die Machtmittel gewissermassen in verschiedenen Stockwerken aufge-

baut: keine Truppe ohne eine gegenübergestellte Truppe, um sie im Falle einer Revolte zu unterdrücken. Nirgendwo hört man soviel Geschimpfe wie unter den Nazis selbst.

Folgendes zunächst nur nebenbei: die Weise, auf die wir Ausländskorrespondenten – insbesondere die niederländischen – kontrolliert und bespitzelt werden, ist charakteristisch für diese Verhältnisse. Man kann ja oberflächlich sagen, es reiche aus, wenn dies durch das Reichsministerium für Propaganda (und Presse) geschähe, aber das ist keineswegs der Fall. So verfügt etwa das Preussische Innenministerium über einen vollständigen, eigenen Apparat für die ausländische Presse, ebenso die Partei, die Geheime Staatspolizei und schliesslich natürlich das Auswärtige Amt, das jedoch wenig zu melden hat.

Dabei muss man bedenken, dass es gar nicht anders sein kann, als dass die Konkurrenz und die gegenseitige Verachtung der mehr oder weniger geheimen Pressestellen sich auch auf deren Leute überträgt, auch auf die, die z.B. die niederländische Presse lesen. Die Folge ist, dass der Herr P. dieses und jenes erklärt hat, der Herr O. seiner Behörde dagegen etwas anderes sagt. Diese Behörde hat darauf geantwortet usw. usw. Aus dieser blinden internen Konkurrenz ergibt sich, dass ich schon drei bis vier solcher Spitzel durchschaut habe, wobei diese zumindest schlau genug sind, nicht zu verraten, für welches Ministerium sie arbeiten. Daher weiss ich, was ich oben berichtet habe. Es ist kennzeichnend für den Mangel an Humor, für den Dilettantismus und für das Totalitätsstreben, das sich im Inneren zeigt.

Während eine niederländische Kommission von Vertretern des Fremdenverkehrs sich ansah, wie ruhig es in Berlin war, wurde am Dienstagabend auf dem Nürnberger Platz ein Mann von der SA verprügelt. Eine Frau, die sagte, dass es doch jetzt wohl reiche, wurde gleichfalls schwer misshandelt. Die Kommission sass leider nicht im Café Carlton, wo sie das alles hätte beobachten können, sondern in einem Café an einem anderen Platz.

August 1933

(...)

Ich bin zu meinem Leidwesen gezwungen, einige Widerwärtigkeiten zu erzählen, und wenn ich dafür um Entschuldigung bitte, dann muss ich zugleich versichern, dass ich mich nur auf eine kleine Anzahl von Vorkommnissen beschränke; es bleibt der Phantasie überlassen, diese Fälle, je nachdem, zu ver Hundert- oder zu vertausendfachen. Ich beschränke mich auf besonders charakteristische Fälle, die in dem Zusammenhang, in dem ich sie sehe, (ich will nicht sagen, Schlussfolgerungen zulassen, aber immerhin) die Grundlage von Arbeitshypothesen sein können.

Konzentrationslager

In den vorangegangenen Wochen habe ich einige kurze Reisen in verschiedene Orte Deutschlands unternommen, mit dem Ziel, etwas über die Konzentrationslager in Erfahrung zu bringen. Von meinen Erlebnissen gebe ich keinen zusammenhängenden Bericht; ich erzähle nur, was unentbehrlich scheint, um das Resultat nicht nur deutlich, sondern auch einigermaßen glaubhaft zu machen.

Um etwas über die Konzentrationslager zu erfahren, genügt es nicht, die Lager zu besuchen und Zeitungsreportagen darüber zu machen. Wir können ein solches Lager besuchen. Das muss nur beantragt werden. Der Bescheid kommt: an dem und dem Tag, um die und die Uhrzeit. Das Ergebnis: ein hartes, einfaches, aber gesundes Leben, – «da ist was dran». Auch in der niederländischen Presse haben solche Berichte gestanden, u.a. im «Telegraaf»¹ und (wie ich meine) im antirevolutionären «Rotterdammer»². Es ist vor allem eine geeignete Arbeit für Gelegenheitsjournalisten und sog. Interviewer, aber man weiss dann eigentlich nur, wie die Nationalsozialisten sich deren Darstellung wünschen. Am naivsten bei solchen Berichten finde ich immer wieder die Befragung der Gefangenen, die natürlich allesamt erklären, sie hätten sich über nichts zu beklagen.³

Was müsste man tun, um tatsächlich etwas herauszufinden? Sich vielleicht selbst in verschiedene Lager einsperren lassen, getarnt als deutscher Kommunist? Dazu habe ich keine Zeit – abgesehen von anderen Bedenken.

Ich spürte jedoch: die Opposition, die nirgends zu entdecken ist und sich doch jedesmal wieder, zur Verzweiflung der Nationalsozialisten, manifestiert (dazu gleich noch etwas), dort muss sie ihren Herd haben, in den Konzentrationslagern. Ich vermutete es aufgrund des Umstandes, dass ich sie nirgendwo anders entdecken konnte. Auf alle Fälle, so schien es mir, müsste man in den Lagern mehr wissen.

Das einzig Machbare war: mit den Leuten zu reden, die bereits in diesen Lagern gesessen haben und wieder auf freien Fuss gesetzt worden sind.

(...)

Wäre es nicht gewissenlos, von Glück zu sprechen, wenn es durch das Unglück eines anderen verursacht würde, dann müsste ich behaupten, das Glück gehabt zu haben, dass durch ein unglaubliches Zusammentreffen von Umständen jemand in das Lager Oranienburg geraten ist, den ich schon seit dreizehn Jahren kenne. Von diesem Mann kann ich Folgendes sagen: dass ich ihn weder bei einer Lüge noch dem bewussten oder unbewussten Versuch, etwas zu übertreiben oder zu färben, ertappt habe – und ich weiss sicher, dass alle anderen, die diesen Mann kennen (was sie auch immer von seinen wissenschaftlichen Theorien und Untersuchungen halten mögen), dieselbe Erfahrung bezüglich seiner Wahrheitsliebe gemacht haben. Diese Information über seine Person scheint mir wichtig. Im Folgenden werde ich ihn «Gewährsmann» nennen.

Der Gewährsmann fand in diesem Lager (dem grössten in Preussen)⁴ nach eigenen Schätzungen ungefähr 70% Kommunisten unterschiedlicher Couleur, 15% Sozialdemokraten und 15% Bürgerliche und bestrafte Nationalsozialisten vor. Er selbst wurde wegen seiner körperlichen Missbildung und Schwäche mit Rücksicht behandelt; die einzige Arbeit, die ihm aufgetragen wurde, bestand in der Behandlung von Patienten. Einige von ihnen hat er absichtlich kranker gemacht als sie waren, damit sie nicht mehr «verhört» werden konnten. Denn ihm war zu Ohren gekommen, dass dieses «Verhör»

normalerweise Prügel bedeutete. Er ist nicht geschlagen worden, hat sich denn auch nicht verhören lassen, unter dem Vorwand, er sei bereits während der vorangegangenen Haft verhört worden, wohl wissend, dass es keinerlei Chancen gab, sein Recht zu bekommen. Aber dieser Mann hat drei Tage lang nichts anderes zu essen bekommen als Wasser und Brot, zur Strafe für das Ausreissen der Hindenburg-Eiche auf dem Tempelhofer Feld⁵, mit dem natürlich auf alle Fälle keiner dieser Gefangenen etwas zu schaffen hatte (Recht in Übereinstimmung mit dem «Rechtsempfinden des Volkes»). Das Essen und Trinken für die Gefangenen bezeichnete er als schlecht. Ihm waren (ebenso wie allen anderen Gefangenen, die bei ihrer Verhaftung Geld bei sich gehabt hatten) einige Geldscheine, die sich in seiner Brieftasche befunden hatten, abgenommen worden. Sie wurden allerdings aufbewahrt, und er konnte – zu Lasten dieser Summe – soviel Essen bestellen wie er wollte. Ausserdem konnte er sich Pakete schicken lassen. Diese Lebensmittel wurden jedoch nicht von ihm allein konsumiert, sondern waren, zusammen mit anderen zusätzlichen Lebensmitteln, Gemeinschaftsgut aller Gefangenen – ohne Unterschied der Überzeugung oder Richtung. Sie regelten das untereinander, ohne dass es dabei zu bedeutenden Reibereien kam. Es gab zwar schon einmal Streit, der jedoch eher idealistischer Natur zu sein schien. Mein Gewährsmann genoss sowohl durch seine Lebensmittelpakete als auch durch seine Menschlichkeit grosses Ansehen bei seinen Mitgefangenen. Den Rest des beschlagnahmten Geldes hat er beim Verlassen des Lagers ehrlich zurückbekommen.

Allerdings hörte er später vom Bäcker, dem Metzger sowie dem Lebensmittelhändler, dass sie kein Geld erhalten hatten. Nicht nur diese Lieferanten, die sich von der Einrichtung des Lagers im Dorf eine Steigerung des Umsatzes erhofft hatten, sondern auch die SA-Männer selbst mussten auf Bezahlung warten. Der Sold von etwa einer Mark pro Tag konnte offensichtlich nur mit grösster Anstrengung zusammengekratzt werden, und mit der Auszahlung war man sehr im Rückstand. Diesem Geldmangel schrieb mein Gewährsmann es auch zu, dass es im Lager keine Decken für die Gefangenen gab,



Appell im Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin, das für politische
Häftlinge eingerichtet worden war – April 1933

so dass diese in ihren Kleidern schlafen mussten. Ausserdem war weder mit Geld noch mit schönen Worten saubere Wäsche zu bekommen. Die Möglichkeit, die Wäsche zu waschen, die die Gefangenen gerade trugen, fehlte; ebenso jede Waschgelegenheit für die Gefangenen selbst. Ihre Gesichter waren voller Dreck.

Die interessantesten Zwischenfälle, bei denen mein Gewährsmann Zeuge gewesen ist, sind die folgenden:

Am 25. Juni wurden die Herren Schumacher, Dietrich, Hamann und Kujat – alle Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei in Friedrichsstadt⁶ – als Häftlinge im Lager abgeliefert. Jedem der Gefangenen wurde gesondert ein Schild vorgehalten, auf dem stand: «Wir haben einen Hitlerjungen misshandelt». Dabei wurde erzählt, dass Herr Schumacher einen zwölfjährigen Hitlerjungen angegriffen, geschlagen und misshandelt habe und nun zur Strafe am nächsten Tag, behängt mit diesem Schild, um das Lager laufen müsse. Die Aufseher zeigten den kommunistischen Häftlingen dieses Schild mit besonderem Nachdruck und ermunterten sie, sich an der voraussichtlichen Strafe für einen Repräsentanten ihrer sozialdemokratischen Todfeinde zu freuen. Die Kommunisten, soweit der Gewährsmann sie in diesem Augenblick beobachten konnte, reagierten darauf gar nicht oder nur ausweichend. Unmittelbar nach dem Zeigen des Schildes wurde unter den Kommunisten die Parole ausgegeben: «Morgen kein einziges Zeichen der Zustimmung geben, denn unsere Abrechnung mit den Sozialdemokraten ist unsere eigene Sache. Auch – zur eigenen Sicherheit – natürlich kein einziges Zeichen der Ablehnung.» Noch bevor die Nacht vorüber war, wurde unter den Gefangenen die Nachricht verbreitet, dass sich im Lager einige andere Bewohner von Friedrichsstadt befänden (u.a. der Buchhalter Liebermann), die die folgende Version des Falles gaben: Der Hitlerjunge war ein junger Mann im Alter von 17 Jahren, sehr gross und stark. Schumacher selbst war ein kleiner, ällicher Mann. Der Junge, der Schrecken des ganzen Ortes, hatte Schumacher verprügelt und dieser hatte sich nur verteidigt.

Am folgenden Morgen wurden die Gefangenen, mit dem Gesicht nach aussen, im Karree aufgestellt. Während des allgemeinen Durcheinanders stellten einige Gefangene, darunter auch mein Gewährsmann, scheinbar einfältig und aus Interesse, den Bewachern einige

Fragen, worauf diese antworteten, es sei auch möglich, dass der misshandelte Junge nicht zwölf, sondern sechzehn Jahre alt war. Nun marschierte Schumacher barfuss um dieses Karree. Es war tatsächlich ein kleiner, ältlicher und scheuer Mann. Der Gewährsmann hat ihn später gemessen: ganze 1,48 Meter. Hinter ihm liefen Dietrich, Hamann und Kujat, die überhaupt nichts mit der Misshandlung zu tun hatten. Sie hatten sich noch nicht einmal daran schuldig gemacht, misshandelt zu werden. Dennoch waren auch ihnen die Schilder umgehängt worden.

Die Hauptbeschäftigung der Gefangenen an diesem Tag bestand darin, auszuharren und bei der Bestrafung zuzusehen. Es fiel kein Wort. Die Gefangenen standen da, als ob sie die Sache nichts anginge. Allen Läufern konnte man ansehen, dass sie das Laufen oder Marschieren nicht gewöhnt waren, und schon gar nicht barfuss.

Nach einiger Zeit begannen die Füße zu bluten. Die hartnäckige, scheinbare Gleichgültigkeit der Gefangenen stellte eine Prüfung sowohl für ihre Nerven als auch für die der Aufseher dar. Diese liessen ihre Wut darüber an den Misshandelten aus, schlugen sie, wenn sie langsamer gingen, und verhöhnten sie. Nach Ablauf vieler Stunden waren die Füße der Läufer nur noch blutige Fleischklumpen, und mit ihnen aufzutreten, war mit unerträglichen Schmerzen verbunden, sichtbar an ihren äusserst verkrampften Bewegungen. Die Bewacher fanden dies lustig und begannen sie auszulachen. Sie hofften vielleicht, dass die Gefangenen in irgendeiner Form auf dieses Schauspiel reagieren würden. Das taten sie jedoch nicht. Die Spannung stieg ins Unerträgliche. Allmählich aber schienen die Bewacher nämlich Angst zu bekommen und misstrauisch zu werden. Sie argwöhnten, dass die Stimmung unter den Gefangenen kippte, und fürchteten, dass sie – z.B. auf ein verabredetes Zeichen hin – überfallen werden würden. Männer mit Gummiknüppeln gingen von diesem Augenblick an vor den Reihen auf und ab. Plötzlich ereignete sich ein Zwischenfall, dem der Gewährsmann selbst nicht beigewohnt hat, der ihm jedoch später von den anderen erzählt worden ist. Der schon erwähnte Buchhalter Liebermann rief, als ein Wärter an ihm vorbeiging: «Deutschland sieht es nicht, aber Gott sieht es». Der

Wärter forderte ihn auf, diese Worte zu wiederholen. Als der Mann das tat, erhielt er einen furchtbaren Schlag. Doch nun schrie er, so laut er konnte: «Gott sieht es, Gott sieht es!!» Er wurde überwältigt, geschlagen und weggeschleppt, immer noch diese Worte stammelnd, obwohl man ihn auf den Mund schlug. Selbst aus der Ferne hörte man noch verzweifelte Schreie. Die Läufer fielen mittlerweile von Zeit zu Zeit erschöpft nieder, wurden aber durch Stiche und Schläge mit Stöcken (die mit Nägeln versehen waren) wieder zu Bewusstsein gebracht – solange, bis mit keinem Mittel der Welt mehr Bewegung in sie zu bekommen war. Dies dauerte bei Hamann dreizehn Stunden und fünf Minuten, bei Dietrich dreizehn Stunden, dreissig Minuten, bei Kujat vierzehn Stunden, dreissig Minuten und bei Schumacher fünfzehn Stunden, zehn Minuten.

«Wir müssen das Herz der Bevölkerung gewinnen.»

Hitler in Berchtesgaden

Die Reaktion, Streit

In jener Nacht schlugen die Herzen der Gefangenen nicht für die nationalsozialistische Bewegung. Es herrschte eine kaum zu kontrollierende Erregtheit, die sich auf eine ebenso lächerliche wie tief betrübliche Weise entlud. Nachdem sie sich einige Zeit mit Gedanken und Phantasien über ihre Rache getröstet hatten, die sie später, wenn sie erst einmal an der Macht wären, nehmen würden, gerieten die Kommunisten untereinander in Streit über die Frage, wie lange in einem solchen Fall erst gemordet werden sollte, bevor wieder Ordnung einkehren dürfte. Die Gemässigten – syndikalistisch und unionistisch orientiert – waren **für drei Tage Mord**, die anderen wollten die Rache sehr viel länger fortsetzen. Schliesslich beschimpften sie sich gegenseitig als «Verräter der Arbeiterklasse» und wurden handgreiflich.

Am nächsten Morgen fand ein Gefangener, ein Kommunist, der schon viel durchgemacht hatte, die Leiche des Buchhalters auf der Latrine Nr. V hängen. Er untersuchte die Leiche, so genau er konnte, und stellte neben anderen Misshandlungen fest, dass die Zunge herausgerissen worden war.

Versöhnung

Die Kommunisten hatten sich mittlerweile beruhigt und versöhnten sich (auf der Grundlage, dass man die Frage der Abschaltungsdauer vorläufig auf sich beruhen lassen sollte, und mit der Feststellung, dass sich alle darüber einig waren, auch bei Exekutionen menschlicher zu verfahren). Diese Einigkeit blieb bis zum Ende des Aufenthaltes meines Gewährsmanns bestehen. Später kam es auch zu einer Verbrüderung mit anderen Gruppen (darüber gleich im Anschluss mehr).

Juden kommen und werden «bearbeitet»

In der Nähe des bekannten Ortes Lychen in Brandenburg befindet sich ein Jungeninternat mit 28 Schülern. Eines Nachts: Hausdurchsuchung. Zunächst wird nichts gefunden. Befehl: Alle nochmal die Betten umdrehen. Während die Jungen gerade damit beschäftigt sind, kommt einer der Durchsuchenden mit einer Parabellumpistole herein, die er seinen Angaben zufolge gefunden hat. Alle Jungen müssen ins Lager.

Dort wurden sie von den Kommunisten im folgenden Geiste bearbeitet. Ihr seht: Auch für die Juden ist der Sieg des Kommunismus die einzige Rettung. Ihr braucht jedoch keine Kommunisten zu werden, und ihr müsst euch nicht anmerken lassen, dass ihr mit uns gemeinsame Sache machen wollt, sondern so tun, als ob ihr jüdisch-völkisch und streng religiös wärt. Das bringt die geringsten Gefahren mit sich. Heimlich müsst ihr mit uns einig sein und uns unterstützen, falls es möglich ist. Die jüdischen Jugendlichen zeigten sich diesem Gedanken durchaus zugänglich, was daran deutlich wurde, dass einige von ihnen Beiträge für kommunistische Fonds bezahlten (vorläufig noch in Briefmarken, die von dem zurückgelegten Geld (s. o.) gekauft wurden.

Diese Darstellung wurde mir auch von anderer Seite bestätigt, und zwar von Herrn Norbert Manasse (Bamberger Strasse 24), Neffe eines der Direktoren von Tietz, Schüler im Internat. Diese Bestätigung spricht, soweit das noch nötig wäre, zugleich für die Richtigkeit der anderen Angaben des Gewährsmanns. (...)

Auch andere werden ganz oder zur Hälfte bekehrt

In erster Linie natürlich SA-Männer, die aufgrund der jüngsten, auf-rührerischen Bewegung innerhalb dieser Organisation inhaftiert wurden.⁷ Dass man diese Leute zusammen mit den Kommunisten einsperrt, gehört zu den Naivitäten, zu denen nur Fanatiker imstande sind. Aber auch andere Leute, z.B. ein nationalsozialistischer Pfarrer. Bereits mehrmals berichteten Zeitungen über strenge Strafen an Personen, die unbefugt den Mitgliedsausweis der Partei oder andere «Hoheitsabzeichen» bei sich trugen. Dieser Pfarrer sollte Mitglied der Partei werden, d. h. war Anwärter auf die Mitgliedschaft. Dauer dieser Anwärterschaft: 50 Tage. Davon waren 48 Tage um. Doch er führte an seinem Auto irgendein Abzeichen mit sich, in der Überzeugung, es handle sich um ein Abzeichen, das zum Beweis der Sympathie auch von Anwärtern auf die Mitgliedschaft usw. getragen werden könnte. Das war ein Irrtum (ganz verständlich, denn für Nicht-Fetischisten ist es nicht so leicht zu unterscheiden). Die Folge: Auto beschlagnahmt, wird als Dienstwagen der SA gebraucht; der Pfarrer ins Lager. Bevor der Gewährsmann das Lager verliess, bezahlte auch dieser Pfarrer den Kommunisten schon Beiträge.

«Wir müssen das Herz der Bevölkerung gewinnen.»

SA-Männer machen gemeinsame Sache oder sympathisieren insgeheim mit den Kommunisten, bekämpfen sie zumindest nur zurückhaltend. (Keine Lektüre für Frauen und Kinder!)

Im Lager erschienen von Zeit zu Zeit auch – quasi als Inspektoren – zwei SA-Männer mit vier Sternen am Kragen. Diese vier Sterne (es ist keine Kleinigkeit, bei all den Veränderungen die Rangabzeichen auseinanderzuhalten) bedeuten «Sturmabführer». Es ist, von unten gesehen, der elfte Rang. Von oben gesehen, ist es der achte Rang.

Einer der beiden hiess Krüger, der andere Pege. Herr Pege hatte festgestellt, dass Herr Krüger den Gefangenen, die geschlagen wurden, die Unterwäsche ausziehen liess – ein Modus, der auch von an-

derer Seite in zahllosen Fällen glaubhaft gemeldet wird – und während der darauffolgenden Züchtigung des «Verhörten» Gefühlen ausgesetzt war, die einen Wechsel seiner Unterwäsche empfahlen. Pege versuchte, darüber Meldung zu machen, stiess jedoch überall auf schroffe Ablehnung und richtete schliesslich eine Beschwerde an den preussischen Ministerpräsidenten, da dieser den Ruf hat, wenigstens auf diesem Gebiet «normal» zu sein. Ob das Schreiben jemals in dessen Hände gekommen ist, liess sich nicht überprüfen, aber die Beschwerde hatte dann doch Folgen: Der homosexuelle Sadist blieb und Sturmbannführer Pege wurde degradiert. Aufgrund seines niedrigeren Ranges wurde er nun ständig im Lager beschäftigt, und er erzählte allen Gefangenen diese Geschichte, gab ihnen allen Ratschläge und Hinweise, kurz: Dieser Mann war, vom Hitler-Standpunkt aus betrachtet, nun völlig unterwandert.

Dieser Mann ist keinesfalls eine Ausnahme.

Es gab viele SA-Männer, die bewusst ihre Hände schützend über die Köpfe der Gefangenen (und zwar insbesondere über die der Kommunisten) hielten – gegen ihre eigenen Vorgesetzten. Mehr noch: SA-Männer überbrachten Botschaften von einem Lager zum anderen. Unter der umherreisenden Inspektion der SA sind also Leute, die Botschaften von einem Lager zum anderen überbringen, von Kommunisten an Kommunisten. Freilich handelt es sich wohl nur um sogenannte offene Botschaften. Sie dürfen mit den Gefangenen ja reden. Nun denn, sie haben mit den Häftlingen in Dachau gesprochen und die sagten... usw.

Als sich für den Gewährsmann die Tore öffneten, verliess er eine Gemeinschaft, die während seines Aufenthalts ihren Charakter verändert hatte. Der kommunistische Einfluss hatte stark zugenommen. Wer nicht oder noch nicht kommunistisch war, sympathisierte doch mit den Kommunisten, war ihnen freundschaftlich, zumindest nicht mehr feindlich gesonnen, und hielt die kommunistische Bewegung für das Fundament einer zukünftigen Gegenbewegung – auch die, die deutschnational gesonnen waren, ja selbst (aber eigentlich ist das weniger verwunderlich) die Nazis. Die Zielsetzung dieser Lager ist es eigentlich, aus den Kommunisten Nazis zu machen.⁸ Der Effekt

solcher Kontakte scheint genau entgegengesetzt. Die Kommunisten, obgleich auch verrückt, sind den Nazis intellektuell überlegen, sind kultivierter und wissen, bei aller Borniertheit und Einseitigkeit, viel mehr als diese.

Eines Tages erschien der Lagerleiter, Schäfer, mit einem Reporter bei meinem Gewährsmann, und der Reporter stellte ihm Fragen. Ob er geschlagen worden sei. «Ich bin nicht geschlagen worden». Ob er denn zufrieden sei. «Wenn man gefangen ist, sieht man die Sache anders, als wenn man in Freiheit ist». «Sie können ruhig alles sagen, was Sie wollen», so spornte der Lagerleiter den Häftling an. Mein Gewährsmann wiederholte danach ausführlicher, was er bereits gesagt hatte. Später fiel mir auf, dass ich in der Tat in dem einen oder anderen, von deutschen Blättern als besonders objektiv gepriesenen Zeitungsbericht gelesen habe: «Das einzige, über das die Häftlinge in den Lagern sich beklagen können, ist der Verlust ihrer Freiheit.» (!!)

Das muss wohl von diesem Reporter stammen.

Nach dem Reporterbesuch fragte Schäfer meinen Gewährsmann noch einmal unter vier Augen, ob er sich während seines Lageraufenthaltes nicht hätte überzeugen können, dass an der Nazi-Bewegung viel Gutes sei, und ob er nun schon mit mehr Sympathien darüber dächte. Der antwortete, dass das, was er im Lager erlebt hätte, nicht geeignet gewesen sei, um seine Sympathien wachsen zu lassen. Schäfer daraufhin: «Sie sind doch ein ‚Kopf‘, und bei uns sind auch viele ‚Köpfe‘.» – «Gerade das ist das grösste Hindernis für die Sympathie.»

Anscheinend wurden die Sozialdemokraten am schlechtesten behandelt, da sie am wehrlosesten waren. Während eines Appells standen auf der einen Seite die SA-Männer, ihnen gegenüber die Kommunisten und die Sozialdemokraten. Einige Augenblicke lang Stille. Dann sagte Schäfer: «Aha, da sieht man es: Das hier (auf die Kommunisten zielend) sind die ehrlichen Feinde, die einem gerade in die Augen schauen, aber das da (Sozialdemokraten), das sind die Leisetreter, die Heuchler.» Auch er bekundete also stärkere Sympathien für die Kommunisten. Mein Gewährsmann stellte – mehr für sich selbst – fest, dass er selten eine solche Ansammlung von Spitzbuben auf einem Fleck gesehen hätte. Es ist schwer auszumachen, auf wel-

cher Seite die gemeinsten Gesichter zu sehen waren. Auf alle Fälle war der Gesichtsausdruck bei einigen so vertieft, dass ein anständiger Mensch sich aus Scham darüber, dass dies ein Mitmensch war, abwenden müsste. Und damit schloss er wohl auch ein, dass der eine Schuft den anderen als solchen stets akzeptiert, auch wenn sie ansonsten Todfeinde sind.⁹

Mein Gewährsmann ist – gegen den Willen des Landrates – auf Intervention des Statthalters¹⁰ freigelassen worden, der wiederum von einigen pharmazeutischen Firmen bearbeitet worden war. Sie hatten nämlich geltend gemacht, dass die Gefangenhaltung des Gewährsmanns der chemischen Industrie grossen Schaden zufügte und die Lösung der für diese Industrie wichtigen Probleme unmöglich machen würde.

Als er herauskam, ging er los und kaufte ein paar Sachen ein. Dabei wunderte er sich über die oben beschriebene Praxis des Verkaufes von Lebensmitteln im Lager. Nach kurzer Zeit bemerkte er, dass ein SA-Offizier ihn begleitete. Der Offizier fragte ihn, was er nun weiter machen wolle. «Nach Hause, ins Laboratorium». «Und dort müssen Sie sich bei der Polizei melden?» «Ja, dreimal am Tag.» «Hören Sie mal zu», sagte der SA-Mann daraufhin, «ich darf es zwar nicht sagen, aber ich vertraue darauf, dass Sie mich nicht verraten werden, und ich bin auch nur ein Mensch. Tun Sie das nicht! Das Dorf steht unter meinem Befehl, aber ich kann unmöglich verhindern, dass Ihnen etwas zustösst. Nicht nur der Landrat, sondern noch viele andere sind gegen Ihre Freilassung. Die haben es auf Sie abgesehen, Kompetenz-Frage. Die Entlassung bedeutet für Sie, dass Sie Freiwild geworden sind. Sie müssen flüchten. Sie werden dann sicher gesucht werden, aber das ist immerhin noch besser für Sie, als in eine Falle zu laufen. Ich werde das auch Ihrer Frau deutlich machen.»

Der Gewährsmann hält sich also seitdem verborgen. Er hofft, irgendwann flüchten zu können, aber diese Hoffnung ist schwach, denn er weiss nicht, wie er das ohne einen «Unbedenklichkeitsvermerk» in seinem Pass bewerkstelligen soll. Das ist auch der Grund, weshalb ich in diesem Schreiben lieber seinen Namen verschweige.

All diese Eindrücke bestätigen voll und ganz, was ich auch von Leuten aus dem Lager Breslau¹¹ gehört habe. Es würde zu weit füh-

ren, auch davon zu berichten. Das oben beschriebene Bild ist das treffendste. In Breslau lebt man im Reich des m.E. abscheulichen Heines. In Breslau ist denn auch die Revolte am stärksten gewesen. In dem Gefecht, das schliesslich mit der Überwältigung der Meuterer endete, hat es nach Schätzungen von Teilnehmern mehr als 50 Tote gegeben. Der Rest ist ins Lager gesperrt worden. 1'300 Gefangene in Frankfurt a.M. und Umgebung. Nun ja, das darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Doch dies ist eine bereits niedergeschlagene Revolte, und ich warne vor voreiligen Schlüssen (nicht vor Schlüssen überhaupt).

(Während ich dies schreibe, lese ich den Bericht aus dem «New Statesman». Geht mir viel zu weit. Zu viel Konstruktion, errichtet auf Informationen, die an sich nicht falsch waren. Apokryph. Es ist mit der Phantasie von Kommunisten durchsetzt, die den Geschehnissen vorausläuft.)¹²

Auch in Breslau konnte ich übrigens feststellen, dass die Lager miteinander in Verbindung stehen.

Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, dass in den meisten Lagern die Zustände ähnlich sind. Aber sicherlich nicht in allen. (Ein Lager, weiter nördlich, wurde aufgelöst.) Bei einem Lager, auf das sich meine Recherche erstreckte (insgesamt bezogen sie sich auf vier), ist der Zustand ausgezeichnet oder wenigstens ausgezeichnet geworden. Das ist Sonneberg. In Sonneberg steht ein Gefängnis. Max Hoelz, der Brandstifter von Thüringen¹³, hat dort unter anderem gesessen (wegen eines Mordes, den er jedoch nicht begangen hatte). In diesem Gefängnis gab es früher (vor der nationalsozialistischen Machtübernahme) auf Seiten der Leitung sehr fortschrittliche Ideen, die leider aufgrund von Auswüchsen zu Missständen führten. Das Gefängnis ist später aufgegeben worden, weil das Gebäude dafür ungeeignet zu sein schien.

Von der nationalsozialistischen Regierung wurde dort ein Konzentrationslager eingerichtet. Die Zustände waren zunächst ebenso schlecht wie in anderen Lagern. Die SA ist hier jedoch durch Polizei ersetzt worden, und seitdem werden die Zustände in diesem Lager besonders gelobt. Der bekannte Kommunist Kasper, der dort einsitzt,



Demütigung des ehemaligen SPD-Politikers Paul Löbe bei seiner Einlieferung ins KZ Breslau-Dürrgoy. Die Genossen bereiten ihm auf Befehl einen «Grossen Bahnhof» mit Schalmeienkapelle, er selbst musste mit einem Distelstrauch das Spalier abschreiten. Hinter dem Banner der Eisernen Front der ehemalige Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Hermann Lüdemann

hat (nicht einen Besucher, das sagt gar nichts, sondern seine Kameraden) wissen lassen, dass die Behandlung völlig korrekt, ja sogar human sei. Warum nun die SA dort weg ist und durch Polizei ersetzt wurde, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Klein-Moskau oder Neu-Moskau war der Spitzname für ein ausge dehntes Stück Land zwischen Westend und Spandau, auf dem sich Kleingärten – mit sogenannten Lauben – befinden. Die Menschen wohnen da zum grössten Teil auch im Winter. Diese Kolonie, wie man solch einen Komplex hier nennt, ist mehrere Male durchsucht worden, mit dem üblichen vagen Resultat (das man durch Aufschneiderei zu vergrössern sucht) und wurde schliesslich gleichgeschaltet. Goebbels kam höchstpersönlich, um das Vereinshaus, das die Koloniewohner gerade zusammengespart hatten und das erst noch in Gebrauch genommen werden sollte, als Horst-Wessel-Haus einzuweihen. Eine Abteilung der SA wurde eigens mit der Kontrolle beauftragt. Was ist jedoch geschehen? Diese SA-Männer sind durch andere ersetzt worden, die zwar nicht öffentlich, aber doch insgeheim zur Opposition gehören und bei allem ein Auge zudrücken. Das hat u. a. die merkwürdige Folge, dass dort wiederum Flugblätter und eine Art Zeitung gedruckt werden (in jenem Horst-Wessel-Verein!). Einige davon sind keineswegs nur für Sympathisanten bestimmt; deshalb kann es vorkommen, dass ein solches Papier in ein wartendes Auto gelegt wird: «Der Nationalsozialismus», so beginnt eines, «ist kein Anfang, sondern ein Ende». Flammende Wiederbelebung der Zeit Wilhelms II. Es folgen Vergleiche: Byzantinismus, auf nichts beruhender Optimismus, Dilettantismus, «der sich in alles einmischt und selbst nicht merkt, was er kaputt macht». Parvenue-Gehabe. «Schwarzseher und Nörgler» werden – ebenso wie früher – nicht geduldet. «Rausch» wird mit Vaterlandsliebe gleichgesetzt, wer nachdenkt, lässt Zweifel an seinem Patriotismus aufkommen. Das Ergebnis kann nichts anderes als eine neue Katastrophe sein, neue Enttäuschung und Zermürbung des deutschen Volkes. So der Inhalt dieses Blattes: Über Kommunismus wird darin einstweilen, wie man sieht, nicht gesprochen.

Eigene Meinung, mangels Besserem

Bevor die Nationalsozialisten – durch den Stimmzettel, denn diese Revolution war eine Stimmzettelrevolution – an die Macht kamen, wurde verschiedentlich bemerkt: «Der Kommunismus ist, im Gegensatz zum Nationalsozialismus, keine akute politische Gefahr.»

Diese Formel, die von verschiedenen klugen Männern in allen Variationen gebraucht worden ist, birgt die Gefahr eines Missverständnisses in sich. Das ist bei solchen knappen Charakterisierungen – die im Übrigen nützlich und notwendig sind – durch die Natur der Sache bedingt, wohl häufiger der Fall.

(...)

Eine kurze und treffende Formel ist in ihrer (notwendigen) Beschränkung suggestiv. Sie ist wie ein scharf umrissener Farbfleck, der die Aufmerksamkeit auf sich konzentriert und von der Umgebung ablenkt. «Der Kommunismus ist, im Gegensatz zum Nationalsozialismus, keine akute politische Gefahr».

Der Nationalsozialismus gibt gleichwohl vor, eine Reaktion auf den Kommunismus zu sein – und ist es auch wohl zum Teil. Betrachten wir nun den Kommunismus (ich meine damit natürlich den Kommunismus, wie er sich in der Praxis manifestiert, nicht ein theoretisches System) und den Nationalsozialismus getrennt, dann lässt sich gegen die Formel nichts einwenden.

Aber können wir nicht ebensogut, oder ebensoschlecht, sagen: «Der Kommunismus ist durch den Nationalsozialismus zu einer sehr grossen Gefahr geworden?»

Hier muss ich kurz vor mir selbst warnen. Für mich waren die Nationalsozialisten stets gefährlich, weil ich sie als Feinde und gleichzeitig als Wegbereiter des Kommunismus sehe. Darum, wie gesagt, will ich vor mir selbst warnen. Denn besser, als zu sich selbst (oder noch schlimmer, zu einem anderen) zu sagen: «Sieh mal dieses Zeichen, das bestätigt doch genau, was ich immer gesagt habe», scheint es mir, zu sich selbst zu sagen: «Vorsicht mit diesem Zeichen, denn es scheint mit der eigenen Theorie übereinzustimmen». (Wenn man eine chemische Probe nimmt und es muss nach einer langen Reihe wohlüberlegter Manipulationen etwas rot werden, dann sieht man es

wohl auch rot werden, wenn es überhaupt nicht rot wird.) Ich warne davor, dass dies von jemandem geschrieben worden ist, der stets im Nationalsozialismus einen Schrittmacher des Kommunismus gesehen hat. «Des» Kommunismus? Ja, falls wir zumindest nicht über Gebühr theoretisieren. Ich bitte dies zu berücksichtigen.

Die Entwicklung in national-bolschewistischer Richtung in Russland hat die Kraft des Kommunismus in anderen Ländern durchaus geschwächt, ihn isoliert. Aber sie gibt den kommunistischen Bewegungen in anderen Ländern auch sehr viel mehr Bewegungsfreiheit und eigene Entwicklungsmöglichkeiten. Jetzt, wo der Nationalsozialismus nun einmal da ist und sogar den Kommunismus (den Nationalkommunismus in der einen oder anderen Form) zu einer grossen Gefahr gemacht hat, ruft er der Welt zu: Unterstützt uns, denn nach uns ist nur noch eine Art chaotischer Bolschewismus möglich. Eine verführerische Losung, durch die sich unzweifelhaft viele einlullen lassen werden. Denn die, die dem Beelzebub helfen, um den Teufel auszutreiben, werden immer zahllos sein.

Denk an die Räuber im Wald aus: «The babies in the wood».¹⁴ «The one, who was of milder mood» und der dafür war, die Kinder verhungern zu lassen, anstatt sie sofort zu ermorden, ertränkte den anderen in einem Moorloch. Müssen wir für ihn Sympathie haben wegen seiner Feindschaft zu dem anderen Schuft?
(...)

Sie haben hier überraschenderweise die Züge und alle Autos durchsucht. Es ist nichts gefunden worden, das von Interesse wäre. Jeden Tag heisst es, dass der Kopf der Natter nun zerschmettert ist, doch wie falsch das ist, wird daran offenkundig, dass am nächsten Tag schon wieder ein solcher Sieg errungen wird. Sie suchen vergeblich, denn sie suchen nicht in sich selbst. Voreilig war es sicherlich, im jüngsten Aufruhr den Anfang vom Ende zu sehen. Im Gegenteil: dies war nur das Ende vom Anfang.

Ausserdem ist zu vermuten, dass die Kommunisten, entweder zusammen mit anderen oder von ihnen unterstützt, vorschnelle (und damit zum Scheitern verurteilte) Aktionen unternehmen werden. Aber

auch Aktionen werden noch eine Weile auf sich warten lassen. Werden sie dann durchgeführt und von den Nazis unterdrückt, wird es wieder ruhig sein. Bevor ein solcher Prozess, wie ich ihn vor Augen habe, reift, kann viel Zeit verstreichen. Es ist kaum möglich vorherzusagen, wie sich die Dinge entwickeln werden; und noch heikler ist es, die Dauer eines politischen Prozesses voraussehen zu wollen. Die Praxis lehrt aber, dass das vielleicht Unvermeidliche in der Zukunft zumeist länger auf sich warten lässt, als man im Voraus vermutet (z.B. die letztendliche Niederlage Deutschlands im Krieg).

Sollte ich die Entwicklung richtig einschätzen, dann wäre es zwar sehr zu wünschen, aber leider kaum zu erwarten, dass eine Umkehr schnell kommt.

Denn welch eine Lehre würde darin für andere Völker stecken!

Die Nationalsozialisten bilden sich immer noch ein, dass sie die gefangenen Kommunisten für sich gewinnen können, indem sie die in den Lagern inhaftierten Sozialdemokraten misshandeln. An dem Tag, an dem mein Gewährsmann das Lager verliess, wurde wieder ein Schild gezeigt. Darauf stand: Wir haben unsere Pflicht versäumt, und es folgte ein Datum. Den Gefangenen wurde mitgeteilt, dass dieses Schild für Severing, den ehemaligen Innenminister, und Ebert, den Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten bestimmt sei. Sie sollten so wie Schumacher und die Seinen behandelt werden. Ob Severing und Ebert wirklich angekommen sind, konnte der Gewährsmann nicht mehr überprüfen. Ich hoffe mit ihm, dass es ein Missverständnis gewesen ist und dass es eine Verwechslung mit Löbe und Frau Lüdemann¹⁵ gegeben hat, die nicht hierher, sondern nach Breslau gebracht worden sind. Sie wurden bezichtigt, «unwahre» Berichte über die Lager verbreitet zu haben. Man kann jedoch leider in keinem Fall wirklich beruhigt sein.

Ein wichtiger Faktor für die Beurteilung der Lage ist die Tatsache, dass die Totalität sich hier so schnell durchsetzte, ohne längere Auseinandersetzungen. Und wenn ich auch die Bedeutung der Greuelthaten, die jedem Terror eigen sind, nicht überschätze, so würde ich den-

noch behaupten, dass diese Greuelthaten wohl sehr schwerwiegend sein dürften; auch wenn der Terror einem Sieg an der Wahlurne folgt, kann er durch nichts entschuldigt werden. Dieser Terror wird, auch wenn er auf Dauer weniger blutig sein mag als anders geartete, wohl die geduldigste Bevölkerung auf längere Sicht verunsichern. Er hat die Tendenz, die Unruhe, die vielleicht noch nicht vorhanden ist, erst hervorzurufen.

Ein paar Rosinen noch: In Italien nimmt die Zahl der Abonnenten geheimer kommunistischer Zeitungen beständig zu. Die Reichswehr steht noch immer im Mittelpunkt von allerlei Geschichten, Gerüchten und Vermutungen. (Schleicher.)¹⁶

Jetzt, da Hitler Diktator ist, ist es selbstverständlich, dass er, wie es sich für einen Diktator gehört, dreissig Stunden an einem Stück arbeitet usw. usw. Funk (Pressechef) beschrieb dies. «Kein Fleisch, kein Tabak, kein Alkohol». Aber das Sympathische ist, sagt Funk, dass er niemandem seine Lebensweise aufdrängen oder aufzwingen will. Für Funk – das ist das Schönste daran – ist dies ohne Zweifel sehr sympathisch, da er selbst, zurückhaltend ausgedrückt, absolut kein Feind des Alkohols ist, wie manch einer, der bereits die Möglichkeit gehabt hat, Zeuge gelegentlicher Störungen seines körperlichen Gleichgewichts zu werden, feststellen konnte.

Zollen wir ihm Beifall, es ist wenigstens menschlich.

(...)



Der «Führer» nimmt vor der Reichskanzlei in der Wilhelmstrasse den Vorbeimarsch der Leibstandarte «Adolf Hitler» ab

6. September 1933

Ministerialrat Diels, der Chef der Geheimen Staatspolizei, sagt in einer Anordnung, dass immer mehr hohe Beamte Informationen über den Aufenthaltsort von Verhafteten und die Gründe ihrer Verhaftung verlangen. Dabei würde, so Diels, mit der Intervention hochstehender Leute gedroht. Das gehe nicht an, so Diels weiter.¹ In Zukunft würden keine Informationen mehr «während des Schwebens der Ermittlungen» gegeben, was übrigens eine völlig vage Andeutung ist.

Nun eine Bemerkung zu Herrn Diels selbst, der privat etwas Joviales haben soll. Ein Kollege kannte ihn zufällig. Nachdem vor Kurzem dreissig Ärzte verhaftet worden sind und derselbe Kollege einen von ihnen kannte, ging er zu Diels und sagte: «Diesen Mann müssen Sie freilassen, er ist doch ein tadelloser Kerl.» – «Gut», sagte Diels und liess ihn frei. Der Kollege besuchte ihn später wieder, um sich zu bedanken. «Aber», so fügte er hinzu, «bei seiner Verhaftung ist auch sein Auto beschlagnahmt worden, dazu 800 Mark.» «Ja», so lautete die Antwort, «daran können wir nichts ändern, was die SA einmal hat, das hat noch niemand jemals wieder aus ihren Händen bekommen.» Sowohl Verhaftung als auch Freilassung sind also absolut willkürlich. Und Beschlagnahmung heisst nichts anderes als Beschlagnahmung.

Die Interventionen, auf die sich die Anordnung von Diels bezieht, scheinen zu belegen, dass man in höheren Beamtenkreisen gegen solche Willkür vorzugehen versucht. Die Vermutung liegt nahe, dass vor allem diejenigen das tun, die erst vor Kurzem zum Nationalsozialismus bekehrt wurden und die früher meinten, sie könnten sich seiner bedienen und die ihm deshalb zur Macht verholfen haben. Als Frau Oberst von Hindenburg unlängst einen jüdischen Arzt aufsuchte, brachte dieser seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, worauf Frau von Hindenburg sagte: «Er (der Antisemitismus) steht uns bis hierhin.» Obwohl sich diese Geschichte wie ein Lauffeuer verbreitete, halte ich sie für authentisch. Ich habe sie zwar nicht von jenem Arzt selbst, aber von einem seiner Freunde. Ganz verständlich

natürlich, dass eine solche Geschichte eine von vielen ist, die verbreitet werden, um einer Hypothese hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Nahrung zu geben, die man in jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen akzeptabel findet. Die Hypothese lautet folgendermaßen: Wenn sich die Sache hier finanziell so festläuft, dass es keinen Sinn mehr hat, diejenigen, die das feststellen, ins Gefängnis zu stecken, dann könnten konservative Kräfte noch einmal eine Chance bekommen, gestützt auf die Reichswehr und vielleicht sogar zusammen mit Hitler. Diese Hypothese, die sich allein auf vage Vermutungen stützt, brauchen wir nicht zu analysieren. Sie wird allerdings ständig geäußert, und das wiederum ist ein Phänomen, das nicht ganz ohne Bedeutung ist.

Einige Juden erwarten wirklich eine Finanzkatastrophe, und bei ihnen hat der Entschluss, nach Palästina oder sonstwohin auszuwandern, festere Formen angenommen. Dafür kommen vor allem diejenigen in Frage, die etwa soviel besitzen, wie die Kategorie A der Auswanderer mitnehmen darf. Ich glaube, das sind 100 Pfund oder so ähnlich.² Diejenigen aber, die mehr besitzen, müssten den gesamten Rest ihres Vermögens praktisch freigeben, und das ist in der Regel ein sehr schwerer Entschluss. Unter den Leuten der 1‘100 Pfund-Kategorie sagen sich manche: Jetzt können wir das noch mitnehmen, aber wenn der Devisenvorrat noch weiter schrumpft, dann wird sich diese Summe ebenfalls verringern. So lautet das eine Argument; das zweite ist: Wenn es tatsächlich ein Finanzchaos gibt, dann ist klar, dass nach dem heutigen System jemand die Schuld haben muss. Und angesichts der Tatsache, dass in der Judenfrage keine Ruhe einkehrt, werden die Juden auch das wieder entgelten müssen. Also gehen wir lieber. Diese Leute wissen, dass sie in Palästina zu den Einwanderern gehören, die dort am wenigsten gern gesehen werden, aber sie kommen schon herein, wenn sie ein paar Beziehungen haben.

(...)

«Rassebewusstsein» muss auch den Kindern in der Schule beigebracht werden; es sind hierzu zahlreiche Erlasse erschienen. Man kann es sich kaum vorstellen, wie schrecklich so etwas in der Praxis ist. Ein Lehrer hat hier ein «germanisches» und ein jüdisches Kind vor die Klasse gerufen. Hier, sagte er, ist ein «germanisches» Kind,

rein, kräftig an Leib und Seele usw. usw. Dort ein jüdisches Kind: verwöhnt, schlecht entwickelt usw. Dieses jüdische Kind war danach zwei Tage lang verschwunden, es streunte durch den Tiergarten und wurde erst in der zweiten Nacht gefunden. Ein Mädchen im Alter von nach Jahren. Und man darf das Kind nicht einmal von der Schule nehmen.

Das Propagandaministerium hat mir vor einiger Zeit über eine Kontaktperson mitgeteilt, dass man ernsthaft erwägt, mir die Arbeit unmöglich zu machen; und zwar aufgrund eines Vergleichs zwischen Italien und Deutschland, um den meine Redaktion mich gebeten hat.³

Trotz aller «Ausrottung» bekomme ich immer noch Briefe von der R. H. (Roten Hilfe). Ich werde vielleicht ein Schreiben, mit einer Einladung zu einem Treffen, übersetzen, ohne Adresse natürlich. Sie ziehen andauernd um, aber ich werde sie wohl noch finden.

Einem Arzt (Jude, übt als aktiver Frontkämpfer seinen Beruf noch aus⁴, ist aber dabei, die Praxis zu verkaufen) wurde ein gedrucktes Exemplar der «Roten Fahne» angeboten, das er aber sicherheitshalber nicht annahm.

Am 18. August hat der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – in der Jüdischen Gemeinde gibt es drei Strömungen, die eine gemeinsame Vertretung haben: orthodox, liberal und reformiert (Sabbat = Sonntag⁵) – das folgende Konzept angefertigt für ein Gesuch an den Chef der Geheimen Staatspolizei und den Reichsminister für Propaganda. «Wir erlauben uns, Ihnen das Folgende zur Kenntnis zu bringen. Eine grosse Anzahl Gemeindeglieder hat uns gleichlautend mitgeteilt, dass sich am Freitag, dem 11.8.1933 Folgendes abgespielt hat:

In der Grenadierstrasse⁶ zu Berlin, wo viele Gemeindeglieder wohnen, die aus dem Osten stammen, machte eine Filmgesellschaft unter Mitwirkung verschiedener Personen in SA-Uniform Aufnahmen. Dabei haben die Veranstalter der Darstellung eine Anzahl jüdischer Personen genötigt, an der Aufnahme mitzuwirken. Und zwar derart, dass sie staatsgefährdende Parolen wie ‚Nazi verrecke‘, ‚Tod den Faschisten‘, ‚Rot Front‘ rufen und den Personen in SA-Uniform gegenüber offen eine feindliche Haltung zum Ausdruck bringen mussten.»

Im weiteren Verlauf des Entwurfs für das Gesuch wird ausgeführt, dass das Zeigen eines solchen Films gefährlich für Ruhe und Ordnung, insbesondere aber für Leben und Gesundheit der Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sei, «weil die Leute, die diesen Film sehen, nicht wissen werden, dass das Geschehen nur in Szene gesetzt wurde, und in verständlicher Aufregung über das Verhalten der Juden, die in dem Film auftreten, geneigt sein werden, an den Juden, die am Drehort wohnen, Vergeltung zu üben.» Der Entwurf endet mit der Bitte, Massnahmen zu ergreifen. Dieses Gesuch wurde nicht abgeschickt. Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde war der Meinung, dass es wahrscheinlich keine günstige Wirkung erzielen, sondern eher den betroffenen Juden schaden würde (wegen Verbreitung von Greuelmeldungen).

Die Tatsachen, die in dem Text angedeutet werden, entsprechen der Wahrheit. Die Juden bekamen auch aus Kork nachgemachte Steine, mit denen sie die SA-Männer bewerfen mussten. Bezahlt wurden sie nicht. Es wurde ihnen gesagt, dass sie mit der Verweigerung der Mitarbeit zeigen würden, dem heutigen Staat feindlich gesonnen zu sein und dementsprechend behandelt werden würden. Man sieht in dem Film, wie sich vor dem Haus des zum Nationalhelden erhobenen SA-Provokateurs und Zuhälters Horst Wessel ein Leichenzug bildet. Hinter dem Leichenwagen gibt es einen Wagen mit Fahnen und Kränzen. Dann greifen die Kommunisten (vorwiegend mit jüdischen Zügen) den Leichenwagen an. Die Polizei schlägt mit dem Gummiknüppel die Menge auseinander, und der Leichenwagen fährt schliesslich, begleitet von berittener Schutzpolizei und einem Panzerwagen, zum Friedhof (diese Angaben über den Inhalt des Films stammen aus nationalsozialistischen Zeitungen). Die Informationen über die Grenadier-Juden kann sich in der Grenadierstrasse jeder bestätigen lassen, der dort jemanden kennt, der ihn nicht für einen Provokateur hält. Die in dem Gesuchsentwurf genannte Filmgesellschaft ist die «Volksdeutsche Filmgesellschaft». Diese Gesellschaft hat ausserdem eine Reihe arbeitsloser jüdischer Filmschauspieler, angeblich für einen französischen Operettenfilm, gegen den Tageslohn von 20 Mark engagiert. Als die Schauspieler eintrafen, stellte sich heraus,

dass es um den Horst-Wessel-Film ging.⁷ Sie verweigerten daraufhin ihre Mitarbeit. Vom Aufnahmeleiter wurde ihnen aber mitgeteilt, dass sie in dem Fall nicht wieder herausgelassen würden. Sie meinten, das sei ungesetzlich (naive Annahme); daraufhin legte man ihnen eine Verfügung der Geheimen Staatspolizei vor, aus der hervorging, dass arbeitslose Schauspieler im Falle der Verweigerung der Mitarbeit an einem nationalen Film als Staatsfeinde betrachtet würden. In diesem Fall müssten sie mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager rechnen.

Die Schauspieler fanden sich damit ab und spielten mit. Gespielt wurde eine Szene in einem Tanzlokal, in dem jüdische Jungen sich angeberisch benehmen. An der Wand hing eine Tafel mit der Aufschrift: «Ein Jid geht um die Welt» (Anspielung auf einen anderen Film, in dem der Tenor Joseph Schmidt auftritt, und der «Ein Lied geht um die Welt» heisst). Ausserdem wird die Fotografie mittels eines gekrümmten Projektionsspiegels verzerrt. Die Herren Friedmann und Roberts, beide Filmschauspieler, haben die Geschichte so Herrn E. Pollak (Arbeitsausweis für arbeitslose jüdische Künstler, Künstlerhilfe) erzählt und daraufhin Herrn Brasch. Herr Brasch verwies sie an Dr. Reichmann vom Centralverein (Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens). Dieser hatte die Geschichte schon von anderer Seite gehört. Dr. Reichmann berichteten sie auch noch von der Aufnahme einer Szene in Johannisthal, in der ein bärtiger Jude eine gebratene Gans verspeist, während am Nebentisch ein arisch aussehendes Ehepaar Heringe mit Kartoffeln isst. Die Herren haben sich später wieder an den Hilfsverein gewandt, mit der Bitte um Unterstützung bei der Auswanderung. Sie hatten Angst, wieder bei solchen Aufnahmen mitwirken zu müssen. Vom Hilfsverein⁸ wurden sie abgewiesen – nur mit 30 Mark unterstützt, die natürlich längst aufgebraucht sind.

Die Sorge des jüdischen Gemeindevorstands, die in dem Gesuchentwurf zum Ausdruck kommt, erscheint mir nicht unbegründet. Dass die Leute nicht wissen, dass die Vorgänge inszeniert worden sind, bezweifle ich. Aber dieses Wissen hat, wie die Erfahrung lehrt, keine wirklichen Folgen. Den Fotos nach zu urteilen, die in den NS-Zeitungen prangen, sieht alles geradezu schauerlich echt aus. Ein

Kind, das den Nikolaus auftreten sieht, weiss vielleicht sehr gut, dass das eigentlich nicht der Nikolaus, sondern der verkleidete Vater ist. Dieses Wissen muss aber die Illusion des Kindes nicht zerstören, dennoch dem leibhaftigen Nikolaus gegenüberzustehen. Genauso läuft es in solchen Fällen beim Volk, wobei zu berücksichtigen gilt, dass ein solcher Film in die kleinsten Dörfer kommt. Solche Aufführungen werden mit Sicherheit den Antisemitismus verstärken.

Wir sind in der Geschichte nur selten einem Antisemitismus begegnet, der nicht den Juden irgendeine Schuld zuschob, welche daraufhin massive Ausbrüche des Volkszorns zu spüren bekamen (nach der einen oder anderen Enthüllung). Und tatsächlich lässt sich nicht erkennen, dass die Partei diese Dinge zur Ruhe kommen lassen möchte. Es gibt immer noch zu viel, was ich – um Eintönigkeit zu vermeiden – nicht aufzählen möchte. Aber ich habe den Eindruck, dass die Lage der Juden nicht nur längst schmerzlich geworden ist aufgrund dessen, was schon passiert und kaum wiedergutzumachen ist, sondern dass sie mit Sicherheit auch in der Zukunft physisch gefährdet sein werden.

Das ist nur dann nicht der Fall, wenn die Wirtschaftslage sich verbessern würde, und zwar in entscheidendem Masse. Letztens sprach ich mit Bauern im Osten des Landes, die «freiwillig» Arbeitslose bei der Ernte beschäftigt haben. Diese Arbeitslosen mussten sich «freiwillig» mit einem minimalen Lohn begnügen. Nun erwarten die Bauern gezwungen zu werden, solchen «Arbeitskräften» im Winter «freiwillig» Unterkunft und Verpflegung zu geben, ohne jeden Lohn. Das sind dann nämlich keine Arbeitslosen mehr.

In dieser Gegend ist die Jugend inzwischen nationalsozialistisch, weil sie von dieser Bewegung eine Parzellierung des Grossgrundbesitzes erwartet. Ob diese Regierung das allerdings so rigoros anpacken wird, wie sie das vorgegeben hat, das bezweifeln vor allem die älteren Bauern. Denn ein Bauer, selbst ein junger, bemerkt auf Dauer den Unterschied zwischen einer mit Blasmusik garnierten Rede und einem Stück Boden.

Die Arbeitslosen, die Strassen anlegen, kosten viel Geld; die Arbeitslosigkeit in den Industriezentren nimmt bislang nicht ab; und Bauern mit etwas Weitblick wissen sehr wohl, dass auch für sie keine

besseren Zeiten kommen, solange die Kaufkraft der städtischen Massen nicht wieder zunimmt.

Die Bauern sehen, vielleicht nicht zu Unrecht, den Bankrott der Grossstädte voraus. Für die unheilbar Kranken wird bekanntlich in Berlin kein Geld mehr ausgegeben werden (die Reichsbank wird keine Berliner Wechsel mehr einlösen), und bald wird eine Zeit kommen, in der es auch für unheilbar Arbeitslose kein Geld mehr gibt. Diese Entwicklungen können vielleicht als Vorboten gesehen werden: Sie sind Hinweise, nicht auf das Finanzchaos, denn das ist ja nur ein Wort, sondern auf grosse finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Man kann sie aber auch als eine propagandistische Ablenkung, deren Leidtragende vor allem die Juden sein werden, interpretieren. Der Posaunenschall und das Trommelwirbeln werden immer kräftiger, irgendwann wird kein Crescendo mehr möglich sein, und dann könnte der Sündenbock an der Reihe sein. Die katastrophalen Folgen einer solchen Entwicklung für die ganze Welt kann man sich wohl vorstellen.

Es folgt als Beispiel ein Brief der Roten Hilfe. Die Entschlüsse- lung geschieht ganz wörtlich: *«Wir – seit Mitte März gefangen, seit vier Wochen hier (Oranienburg). Erstens: Alle Berichte inkl. Interviews unwahr wegen Angst vor Strafe. Verhöre fast immer nach Haft ohne Licht und mit Gummiknüppel. Auch Faustschläge, sogar gegen Verstümmelte (mehrere jetzt im Krankenhaus). Durchfuhr von Angehörigen.»* (Diesen letzten Satz verstehe ich nicht richtig.) *«Verantwortlich für die Verhöre Sturmbannführer Krüger»* (Schon im vorigen Bericht erwähnt)⁹ *«früher stud.rer.pol. und entsprechender Stahlkopf. Misshandlung insbesondere beim Transport (nach Zossen, Turnhalle Rathenow), aber auch in Lagern Alt-Dabern und Boernicke. In D. einarmige schwere Gewichte¹⁰, Peitschenhiebe beim Umfallen: durch Überanstrengung Nervenentzündung, jetzt Krankenhaus. Hier bisher drei Tote. Anfang Juni Hagedorn aus Zerbst, Nieren zertrümmert. Arzt: Harnvergiftung. 17. Juni Walter Klausch aus Potsdam, nach Verhören aufgehenkt angetroffen. 2g. Juni Senske aus Coswig. Arzt: Herzschwäche. In letzter Zeit vom Arzt (jetzt Dr. Lazare) schwere Fälle fotografiert. Sollte bei baldiger Untersuchung unwiderlegbar bewiesen werden können. In ehemaligen Lagerhäusern Brauerei. Alles feucht, verschimmelte Strohsäcke, Grippe, Hals-*

entzündung, Rheuma usw. Raum: 19 mal 6 Meter für 140 Mann, 1 Fenster 1,20 mal 0,40 zum Lüften, 3 Kubikmeter Luft pro Mann. 3 Klosetts für 700 Mann, andere Klosetts dienen als Hafzellen, darin kann man nicht liegen. Essen, morgens: 2 Scheiben Brot, sauer, eins mit Marmelade. Mittags: Wassersuppe mit schlechten Kartoffeln, abends wie morgens oder mit Schmalz. Die meisten haben zusätzliche Nahrungsmittel, wenn nicht, ist das stark bemerkbar. Juden geht es bei Weitem am schlechtesten, werden fast alle beim Transport geprügelt, Rabbiner leeren Klosetts, dreckigste Arbeit, Haare abrasiert, im Freien Übungen bis Iffanipf eintritt. Versucht unter der Parole ‚... .‘ (lasse ich weg), dann mein Name und der eines amerikanischen und noch eines niederländischen Journalisten. «Wir verlassen uns auf Sie, Gruss R.H.»

Zur gleichen Zeit lautet eine Meldung in den niederländischen Zeitungen: «Der offizielle Preussische Pressedienst teilt mit, dass durch die heute Morgen durchgeführte Razzia der Geheimen Staatspolizei der gesamte kommunistische Informations- und Nachrichtendienst unschädlich gemacht werden konnte» usw. (zum wiederholten Male).

Kundgebung Saar-Niederwald

Hier ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen, zumindest zu andauernden Reibungen zwischen echten Saarländern und brüllenden SA-Männern. Der Korrespondent des «Telegraaf»¹¹ war so leichtsinnig, einer Einladung der Regierung Folge zu leisten, sich dort einmal umzusehen. Der Mann, an den er sich wenden sollte, mit Mühe auffindig gemacht, wies ihm eine Unterkunft irgendwo an, wohin kein Zug mehr fuhr. Er wartete in einem Weinkeller den nächsten Morgen ab und war froh, wieder verschwinden zu können. Er hat nichts gesehen.

13. September 1933

(...)

Der neueste Trick der im Untergrund noch weiter arbeitenden stets fortschleichenden kommunistischen Propaganda ist das Überstem-peln der Bildchen, die gratis mit den Zigaretten zusammen geliefert werden. Bekanntlich werden in Zigaretenschachteln Bildchen ge-legt, die zusammen eine vollständige Sammlung von z.B. Sportlern, Flaggen, Soldaten usw. ergeben. Seit Langem ist es eine Manie der Schulkinder, diesen Schund zu sammeln. Da die Kinder noch keine Zigaretten rauchen dürfen, betteln sie die Dinger zusammen und füh-ren einen schwunghaften Tauschhandel mit doppelten Exemplaren. Es konnte nicht ausbleiben, dass arbeitslose Erwachsene, bzw. Ziga-rettenverkäufer, Tauschzentralen einrichteten. Die Kommunisten sind nun auf die glänzende Idee gekommen, auf der Rückseite der Bildchen ihre Propagandaparolen zu drucken. Diese bedruckten Bil-der erzeugten auf der Schule, von der ich dies alles weiss, beträcht-liche Aufregung unter den Kindern, die die Sache instinktiv vor der Lehrerschaft geheimhielten. Damit haben die Kommunisten aus gu-tem Grund gerechnet und sich überlegt, dass eine solche Geheimhal-tung eine gewisse psychische Annäherung bewirken kann.

Die Eltern, bei denen ich diese Bildchen gesehen habe (sie hatten sie ihren Kindern abgenommen), waren Juden, also ängstlich, und durch nichts dazu zu bewegen, mir so ein Ding zur Verfügung zu stellen. Ich kann also kein Beweisstück beifügen, doch gesehen habe ich sie.

Für die Konzentrationslager gilt gegenwärtig «Post- und Besuchs-sperre». In Oranienburg rechnet man mit einem Toten pro Woche. Mag ein Teil des Braunbuchs auch unglücklich ausgefallen sein, mag auch Willy Münzenberg¹, der berüchtigte, einen grossen Anteil da-ran haben (ich höre, dass das Buch teuer ist, und das deutet bereits auf M.'s Mitwirkung hin) – die darin enthaltenen Aussagen über die Konzentrationslager muss ich leider im Grossen und Ganzen bestä-tigen.

Wer ahnt nicht, dass die Abnahme der Arbeitslosigkeit zum grössten Teil nur Resultat des Unsichtbar machens eines Teils der Arbeitslosigkeit ist? In die Betriebe kommen SA-Männer, imposant in ihrer Uniform, mit einer Pistole am Gürtel, und verlangen in anmassendem Ton – unter Begleitung der nötigen Phrasen – dass neue Arbeitskräfte eingestellt werden – auch wenn man sie nicht braucht – und dass die Doppelverdiener (Ehepaare, bei denen beide Teile verdienen) entlassen werden. Die Betriebsleiter, die den Mut aufbringen, dies rundweg abzulehnen, sind in der Minderzahl. Daher auch die leidenschaftlichen Versuche, diesen künstlichen Zustand während des Winters aufrechtzuerhalten.

Wie geschickt hat nun gerade wieder der Volksverführer Goebbels eine hohe Steuer (zumindest das, was unter einer anderen Regierung einfach eine neue hohe Steuer wäre) als eine Art Volksbelastigung schmackhaft zu machen gewusst! Aber: mit Hilfe von Zahlen kann man schwerlich beweisen, dass man es in der Hauptsache wirklich nur mit einer Vertuschung zu tun hat, zum Teil durch den oben geschilderten Druck auf die Betriebe, zum Teil durch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (Arbeitsdienst) – letztlich aber auch durch Einsperren in die Konzentrationslager. Den Zahlen ist nicht mehr zu trauen, den ihnen entgegengesetzten Zahlen einer schleichenden Opposition jedoch noch sehr viel weniger. Deshalb erscheint es mir nicht unwichtig zu erzählen, was ich dieser Tage in einer Konditorei in der Langestrasse erlebt habe. Die Langestrasse ist eine Seitenstrasse der Andreasstrasse im Verbrecherviertel hinter dem Schlesischen Bahnhof. Was ich dort machte? Nichts. Aber wenn ich zufällig in eine Gegend komme, wo ich selten bin, dann versäume ich nicht die Gelegenheit, mich dort irgendwo niederzulassen, wenn ich noch Zeit habe – in der Regel ohne Resultat. Aber manchmal hat man Glück und diese Chance muss man nutzen. Das nicht sehr grosse Lokal war so voll mit SA, dass ich nur noch an einem Tisch, an dem bereits drei SA-Männer sassen, Platz finden konnte. Einer aus der Truppe war ein «Sturmbannführer» (vier Sterne ohne Streifen). Aus den Gesprächen entnahm ich, dass man noch auf andere wartete. Hinter was diese anderen her waren, wurde mir erst allmählich klar.

Denn da kamen sie schon, sechs Mann, unter ihnen auch ein «Sturmführer» (drei Sterne ohne Streifen).

Die sechs Männer waren offensichtlich sehr erregt. Das erste, was ich hörte, als sie hereinkamen, war: «Wir sind angeschissen». Eine Geschichte kam bruchstückhaft zum Vorschein; alle anderen standen auf und fingen an zu schreien. Vorläufig konnte man in keiner Weise daraus schlau werden. Was war geschehen? Diese sechs Leute kamen aus dem Osten. Einer aus Lyck in Ostpreussen. Woher die anderen genau kamen, habe ich nicht mitbekommen, doch ich hörte einige Namen, die an dieselbe Gegend erinnerten; möglicherweise waren auch westpreussische (Grenzmark) Ortsnamen dabei. Bekanntlich liest man in den Berliner Zeitungen, dass es in Ostpreussen und in der Grenzmark keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Man spricht dabei sogar vom «Unterbringen» der Arbeitslosen und nicht vom Beschäftigen; und tatsächlich hört man, dass die Arbeitslosen aus Königsberg buchstäblich weggezwungen und bei Bauern, die sich dem berühmten Prinzip der «Freiwilligkeit» unterworfen haben, in Kost gegeben worden sind.

Was hatte aber nun diese Leute veranlasst, mit dem Zug nach Berlin zu fahren? Sie hatten in einem hiesigen Blättchen gelesen, in Berlin würden so fabelhafte Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit getroffen, dass diese schon sehr bald der Vergangenheit angehören würde. Zu den Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung gehörte u. a. das Bohren eines Tunnels unter einem Bahnhofsgelände hindurch. (SÄ-Männer würden bei der Arbeitsvergabe bevorzugt). Nun hatte der Sturmführer sich erst an den Sturmbannführer gewandt, den er offensichtlich kannte, und dieser hatte gemeint, dass es um einen Tunnel für die Post ginge, ihm also den Rat gegeben, sich zum Büro der Postverwaltung in der Köthener Strasse zu begeben. Dort erfuhren sie, dass überhaupt keine Arbeitskräfte gesucht würden. Und das, obwohl der Tunnel tatsächlich einmal gebaut werden soll. Deshalb das Spektakel. Das Ende habe ich nicht abgewartet, es dauerte mir zu lange. Sie werden wohl eine Sammlung veranstaltet haben, um den armen Tröpfen die Rückkehr zu ermöglichen. Dieser Fall scheint mir kennzeichnend für den wechselseitigen Arbeitslosigkeitsbetrug.

Es wird hier nun tatsächlich eine Gruppe der Mussertbewegung (N.S.B.² heisst sie, wie ich meine) aufgebaut. Vergeblich haben ein anderer niederländischer Journalist (Stoffels vom «Telegraaf») und ich probiert, mit einem der Gründer, unserem Kollegen Koelensmid vom «Rotterdamsch Nieuwsblad», ein freundschaftliches Wort in dieser Angelegenheit zu reden. Herr Stoffels machte exzellente Ausführungen über die Pflicht eines Niederländers im Ausland, streng loyal zu sein, hier keine Oppositionsgrüppchen zu bilden, sondern sich um die nationale Fahne zu scharen und die Regierung zu unterstützen, wo es möglich ist. Aber der einzige Effekt dieser wirklich vortrefflichen Darstellung war die Bemerkung: «Colijn ist zu alt». Alles gleitet ab, es ist hoffnungslos.³

P. S. In «Klein-Moskau» wieder strenge Kontrollen und Durchsuchungen. Die Leute dort, die verunsichert sind, kommen nur noch tagsüber zu Besuch, halten sich woanders versteckt. Die Kommunistenverfolgung ist erheblich verschärft worden.

30. September 1933

Ich war in Leipzig¹, daher die Verzögerung der Antwort. Artikel über Niederländisch-Indien höchst interessant. Es sofort mit Seiner Exzellenz² zu besprechen, war nicht möglich, weil er gerade im Ausland auf Reisen ist. Wer Licht in ein dunkles Zimmer bringen will, nimmt keinen Besen, um die Dunkelheit herauszukehren, sondern lässt Licht hinein. Darum empfehle ich keinerlei Polemik, sondern Sachlichkeit. Ich habe bereits mit einem Redakteur und dem Chefredakteur vom «Tag» und «Lokal-Anzeiger» gesprochen. Wenn es geregelt ist, fordere ich Fakten usw. an. Hierauf werde ich noch zurückkommen.³

(...)

Einmal pro Tag, während wir in der Schule waren (Reichsgericht), kam die Geheimpolizei ins Hotel, um die Zimmer zu durchsuchen. Unter den Kellnern, Pförtnern usw. wimmelte es von Spitzeln. Jedes im Foyer gesprochene Wort wird übermittelt, und die Herren des Agitpropministeriums schämten sich nicht einmal, die Betreffenden schlichtweg zur Verantwortung zu rufen. Es sei ihnen zu Ohren gekommen, dass man sich in diesem oder jenem Sinne geäußert habe, usw. Im Saal schauen sie genau, mit wem man spricht usw. Die Journalisten sind hiervon auch schon angesteckt worden. Einer fängt heftig an zu gähnen und sagt, dass er eine Weile schlafen muss, kommt nach zwei Stunden wiederum gähnend nach unten und erklärt, gut geschlafen zu haben. Das macht man, um einfach unbeobachtet arbeiten zu können und gleichzeitig die Kollegen in die Irre zu führen. Ich habe viel Geld ausgegeben, um Bier usw. zu trinken mit Mitarbeitern des Propagandaministeriums. Was tut übrigens das Propagandaministerium bei diesem Prozess? Es führt Regie, denn eine riesige «Objektivitätskomödie» wird aufgeführt. Man will Torgler und die Bulgaren⁴ mangels Beweisen freisprechen, nachdem sie zunächst – aus deutscher Sicht – als moralisch Schuldige überführt worden waren. Van der Lubbe wird dran glauben müssen, er wird der SA und der öffentlichen Meinung geopfert.

(...)



Während der Eröffnung des Reichstagsbrandprozesses vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig: Bank der Verteidiger und der Angeklagten, von rechts: Seuffert (Verteidiger van der Lubbes), Alfons Sack (Verteidiger Torglers), Meyer-Collings (Dolmetscher van der Lubbes, stehend), Teichert (Pflichtverteidiger der bulgarischen Angeklagten); 2. Reihe von rechts: die Angeklagten Marinus van der Lubbe, Ernst Torgler; 3. Reihe von rechts: Georgi Dimitroff, Wassil Taneff, Blagoj Popoff

Ich hatte vom Kaiserhof aus, dem Hotel des Propagandaministeriums, eine Verbindung zum Astoria, dem Hotel der Amerikaner und Engländer. Ich tauschte mit einem Kollegen Informationen aus. Der Empfangschef jenes Hotels war ein kommunistischer Spitzel. Er überreichte mir, als ich mich nach jemandem erkundigte, einen Umschlag mit kommunistischem Material. Sie wussten also wieder, dass ich mich dort verabredet hatte. Im Kaiserhof trauten sie sich nicht, es mir zu geben.

In dieser Atmosphäre von Provokation, Durchsuchungen, Bespitzelung und Gegen-Bespitzelung, Verhaftungen, Bedrohungen, Ausweisungen und heimlicher Abreise, kam ich mit dem Generalkonsul Knobel ins Gespräch, der mir tatsächlich erklärte, dass man in den Niederlanden die Dinge nicht richtig verstehe und dass er – seitdem die Nazis das Sagen haben – ein angenehmes Gefühl erhöhter Sicherheit empfinde. Herr Knobel liess in den ersten Tagen des Prozesses seine Berichte an die Niederländische Regierung vom Rechtsanwalt Benno Stomps⁵ verfassen, ohne zu wissen, dass Herr Stomps zweiter Anwalt der I.R.H. (Internationalen Roten Hilfe) in den Niederlanden ist. Herr Stomps wiederum ahnt nicht, dass ich das weiss; doch ich fand es besser, so zu tun, als ob ich davon keine Ahnung hätte. Aber von einer Zwischenperson (dessen Verbindung zu mir Stomps nicht bekannt ist) habe ich es ihm ins Gesicht sagen lassen, und er bestätigte es. Herr Stomps ist in der Annahme in die Niederlande zurückgereist, dass das Propagandaministerium nichts davon weiss, aber ich habe allen Grund anzunehmen, dass er sich darin schrecklich irrt. Wie gesagt, er ist eigentlich Kommunist und Anwalt der I.R.H. für Fälle, in denen es aus Gründen der Vorsicht besser ist, jemanden auftreten zu lassen, den die Aussenwelt für einen Bürgerlichen hält.

Ob der Herr Knobel, der völlig unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda steht, seine Berichte jetzt selbst schreibt?⁶ Dieser Luger vom «Telegraaf» hat sich natürlich, durch Naivität und Sensationsgier verführt, von der Propaganda missbrauchen lassen. Als ihm das selbst klar wurde, wurde er böse, hat einem der Herren (Bade) seine Meinung gesagt und ist abgereist. Den Herrn Söderblom⁷ halte ich für einen Meineidigen. (...)

Am zweiten Tag des Prozesses hat es hinter dem Reichsgericht eine Zusammenrottung von Kommunisten gegeben. Sie sind alle verhaftet worden. Wenn sie von der Lubbe umbringen, werden wir Überraschungen erleben können. Dass dann Rachepläne geschmiedet werden, steht wohl fest.

P.S. Goebbels hat seine Vertreter hier angewiesen, für etwas mehr Theater zu sorgen.

3- Januar 1934

(...)

Dieser Prozess: zwölf Tage, höchstens vierzehn, hatten wir gedacht. «Vaz Dias»¹ würde seinen Sonderkorrespondenten schicken, und auf seine Berichte hatten wir uns bereits im Voraus abonniert. Der Beginn und dann noch mal hin und wieder ein wichtiger Tag, so hatte ich es mir vorgestellt. Der Mann von «Vaz Dias», Belinfante, wurde abgelehnt. Alle Zeitungen bissen sich an diesem Prozess fest, und wir konnten nicht mehr loskommen. Ich musste von Leipzig aus nicht nur in einer geisttötenden Atmosphäre die Prozessberichte schicken, sondern auch Berlin anrufen, Anweisungen geben, dann eventuell den Bericht meines Mannes in Berlin aufnehmen und wieder dorthin schicken. Einzige Genugtuung ist, dass die ausländische Presse – und insbesondere die niederländische – durch zähes Durchhaltevermögen und durch die Fähigkeit, sich durch nichts täuschen zu lassen, dafür gesorgt hat, dass das Gewissen der Welt immer anwesend war, um die einseitige Berichterstattung zu ergänzen und damit gewissermassen den Mut der Verteidiger und der Richter bestärkt hat, kurzum ihren Anteil an dem Verdienst hatte, dass keine Unschuldigen verurteilt worden sind.²

Dennoch ist diese Zeit auch in anderer Hinsicht nicht nutzlos gewesen. Durch die momentanen Verhältnisse sind wir, die ausländischen Korrespondenten, in zunehmendem Masse von unseren früheren Informanten abgeschnitten worden, weil es für sie immer gefährlicher wurde, mit uns in Verbindung zu stehen. Das gilt insbesondere für jene, die am wertvollsten waren, denn sie fallen als erste auf, haben das meiste zu verlieren und werden am ehesten unter Druck gesetzt. Dies gilt nicht nur für die Vertreter von Blättern aus kleineren Ländern, sondern auch für die allergrössten Zeitungen, wie etwa die «Times». Alle norwegischen und – mit einer Ausnahme – schwedischen Korrespondenten haben daraus die Konsequenz gezogen, in ihre Heimat zurückzukehren; doch ob dies die richtige Konsequenz ist, bezweifle ich. Besser schiene es mir zu probieren, die ganze Sache noch einmal auf einer neuen Grundlage aufzubauen. Zu diesen

Versuchen bot mir der Prozess eine gute Gelegenheit, da er Anstoss gab – als Folge gemeinsamer Nöte – in ein neues Verhältnis zu vielen Kollegen, insbesondere deutschen, zu treten.

(...)

In letzter Zeit bin ich zunehmend mehr davon überzeugt, dass das Konkordat nichts anderes als der Anfang eines neuen Kulturkampfes ist, der nun allmählich ausbrechen wird. Dieser sich abzeichnende Kulturkampf, aber auch der Streit innerhalb oder mit der evangelischen Kirche ist im Augenblick auch auf politischem Gebiet hier von allergrösster Wichtigkeit, auch wenn man das bei uns noch nicht so erkennt. Ich habe das Konkordat und den Sieg der Deutschen Christen gleich so eingeschätzt, aber Gewissheit brachten erst die jüngsten Ereignisse. Darüber habe ich verschiedene Unterlagen, ein ausführliches Exposé ist wohl dazu nötig.

(...)

16. Januar 1934¹

Darf ich mit einer Äusserung beginnen, die zwar nicht schmeichelnd ist für unser Land, aber meines Erachtens viel verrät? Sie stammt von einem einflussreichen Regierungsbeamten. Ich muss dazu sagen, dass ich seinen Namen nicht weiss. Ihn herauszukriegen wäre unsinnig. Die genannte Äusserung fiel in einem Gespräch mit einem anderen Regierungsbeamten, den ich kenne. Allein schon mit der Wiedergabe dieser Bemerkung hat er sich weit vorgewagt. Mein Gewährsmann sagte zu ihm: «Sagen Sie doch mal ganz offen, was ist Ihrer Meinung nach der wichtigste Grund für die Ablehnung des Gnadengesuchs der niederländischen Regierung für van der Lubbe?» Die Antwort lautete: «Wenn nun van der Lubbe ein Pole gewesen wäre oder ein Franzose, und die polnische bzw. französische Regierung hätte sich für ihn in derselben Weise eingesetzt, wie es jetzt die niederländische getan hat, dann wäre die Frage der Begnadigung natürlich gar keine Frage gewesen, man hätte sie ohne Weiteres gewährt. Denn dahinter steht Macht, aber wenn es sich hier um die Niederlande handelt...» – der Rest war ein vielsagender Blick.

Der Kommentar, den mein Gewährsmann dazu gab (er hatte natürlich seine innere Empörung völlig verborgen), brauche ich nicht wiederzugeben. Es ist das alte Lied: die Unterschätzung von sittlicher Macht und moralischer Autorität sowie Verkennung der Tatsache, dass diese – sei es auch nur indirekt – auch von grossem materiellen Einfluss sein können. Moralisch betrachtet, rückt man seit 1914 jeden Tag aufs Neue in Belgien ein.²

Jetzt erzähle ich der Vollständigkeit halber kurz, was ich mir weiter über dieses aktuelle Thema (keine Gnade für van der Lubbe) habe mitteilen lassen. Einiges habe ich schon in der Morgenausgabe der Zeitung vom Donnerstag, dem 11. Januar erwähnt, aber dabei vermieden die Quellen anzugeben. Hindenburg hätte natürlich, wenn man es ihm geraten hätte, das Gnadengesuch honoriert. Von Neurath und von Bülow waren anscheinend ebenfalls für eine Begnadigung, nahmen aber nicht in entscheidender Weise an den Besprechungen teil. Hätte sich das Reichsjustizministerium energisch genug einge-

setzt, dann wäre eine Begnadigung möglich gewesen, es blieb jedoch praktisch neutral, vor allem in einer Vermittlerrolle. In dieser Situation setzte die NSDAP, verkörpert durch Göring und Reichskommissar Frank, ihre unnachgiebige Haltung durch.

Die völlig unsinnige Argumentation, die ich in der Zeitung wiedergegeben habe, ist tatsächlich die Argumentation von Herrn Göring.³ Obwohl ein klar denkender Mensch sich dies kaum vorstellen kann, hat man es offenkundig doch mit der aufrechten Überzeugung dieses Ministers zu tun. Er behauptet nämlich, dass man hier keine Rücksicht auf die Meinung der westlichen Demokratien nehmen könne, weil es Deutschlands Pflicht sei, diese Demokratien vor dem Bolschewismus zu schützen, selbst wenn das gegen den Willen dieser Demokratien selbst geschehe. Deshalb müsse in diesem Fall ein Exempel statuiert werden, wie man aufzutreten habe, um zu verhindern, dass der Terror (gemeint ist bolschewistischer Terror) wieder erstarken würde.

Über die Frage, wie das Todesurteil vollstreckt werden soll, gab es, wie ich ausserdem hörte, auch noch einige Diskussionen. Göring selbst war, wie viele seiner Parteigenossen, für die öffentliche Erhängung auf dem Königsplatz, dem Potsdamer Platz oder an vergleichbarer Stelle, aber Hitler war dagegen, weil das im Ausland ein allzu starkes Echo auslösen würde und man wegen eines solchen Schauspiels Deutschlands Barbarei anprangern könnte. Dass man noch versucht hat, van der Lubbe vor seinem Tod zum Sprechen zu bringen, dürfte wohl bekannt sein.

Hierzu muss ich noch bemerken, dass van der Lubbes Tod für manche eine Beruhigung darstellte, weil man ja nie wissen kann, was er in einem späteren Stadium noch gesagt hätte.

(...)

26.Januar 1934

Bei der Beurteilung der hiesigen Lage muss man sich vor Augen halten, dass hier zwar nach aussen hin weitgehende Ordnung herrscht, diese aber nur selten auf systematisches Vorgehen beruht. Auf der Strasse wird ordentlich marschiert und die gesamte Gesellschaft wird nach Vorbild eines Heeres «geordnet», so vertikal wie möglich: «Führertum und Kameradschaft». Unter den Führern, grösstenteils hoffnungslose Dilettanten, verhält sich jeder den anderen gegenüber so, wie er will: Der Dreisteste siegt. Das gilt selbst für die Kleinen in der Provinz. Im NRC wurde vor Kurzem (in der Rubrik «Die Lage») schon darauf hingewiesen, dass Göring einfach die Aufsicht über die Staatstheater an sich gezogen hat, ohne dass es jemanden zu kümmern scheint, obwohl diese eigentlich weiterhin zu Goebbels Ressort hätten gehören müssen.

Dabei scheint der Unterschied gering zwischen Goebbels und Göring, was deren Sinn für Kunst angeht. Sowohl Hitler als auch Goebbels und Göring halten sich nämlich für ungeheuer künstlerisch. Hitler hat bereits dreimal das Stück «Krach um Jolanthe» gesehen, ein alter Schwank, in dem ein Schwein die Hauptrolle spielt; auch Dr. Goebbels hat dieses Stück zweimal gesehen. Es ist ganz zugeschnitten auf sehr einfache und kindliche Gemüter; und um dieses Stück mehr als einmal sehen zu können, muss man auf kulturellem Gebiet absolut anspruchslos sein.

Görings Kunstsinn beweist sich – ausser in seiner grenzenlosen Bewunderung der Operetten von Leo Fall (Jude) – in der Tatsache, dass er seit Jahren ein Verhältnis mit Fräulein Emmy Sonnemann hat, einer Schauspielerin, die früher am Weimarer Staatstheater engagiert war. So wie dieses Verhältnis dem Herrn Göring allmählich Kunstverständnis beibringt, so verschafft es Fräulein Sonnemann einen Talentzuwachs, und zwar in dem gleichen Tempo, in dem Görings Macht zunimmt. Dieser hat sie von Weimar nach Berlin geholt. In Berlin war indessen Herr Johst, Autor nationalsozialistischer Stücke, Chef-Dramaturg geworden. Nun aber wollte Fräulein Sonnemann

dort, dieselbe Rolle spielen wie seinerzeit Kortner, der während Jessners Intendanz das Sagen hatte. Kortner war jedoch tatsächlich ein grosser Schauspieler, was man von Sonnemann nicht behaupten kann. Johst aber ist ein süddeutscher Dickkopf, und – um gleich das Ende der Geschichte zu erzählen – Göring bemächtigte sich putschartig der Staatstheater. Johst musste gehen und die Sonnemann triumpierte. Zum Trost wird Johst zum Staatsrat ernannt. Der Staatsrat ist bekanntlich eine Institution, die als Vorwand dafür dient, Personen zu trösten, die man ausschalten möchte ohne sie zu kränken. Dafür gibt man ihnen ein Monatsgehalt von 1'000 Mark und einen Titel, für den sie nichts zu tun brauchen. Die verschiedenen Intrigen, die dem vorangingen, haben Paul Otto¹, einen sehr guten Schauspieler am Staatstheater, das Leben gekostet. Er wurde aufgrund einer ihm zugeschriebenen Äusserung des «Kommunismus» bezichtigt. Angeblich soll er auf dem gerade geschrubbten Boden seiner Zelle ausgerutscht und dabei so unglücklich zu Fall gekommen sein, dass er an den Folgen des Sturzes gestorben ist. In Wahrheit ist er im SA-Heim in der General-Pape-Strasse zu Tode geprügelt worden. Ich glaube, dass das absolut feststeht. Das haben Augenzeugen, die dort zu dem Zeitpunkt ebenfalls gefangen gehalten wurden, ausländischen Korrespondenten mitgeteilt. Sobald die ausländische Presse das aber melden würde, gäbe es keinen Zweifel mehr hinsichtlich der Identität des Informanten. Und da diese Leute sich hier befinden und nicht fliehen können, haben die ausländischen Korrespondenten, die darüber Bescheid wissen, untereinander vereinbart, es für sich zu behalten. Dem sei hinzugefügt, dass ein Pfarrer, der mit Zustimmung der Mehrheit seiner Gemeinde am letzten Sonntag in der Gedächtniskirche gegen den Kurs von Müller² gepredigt hat, gestern Abend (wie jemand an höherer Stelle mir freundlicherweise mitteilte) in seiner Wohnung überfallen und mit Schlagringen misshandelt wurde.

Das sind nur ein paar Beispiele für zahlreiche und ständig zunehmende Vorfälle, die gewiss nicht nur mir allein zeigen, dass die Stabilität hier in der letzten Zeit keineswegs zu-, sondern wieder abnimmt, und die Situation immer noch revolutionärer Art ist. Dies lässt sich erklären aus der Zunahme von Spannungen in verschiedenen Bereichen, unter anderem auch innerhalb der SA. Nach aussen gab es

lediglich eine kurze Meldung, die an sich nicht bedeutend, eher lächerlich anmutete. «Die SA bekommt Dolche, d.h. dass die SA-Männer künftig Dolche erwerben und tragen dürfen.» Diese scheinbar belanglose Meldung ist aber von Bedeutung. Manche der SA-Männer haben Arbeit und Stelle bekommen. Das trifft in erster Linie auf diejenigen zu, die schon mindestens fünf Jahre gedient haben. Der grösste Teil der SS und ein Teil der SA müssen ausserdem zu den Gardekorps gerechnet werden. Diese sind entstanden aus den Leibwachen im engeren Sinn des Wortes, die früher tatsächlich die Führer bei den Veranstaltungen begleiteten und sie auf Versammlungen und unterwegs schützten. Jetzt sind sie nur noch Leibwachen im erweiterten Wortsinn. Sie bilden die Elite. Hierzu gehören u.a. die SS-Stabswache von Hitler, Göring u.ä.

All diese Gardekorps werden in erster Linie mit Geld entlohnt, aber auch mit Nahrungsmitteln und anständigem Wohnraum. Sie tragen zum Teil lange Säbel, wie auch Helme und derartiges Zubehör. Bedenkt man, dass die SA vor gut einem Jahr erst 300'000 Mitglieder zählte und nun 2,5 Millionen, dann wird deutlich, dass die Masse nicht von diesen Vorteilen profitierte, wie gross im Verhältnis die Stabswachen³ auch sein mögen. Darüber herrscht grosse Unzufriedenheit. So heisst es in einer Variation des Horst-Wessel-Liedes: «SA marschiert, die Führer fahren Auto.» Das ist kennzeichnend. Der Unmut über solche materiellen Dinge ist der Nährboden für die Unzufriedenheit mit vielen Umständen.

Diese Unzufriedenheit war es wohl, auf die Innenminister Frick anspielte, als er dieser Tage sagte, dass man denjenigen, die Regierungsämter innehaben, nicht vorwerfen darf, sie hätten den Kontakt zur Partei verloren, und dass man nicht alles auf einmal verlangen und die Erfolge der Partei nicht unterschätzen solle usw. Teilweise wird diese Unzufriedenheit noch von den ehemaligen Sozialdemokraten, die jetzt in der SA sind und dort eine defätistische Stimmung verbreiten, genährt. Andererseits aber auch von überzeugten SA-Männern der radikaleren Richtung, die mit ihrer Behauptung (in hundert Varianten) auf offene Ohren treffen, dass es nicht schnell und radikal genug läuft. Dazu kommen noch die Nachmärsche und die

Sonntagsübungen von 7-12 Uhr. Trotz alledem kann man sagen, dass im Allgemeinen die SA Hitler, wie einem weit entfernten Abgott, die Treue hält.

Jetzt will Röhm – immer schon mehr oder weniger geplant – eine Elitetruppe schaffen, die sich von der grossen Masse der SA unterscheidet. Diese Elitetruppe muss so zuverlässig sein, dass sie notfalls auch gegen die Masse der SA – sollte diese einmal revoltieren – eingesetzt werden könnte. Aber Röhm scheint durchaus daran gelegen, die gesamte SA zufrieden zu stimmen. Das geeignete Mittel wäre sicherlich, ihr Arbeit zu verschaffen; das aber kann er eben nicht. Darum verteilt er Dolche und räumt dem einfachen SA-Mann das Recht ein, einen Dolch nach dem Muster des Ehrendegens⁴ zu tragen. Vor allem in Deutschland sieht man im Recht, eine Waffe zu tragen, das wirkliche Kennzeichen eines echten Soldaten. Erst damit beweist er, dass er auf einer höheren Stufe steht als ein gewöhnlicher «Zivilist». Diese Dolche nun sind keine Taschenmesser. Sie sind fast einen halben Meter lang und ähneln daher eher Bajonetten.

Die Bedeutung dieser Dolche als Beruhigungsmittel darf nicht unterschätzt werden. Die SA-Truppen konnten nach Beginn der Revolution ziemlich ungehemmt vorgehen. Eine Zeitlang machten sie auf eigene Faust Hausdurchsuchungen, griffen Leute auf der Strasse an, verhafteten andere usw. Damit hat es nun allmählich ein Ende. Sie dürfen nicht einmal mehr Pistolen tragen. Sie empfanden eine solche «Zivilisierung» um so mehr als ein bitteres Unrecht, als Hitlerjugend und Jungvolk sehr wohl Messer tragen dürfen. Man sieht hier Kinder im Alter von zehn bis zwölf Jahren herumradeln, mit gefährlichen Messern, die sie von ihren Vätern bekommen haben. Auch Kinderbanden mit Karabinern. Für eine Weile wird die Massnahme also wohl etwas nützen. Aber es ist ein gefährliches Beruhigungsmittel. Denn angesichts zunehmender Unzufriedenheit ist zu befürchten, dass man der Bande die Zügel schrittweise, wie anfangs schon, wieder lockern wird, weil man ihr nichts anderes bieten kann. Unter dem äusseren Schein der Marschordnung wütet längst ein Kampf der Gruppen und Grüppchen. Sie wissen ja schon, dass SA-Männer, ausgewählt aus den zuverlässigsten, sechs Wochen lang bei der Reichswehr hospitieren.⁵

4. Februar 1934

Wie schwach im Vergleich zu früher der Einfluss des Reichspräsidenten ist, zeigt sich am Beispiel des Falles Loebe, dem früheren Reichstagspräsidenten, der sich als solcher zweifellos verdient gemacht hat. Der Reichspräsident hat sich für ihn eingesetzt; Hitler hat davon erfahren und gesagt, dass er diese Intervention mit einer Empfehlung an Göring weiterleiten würde, in dessen Ressort dieser Fall gehört, und dennoch – so wurde mir wenigstens vor sechs bis sieben Wochen berichtet – wurde lediglich das Zugeständnis gemacht, dass Loebe nicht in einem Konzentrationslager, sondern in Spandau inhaftiert wird. Wie es ansonsten genau um Loebe steht, weiss ich nicht. Es ist sehr schwierig, über eine bestimmte Person verlässliche Informationen zu bekommen.¹

Als Beispiel noch ein Fall, der sich am Wannsee abspielte. Zwölf Bewacher (Polizei und SA) transportierten vier Gefangene. Das geschah abends um zehn Uhr, obwohl es hiess, sie sollten nur verhört werden. Die Gefangenen waren gefesselt. Unter dem Vorwand, dass sie kurz aussteigen mussten, weil der Wagen infolge der Glätte nicht den Berg hinaufkam, führte man sie in den Wald unmittelbar an der Strasse und erschoss sie dort. Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, eine stimmige Geschichte zu erfinden. Was darüber veröffentlicht wird, ist verworrener Unsinn. Es ist schon eine ganze Menge, wenn man soviel erfährt, wie ich eben wiedergegeben habe.²

16. Februar 1934

Noch kurz vor dem Krieg wollten zahllose Menschen nicht glauben, dass ein Krieg ausbrechen würde. Etliche Wochen vor den ersten Mobilisierungsbefehlen kam eine scheinbar harmlose Meldung aus Berlin. Man habe bei einigen Sparkassen ungewöhnlich viel Geld abgehoben. Das sei sehr töricht, hiess es, und die Bevölkerung war sogleich beruhigt. Ich habe mir damals eine Karte von Berlin vorgenommen und einmal geschaut, wo diese Sparkassen lagen. Sobald ich mir darüber im Klaren war, stand für mich fest: Es wird Krieg geben.

Denn diese Sparkassen lagen in der Nähe der grossen Gelände, auf denen man gewöhnlich die Güterwaggons rangierte. Man kann den Deutschen vorwerfen, dass sie politisch nicht geschult sind, aber niemand wird behaupten, dass sie keinen guten Blick fürs Militärische haben. Tag für Tag wurden nun auf diesem Gelände die Güterzüge in derselben Weise rangiert. Das wäre in den Niederlanden, wo die Bevölkerung für derartiges praktisch blind ist, wahrscheinlich nicht bemerkt worden. (Auch in Belgien war man damals auf diesem Gebiet noch so naiv, dass man aus Brüssel die Beschlagnehmung von Leitern meldete, ohne zu begreifen, dass die Deutschen Antwerpen belagern wollten.) Aber es liess die Menschen in Berlin, die es beobachtet hatten, zur Sparkasse eilen. Sie hatten es sofort bemerkt: wenn man nämlich die Waggons so und so abstellt, dann ist das die erste Vorbereitung auf die Mobilmachung.

(...)

In letzter Zeit ist folgendes Phänomen zu beobachten. Wir müssen von der auch im Ausland allgemein bekannten Tatsache ausgehen, dass Deutschland, das sich bei Abrüstungsverhandlungen von Vorneherein als Gewinner fühlt, die Ergebnisse der Verhandlungen vorwegnimmt und eine systematische Wiederbewaffnung betreibt. Man wird sich nirgendwo im Ausland über Massnahmen wundern, die im Zusammenhang mit dieser Aufrüstung stehen. Auch hier nicht. Und dennoch herrscht hier allgemeine Verwunderung, und zwar über die gewaltige zeitliche Forcierung der Aufrüstung.

Die jüngeren SA-Männer dienen nicht mehr sechs Wochen bei der Reichswehr. Man behält sie dort jetzt monatelang, und sie erhalten eine vollständige Ausbildung. Wie lange sie bei der Reichswehr bleiben werden, wird schliesslich davon abhängen, ob das Resultat der Abrüstungsverhandlungen acht oder zwölf Monate Dienstzeit lautet. Die Rekruten kommen aus allen Sturmabteilungen.

Am Samstag, dem 10. Februar, hat man in Döberitz mit dem Bau der schon mal erwähnten Kaserne¹ begonnen. Am Montag, dem 12. Februar, wurde mit dem Bau einer ebensolchen Kaserne in Lichterfelde und einer dritten in Zossen angefangen. Diese drei Kasernen dienen der Unterbringung und dem Training von 16'000 SA-Männern aus Berlin. Das ist absolut sicher. Sehr wahrscheinlich trifft auch die Information zu, dass man im ganzen Reich auf dieselbe Weise vorgeht. Ich habe das allerdings nicht persönlich feststellen können. Die Reichswehr zählt schon heute mehr als 300'000 Mann.²

Verwunderung haben vor allen Dingen die Vorbereitungen auf den Luftkrieg ausgelöst: Reihen von Flugzeugen, die in extrem kurzer Zeit zu Kriegsmaschinen umgebaut werden können. Mehr als 1'000 Kampfflugzeuge in den Hangars von Rohrbach, Junkers, Heinkel usw. liegen in Einzelteilen bereit, die nur noch montiert zu werden brauchen. Das alles ist bekannt und wird auch unserem Generalstab nicht neu sein.

Jetzt aber hat man mit offizielleren Vorbereitungen begonnen. Am Müritzsee in Mecklenburg, einem der grössten deutschen Binnenseen, entsteht die Anlage eines neuen grossen Flughafens. Bei diesem Flughafen werden Einrichtungen für die Unterbringung von Kampffliegern und des sonstigen Personals, auch von Reichswehrverbänden, gebaut. Der Bauplan ist erst ein paar Wochen alt, und nun hat man schon in aller Eile mit dessen Ausführung begonnen. Die hier eingesetzten Arbeiter unterliegen der Schweigepflicht. Damit sie nicht in Versuchung kommen, als «Leck» zu dienen, müssen sie dort in Schuppen wohnen und dürfen nur einmal im Monat nach Hause. Dann wird ihnen die Schweigepflicht noch einmal ganz besonders eingeschärft. Die SA verfügt schon über ein Korps von 400 ausgebildeten Kampffliegern, einschliesslich alter Kampfflieger. Dieses

Korps trägt eine merkwürdige, violette Uniform, eigentlich die schönste, die es derzeit in Deutschland gibt. Der Müritzsee ist für Übungen sowohl für Wasser- als auch für Landflieger ideal.

«Wenn so weitergearbeitet wird», sagte mir ein Experte, «dann verfügt Deutschland innerhalb kurzer Zeit über 600 bis 800 Kampfflugzeuge (auch Bomber), ausgebildete Besatzung und ausgebildete Reserve.» Der Zusatz «auch Bomber» beruht auf einer persönlichen Meinung dieses Experten.³ (...) Wenn man Informationen über militärische Angelegenheiten gibt, setzt man sich natürlich dem Vorwurf aus: «Ist das nun alles? Gib lieber eine vollständige Übersicht, dies sind doch nur Bruchstücke». Hierauf antworte ich mit einer Gegenfrage: «Wissen Sie, was es bedeutet, in einem fremden Land, in dem eine Diktatur herrscht, Dinge zu erfahren, die im Zusammenhang mit einer geheimen Aufrüstung stehen?» Es ist aussergewöhnlich schwierig, und man braucht zudem Glück, etwas in Erfahrung zu bringen, was nicht nur auf Gerüchten beruht, sondern wirklich wahr ist, und darauf kann man sich beim oben Ausgeführten ruhig verlassen. Es ist mir vollkommen bewusst, wie vorsichtig man bei diesen Dingen sein muss, äussere mich daher keineswegs leichtfertig. Wer bei diesen Dingen mehr verlangt als Bruchstücke (denen natürlich etwas Zufälliges anhaftet), verlangt das Unmögliche.

(...)

Heute Morgen fand in der Nähe von Rummelsburg eine Parade von drei Standarten (das sind Regimente) des Stahlhelms statt, zusammengestellt aus Männern im Alter von 34 bis 45 Jahren. Es war eine Abschiedsparade. Es wurde Abschied genommen von der alten (feldgrauen) Uniform des Stahlhelms. Nur wenige konnten ahnen, dass das schon so bald passieren würde. In Kreisen dieser Veteranen drängte man noch vor drei, vier Tagen darauf, sich doch eine neue Stahlhelmuniform anzuschaffen, es war erwünscht, den Schneidern Arbeit zu beschaffen.

All diese Stahlhelmleute zwischen 35 und 45 Jahren werden jetzt, bzw. sind schon eingegliedert in die SA-Reserve I. (Die zwischen 45 und 55 sind SA-Reserve II, das ist so etwas wie ein Landsturm ohne Waffen); Reserve I = Grenzschutz und Etappenschutz. Reserve II = Dienst im Landesinneren. Noch vor wenigen Wochen donnerte

Röhm in einer Rede, die für die ganze Welt bestimmt war, einer der überzeugendsten Beweise für den nicht-militärischen Charakter der SA sei die braune Uniform, und, so fügte er – tatsächlich richtig – hinzu, sogar in verschiedenen Brauntönen. In dem Moment wusste er aber schon, welchem Umstand diese verschiedenen Brauntöne zuzuschreiben waren, nämlich einem Übergang zur neuen Uniformfarbe. Diese SA-Reserve (aus älteren Stahlhelm-Jahrgängen und älterer SA), muss von jetzt an auch die neue Uniform tragen. Diese Farbe ist ein Übergang von Braun und Olivgrün, was von Weitem denselben Effekt (Tarnung) hat wie die Farbe deutscher Armeeautos und anderer Militärfahrzeuge, die mit gelblich-braunen und grünen, unregelmässig geformten Flächen bemalt sind. Von nicht so grosser Bedeutung, aber nicht belanglos ist das, was man auf den unteren Ebenen zu alledem denkt. Da sind zwei Meinungen zu unterscheiden: Die erste ist sozusagen die erlaubte, die man auch laut äussern darf: «Sie wollen vollendete Tatsachen schaffen». Die zweite Meinung, geflüstert, aber sehr verbreitet: «Das Ziel hätte auch mit entschieden weniger Eile erreicht werden können.» (...)

«Ob etwa die Gefahr eines Krieges nicht mehr so gross ist, wie dies oberflächlich betrachtet erscheint?» Das fragt sich fast jeder. Viele geben sogar eine Antwort darauf: «Das ist anzunehmen. Es droht vielleicht ein Krieg im Pazifik. Wird es diesen Krieg nicht geben, so wird zumindest die Lage in jener Region solange gespannt sein, dass England das grösste Interesse daran hat, sich aus allen europäischen Konflikten herauszuhalten.»

17. Februar 1934

In einem meiner letzten Berichte¹ habe ich den Mord erwähnt, der von der Polizei an vier Kommunisten verübt wurde. Sie wurden, wie es hiess, überstellt, um in Potsdam verhört zu werden. Der Transport fand nachts statt. Die Bewachung bestand aus zwölf Mann; Polizei und SA. Die gefangenen Kommunisten waren gefesselt. Unter einem Vorwand wurden sie ausgeladen und erschossen.

Ich frage mich, was die Polizei veranlasst haben könnte, darüber einen verworrenen und offensichtlich unrichtigen Bericht zu veröffentlichen, in dem diese Exekution in Zusammenhang mit dem «kommunistischen Fememord» an einem gewissen Kattner in Nowawes (bei Potsdam) gebracht wurde. Das habe ich nun herausbekommen.

Dieser Kattner war tatsächlich ein kommunistischer Kurier und Mittelsmann zwischen Berlin und der Provinz. Gleichzeitig stand er aber im Dienst der Geheimpolizei. Auf diese Weise hat er die Verhaftung einiger Kommunisten ermöglicht. Diese haben davon Wind bekommen und Kattner ermordet. Bislang ist der Mörder nicht gefunden worden. Darum hat man als Vergeltung die vier umgebracht. Und das musste natürlich publiziert werden, um auf die Kommunisten den beabsichtigten Eindruck zu machen.²

Ich füge eines der Rundschreiben bei, die man uns häufig als Drucksache aus Prag zuschickt.³ Die Geschichten von Seger decken sich mit meinen früheren Informationen hierüber.

Sopade-Information

*Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands, Sitz Prag*

*Anschrift: Sopade, Prag-Karlin, Palackého tn'da 24,
Nr. 28. Erscheint nach Bedarf 10.Feb. 1934*

Offener Brief an Göring

*(Sopade) Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete
Seger-Dessau hat folgenden offenen Brief an den Preussischen Mi-
nisterpräsidenten Göring gerichtet:*

Sie sprechen von einem Artikel in der englischen Zeitung «Morning Post» von einer «Flut feiger und niedriger Verleumdungen und Greuelmärchen», die im Ausland durch «Kreaturen» verbreitet würden, die «keine Ehre und kein Vaterland haben».

Ich war vom 14. Juni bis zum 4. Dezember 1933 als Schutzhaftgefangener im Konzentrationslager Oranienburg. Ich war Opfer und Augenzeuge zahlloser Misshandlungen, und ich frage Sie daher vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt:

Wagen Sie es als ein «Greuelmärchen» zu bezeichnen, dass der SA-Sturm-bannführer Krüger am 13. Juni 1933 mit zwei SA-Leuten in Zimmer 16 des Verwaltungsgebäudes im Konzentrationslager Oranienburg den Arbeiter Hagedorn aus Coswig stundenlang so auf die Nieren geschlagen hat, dass das Opfer dieser Misshandlungen tags daraufstarb?

Wagen Sie es als ein «Greuelmärchen» zu bezeichnen, dass am 27. Juni 1933 der Arbeiter Sens aus Zerbst durch die Blutstauungen infolge stundenlanger Schläge, die ihm der SA-Sturm-bannführer Krüger und zwei SA-Leute im Zimmer 16 des Verwaltungsgebäudes im Konzentrationslager Oranienburg zufügten, an Herzschlag gestorben ist?⁴

Wagen Sie es als ein «Greuelmärchen» zu bezeichnen, dass der Kommandant des Konzentrationslagers Oranienburg, SA-Sturm-bannführer Schäfer, im August 1933 vier Arbeiter aus Friedrichsthal von nachts 12 Uhr bis zum Nachmittag des nächsten Tages 17 Uhr mit blossen Füßen auf dem Hof des Lagers Oranienburg ununterbrochen im Kreise herumlaufen liess, bis ihnen die Haut in blutigen Fetzen von den Füßen hing?⁵

Wagen Sie es als ein «Greuelmärchen» zu bezeichnen, dass der Kommandant des Konzentrationslagers Oranienburg, SA-Sturm-bannführer Schäfer, Dunkelarrestzellen einrichten liess, die eine Grundfläche von 60 zu 80 Zentimetern haben und den darin eingeschlossenen Gefangenen nur das Stehen erlauben?

Wagen Sie es als ein «Greuelmärchen» zu bezeichnen, dass der Schutzhaftgefangene Neumann im September 1933 in einer dieser Stehzellen acht Tage und acht Nächte, 192 Stunden, stehend eingeschlossen war?

Wagen Sie es als «Greuelmärchen» zu bezeichnen, was ich in meiner in der Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, erschienenen Schrift «Oranienburg» an erlebten und erlittenen Tatsachen von der Be-

handlung der Schutzhaftgefangenen im Konzentrationslager wiedergegeben habe und was ich vor jedem unparteiischen, unabhängigen Gericht der Welt eidesstattlich zu bekräftigen bereit bin?⁶

Sie beschimpfen die Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland, die der Welt über ihre Erlebnisse die Wahrheit sagen, als «Kreaturen», die «keine Ehre und kein Vaterland» hätten. Die Tatsache meiner Teilnahme am Weltkrieg, an den Fronten in Galizien, Frankreich und Italien, und meine Kriegsnarben schützen mich und alle meine Kameraden, die das gleiche hinter sich haben, davor, dass uns dieser Anwurf von Ihnen trifft.

Gerhart Seger

24. Februar 1934

«Nach früherem Beamtenrecht» – so liest man im Reichsverwaltungsblatt¹ – «konnten obrigkeitliche Befugnisse nur Beamte ausüben. Daraus entwickelte sich die juristische Ansicht, dass, wer obrigkeitliche Befugnisse ausübe, Beamter sei, ohne dass er eine Anstellungsurkunde besitzt. Durch das Gesetz vom 30. Juni 1933 ist bereits eindeutig diese Frage dahin geklärt worden, dass Beamter nur sein kann, wer eine Anstellungsurkunde ausgehändigt bekommen hat. Daraus folgt, dass die obrigkeitliche Befugnis nicht notwendiger Bestandteil der Beamteneigenschaft ist. Durch die Hinüberführung der Partei in den Staat hat das Wesen der obrigkeitlichen Befugnisse eine viel weitere Bedeutung bekommen. Sie sind nicht nur an das Amt des Beamten, an die Beamteneigenschaft gebunden, sondern im weiteren Sinne an das Amt des politischen Funktionsträgers. Obrigkeitliche Befugnisse üben die Funktionsträger des Berufsbeamtentums wie der NSDAP aus. Die ‚amtliche Funktion‘ wird damit zur politischen Funktion der autoritären Staatsführung. Diese Tatsache zeigt uns,» fügt das Reichsverwaltungsblatt triumphierend hinzu, «dass das staatsorganisatorische Problem, den politischen (d.h. die parteipolitischen) und den bürokratischen Instanzenzug auf einer einheitlichen staatspolitischen Willens- und Arbeitslinie zusammenzufassen, erkannt worden ist.»

Die Schlussworte sind wieder ziemlich bescheiden. Man erkennt das Problem, man ist dafür nicht blind. Und das ist, wie so viele Äusserungen im «autoritären Staat», eine Antwort auf heimliche Kritik, deren Inhalt kein anderer sein kann als: Es ist und bleibt noch ein Neben-, Durch- und Gegeneinanderherregieren.

Dass Parteifunktionäre als solche Amtsbefugnis besitzen, haben wir schon in den ersten Tagen der «Revolution» gemerkt. Weiterhin ist, wie es in diesem neuen Staat üblich ist, ein «Beschluss» über die Gleichschaltung von Partei und Staat erlassen worden, ein Beschluss, der wie so viele andere Beschlüsse ein Versprechen war, eine Ankündigung: «Damit beginnen wir nun». Das Ergebnis ist bis jetzt unbefriedigend und die sog. Lösung obenstehender Erwägungen des

Reichsverwaltungsblattes ist nichts anderes, als einen verworrenen Zustand für rechtmässig zu erklären. Dadurch wird die Rechtsunsicherheit keinesfalls verringert. Denn die Befugnisse der Amtspersonen einerseits und der als Amtspersonen daneben auftretenden Parteifunktionäre andererseits, sind nicht genügend voneinander abgegrenzt und überschneiden sich nach wie vor. Es liegt auch überhaupt nicht in der Absicht, dieser Rechtsunsicherheit ein rasches Ende zu bereiten. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Die Unsicherheit im Herzen des Staatsbürgers, die ängstliche Frage: «Inwieweit ist dieser Mann mir gegenüber befugt?» und vor allem diese: «Inwieweit kann dieser Mann, auch wenn er eigentlich nicht befugt ist, seine Befugnisse überschreiten, ohne dafür bestraft zu werden? Beschwerde ich mich – bei wem dann? Und wenn ich auch weiss, bei wem, werde ich mich selbst dann nicht erst recht in Schwierigkeiten bringen?» Das alles sind Fragen, die während des Terrors sehr begründet sind. Eine Obrigkeit, die despotisch regieren will, hat ihrerseits Interesse daran, dass diese Unsicherheit bestehen bleibt, weil gerade sie eines der Mittel des Terrors ist. Indem sie die Unsicherheit bestehen lässt, beweist sie, dass sie terroristisch regiert. Und die Regierung übt immer noch starken Terror aus, wenn auch nicht in einem solchen Ausmass wie in der Anfangsphase. Früher sagte Göring, dass die Bürger, die sich über die Behandlung durch «vermummte Kommunisten» zu beklagen hätten, sich an die Polizei wenden sollten. Da Göring sehr wohl wusste, dass sie dann von den «vermummten Kommunisten», über die die Polizei nichts zu befehlen hatte und nichts zu befehlen haben wollte, totgeschlagen würden, war dies nichts anderes als Heuchelei.

Dieser Fall sprang ins Auge, aber das System ist nicht geändert worden und gehört zum Faschismus, wie es auch zum Faschismus gehört, bevor er an der Macht ist, ein sowohl alles- als auch nichts-sagendes Programm zu haben. Es liegt z.B. auf der Linie des Systems, dass der Herr Reichspropagandaminister Goebbels zu bestimmten Zeiten der Presse – der er Hände und Füsse gebunden hat, was diese (um sich nicht den grössten Gefahren auszusetzen) ohne hörbare Klagen hinnimmt – die schärfsten Vorhaltungen macht, dass sie sich so wenig Bewegungsfreiheit erlaubt. Er hüllt sich damit in

einen Mantel der Grosszügigkeit. In dieses System gehört eine gewisse Undeutlichkeit hinsichtlich der Grenzen der Befugnisse, die auch gewiss auf Dauer bestehen bleiben wird. Sie wird jedoch geringer werden, und sie wird vor allem auf Dauer etwas andere Formen annehmen. Sicherlich haben Partei und Regierung auch im Auge, auf Dauer die «bürokratischen Instanzen» und die politischen oder Parteinstanzen in höherem Masse miteinander zu identifizieren, als es jetzt noch der Fall ist.

Eins der frappantesten Beispiele ist und bleibt die Doppexistenz eines Auswärtigen Amtes (der Regierung) und eines Aussenpolitischen Amtes der Partei, die ihrerseits – so die offizielle Erklärung – mit dem Staat identisch ist. Eine solche Doppexistenz und das gleichzeitige Gegeneinander-Ausspielen von Partei und Staat mag im Inland ein noch so gutes Mittel sein, um den Schrecken aufrechtzuerhalten, doch sobald es um Instanzen geht, die das Reich, bzw. die Partei, nach aussen hin repräsentieren, wie in diesem Fall, wird eine Diktatur Enttäuschungen erleben, weil sie es dann mit anderen ausländischen Instanzen zu tun bekommt, der sie keinesfalls ihren Willen aufzwingen kann. (Diese Formel ist unzulänglich, da dieser Zwang blosse Fiktion ist. Man kann jedoch die Menschen im Inland durchaus zwingen, sich so zu verhalten, als ob sie dächten, was sie unserer Auffassung nach denken müssten.)

In einem solchen Fall kann es nicht ausbleiben, was an einem vom Aussenpolitischen Amt (Rosenberg) anberaumten Abend in der vorigen Woche geschehen ist, auf dem Herr Frick über die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches sprach. Da Herr Frick – soweit man sich auf Eindrücke aus der Zeit seines Reichstagsmandats verlassen kann – ein Mann ist, der wirklich an das glaubt, was er sagt, besitzt er – als Nationalsozialist – nichts anderes als einen einseitig orientierten Verstand. Seine Rede war dann auch dementsprechend. Diejenigen, die wegblieben, haben also absolut nichts verpasst. Aber Rosenberg hat etwas verpasst. Er verpasste die Gäste, die er eingeladen hatte. So verpasste er insbesondere den Botschafter Japans, für den im Übrigen die Rede extra angefertigt worden war, wie auch den der Vereinigten Staaten und Englands, für die nach einer Beratung zwischen Frick und Rosenberg speziell hervorgehobene Passagen

eingefügt worden waren. Eine Reihe anderer Gesandter war allerdings nur durch ihre Attachés vertreten, kurzum: Die Beteiligung des diplomatischen Korps war so, wie es jeder unbefangene Mensch bei einer solchen Gelegenheit erwarten würde. Niemand würde sich jedoch wundern, wenn dieses Korps einer Einladung des Auswärtigen Amtes (von Neurath) so vollzählig wie möglich Folge leisten würde. Dies ist aber keineswegs im Sinne des Herrn Rosenberg. Wie ich aus einer absolut vertrauenswürdigen Quelle hörte, fühlte dieser sich so in seiner Ehre gekränkt, dass er ernsthaft erwägt, diese Reihe von Vortragsabenden abubrechen.

In diesen Zusammenhang passt auch, dass ein Artikel von Freiherr von Neurath (in der Berliner «Börsen-Zeitung» veröffentlicht) in keiner einzigen echt nationalsozialistischen Zeitung auch nur erwähnt wird. Im Parteilager betrachtete man ihn als Reklame für sich selbst und für das jetzige Personal des auswärtigen Dienstes, (von Neurath sagt in diesem Artikel, dass der, der sein Land nach aussen hin vertritt, Parteienzwist bedauert. Daraus leitet er ab, dass das Personal des auswärtigen Dienstes ausersehen ist, dem Nationalsozialismus zuzujubeln. Als Beispiele für den Erfolg des Aussenministeriums nennt er den Austritt aus dem Völkerbund und den Vertrag mit Polen, auch wenn sowohl das eine wie das andere im Grunde eine Überraschung für das Auswärtige Amt gewesen ist.) Diesen Artikel will ich übrigens nicht ausführlich behandeln; ich wollte nur kurz auf seine völlige Nichtbeachtung – auch durch das Deutsche Nachrichtenbüro, das ansonsten jede Äusserung der NS-Potentaten so eifrig verbreitet – hinweisen.

16. März 1934

Die «Bohemia», eine in Prag erscheinende, nicht sehr wichtige Zeitung, die in Deutschland zugelassen ist, war am Samstag, dem 10. März, an allen Ständen, Kiosken, Bahnhöfen und Cafés in Berlin ausverkauft. Der Grund dieses Verkaufserfolgs verbarg sich hinter der folgenden Meldung:

«Polnische Spionage in Berlin?»

Berlin, 9. März. Die Geheime Staatspolizei hat in den letzten Wochen ungefähr zwanzig Personen unter dem Verdacht der Spionage für Polen verhaftet. In der Wilhelmstrasse befürchtet man, dass die Enthüllung dieser Affäre, an der hochrangige Persönlichkeiten und Vertreter an der Luftrüstung beteiligter Industriekreise beteiligt sind, die Beziehungen zu Polen trüben könnten.

Jurek von Sosnowski, früher österreichischer Offizier, später Offizier der polnischen Artillerie, Teilnehmer an der Besetzung von Wilna, ist verhaftet worden. Man hält ihn für den Führer der Organisation. Wie verlautet, befindet sich unter den Verhafteten auch ein untergeordneter Beamter des Auswärtigen Amtes. Josef von Berg, Pilot und Experte auf dem Gebiet des Flugzeugbaus, ist verheiratet mit Benita, der geschiedenen Frau von Richard Falkenhayn. So bekam dieser von Berg Kontakt zur Gruppe Sosnowski. Mittelpunkt dieses Kreises war Katja Berberian, eine kaukasische Prinzessin und eine besonders schöne Frau (!), wie es heisst. Auch sie wurde verhaftet, ebenso wie Josef von Berg, der Direktor der Luftfahrtabteilung von Siemens ist. Offenbar hat von Berg nichts von der Spionagetätigkeit Sosnowskis gewusst; er wurde wieder freigelassen, wird seine Stelle jedoch nicht behalten.»

Soweit die Meldung der «Bohemia». Die Meldung, in der von der bildschönen kaukasischen Prinzessin die Rede ist, ist gekennzeichnet durch Unwahrheiten. Ausserdem war sie abgeschrieben aus der offiziellen «Prager Presse». Die «Prager Presse» hatte die Meldung auch nicht selbst herausgefunden, sondern sie wiederum von der «Chicago Tribune» übernommen. Wie töricht die Meldung in dieser Form auch

aussehen mag, so gilt doch in diesem Fall: Kein Rauch ohne Feuer. Zwar konnte ich am Samstag nirgends, wo man etwas über diese Angelegenheit wissen müsste, etwas in Erfahrung bringen (oder auch nur die Verhaftung Sosnowskis bestätigt bekommen). Aber sieh da, in Berlin wohnt nur ein Sosnowski, und zwar Georg von Sosnowski, Rittmeister a.D., Lützowufer 36. So steht es im Adressbuch. Da nun von denen, die es hätten wissen müssen, angeblich keiner etwas von der Verhaftung wusste (und man sich gegebenenfalls darauf berufen konnte), war es in diesem Fall möglich, selbst einmal nachzuschauen. Ansonsten ist das in solchen Fällen nicht zu empfehlen, weil man Gefahr läuft, selbst (zumindest) verhört zu werden. Nun, Sosnowskis Wohnung war «polizeilich versiegelt»; der Mann war also verhaftet!

Der Hintergrund

Man muss wissen, dass sich in der Nähe von Berlin-Johannisthal grosse Lagerhallen befinden, die früher zu anderen Zwecken gebraucht wurden, während des Krieges vor allem für Flugzeuge. Später waren darin die Ambi-Werke untergebracht, eine Firma, die Baustoffe aus Beton herstellte, welche aber dahinsiechte. Als die Mode aufkam, Autos im Winter abzustellen, um Steuern zu sparen, konnte man dort für wenig Geld ein Winterquartier für sein Auto mieten.

Obwohl allem Anschein nach die Reichsbahn besser mit Lokomotiven als mit Passagieren und Gütern ausgestattet ist, wird seit geraumer Zeit in höchsten Tönen die grosse Zahl von Bestellungen neuer Lokomotiven «im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms» erwähnt. Diese Bestellungen sollen bei einer eventuellen Mobilisierung militärischen Zwecken dienen. Aber diese Angabe des Zwecks reicht nicht zur Erklärung folgender Tatsachen aus:

1. Die Lokomotivenfabrik Henschel erhöhte ihr Aktienkapital um 60%.
2. Die Lokomotivenfabrik Henschel kaufte die Ambi-Gebäude.
3. Diese Gebäude und deren Umgebung werden seitdem streng kontrolliert.

Was passiert dort? Nun, es ist allgemein bekannt, dass die Entwicklung eines Flugzeugs, das tatsächlich fliegen kann, lange Zeit am Problem scheiterte, einen Motor zu konstruieren, der einerseits stark genug, andererseits aber auch leicht genug war. Man kannte damals den Benzinmotor noch nicht, und die Dampfmaschinen waren viel zu schwer.

(...)

Nach Entwicklung des Benzinmotors gab die entstehende Flugzeugindustrie den Anstoß zur Suche nach der Lösung des Problems «leicht und stark» im allgemeinen Sinn. Theoretisch war der Antrieb von Flugzeugmotoren mit Dampf keinesfalls unmöglich gewesen. Man hatte jedoch noch nie den Bau leichter Dampfmaschinen versucht. Dies zu probieren, ist ein Gedanke, der erst in letzter Zeit aufkam. Die Suche nach Mitteln, die leichte Entzündbarkeit des Benzinmotors zu verringern, hat den Anstoß dazu gegeben. Ob nun bei diesen Dampfmaschinen für Flugzeuge komprimierter Dampf für den Antrieb vorgesehen ist, wie bei den Rangierlokomotiven auf Fabrikgeländen, und ob wir es mit einer Turbinenmaschine zu tun haben, ist zumindest mir nicht bekannt, aber unter der Hand hört man, dass die Versuche in Johannisthal vielversprechend sind. Wie wichtig eine solche Konstruktion für die zivile, aber vor allem für die militärische Luftfahrt wäre, bedarf keiner näheren Erläuterung: ein unbrennbarer Flugzeugmotor! Die Verhaftung Sosnowskis im Zusammenhang mit den Arbeiten in Johannisthal ist meiner Ansicht nach ein Beweis, dass das Ausland (alle Militärattachés interessieren sich brennend), vor allem Polen, schon auf die Angelegenheit aufmerksam geworden war, und dadurch wird das, was diesbezüglich bisher nur in kleinem Kreis geflüstert wird, in gewissem Sinne bestätigt.

Die «Bohemia» hat übrigens vollkommen recht, wenn sie vermutet, dass man eine aufsehenerregende Spionageaffäre wohl vermeiden wird. Es ist nicht nur im Interesse der erst kürzlich aufgeblühten deutsch-polnischen Freundschaft, die ja, wenn alles nach dem Plan oder – wenn man so will – nach der Illusion der Wilhelmstrasse verläuft, nicht nur zu normalen Handelsbeziehungen, sondern auch zu mehr als normalen Handelsbeziehungen führen soll, nämlich zu ei-

ner Zusammenarbeit des Agrarstaates Polen mit dem Industriestaat Deutschland! Mehr noch: Man erhofft sich sogar militärische Vereinbarungen.

Zwar verhehlt man nicht, dass bis dahin noch ein weiter Weg zurückzulegen ist und man dabei Hindernissen begegnen wird, aber man ist entschlossen, diesen Weg in möglichst hohem Tempo zurückzulegen. Dabei denkt man sich Folgendes: Jede Etappe, die auf diesem Weg zurückgelegt wird, stärkt Deutschlands Position bei Verhandlungen mit wem auch immer und worüber auch immer. Deutschland hat den festen Vorsatz, sich nach Osten hin so gut wie nur irgend möglich abzusichern. Die vor Kurzem von United Press verbreitete Meldung, dass Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tscheche! beginnen würden, ist von denselben Stellen, die die Nachricht an United Press weitergegeben haben, dementiert worden. Das deutet darauf hin, dass man den Wunsch nach Verhandlungen auf deutscher Seite gehabt hat und immer noch hat (und zeigt, dass dieser Wunsch vorerst noch einseitig ist).

Es trifft zu, dass einer der Gründe für Hitlers Aufstieg dessen Behauptung war, man trete Polen gegenüber nicht tatkräftig genug auf. Das bindet ihn inzwischen jedoch überhaupt nicht. Seine Anhänger haben immer gewusst, dass solche Aussagen stets nur dem Zweck dienen, der jeweiligen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn man auf den Widerspruch zwischen seinen früheren Behauptungen und seinen jetzigen Taten hinweist, so bekommt man von seinen Anhängern zu hören, dass gerade das besonders genial sei. Ausserdem, so behaupten sie, sei essehrwohl konsequent, denn Hitler habe immer gesagt, dass er die Mittel, mit denen er Deutschland retten wolle, seinen Gegnern nicht von Vornherein zu verraten brauchte.

(...)

Heute, am Montag, gab man mir gegenüber beim Auswärtigen Amt zu, dass Sosnowski verhaftet worden ist. Es gehe um eine ganz belanglose Angelegenheit, die lächerlich aufgeblasen worden sei, und man werde darüber ein kurzes Communiqué veröffentlichen. Das stimmt ganz mit dem überein, was ich oben ausführte; offensichtlich hat man grosses Interesse daran, die Affäre zu bagatellisieren.

Nun aber weiter. Welche Bedeutung hatte der Schlieffenplan?¹ Meines Erachtens war das Wissen um die Existenz dieses Planes von sehr grosser Bedeutung für alle ausländischen Staaten, und man hat denn auch so lange gebohrt, bis der Plan praktisch in seiner Gesamtheit bekannt war. Es war dann sehr mühsam, den dauernden Änderungen des Planes zu folgen. Das ist – soviel ich weiss – auch nie ganz gelungen. (...) Wer also zugibt, dass das Wissen um Existenz und Inhalt des Schlieffen-Planes vor dem grossen Krieg ausserordentlich wichtig war, wird nicht bezweifeln, dass das Folgende von grosser Bedeutung ist.

(...)

«*Riskant für Deutschland ist es*», hat mir ein unverdächtiger Nationalsozialist gesagt, der wegen Auslandsaufhalten noch über einen Rest an Geistesklarheit verfügt und auf jeden Fall gut informiert ist, «*riskant für Deutschland ist es, wenn man im Ausland Hitlers Friedensbeteuerungen auf die Dauer tatsächlich zu glauben beginnt. Weil*», so fuhr er fort, «*man dann das Folgende beobachten können wird. Eine solche Suggestion wirkt durch die Wiederholung, vor allem vor der grossen Weltöffentlichkeit. Das Fatale ist, dass diese Beteuerungen Hitlers an sich durchaus ernsthaft sind, aber immer nur mit einer Einschränkung, die etwa so lautet: ‚es sei denn, wir hätten die Mittel, und es böte sich die Gelegenheit, Frankreich zu besiegen.‘ Wenn ein solcher Fall nun einmal einträte, dann ist es angesichts Hitlers Geschick auf diesem Gebiet keineswegs unmöglich, dass uns die Weltmeinung genauso gegenüberstehen wird wie 1914, als man tatsächlich infolge der Reden Wilhelm II. etc. zu denken ansng, dass Deutschland so etwas Zynisches wie den Aufmarsch durch Belgien nicht ausführen würde. Eine derartige Enttäuschung der öffentlichen Meinung ist im Krieg ein grosser moralischer Nachteil; das haben wir damals gesehen. Vielleicht kann man eine solche Situation mit Geschick oder Glück vermeiden, aber die Gefahr bleibt bestehen.»*

Soweit dieser Nationalsozialist.

Was nun die Aussage über die relative Bedeutung der Friedensbeteuerungen angeht, so sind es mitnichten die «Überängstlichen», die – wenn man mit ihnen ins Gespräch kommt – meinen, dass man diese Beteuerungen so auffassen sollte, wie es Hitler selbst in «Mein Kampf» beteuert hat. Das lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dass Hitler sozusagen in seinem Buch vor sich selbst warnt, tut

dem keinen Abbruch. So etwas hat Hitler immer schon völlig zynisch und gelassen getan. Er weiss, wie einfältig der Mensch ist, denn er hat vorausgesehen, was jetzt eingetreten ist, dass man nämlich sagt: Er wird sich selbst doch nicht so desavouieren! Hiermit will ich nur feststellen, dass jeder vernünftige Mensch, auch in Deutschland, der Friedensbotschaft Hitlers keinen höheren Wert beimessen sollte als der früheren Friedensbotschaft Kaiser Wilhelms II., was deren Wert als Garantie für den Frieden angeht.

(...)

Wenn das hier Ausgeführte nichts Neues für Sie ist, dann haben Sie vielleicht auch erfahren, dass Deutschland (wenn es – im Falle polnischer Zustimmung und englischer Neutralität – Frankreich mit Erfolg angreifen zu können meint) in diesem Fall durch die Schweiz marschieren will. Wenn Sie das gehört haben, dann sollten Sie das auf keinen Fall glauben. Es ist nämlich etwas, das man von irgendeiner Spürnase «entdecken» lässt, in der Hoffnung, damit der Welt, insbesondere den Militärattachés und deren Verbindungsleuten, Sand in die Augen streuen zu können.

Nein, nicht durch die Schweiz, sondern durch die Niederlande wird der Aufmarsch gehen. Der neue Plan ist fertig, er liegt bereit. Dass darin ein Aufmarsch durch die Schweiz vorgesehen sein soll, ist eine vollkommen unlogische Annahme. Warum? Die Schweiz würde sich dagegen zur Wehr setzen und könnte sich damit auf sehr hinderliche Weise in den Weg stellen. Die Niederlande können das, den Auffassungen der hiesigen Militärs zufolge, nicht.

Belgien und Frankreich bilden eine militärische Einheit, das gilt hier natürlich seit Langem als Axiom. Die Position der Niederlande stimmt also weitgehend überein mit der Belgiens in früherer Zeit², auch das ist altbekannt. Es ist auch nicht neu, dass Deutsche, die sich mit solchen Dingen beschäftigen, uns auf die militärisch ausserordentlich prekäre Lage der Niederlande hinweisen. Wie ich immer schon vermutete, wies man mich in der Absicht daraufhin, einmal auszuloten und in Erfahrung zu bringen, inwieweit man sich dieser Situation bei uns bewusst ist und was dagegen unternommen wird.

All das ergibt sich eigentlich ohnehin aus der Sachlage, und ich persönlich habe nie daran gezweifelt. Aber dennoch ist es wichtig, wenn man von vollkommen zuverlässiger Seite, von jemandem, der täglich mit Regierungsstellen zu tun hat, und dem es in einem unbeobachteten Moment, während eines Wortwechsels mit einem Dritten, entschlüpft, plötzlich erfährt: Dieser Plan, der einen Aufmarsch durch die Niederlande vorsieht, liegt bereit. Diese Behauptung ist ganz und gar nicht bloss Resultat einer logischen Deduktion, sondern ganz schlicht wahr.

Sollte, was Gott verhüten mag, dieser äusserste Notfall tatsächlich eintreten, wird unsere Regierung schwerwiegende Gewissensentscheidungen treffen müssen, von denen Schicksal und Existenz der Niederlande abhängen. Es wäre verheerend, wenn die Regierung dann aufgrund der Einstellung eines Teils der Nation nicht mehr absolut freie Hand bei ihren Entscheidungen hätte.³

17. April 1934

Vor einiger Zeit schrieb ich einiges über militärische Angelegenheiten. Seitdem wurde in der tschechischen Presse, vor allem in der sozialdemokratischen Prager Presse, manches darüber veröffentlicht, was wohl als «zweiter Schlieffenplan» bezeichnet wird. Die sozialdemokratische Tageszeitung «Het Volk» (Amsterdam) hat diese Prager Ausführungen übernommen.¹ Ich hatte keine Gelegenheit, das zu lesen, nehme aber an, dass es ein Auszug aus den Prager Betrachtungen war. Es wäre keineswegs verwunderlich, wenn die niederländische Regierung von anderer Seite genauer über den «zweiten Schlieffenplan» (Aufmarsch durch die Niederlande) informiert wurde bzw. noch werden wird. Was in Prag darüber mitgeteilt wurde, hat einen wahren Kern (vielleicht kann man sogar sagen, dass es in der Hauptsache richtig ist). Dabei muss man allerdings in Betracht ziehen, dass wir es hier mit «Enthüllungen» zu tun haben, die einem bestimmten politischen Ziel dienen, nämlich die Hitler-Regierung in sozialdemokratischem Sinne zu kompromittieren. (...) Daher sind all diese Meldungen mit einer gewissen Romantik und Dramatik durchsetzt. Es wird zu sehr der Nachdruck auf ungeheuer geheime Beratungen hoher Herren gelegt, die dann angeblich plötzlich etwas beschliessen. In Wirklichkeit geht es um Feldzugspläne, die schon jahrelang bereit liegen, und von denen je nach politischer Lage mal dieses, mal jenes mehr in den Vordergrund rückt. Ohne Zweifel steht aber fest, dass das, was nun als «zweiter Schlieffenplan» bezeichnet wird, zur Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht.

Ich könnte das, was in dieser Hinsicht in sozialdemokratischen Kreisen in Prag und sonstwo erzählt und geglaubt wird (was umfassender und in vielerlei Hinsicht korrekter ist als das, was veröffentlicht wird) genauestens untersuchen und analysieren, aber es scheint mir sinnvoller und deutlicher zu sein, ohne systematischen Bezug zu anderen Veröffentlichungen das zu berichten, was ich selbst mitteilen kann.

Ich werde meine Hauptquelle nennen, bitte jedoch darum, das erst am Ende dieses Berichtes tun zu dürfen, auch wenn der Inhalt eigent-

lich verlangt, damit anzufangen. Abhandlungen wie diese müssten eigentlich unter Beachtung besonderer Vorsicht verfasst werden. Könnte ich diese Massnahmen treffen, so könnte ich wohl noch mehr Details bieten. Das kann ich jedoch nicht. Die Möglichkeit, dass ein solcher Bericht, bevor er abgeschickt wird, in die Hände Unbefugter gelangt, kann ich nicht ausschliessen. Daher werde ich den Namen erst am Ende aufschreiben, zu einem Zeitpunkt, wenn die Gefahr auf ein Minimum beschränkt ist. Meine Mitteilungen sind kurz und beschränken sich auf die groben Linien. Sie haben aber den Vorteil, dass sie absolut wahr sind. Das ist zumindest meine Überzeugung, die man hoffentlich teilen wird, wenn ich meine Quelle genannt habe.

Zunächst erscheint mir die Bezeichnung «Schlieffenplan Nummer zwei» nicht sehr glücklich. Diese Bezeichnung kann zu Missverständnissen führen. Im vorliegenden Plan ist der Aufmarsch durch ein neutrales Land (Niederlande) vorgesehen, und das war beim Schlieffenplan auch der Fall. Daher der Name «Schlieffenplan Nr. 2». Alle Varianten des Schlieffenplans beruhen auf der Hypothese eines gleichzeitig geführten Zweifrontenkrieges im Westen und im Osten.² Der Plan, bei dem die Niederlande direkt betroffen sind, beruht jedoch auf der Hypothese eines Krieges nur im Westen, und deshalb gibt es meiner Ansicht einen so wesentlichen Unterschied in der Hauptsache, dass die Parallele hinsichtlich der Ausführung mehr oder weniger zweitrangig ist.

Es handelt sich um einen der drei Hauptfeldzugspläne, die vor Jahren von General von Seeckt ausgearbeitet wurden. Es sind nicht die gegenwärtigen Machthaber, die diese Idee gehabt haben. Diese haben das Erbe des General von Seeckt übernommen, nachdem es vorübergehend von Hammerstein verwaltet wurde.

Von Seeckt hat schon vor Jahren vier Pläne ausgearbeitet für Feldzüge mit einer Stossrichtung:

Seecktplan I: Feldzug gegen Polen

Seecktplan II: Feldzug gegen die Tschechoslowakei

Seecktplan III: Feldzug gegen Russland über die Randstaaten

Seecktplan IV: Feldzug gegen Frankreich.

Beim Entwerfen dieser Pläne hat Seeckt natürlich nichts anderes getan als seine Pflicht. Der Generalstab ist nun einmal verpflichtet, einen bestehenden Feldzugsplan fortlaufend zu revidieren, um ihn gegebenen Verhältnissen anzupassen. Er muss nicht nur den wechselnden Möglichkeiten infolge der politischen Entwicklung, sondern ebenso denen der verfügbaren Kampfmittel genügen. Je nach Tempo und Gewicht der Veränderungen auf beiden Gebieten muss die Revision mehr oder weniger einschneidend sein. Da es nun – was Deutschland betrifft – in letzter Zeit in beiden Bereichen tiefgreifende Veränderungen gegeben hat, ist es selbstverständlich, dass man auch sehr intensiv daran arbeitete, die Pläne auf den neuesten Stand zu bringen. Der Stand der verfügbaren Mittel ändert sich schliesslich von Tag zu Tag.

Letztens beschrieb ich Ihnen noch die Vorgänge am Müritzsee.³ (Der grösste See in Mecklenburg, 133 m². Ungeheure Vorrichtungen für Flugzeuge jeder Art.) In einem der Seen in der Nähe der Ostseeküste bei Stettin ist eine sehr interessante Einrichtung angelegt worden. In diesem kleinen, länglichen See, der parallel zur Meeresküste liegt, hat man Betonpfeiler plaziert. Auf die Pfeiler konstruierte man ein Dach, ebenfalls aus Beton. Diese Arbeit ist schon fertiggestellt. Auch hat man die Erdarbeiten fast schon hinter sich. Das gesamte Dach ist mit Erde bedeckt und mit Gras bepflanzt. Das Dach läuft hinab in den See. Was man sieht, ist nicht im Geringsten auffallend. Es sieht so aus, als ob die Weideflächen um einen Streifen verbreitert worden seien. Aber darunter ist Platz für einige hundert Wasserflugzeuge. Die Öffnungen, durch die die Maschinen unter das Dach gelangen, sind so angelegt, dass man sie vom anderen Ufer und den beiden anderen Seiten des Sees kaum und von oben überhaupt nicht sehen kann.

In der Nähe von Wustermark, westlich von Berlin, hat man jetzt mit dem Bau eines neuen Flugplatzes, einschliesslich Hangars, begonnen. Daran wird Tag und Nacht, auch an Sonn- und Feiertagen, fieberhaft gearbeitet. Die Parole lautet, dass er für die Olympischen Spiele von 1936 sein soll.

Kurzum, es kann keinen Zweifel daran geben, dass Deutschland mit fieberhafter Eile die Aufrüstung betreibt. Ich habe das in der Ver-

gangenheit schon gezeigt. In diesem Zusammenhang nenne ich einige neue Tatsachen. Man braucht wenig Phantasie, um zu begreifen, was in ganz Deutschland los sein muss, wenn es mir gelingt, immer wieder neue Fakten zusammenzutragen.

Was ich sagen will, ist, dass sich nicht nur das politische Verhältnis zwischen Deutschland und anderen Ländern schnell und radikal geändert hat (Polen)⁴, sondern auch die verfügbaren Kriegsmittel rapide zunehmen, so dass wohl auch die obengenannten Feldzugspläne tiefgreifend geändert werden müssen.

Die ursprünglichen Pläne von Seeckts, den man in Deutschland allgemein für einen ausgezeichneten Strategen hält, besitzen im Augenblick teilweise nur noch theoretischen Wert. Das gilt unter anderem für den Feldzugsplan gegen Polen. Darin war ein plötzlicher Überfall auf den sogenannten Korridor vorgesehen. Hier nennt man das einen «Handstreich». Dass ein Handstreich für den Korridor vorgesehen war, scheint für die Niederlande auch jetzt noch interessant. (...)

Schon von Seeckt sah einen Aufmarsch durch die Niederlande vor. Das war auch gar nicht anders möglich, weil man die französische Ostverteidigung nicht durchbrechen kann. Dieser ist durch Belgien bis zu unserem Land verlängert worden; ein Aufmarsch durch die Schweiz kommt nicht in Frage, weil die Schweiz keinesfalls ohne Verteidigungsmöglichkeiten ist, was man dagegen von den Niederlanden annimmt. Der hier herrschenden Mentalität zufolge wäre es Verrat, wenn sich die Niederlande einem Durchmarsch widersetzen würden. Aufgrund der Zusammengehörigkeit des germanischen Blutes seien sie verpflichtet, den Durchzug zuzulassen. Ausserdem, so kalkuliert man hier, können die Niederlande sich gegen einen gut organisierten Handstreich der SA (um so eine Überraschung geht es nämlich, sonst hätte das Ganze keinen Sinn) kaum wehren, wenn der Angriff von einer zahlenmässigen Übermacht und in hohem Tempo mittels Lastwagen, Omnibussen etc. ausgeführt wird. Bis man bei uns richtig verstanden hat, was passiert ist, wird man schon vor einer vollendeten Tatsache stehen, insbesondere, wenn der Handstreich unterstützt wird von Flugzeugen, die Kampfgase verbreiten. Es steht

nach meiner Überzeugung zweifelsfrei fest, dass von Blomberg und seine Leute eifrig an der Revision dieses Planes (der ja eigentlich schon aus der Zeit vor von Seeckt datiert) gearbeitet haben. Es ist auch durchaus möglich, dass Blomberg und andere Hitler darüber Bericht erstattet haben. Aber ich bezweifle, dass nach der «Entjüdung» der Reichwehr⁵ Hitler, Blomberg und andere Grössen mehr oder weniger plötzlich diesen Plan beschlossen haben.

(...)

Nur kann ich mir sehr gut vorstellen, dass jemand, der dies liest, denkt: «Das ist Unsinn, das ist eine Phantasie ultranationalistisch überhitzter Köpfe, das wird nie Wirklichkeit». Wenn wir uns aber einbilden, dass das Weltgeschehen von dem bestimmt wird, was unserer Meinung nach richtig und vernünftig ist, dann kann das unseerseits um so eher zu einer Vogel-Strauss-Politik führen, je ausgeprägter unsere Meinung über Gerechtigkeit und Vernunft ist. Unsere Meinung kann moralisch hervorragend sein, aber sie gibt nicht den Ausschlag. Die Mentalität derer, die bereit sind, unter bestimmten Umständen einen Krieg zu entfesseln, mag dumm, schlecht oder wahnsinnig sein, das spielt für das, was wirklich geschieht, keine Rolle. Ebenso verkehrt wäre es allerdings, mehr beunruhigen zu wollen, als tatsächlich angebracht ist, wie dies in den Prager (und wahrscheinlich den Amsterdamer) Ausführungen getan wird.

Wir müssen den nackten Tatsachen ins Auge sehen. Ich halte es für nicht ganz richtig, sie aus Bequemlichkeit zu ignorieren in der Annahme, dass es in Deutschland früher oder später an den Finanzen scheitern wird. Im Juli 1914 hat die Prognose sich nicht bewahrheitet, dass es keinen Krieg geben könne, weil das Geld dafür fehlte, vor allem in Russland und im ausgelaugten Balkan. Ebenso wenig müssen in Deutschland, dessen Desperado-Regierung nicht vor einer Bankrottspolitik zurückschreckt, Wirtschafts- und Finanzprobleme einen Krieg verhindern. Das kann zwar der Fall sein, aber das Gegenteil ist ebensogut möglich (bei Diktaturen können wir das öfter beobachten).

Mein Gewährsmann ist Ziegler, früher Kriegsministerium, nach dem Krieg Auswärtiges Amt, der Mann des Offizierbundes, ausgezeichnet informiert, immer enge Beziehungen zur Bendlerstrasse, mit der er zusammenarbeitet, heute im Propagandaministeriums.⁶

19. April 1934

Der preussische Ministerpräsident Göring hat in seiner Eigenschaft als Chef der Geheimen Staatspolizei am 11. März eine Verordnung über die Schutzhaft erlassen¹, von der erklärt wurde, dass sie die Rechtssicherheit «erhöht». In dieser Verordnung wird u. a. Funktionären von Partei und Vereinigungen verboten, Personen auf eigene Faust ihrer Freiheit zu berauben. Damit wird offiziell anerkannt, dass dies bisher doch zu geschehen pflegte. Wer das vor dem Erscheinen dieser Verordnung zu behaupten wagte, lief Gefahr, wegen Verbreitung von Greuelgeschichten selbst in ein Konzentrationslager zu kommen. So sieht das normale Verfahren aus: Erst ist es nicht wahr; der Beweis ist, dass derjenige, der es sagt, bestraft wird. Danach wird es mit viel Trara abgeschafft. Also war es doch wahr, aber, so würde man dann sagen: Glücklicherweise ist es jetzt nicht mehr der Fall. Wer dies unbesehen hinnimmt, lässt sich täuschen.

Die «Abschaffung» einzelner terroristischer Praktiken ist des öfteren nicht mehr als ein Trick, um in der Folge desto ungehinderter und heimlicher damit fortfahren zu können. Es ist noch ein zweiter «Beweis» geliefert worden, und wer jetzt noch, trotz dieser Beweise, von der Fortdauer der besagten terroristischen Praxis sprechen möchte, wird erst recht streng bestraft, was wiederum einen dritten Beweis ergibt. Wir haben es hier nämlich mit einem «kalten Terror» zu tun, der im Ausland nicht immer durchschaut wird. Aber ein wenig zeigt sich davon doch nach aussen hin. Als es der SA nicht gelang, alle Filme und Theaterstücke, in denen Juden oder vermeintliche Juden auftraten, wegzukriegen, stellte sie am Eingang der Theater, in denen sie gezeigt wurden, sechs Mann in Uniform auf, um beim Publikum den Eindruck zu erzeugen: «Hier ist etwas im Gange, hier sind Zwischenfälle zu erwarten», und so abzuschrecken. Das ist typisch für die Vorgehensweise.

Doch nun zurück zur Verordnung von Ministerpräsident Göring. Sie lässt zwar immer noch die achttägige Inhaftierung zu, bevor die Genehmigung Görings eingeholt werden muss, aber in ihr wird u. a. auch festgelegt, dass «alle Gefängnisse, die neben den Polizeige-

fängnissen eingerichtet worden sind und den Charakter kleiner Konzentrationslager haben, unverzüglich aufgelöst werden müssen und auch später nicht mehr neu eingerichtet werden dürfen». Gemeint sind die geheimen Gefängnisse in der General-Pape-Strasse, im Europahaus, in der Hedemannstrasse und, das schlimmste von allen, in der Columbiastrasse in Tempelhof Nun ja, die Aufhebung dieser Gefängnisse hat in Wirklichkeit nie stattgefunden (man versucht lediglich ihre jetzt bekanntgewordene Existenz aufs Neue zu verschleiern), was sich eindeutig aus der Tatsache ergibt, dass ein ausländischer Zeitungskorrespondent in der Columbiastrasse – einige Tage, nachdem diese Einrichtung offiziell geschlossen worden war – sowohl psychisch wie auch physisch misshandelt worden ist. Wenn sich nun eine so bedeutende Bestimmung der Verordnung zur «Erhöhung der Rechtssicherheit» schlichtweg als Irreführung herausstellt, dann darf man wohl auch dem Rest nur unter grösserem Vorbehalt Glauben schenken.

Oberflächlich betrachtet scheinen derartige Dinge für das Ausland von geringem Interesse. «Was geht es uns an», so wird man fragen können, «ob die Deutschen andere Deutsche und zur Abwechslung auch mal einen ausländischen Journalisten foltern? Wir haben mit dieser Regierung ausschliesslich in vollkommen anderen Angelegenheiten zu tun als diesen innenpolitischen Verhältnissen». Ich sehe die Sache anders.

Eine so systematische Unberechenbarkeit der höchsten Regierungsstellen, wie sie bei diesen Gelegenheiten an den Tag tritt, scheint mir auch für die Beurteilung der Berechenbarkeit ihrer Versicherungen auf aussenpolitischem Gebiet wichtig – zumal alle bedeutenden NS-Theoretiker als höchste politische Weisheit die Beruhigung des Auslands verkündet haben.

Doch erzähle ich erst die Sache, auf die ich abziele. Obengenannter Journalist ist Herr Ernst Popper. Korrespondent des «Prager Tagblatts», einer liberalen Zeitung. Jener Popper ist nicht nur ein fähiger und eifriger Journalist, sondern auch ein geistig hochstehender Mensch. An seinem sittlichen Lebenswandel gibt es nichts auszusetzen. Seine Frau, die geistig behindert ist, wird in einem Heim ge-

pfllegt, auch seine Schwiegermutter (wie später deutlich wird, gehört das dazu) scheint nicht «normal». Popper genießt die Achtung aller Kollegen, seine ehrliche Überzeugung und sein aufrechter Idealismus, der durch nichts zu erschüttern ist, nötigen Respekt ab. Die Natur hat ihn nicht gerade mit Vorzügen ausgestattet. Er ist ein kleiner, dicker Mann, aufgrund all der früher ausgestandenen Gefühlsregungen in seinem Privatleben physisch nicht sehr stark. Insbesondere sein Herz ist schwach. Er lebt ganz allein (mit einem alten Hund) in seiner Wohnung. Nur morgens kommt eine Putzfrau. Seine Lebensverhältnisse und Gewohnheiten sind der Staatspolizei genauestens bekannt.

Ich traf ihn am Samstagabend, dem 10. März, im Café Hillbrich am Kürfürstendamm. (Eine noch verhältnismässig junge Filiale des bekannteren Cafés in der Leipziger Strasse, die zur Zeit jedoch dabei ist, sich zum wichtigsten Café dieser Firma zu entwickeln.) Popper erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass er mit seiner Zeitung über den Spionagefall Sosnowski telefoniert hatte. Er erzählte etwas über die Beziehungen, den Lebenswandel und die Arbeitsweise dieses Rittmeisters, früher in österreichischen, seit dem Krieg in polnischen Diensten. Dieser Sosnowski habe einige Damen an der Hand gehabt, sowohl anständige als auch weniger anständige, feierte mit ihnen in verschiedenen Sektbars und unterhielt so Beziehungen zu den Offizieren und den Ingenieuren, die für ihn wichtig waren. Ich sagte zu Popper, dass ich das zwar sehr interessant fände, es aber nicht melden würde – aus der Überlegung heraus, dass es hier um die Suche nach einem unbrennbaren Flugzeugmotor für die Firma Henschel (in den von dieser Firma gekauften Hallen der früheren Ambiwerke in Johannisthal) ginge. Den eigentlichen Kern der Sache könne man aber nicht in die Zeitung setzen, und wenn es verschwiegen werden müsse, schienen die sekttrinkenden Damen allein auch nicht wichtig genug.² Ich verabschiedete mich; Popper blieb da. Seinen Block mit Aufzeichnungen steckte er in seinen Überzieher, den er an der Garderobe abgab.

Am nächsten Tag wollte er mit einem befreundeten Ehepaar bei Mutschbauer essen gehen, erschien dort jedoch nicht. Ein Freund rief ihn am Montag an, aber es meldete sich niemand. Dienstags erschien dieser Freund bei mir, um zu fragen, ob ich etwas von Popper gehört

hätte. Ich berichtete ihm von dem Gespräch am Samstag, worauf dieser Freund die Vermutung äusserte, er sei vielleicht verhaftet worden. Er würde am nächsten Tag zurückkommen. Poppers Wohnung war abgeschlossen, der Portier wusste von nichts. Popper war unauffindbar. Was nun?

Es waren auch andere Gründe als eine Verhaftung möglich. Eine dringende Reise oder ein Unfall. Der Freund selbst ist zu exponiert (Regierungsbeamter), um sich anmerken lassen zu können, dass er sich für Popper interessierte. Der beste Weg schien uns, den Vorstand des Vereins der Ausländischen Presse Erkundigungen einholen zu lassen, da er sich durch so etwas in keiner Weise blossstellt. Ich begab mich zum Schriftführer.³ Der zögerte anfänglich. Denn der Vorstand neigt aufgrund notwendiger, aber auch der Eitelkeit schmeichelnder Beziehungen zu Diels, dem Chef der Geheimen Staatspolizei, zu grossem Optimismus, während er es im Übrigen als seine Aufgabe betrachtet (und gegenwärtig auch betrachten muss), die Beziehungen zu den Behörden so freundlich wie möglich zu gestalten. Durch mich überzeugt, sagte der Schriftführer aber zu, die tschechische Gesandtschaft und anschliessend, falls nötig, auch die Staatspolizei anzurufen.

Das geschah am Mittwochmorgen. Auch die tschechische Gesandtschaft konnte nicht glauben, dass Popper verhaftet worden war und die Gesandtschaft nichts davon gehört habe. Aber nach einigem Hin- und Hertelefonieren zwischen dem Schriftführer des Pressevereins, der Gesandtschaft und mir rief die Gesandtschaft beim «Prager Tagblatt» an. Von dort kam die Antwort, dass man sich grosse Sorgen mache. Der Chefredakteur war im Begriff, nach Berlin abzureisen, um zu untersuchen, was dort los war. Auch die Gesandtschaft begriff jetzt, dass wahrscheinlich eine geheimgehaltene Verhaftung stattgefunden hatte. Erst jetzt wurde bei der Geheimen Staatspolizei angerufen. Diese betonte sowohl gegenüber dem Schriftführer des Vereins der Ausländischen Presse als auch gegenüber der Gesandtschaft, sie wisse von nicht. Während besagter Schriftführer damit einstweilen vorliebnehmen musste, hakte der tschechische Gesandte jedoch nach und fragte scharf, ob der Sprecher der Gestapo (der Stellvertreter von Diels, der selbst verhindert war) sich bewusst sei, welche Folgen es haben könn-

TELEFON Nr.
267-5-1

Druckmaschinen
TAGBLATT PRAG

Prager Tagblatt

Nr. 68

38. JAHRGANG

PREIS KZ 1.— // MONATLICH KZ 29.— // FÜR „ABBESTELLUNG“ KZ 29.—

Freitag, 16. MÄRZ 1934

KINO-PROGRAMME 5

PHOTO-BEILAGE 12

MODEN-REVUE

des

„Prager Tagblatt“ 5 4

Unser Berliner Korrespondent verhaftet

Von der Geheimen Staatspolizei

Der Berliner Korrespondent des Tagblattes, Ernst Popper, wurde durch die Geheimen Staatspolizei verhaftet.

Der Berliner Korrespondent des „Prager Tagblattes“ Ernst Popper wurde durch die Geheimen Staatspolizei wegen eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des Artikels 10 des Grundgesetzes verhaftet. Die Verhaftung ist erst nach einer eingehenden Untersuchung durch die Geheimen Staatspolizei am letzten Sonntag vorgenommen worden. Die Verhaftung des Popper ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Artikels 10 des Grundgesetzes.



Es ihm nicht ermöglicht wurde, aus dem Gefängnis die tschechoslowakische Botschaft in Berlin zu informieren. Den Grund für die Verhaftung muß man nach Angaben der Geheimen Staatspolizei darin suchen, daß Popper in den letzten Tagen seinem Mitarbeiter eine Meldung übermitteln wollte, deren Inhalt durch die tschechoslowakischen Behörden bisher noch nicht bekannt wurde.

Der Verband der ausländischen Presse hat Verhüllungen bei den zuständigen Beamten erhoben.

Das tschechische Journalistinnen-Verband wurde wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ suspendiert. Es ist dies seit Jahresbeginn der zweite tschechische Korrespondent, der aus Deutschland ausgewiesen wird.

Warschauer Universität gesperrt

Weil Professor mißhandelt

Warschau. In der verflochtenen Nacht wurde der Dekan der humanistischen Fakultät, Professor Dr. Handelsmann, auf dem Gelände der Warschauer Universität von einer Studentengruppe überfallen und mißhandelt. Die Angreifer konnten nach dem Überfall flüchten. Der Senat der Universität ordnete die Einstellung der Vorlesungen auf unbestimmte Zeit an. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet. Die Nachrichtenagentur „Pilska“ meldet, daß nationalsozialistische Studenten den Überfall auslösten.

Ehepaar — Spionage — lebenslanglich

Warschau. Vor dem Warschauer Bezirksgericht im Landgerichtlichen Verfahren der Verhandlung gegen die deutsche Staatsbürgerin Frau Drzejga und Ehefrau Agneta Katt, welche der Landesregierung Deutschland abgab.

Schlagzeile des »Prager Tagblatt« vom 16.3.1934, nach der Verhaftung von Ernst Popper

te, wenn diese Behauptung sich später als unrichtig herausstellen sollte. Er forderte ihn auf, der Sache nachzugehen und innerhalb kürzester Frist wieder anzurufen. Keine fünf Minuten später ging eine Mitteilung an die Gesandtschaft und an den Presseverein: Popper verhaftet.

Was war in der Zwischenzeit geschehen? Am Sonntagabend hatten zwei Männer der Geheimen Staatspolizei Popper aufgesucht. Sie warfen den Inhalt seines Kleiderschranks und seines Bücherschranks auf den Boden usw., nahmen ein Buch über die Sozialgesetzgebung, das vor vierzig Jahren erschienen ist, mit und forderten Popper auf, ihnen zu folgen. Seinem Hund zu fressen zu geben, verweigerte man ihm. Der Portier hat beobachtet, dass er abgeführt wurde, erzählte aber selbst den Leuten von der tschechischen Gesandtschaft, er habe nichts gesehen. Popper wurde nun ins Gefängnis der Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Strasse⁵ gebracht und ist dort bis abends geblieben. Bei diesem Hin und Her ist er sehr unverschämt behandelt, auch gestossen, aber nicht vorsätzlich geschlagen worden. Das ihm zugewiesene Bett erwies sich als übel verschmutzt und stank unerträglich. Herr Popper hat daraufhin um ein anderes Bett gebeten, was ihm verweigert wurde. Er verlangte schliesslich mit Nachdruck, dass über den Dreckhaufen wenigstens ein Laken oder eine Decke gelegt würde, die nicht schmutzig wäre. Sonst würde er sich nicht hinlegen. Er äusserte sich dennoch in höflicher Form. Der diensthabende SS-Mann antwortete darauf nur so etwas wie: Wir werden dich schon Mores lehren. Unmittelbar danach wurde er in einem Gefängniswagen zur Columbiastrasse⁶ gebracht. Hier zog man ihn aus und zwang ihn durch Misshandlungen und Morddrohungen zu sagen: «Ich bin ein Schweinejude». Er sollte strammstehen und erhielt dann eine Ohrfeige. Wenn er dadurch ins Wanken geriet, bekam er einen weiteren Schlag, nun auf die andere Seite, damit er wieder geradestünde. Dieses Spielchen wiederholten alle anwesenden SA-Männer mit ihm. Man liess ihn, durch Schläge angetrieben, einen langen Flur im Gleichschritt auf und ab rennen, bis er vollkommen erschöpft war, oder hielt ihn, als das Händewaschen nicht schnell genug ging, eine unwahrscheinlich lange Zeit unter den

kalten Wasserhahn und hinderte ihn 24 Stunden lang, Wasser zu lassen – in der Hoffnung, dass dies von selbst geschehen würde und man so einen neuen Grund für Misshandlungen hätte. Als die Nacht anbrach, wurde er in einen neuen Keller geführt, «um erschossen zu werden», wie man ihm sagte. Ihm wurden die Augen verbunden, schliesslich traf man alle Vorbereitungen. Daraufhin durfte er noch einen Abschiedsbrief an seine Mutter schreiben, und danach begann das ganze Spiel von vorn. Diese Qualen dauerten die ganze Nacht. Als er endlich «schlafen» gehen durfte, stellte sich heraus, dass er jedesmal aus seinem Bett in Haltung springen musste, wenn jemand durch das Guckloch in der Tür schaute. Da das von innen sehr schwer zu erkennen war, musste er ständig aufpassen, um jeden Augenblick aus seinem Bett springen zu können. Die vollständige Erzählung dieser Misshandlungen würde 1 1/4 Stunde dauern. Man kann sich den Rest wohl vorstellen. Es sei nur noch erwähnt, dass einer der SS-Männer, als er hörte, dass Popper Ausländskorrespondent sei, sagte: «Oh, dann verbreitest du sicher die Greuelmärchen». Und dabei war er selbst dabei, durch seine Taten zu beweisen, dass das alles keine Märchen sind!

Mittlerweile zeigte die Intervention der tschechischen Gesandtschaft ihre Wirkung. Popper kam wieder in die Prinz-Albrecht-Strasse. Inzwischen hatte sich herausgestellt, dass die Verhaftung auf ausdrücklichen Befehl Ministerpräsident Görings erfolgt war. Dieser hatte gedacht: «Wenn dieser Mann die Sache mit den Sektbars weiss, wird er wohl selbst auch in die Spionageaffäre verstrickt sein».⁷

Als Folge des energischen Auftretens des tschechischen Gesandten und des tschechischen Gesandtschaftsrates⁸ (wovon Popper selbst zunächst nichts wusste) wurde ihm dann von der Staatspolizei die folgende Abmachung angeboten:

Die Staatspolizei stellt ausdrücklich fest, dass der Verdacht, unter dem Popper verhaftet worden ist, in allen Punkten völlig unbegründet ist. Sie wird ihn freilassen und verspricht feierlich, ihn bei seiner Tätigkeit nicht mehr zu behindern, ihn nicht mehr beobachten zu lassen, sondern im Gegenteil seine Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen. (Man beachte dieses Versprechen!)

Dies geschieht jedoch nur, falls Popper eine zwei Punkte umfassende Erklärung unterschreibt:

1. Er gibt sein Wort darauf, nie wieder etwas über Spionageangelegenheiten zu berichten, abgesehen von dem, was die Regierung ihm darüber mitteilt.
2. Er gibt ebenfalls sein Wort darauf, weder etwas über seine Verhaftung und Freilassung noch über die Behandlung, die ihm während seiner Gefangenschaft zuteilwurde, mitzuteilen.

Was 1. betrifft, hatte Popper natürlich nichts gegen die Unterzeichnung dieser Bedingung. Die zweite Bedingung wollte er jedoch nicht unterschreiben. In diesem Fall allerdings, so besagte das «Angebot» oder der «Vorschlag zur gütlichen Einigung» der Staatspolizei, würde die Staatspolizei ihn weiterhin gefangen halten müssen, und zwar, weil er ja durch die Unterschriftsverweigerung den Beweis liefern würde, Deutschland und seiner Regierung feindlich gesinnt zu sein.

Man beachte, dass dabei keine Rede von Ausweisung war, obwohl Deutschland, wie jeder andere Staat auch, unerwünschte Ausländer ausser Landes weisen kann. Dies tut die gegenwärtige Regierung jedoch nicht gern. Falls ausländische Korrespondenten ausgewiesen werden sollten, würde das Ausland erkennen, dass Deutschland eine objektive Berichterstattung fürchten muss, und das Vertrauen des Auslandes zu den Nachfolgern dieser Korrespondenten – falls diese nicht bald ebenfalls ausgewiesen würden – wäre nur begrenzt. Man will also den Schein aufrechterhalten, die Korrespondenten hätten freizügige Arbeitsbedingungen. Deshalb hat man nicht einmal den Mut, Herrn Mowrer (Germany puts the clock back) auszuweisen. Man liess lediglich wissen, dass man nicht mehr für seine Sicherheit bürgen würde. Und dennoch hatte Mowrer zuvor darin zugestimmt, als Vorsitzender des Vereins der Ausländischen Presse zurückzutreten, um dadurch den alten Herrn Goldmann aus dem Gefängnis zu bekommen. Auch diese Konzession (von Mowrer) wurde schlecht belohnt. Sie zeugte seinerseits von einem Rest an Vertrauen, und das war der Fehler.⁹

Der Kollege Stoffels vom «Telegraaf» hat im Propagandaministerium einmal einen grossen Stapel Papier gesehen. «Ihre Berichte»,

wurde ihm verraten. Daneben ähnliche Stapel. Es sind die stylographischen Abdrücke der auf Wachsplatten aufgenommenen Gespräche der Korrespondenten mit ihren ausländischen Zeitungen. Von diesen Stylogrammen werden Abzüge gemacht und davon gehen, je nach Wichtigkeit, Exemplare an Diels und Göring. Es ist bemerkenswert, dass Popper sogar am Sonntag auf ausdrücklichen Befehl Görings – aufgrund eines Berichts, den er erst am Samstagabend per Telefon durchgegeben hatte – verhaftet wurde. Ob der im Café abgegebene Notizblock mit dazu beigetragen hat, weiss ich nicht.

Dieser Popper ist natürlich sehr exponiert. Sein Blatt ist ein deutsches Blatt. Obwohl deutsch, ist es nicht nationalsozialistisch. Des Weiteren ist Popper ein Jude, zumindest jüdischen Blutes.

Doch nun zu Prag: Dass er ein Jude ist, gereicht ihm auch da zum Nachteil. Deutscher, ja, aber Jude, also eigentlich doch kein Deutscher. Weshalb ist ein solcher Jude nicht Tscheche?

Dann die Zeitung. Ja, es ist ungewöhnlich, dass der Chefredakteur selbst nach Berlin gekommen ist. Aber als Popper die Erklärung unterschrieben hatte (denn das hat er und weshalb, dazu gleich) und der Gesandte sehr entrüstet war, dass der tschechische Konsul¹⁰ ihm dazu geraten hatte, sagte der Chefredakteur, er sei hochofret, dass der Fall auf diese Weise geregelt worden sei. Denn sicher, falls Popper Deutschland verlassen müsse, würde die Zeitung ihm zwar eine Stelle in der Heimatredaktion besorgen, doch die Position eines «überzähligen» Redakteurs ist keineswegs beneidenswert. Die Versetzung nach Prag würde eine erhebliche Gehaltskürzung mit sich bringen, wie das bei Zeitungen üblich ist. Ganz abgesehen von allen anderen Einbussen, die eine Versetzung meist mit sich bringt. Aufschlussreich ist wohl das Verhalten des Gesandten. Einem tschechisch-tschechischen Journalisten hätte er wahrscheinlich erzählt, was er Popper gegenüber nicht sagte.

Zu einem tschechisch-tschechischen Korrespondenten hätte er aller Wahrscheinlichkeit gesagt: «Hören Sie mal zu, an das Versprechen sind Sie natürlich moralisch nicht gebunden, nur materiell. Diesem letzten Umstand helfe ich ab. Gehen Sie in die Tschechoslowakei zurück, berufen Sie sich auf Görings eige-

nes Beispiel, und enthüllen Sie alles. Für die materielle Seite der Angelegenheit Sorge ich, sofern dies erforderlich ist.» (Mit dem Beispiel von Göring ist dies gemeint: Als dieser wegen Teilnahme am Staatsstreich von 1923 verhaftet worden war – Festungshaft; anständige Behandlung – bat er darum, in ein Sanatorium gebracht zu werden. Dieser Bitte wurde entsprochen, nachdem er als preussischer Offizier und Ritter des Ordens pour le mérite sein Wort gegeben hatte, nicht zu fliehen. Das erste, was er tat, war, sein Wort zu brechen, indem er sagte: Bei diesem System bin ich nicht verpflichtet, mein Wort zu halten. Das Wort war ihm jedoch nicht abgepresst worden.) Das konnte der Gesandte Popper gegenüber jedoch nicht tun, denn er hätte dazu einen Fonds anbrechen müssen, den die Tschechoslowakei für solche Fälle bereithält; dann wäre unter den tschechischen Nationalisten ein Sturm der Entrüstung darüber losgebrochen, dass aus diesem Fonds Gelder zur Unterstützung eines Deutsch-Tschechen zur Verfügung gestellt würden.

Während Popper noch die Unterzeichnung des Versprechens verweigerte, tauchte der Konsul auf. Das war der erste Mensch von außen, mit dem Popper seit seiner Verhaftung sprach. Dieser Konsul (er war zuvor von der Polizei bearbeitet worden und hatte sich beschwätzen lassen) riet Popper zu unterschreiben.

Popper selbst trifft für die Unterzeichnung wohl kein Vorwurf. Angesichts des Zustandes, in den die Gefangenen durch die Misshandlungen gebracht werden, wäre ihm sogar eine sofortige Unterschrift nicht zu verübeln gewesen. Er hat sich gleichwohl geweigert. Als der Konsul kam, um ihn zu überreden, weigerte er sich immer noch. Es hat eine Stunde gedauert, bevor ihn dieser überzeugt hatte. Er hat dann seine Möglichkeiten, wie oben skizziert, überdacht und sich gesagt: Nun ja, wenn auch meine Regierung mich vollkommen im Stich lässt, dann habe ich nirgends mehr Unterstützung. Dann hat es keinen Sinn, dass ich wieder ins Gefängnis gehe, was ich sonst um des Prinzips willen tun würde. Was half es, dass er bald darauf bemerkte, dass der Gesandte über den Rat des Konsuls verärgert war und darüber einen Bericht an Benesch schreiben wird? Wer dem Opfer nicht sagen kann oder will: Ich stehe für die materiellen Folgen gerade, ist zum Schweigen verpflichtet.

So ist man hier also damit durchgekommen. Herr Diels, der Chef der Geheimen Staatspolizei, erklärte bei einem Mittagessen der ausländischen Presse (bei dem Herr Popper anwesend war und sich die Mitglieder des Vorstandes – selbst ganz oder teilweise jüdischer Abstammung, was gerade gefährlich ist – geschmeichelt zeigten, mit einem so hohen und sich doch jovial gebenden Herrn an einem Tisch zu sitzen), die Konzentrationslager cum annexis für humanitäre Einrichtungen. Dass einer der Tischgenossen zunächst völlig unbemerkt in so einer humanitären Einrichtung misshandelt worden ist, und zwar in einer Weise, von der der oberste Chef der Staatspolizei, Ministerpräsident Göring, selbst gerade die Losung ausgegeben hatte, dass sie «unverzüglich» aufgehoben werden sollte, zeigt wohl, dass alles Gerede über eine «untergeordnete Stelle» gegenüber dem Vorstand der Ausländischen Presse Unsinn ist; wer dem Glauben schenkt, tut das nur aus Bequemlichkeit. Die untergeordnete Stelle war Göring selbst!

Über die Misshandlungen Poppers habe ich keineswegs zu weitschweifig berichtet. Dem Häftling ist keine Gelegenheit gegeben worden, sich mit der Gesandtschaft in Verbindung zu setzen. Wäre die Rechnung voll und ganz aufgegangen, hätte Popper eine beträchtliche Zeit in der Columbiastrasse gesessen, ohne dass es jemand bemerkt hätte. Ein Kollege glaubt sogar, dass man erst einmal probieren wollte, ob die Verhaftung überhaupt bemerkt werden würde und – wenn dies nicht der Fall wäre – man den Gefangenen einfach auf unbestimmte Zeit oder für immer hätte verschwinden lassen wollen. Die erste Mitteilung (dass man von nichts wisse), könnte darauf hindeuten. Und wahrhaftig, wenn ich bedenke, wie verhältnismässig grosse Mühe es kostete, den Vorstand des Pressevereins zu alarmieren, und wie verhältnismässig viel Mühe dieser wiederum hatte, die Gesandtschaft davon zu überzeugen, dass etwas passiert sein müsse, dann kann ich nicht leugnen, dass hier gewiss noch einiger Ärger allein durch die Tatsache vermieden worden ist, dass Popper einen heimlichen Freund besass, der es wagte (nicht ohne Gefahr für sich selbst), mich zu verständigen. (Nicht umsonst hat er sich eine dreiviertel Stunde vor meinem Haus herumgetrieben, um sicher sein zu können, dass er nicht beschattet wurde.)

Nun jedoch das Dreiste zum Schluss. Die Staatspolizei hatte dem Korrespondenten, der freigelassen worden war, weil es nicht die Spur eines begründeten Verdachts gab, unter dem er festgenommen worden war, zumindest ein Versprechen gegeben. Sie hatte ihm versprochen, ihn nicht mehr zu behindern und zu verfolgen, sondern ihn vielmehr nach Kräften zu unterstützen. Sie hat dieses Versprechen natürlich gebrochen. Am Mittwoch nämlich ist ein Beamter der Staatspolizei bei der Schwiegermutter von Popper gewesen und hat diese nervöse Frau, von der man wusste, wie ihr Verhältnis zu Popper war, einer Art Verhör «dritten Grades» unterzogen, mit dem Ziel, etwas aus ihr herauszupressen, das einen neuen Grund oder einen neuen Vorwand hergeben würde, ihn zu verfolgen. (Dies erinnert an das Libretto von «Tosca».¹¹) Gelingen ist es nicht, was jedoch an der Schändlichkeit der Absicht nichts ändert. Noch bevor dies passiert war, sagte mir der Freund von Popper: «Auch Sie sind noch naiv. Um die Durchtriebenheit dieses Gesindels voll zu ergründen, muss man wohl Deutscher sein.»¹²

Wenn man hieraus gesehen hat, was einem Ausländer passieren kann, also sozusagen «den Frischlingen», dann wird man sich wohl vorstellen können, was inhaftierte Kommunisten zu ertragen haben, die deutsche Staatsbürger sind und natürlich nirgendwo Schutz finden können.

Auf dem Rückweg von der Columbiastrasse zur Prinz-Albrecht-Strasse sass Popper zusammen mit einem Kommunisten im Wagen. Der erzählte ihm, er sei mit einer Reitpeitsche so geschlagen worden, dass er halbtot ins Krankenhaus gebracht werden musste, wo er sechs Wochen gebraucht habe, um wieder halbwegs auf die Beine zu kommen.

In der Nürnberger Strasse in Berlin wohnt ein Zahnarzt namens Löwensohn. Obwohl Jude, hat er auch jetzt noch eine gutgehende Praxis – und das heisst etwas. Seine Schwester hat einen etwa zwanzigjährigen Sohn. Dieser Neffe Löwensohns ist ein Kommunist, auch jetzt noch. Nur deshalb, und ohne dass man etwas gegen ihn in der Hand hatte, wurde er bereits im Februar vorigen Jahres geschnappt. Nach einer abscheulichen Behandlung, die ihm vermutlich für den Rest seines Lebens ein Magenleiden eintrug, wurde er freigelassen. Neulich

ist er zum zweiten Mal verhaftet worden. Er stand im Verdacht, an der Verteilung von Flugblättern mitgewirkt zu haben. Beweisen konnte man es ihm nicht.

Dr. Löwensohn selbst wurde auch verhaftet und zwar deshalb, weil er den Jungen bei sich zuhause hatte wohnen lassen. Er bekam in der Prinz-Albrecht-Strasse einige Schläge, einen, weil er nicht wusste, warum er verhaftet wurde und einen, weil er infolge des ersten Schlages nicht korrekt in militärischer Haltung stehenblieb. Daraufhin erst wurde er verhört und bei diesem Verhör teilte man ihm mit, dass kein Grund bestünde, ihn in Haft zu behalten. Durch die Schläge hat er sich eine Taubheit zugezogen, die dem Arzt zufolge wohl nicht mehr vollständig zurückgehen wird. Auf einem Flur in der Prinz-Albrecht-Strasse begegneten sich zwei Transporte. In dem einen ging Löwensohn, in dem anderen sein Neffe. Löwensohn sah, dass bei dem Jungen etwas mit dessen Auge nicht stimmte. Der junge Mann liegt jetzt im Krankenhaus, dem «Staatskrankenhaus». Sein Onkel und seine Mutter werden nicht zu ihm gelassen, doch sie haben vom Arzt erfahren, dass ihm ein Auge fehlt.

Das alles habe ich von einem guten Freund von mir, auch einem Holländer, dessen Frau mit der Familie Löwensohn verwandt ist. Für die Richtigkeit dieser Geschichte verbürge ich mich voll und ganz.

Allein einen solchen Fall vollständig zu beschreiben, würde eine Broschüre füllen. Ich erzähle lediglich ein einzelnes Detail, und ich nehme diesen einen, jederzeit überprüfbaren Fall als Beispiel. Diese Fälle höre ich zufällig, und jeder kann daraus für sich selbst Schlüsse ziehen, wie häufig solche Dinge in Deutschland passieren.

Ich fürchte nur, dass zwar die Heimlichkeit und die Hinterhältigkeit zunehmen werden, aber der «kalte Terror» nicht abnehmen wird. Denn die Unzufriedenheit wird immer allgemeiner und immer grösser, sowohl innerhalb als ausserhalb der NSDAP Allerdings vorläufig auch loyal und ohne Führung oder Organisation. Die grosse Ernüchterung scheint nun allmählich aufzukeimen.

20. April 1934

(...)

Interessant ist eine Meldung aus Washington, derzufolge der Senat eine Kommission ernannt und mit beträchtlichen Geldmitteln ausgestattet hat, die untersuchen soll, welche Propagandaaktivitäten nationalsozialistische Kreise in den Vereinigten Staaten entfalten. Der Senat scheint gut informiert zu sein. Über die gesamten Vereinigten Staaten werden systematisch die einzelnen Propagandastützpunkte verteilt. Man strebt an, deren Arbeit so intensiv wie möglich zu gestalten. Alle Vereinigungen von Deutschen in den Vereinigten Staaten sind – ganz deutsch, vor allem aber ganz nationalsozialistisch – zusammengefasst in einem Dachverband, dem «Verein der Freunde des neuen Deutschlands». Dieser «Verein» bekommt erhebliche Geldmittel aus Hamburg. Ziel ist es, in den Vereinigten Staaten eine Propagandastrategie zu entwickeln. Man will die Dummheiten des Weltkrieges nicht wiederholen, sondern im Gegenteil dafür sorgen, dass in den Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber eine Stimmung gefordert wird, die im Falle eines Konflikts in Europa von grosser moralischer und damit auch materieller Bedeutung sein kann. (Versorgung mit Rohstoffen usw.) Dies alles geht von Hamburg aus und ist gut getarnt. Scheinbar ist die ganze Bewegung ausschliesslich privater Initiative zu verdanken. Keine Regierungsstelle weiss angeblich etwas darüber. Diese Stelle in Hamburg ist die frühere «Auslandsabteilung der NSDAP», die jedoch dauernd ihren Namen ändert, vor allem nicht zu verwechseln mit dem «Aussenpolitischen Amt» der NSDAP (Rosenberg).¹ In den Vereinigten Staaten organisieren die Unterabteilungen der «Freunde» auch «Schutzabteilungen» für die Versammlungen. Eine Art stiller SA-Organisation also.

Einer SA-Anweisung, die darauf zielt, SA-Leuten mitzuteilen, welche Theater und Filme sie besuchen dürfen (in diesem Fall in Berlin), entnehme ich:

Theater des Westens

Stück: «Lockende Flamme». Das Verbot des Theaters des Westens wird aufgehoben, es steht jetzt in nat.-soz. Verwaltung.

Wintergarten

Die Direktion des Wintergartens hat den jüdischen Kapellmeister Roth entlassen und die Zusicherung gegeben, keinerlei Juden mehr zu beschäftigen. 0.30, 0.30, 0.73 & 1.-.

Kabarett der Komiker

hat seinen letzten Juden entlassen. 0.30. 0.73, 0.30 & 1.-.

Theater im Admiralspalast

Die Direktion hat sich den Wünschen der SA gefügt und die beanstandeten Schauspieler entlassen.

Das Rose Theater beschäftigt ab 18.3.34 keine Juden mehr. Unerwünscht ist der Besuch aller Theater in denen Juden auftreten oder jüdische Stücke aufgeführt werden.

Verbotene Theater

Theater am «Horst Wessel Platz», da das Theater trotz seines Ehrennamens dauernd Juden beschäftigt.

Unerwünscht ist der Besuch der Filme, in denen Juden auftreten oder die von Juden verfasst sind.

In den Film «Früchtchen» tritt die Jüdin Gaal auf.

Der Film «KatharinadieGrosse» wurde verboten, da die Öffentlichkeit sich gegen das Zeigen der ausgewanderten Jüdin Elisabeth Bergner auflehnte.

15. Mai 1934

Der Nationalsozialismus und die Kirchen

(...)

Der Nationalsozialismus glaubt, ebenso wie der Kommunismus, von Vorneherein zu wissen, welche Gesellschaftsform die beste ist und automatisch die besten Menschen hervorbringen würde, und leitet daraus das Recht ab – ebenso wie der Kommunismus – diese Gesellschaft mit Gewalt einzuführen. Allein schon deswegen ist er der Erzfeind jedes Liberalismus und des Humanismus, aber ebenso sehr Feind jeder Religion und ganz gewiss des Christentums. Dass zahlreiche Christen oder solche, die sich dafür halten, das nicht einsehen, ändert daran ebensowenig etwas wie die Behauptung der Nationalsozialisten, sie befürworteten ein positives Christentum. Bei den Kirchen und selbst bei den Nationalsozialisten ist man sich aber nicht immer des religionsfeindlichen Charaktes des Nationalsozialismus bewusst. Das führt zu allerlei Widersprüchen.

(...)

Es sind drei Strömungen zu unterscheiden. Die Konsequenten sind die Männer der Deutschen Glaubensbewegung, Graf Reventlow, Professor Hauer und seinesgleichen.¹ Diese erkennen klar, dass der Nationalsozialismus der Feind des Christentums ist, und als überzeugte Nationalsozialisten lehnen sie infolgedessen das Christentum ab.

Die zweite Gruppe bilden diejenigen, die das auch einsehen und folglich den Nationalsozialismus ablehnen, weil sie echte Christen sind.

Dazwischen gibt es die grosse Einheitsbewegung: Männer, die entweder glauben, die Kirche dem neuen Staat unterwerfen zu können, oder meinen, den neuen Staat akzeptieren und dennoch Christen bleiben zu können. Die letztgenannte Gruppe bildet die Opposition in der Lutherischen Kirche, nachdem ihr durch die Praxis allmählich klar geworden war, dass beides unmöglich miteinander zu vereinbaren ist. Auch bei dieser Strömung gibt es allerlei Nuancen, Unentschlossenheit und Undeutlichkeit. Die Massnahmen, die die Nationalsozialisten

gegen sie ergreifen, öffnen vielen erst die Augen. Zwar könnte die Kirche durch die feste Haltung dieser relativ kleinen Gruppe an Stärke gewinnen, aber als Ganzes betrachtet halte ich doch die Kirche für innerlich sehr geschwächt. Wenn das Papierfundament, auf dem dieses ganze Gerüst ruht, zusammenbricht, dann wird die Lutherische Kirche Umfallen. Eine Ausnahme wären nur die wenigen, die am wirklichen Glauben festhalten.

Ähnliches gilt für die katholische Kirche. Zwar nicht in demselben Masse wie bei der protestantischen Kirche, aber stärker als dies gemeinhin angenommen wird. Auch die katholischen Kirchenfürsten haben die bedrohte Einheit ihrer Kirche zu wahren versucht, aber sie sind dabei aus Angst oder aus Ohnmacht mit den Treuen hinter den Abtrünnigen hergetrottet. Auch sie haben nicht gesagt: Lasst diejenigen gehen, die drohen, uns zu verlassen, wir beharren auf unserem Standpunkt, auch wenn wir dadurch weniger werden. Nein, auch sie haben sich den Weg von Abtrünnigen oder von denen vorschreiben lassen, die drohen, der Kirche den Rücken zu kehren.

Die vatikanische Diplomatie gegenüber Deutschland war folgende: Preisgabe aller Verbindungen zum Volk (Gewerkschaften, Presse, Partei), mit Ausnahme der eigentlichen Seelsorge, um so die Kirche selbst besser schützen zu können. Erzbischof Gröber (Bamberg)², Kaas, Hackeisberger und von Papen haben seinerzeit in erster Linie für das Konkordat gekämpft. Von welcher Sorge, von welcher Angst muss die katholische Kirche erfüllt gewesen sein, dass sie einen solchen Vertrag für befriedigend halten konnte?³ Wie konnte sie den Kampf beginnen mit einem Kapitulationsabkommen? Aus Angst vor einem Schisma meidet sie den Kampf. Die Gefahr, die sie umgehen wollte, ist nur noch grösser anstatt kleiner geworden. Ohne Presse, ohne politische Organisationen wird die Kirche womöglich noch zu dem Kampf gezwungen werden, dem sie auswich, als sie noch über die Waffen verfügte, die sie dann freiwillig aus der Hand gab.

Nun besteht bei den Katholiken weder im Süden noch im Osten die geringste Gefahr eines Schismas. Auch im Westen nicht. Es dauerte lange, bis Kardinal Schulte (Köln) eine oppositionelle Haltung einnahm. Aber jetzt haben die Nationalsozialisten genug auf Kinder-

prozessionen eingeschlagen und genug Hirtenbriefe unterdrückt, um auch ihn zu einer Haltung zu bewegen, die Faulhaber (München) und Bertram (Breslau) von Anfang an eingenommen haben.⁴

Aber im Norden verhält es sich anders. Auch der katholische Preusse ist geneigt, sich in erster Linie der Staatsräson zu beugen und die Totalität des Staates zu akzeptieren. Ausser dem Erzbischof von Bamberg, Gröber, ist dabei zu denken an Bischof Berning (Osnabrück), der sogar von Göring in den Staatsrat berufen wurde, und an den Erzbischof von Trier; da zeigt sich, dass sich tiefe Risse zwischen den Katholiken aufgetan haben, zwischen Bischof und Erzbischof und sogar zwischen den Erzbischöfen.

Das Konkordat, das inhaltslos ist, ist ein Vertrag mit einem Staat, der aufgrund seines diktatorischen Charakters erst recht den Nährboden für den Bolschewismus darstellt. Das werden die Katholiken und der Vatikan allmählich einsehen. Das setzt schon ein. Und erst jetzt besinnt sich Rom, welche starke Waffe es in der Hand gehabt hat, ohne sich dessen beim Abschluss des Konkordats bewusst gewesen zu sein: das Saarland. Das Saarland und Österreich zusammengenommen wären doch Trümpfe genug gewesen. Mit beiden in der Hand hätte man in Ruhe abwarten können, ob es zum Kulturkampf kommt. Eine Katholikenverfolgung vor den Augen der Welt hätte die Meinung in den beiden Ländern entscheidend beeinflusst und die deutsche Regierung zur Versöhnlichkeit gezwungen. Das wäre eine bessere Ausgangslage gewesen als die, auf welche sich der Vatikan zurückgezogen hat. Jetzt besinnt man sich wieder der Existenz des Saarlandes, aber die Lage ist unendlich viel schwieriger geworden; das Saarland stellt kein so wichtiges Faustpfand mehr dar. Noch wächst die katholische Opposition von Tag zu Tag, dafür sorgen die Nationalsozialisten selbst.

Auf die Katholiken und die Juden richtet sich – so hat ein Regierungsbeamter mir vertraulich gesagt – trotz allem unsere Hoffnung. Wenn der «grosse Schlamassel» kommt, dann sind das wohl die einzigen, die die sittliche und geistige Führung übernehmen können.

2. Juni 1934

Die zeitweilige Abrüstung war für Deutschland nicht nur ein Nachteil, sondern auch ein Vorteil. Darauf ist wohl auch schon mal im Ausland hingewiesen worden, aber auf jeden Fall haben das die deutschen Behörden immer wieder, wenn auch nicht öffentlich, so doch untereinander, betont. Sie haben sich geistig und auch materiell auf den grossen Augenblick vorbereiten können, der jetzt angebrochen ist.

Es liegt denn auch ganz auf der Linie der Entwicklung, dass unter der Ägide Görings, des Luftfahrtspezialisten, die Wiederbewaffnung mit der Aufrüstung in der Luft beginnt. In der Luft kann man sehr viel schneller als auf irgendeinem anderen Terrain Gleichwertigkeit erzielen; auf dem Gebiet der Herstellung von Giftgasen war Deutschland ohnehin niemals im Rückstand.

Die Aufrüstung in der Luft und gleichzeitig, auch wenn dies paradox klingt, unter der Erde hat begonnen. Die Anlage von grossen unterirdischen Arealen, ebenso unsichtbar wie bombensicher, hat man den Franzosen abgeguckt, die an ihrer Ostgrenze in dieser Hinsicht phantastische Komplexe gebaut hat. Im Deutschen Reich dient das unterirdische System der Luftfahrt. In einem grösseren Umkreis rund um Berlin werden an verschiedenen Orten unterirdische Hallen angelegt. Man sieht von aussen nichts als eine Anzahl Schuppen, Schuppen für die Arbeiter.

Ein solcher Kreis rund um Berlin, Neu-Ruppin, Döberitz, Wustermark, Cottbus, usw. ist nur ein Bruchteil des gesamten Systems, das über das ganze Land verzweigt ist.

Das merkwürdigste Werk ist das im Müritzsee, das ich kürzlich bereits ausführlich erwähnte. Hier wie anderswo haben wir es nicht nur mit künstlichen, begrüneten Küstenverlängerungen aus Beton zu tun, die den Flugzeugen einen Unterschlupf bieten, sondern dort ist mit einer noch merkwürdigeren Arbeit begonnen worden. Der Müritzsee steht mit anderen, langgestreckten Seen in nordöstlicher Richtung in Verbindung. Dort hat man jetzt mit dem Bau eines unterirdi-

schen Kanals zur Ostsee begonnen. Dieser merkwürdige Kanaltunnel (oder muss man sagen: Tunnelkanal?), dessen Kosten vorerst auf 65 Millionen geschätzt werden, bietet Platz für den unterirdischen Verkehr von 120 Flugzeugen und soll mit verschiedenen Ausbuchtungen und Wendepunkten ausgestattet werden. Die Anlage beruht im Prinzip auf dem Liftsystem, das mit soviel Erfolg in Nieder-Finow angewandt worden ist und das es erlaubt, ein Fahrzeug (in diesem Fall ein Wasserflugzeug) in kürzester Zeit auf ein tieferes oder höheres Niveau zu befördern.

In Planung sind solche Arbeiten auch in Ostfriesland, nahe unserer Grenze. Pikant ist, dass man anfänglich, als der Müritzsee in der Planungsphase war, vor allem an Polen und die Tschechoslowakei gedacht hatte.

Dieser Tage erschien über dem Müritzsee ein Doppeldecker, der auf 200 m sank und begann, Kreise zu ziehen. Man forderte ihn durch Zeichen auf, das abgesprochene Signal zu geben und zu landen. Aber das tat er nicht. Sofort stiegen einige deutsche Flugzeuge auf und schossen aus ihren Maschinengewehren auf den Fremden. Dieser konnte jedoch dank der höheren Steiggeschwindigkeit entkommen. Man setzte ihm bis an die Küste nach und gab dann auf.

Im Kriegsministerium war man beeindruckt von diesem Besuch. Man achte auf das sonderbare Phänomen, dass die deutschen Flugzeuge (denn es heisst doch alles Luftsport) mit Maschinengewehren ausgerüstet waren.

Ein beunruhigender Zwischenfall hat sich auch in Cottbus (Kreis Berlin) zugetragen. Dort sind zwei Flugzeughallen (in diesem Fall überirdische) samt Inhalt in die Luft geflogen. Infolge des Knalls zerbrachen die Scheiben in einem beträchtlichen Teil der Stadt. Diese Neuigkeit stammt nicht etwa von den Einwohnern Cottbus, sondern aus dem Reichswehrministerium. Auch hierzu muss wieder angemerkt werden, dass die Hallen voll mit Flugzeugen waren. Dass eine Anzahl Flugzeuge fertig, aber noch nicht montiert sind, ist richtig, aber viele stehen durchaus bereit. Die Untersuchung in Cottbus ergab, dass das Material für den Anschlag an Ort und Stelle gestohlen worden war. Infolge dieses und ähnlicher Sabotage- und Spionageakte ist man dabei, überall die Bewachung und Sperren (vor allem

durch Stacheldraht) zu verstärken. Auch die Aktion gegen die «Miesmacher» muss man teilweise unter diesem Gesichtspunkt betrachten; sie hat denn auch ausdrücklich den Untertitel: «und gegen die Saboteure».¹

Vorläufig fällt dieser ganze «Luftzirkus», wenigstens dem Namen nach, noch in das Ressort Görings. Das Reichswehrministerium ist gleichwohl vollständig informiert, und man verhehlt dort nicht, sich über die Fragen Sorgen zu machen, inwieweit das Ausland (durch seine Berichterstatter informiert), und insbesondere England, das alles noch als rein defensiv betrachten wird.

Zweifellos wird der Bericht der Korrespondenten des «Daily Express», Stephens, die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben. Stephens war einer der englischen Korrespondenten, die vor der Revolution ganz heiss auf die Nazis waren und beträchtliche Summen bezahlten, um die Propagandareisen Hitlers per Flugzeug mitmachen zu dürfen. Jetzt fährt er überall herum, um «Inspektionen» zu machen und deren Resultat in seiner Zeitung zu veröffentlichen.

Mir erschien bereits früher dieses Herumgefliche (obwohl sensationell) nicht zu den Aufgaben eines ausländischen Korrespondenten zu gehören. In den so entstehenden Artikeln wurde eigentlich nur die Meinung der Flugzeugbesatzung wiedergegeben. Die Besatzung und ihr Anhang gaben dann hinterher mit den Artikeln an. Beides liess doch Zweifel an der Objektivität dieser Berichte aufkommen.

Es mag zwar zu den Pflichten eines Journalisten gehören, sich über militärische Angelegenheiten zu informieren, aber diese Tätigkeit gehört dann m.E. in die Rubrik «Eigeninformation», d.h. zu den vielen Dingen, die für einen Korrespondenten von Vorteil sind zu wissen, und die indirekt nützlich sind für die Beurteilung dessen, was er in seine Zeitung bringen wird, die er selbst jedoch besser nicht in seiner Zeitung veröffentlicht.

Das hat nichts mit der jeweiligen Regierung zu tun. Auch die schwedische Regierung würde beispielsweise, falls ein Ausländskorrespondent in seinem Blatt Massnahmen enthüllt, die sie zur Landesverteidigung trifft, dagegen etwas unternehmen.

Die sachlichen Mitteilungen des Korrespondenten sind im übrigen richtig.

2. Juli 1934¹

Die Lage ist schwer zu beurteilen, aber allein schon mit dieser Feststellung kennzeichnet man sie ja schon als untergründig chaotisch. Unter der Oberfläche herrschen Verwirrung, Unsicherheit, Mutlosigkeit, Unzufriedenheit, Unerfülltheit. Ruhe? Ja, so scheint es, aber es ist kaum viel mehr als äusserer Schein. Mir kommt es vor, als ob gerade die widersprüchlichen, schwer überprüfbaren und vielfältigen Gerüchte davon zeugen.

Ein einziges Beispiel. Während der Ferien der SA ist die SS in erhöhte Dienstbereitschaft versetzt worden. Ich muss davon ausgehen, dass das zutrifft, da ich es unabhängig voneinander von verschiedenen SS-Männern gehört habe: Die SS befindet sich in einer Art Alarmbereitschaft. Und die SS-Männer reden miteinander und besprechen die Gründe für diese Massnahme. Wenn die SA einmal in Ferien ist, wird sie nur noch dem Schein nach zurückkehren, sagen sie. Sie wird nämlich im günstigsten Fall in einen Zustand zurückkehren, der sich im Grunde bereits geändert hat. Der grösste Teil soll als unzuverlässig entlassen werden, ein kleiner Teil auf längere Sicht ins Heer integriert werden. Wenn das stimmt kann man vermuten, dass dieser Plan nicht erst heute oder gestern entstanden ist. Schon lange bevor Hitler an die Macht kam, galt ein Teil der SA als «verseucht», unzuverlässig, zur Hälfte Otto Strasser-Anhänger², zur anderen Hälfte Kommunisten, oder andernfalls Nörgler. Und damals schon sprach man darüber, später, viel später, Massnahmen zu treffen, falls sich aus dieser Situation Schwierigkeiten ergeben würden. Dann sollte die SS dagegen auftreten, als Kontrolle und Polizei der SA.

«Man hat uns», erzählte mir ein SA-Mann, «die Sache folgendermassen erklärt: Wir müssen aufpassen, dass die Partei nicht auf einem Umweg die Kommunisten bewaffnet. Das reicht als Begründung dafür, dass wir uns bereithalten und für alle Fälle zur Verfügung stehen müssen. Das übrige sind Vermutungen unsererseits und beruht auf unseren eigenen Schlussfolgerungen aus dem, was wir gehört haben.»

Nun, sie werden auch das gehört haben, was man überall so redet. Der Kommunismus, der seine Funktionäre verloren hat, taucht in anonymer Form wieder auf, demoralisiert, hetzt auf und verkleidet sich in brauner Uniform (das kann stimmen: dieser Tage traf ein Polizist, den ich kenne, ein paar Leute seiner eigenen Sturmabteilung, er erkannte sie nicht, folgte ihnen und liess sie verhaften) und ist so getarnt viel schwerer zu bekämpfen als vorher. Aber man hat das mehr oder weniger vorausgesehen, und wenn nun Massnahmen dagegen getroffen werden, so bedeutet das nicht, dass man mit seinem Latein am Ende ist.

Es wird wohl nicht stimmen, dass man auf Himmler, den Chef der Staatspolizei, geschossen hat, als er sich unter die Gäste in der Schorfheide begeben wollte.³ Aber kennzeichnend dabei ist, dass dies dennoch von Mitgliedern der SS berichtet wird, die dabei Wache standen und behaupten, sie hätten wohl die Autos verwechselt: Hitler und Himmler fahren dieselbe Marke.

Dass Graf Helldorf, der Polizeipräsident von Potsdam, sich wegen Veruntreuung das Leben genommen hat, wird dementiert von Leuten, die behaupten, dass sie sein Auto fast täglich vor einem Haus am Kaiserdamm stehen sehen, und dass er an einer Demonstration teilgenommen hat usw. Aber dass dieses Gerücht immer wieder entsteht, erscheint mir ebenso charakteristisch wie das folgende Erlebnis. Auf einem Berliner Bahnhof wollte ich den «Angriff» aus einem Automaten nehmen, in dem der Bericht über den Mord an einem SA-Mann in Pommern stand. Ein uniformierter Bahnbeamter wollte mir helfen, weil das Ding nicht richtig funktionierte und sagte: «Ja, ja, das nennen sie nun Volksgemeinschaft». Ist das nun Nörgeln oder nicht? Und das in Uniform gegenüber einem Wildfremden, bei dem man anscheinend unbesehen Sympathie erwartet und nicht Denunziation oder sogar Zurechtweisung?

Die «flaue Stimmung», die die «Weser Zeitung» ganz offen erwähnt, ist vielleicht, als erste Reaktion auf die erweckte Begeisterung, jetzt noch «flauer». (...) Die Regierung ist bis zu einem gewissen Grad auf solche Tiefs vorbereitet und wird sich nicht gleich aus dem Sattel heben lassen. Aber kann man nicht, auch wenn letzteres nicht eintritt, dennoch tiefgreifende Veränderungen für möglich halten? Wenn ein solches Regime die innere Unterstützung eines Gross-

teils der Bevölkerung verliert, dann ist es im Verlauf einer Krise den unvermeidlichen Schwierigkeiten, die Deutschland unter jeder Regierung bedrohen würden, kaum gewachsen (auch wenn es letztlich an der Macht bleibt). Das wären nicht zuletzt wirtschaftliche Probleme, die oft unterschätzt werden und deren Auswirkungen – wie ich befürchte – auch unser Land zu spüren bekäme.

Das wäre vielleicht eine Erklärung, warum Hitler und Göring und viele andere, von denen man das gar nicht unbedingt erwarten sollte, vorläufig nicht mit den konservativen Kräften «definitiv abrechnen wollen», sondern den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten. Deshalb scheint es von grosser Bedeutung, dass der Feldmarschall noch eine Weile am Leben bleibt.

29. August 1934

Bei allen Meinungsverschiedenheiten – die bei solch einem düsteren Ereignis nicht verwundern – besteht immerhin allgemeine Übereinstimmung darin, dass es hinsichtlich der Folgen des 30. Juni für Deutschland mehr als eine Deutung geben kann.

Dies als Vorbemerkung zum einführenden Bericht eines Beamten der Reichskanzlei, eines bedächtigen Mannes. Seinem Bericht zufolge ist Röhm, Stabschef der SA, am Mittwoch vor der Katastrophe von Bayern nach Berlin gereist und hat sich in die Reichskanzlei begeben, mit der Absicht, Hitler davon zu überzeugen, seine Pläne zur teilweisen Auflösung und Entwaffnung der SA aufzugeben.¹ Es ist wahrscheinlich, so mein Gewährsmann, dass die Reichswehr das schon länger wollte als Hitler selbst. Aber diese Frage ist zweitrangig, weil sowohl Hitler als auch die Reichswehr ein solches «Zurechtstutzen» der SA zu einem zunächst noch nicht genau absehbaren Zeitpunkt für nötig gehalten haben.

Jeder Diktator, der erfolgreich die Macht erlangt hat, sieht sich mit der Frage konfrontiert, was mit den revolutionären Hilfstruppen geschehen soll, mit deren Hilfe er diese Position erreicht hat. Soll er ihnen einen Platz neben oder über den schon bestehenden Machtmitteln des Staates zuweisen? Ein gefährlicher Weg. Die Hilfstruppen und ihre Vertrauensleute können ihm über den Kopf wachsen und ihn zu einem typischen Prätorianerkaiser machen. Diese Gefahr hat Hitler schon während seines Aufstieges erkannt und damals schon entsprechende Vorsichtsmassnahmen ergriffen. Damals konnte noch offen über diese Dinge geschrieben werden. Und niemand zweifelte damals daran, dass die SS, die schwarze Schutztruppe, zu nichts anderem bestimmt war als zur Unterdrückung bzw. Vorbeugung gegen Rebellion und Befehlsverweigerung seitens der SA. Diese Meinung wurde damals nicht nur von Aussenseitern vertreten. Die Nationalsozialisten selbst gaben diesen Charakter und Zweck der SS offen zu. Selbst nach der Machtübernahme haben sie wiederholt Bundesgenossen und Freunde beruhigt und darauf hingewiesen, man werde dafür sorgen, die Maschinengewehre und Geschütze in Händen der



Unser Bild: Ernst Röhm und Edmund Heines 1934 am Flughafen Berlin-Tempelhof. Beide wurden am 30. Juni 1934 von der SS bzw. Görings Sonderpolizeikommando «als Reichsfeinde unschädlich gemacht»

SS zu belassen, um so immer in der Lage zu sein, eine mögliche SA-Revolution schon im Keim zu ersticken.

In jenem Gespräch am Mittwoch haben Röhm und Hitler sich furchtbar laut angeschrien, aber man hätte in der Reichskanzlei nicht einmal jedes der gewechselten Worte verstehen müssen, weil die unterschiedlichen Standpunkte längst bekannt waren.

Hitler scheint ein sehr impulsiver Mensch zu sein. Aber Impulsivität kann nach aussen durchaus unterschiedliche Formen annehmen. Es gibt Menschen, die von starken Gefühlsausbrüchen beherrscht werden, denen sie blindlings folgen. Ebenso ungestüm können sich aber Menschen verhalten, die vor einer solchen impulsiven Handlung lange gezögert und in einem inneren Widerspruch gelebt haben, den man vielleicht als Balancieren zwischen zwei Ängsten betrachten könnte. Manchmal ist die eine Angst stärker als die andere, und dann handeln sie – vom Schrecken angetrieben – mit einem Tempo und in einer Hast, die gerade deshalb wie gewöhnliche Impulsivität aussieht, weil sie vollkommen übertrieben wirkt. Diese Verhaltensweise zielt teils unbewusst, teils bewusst darauf ab, anderen Menschen Furcht einzuflößen. (...) Wenn ein Mann wie Hitler zur Selbsterziehung bereit wäre (ich meine sittliche Selbsterziehung, denn in mancher Beziehung ist er gewiss ein anerkannter Autodidakt), dann könnte er sicher mehr von den Stücken Shakespeares (z.B. Macbeth) als von den Wagner-Opern lernen, die er doch so gerne sieht.

Beim Versuch, Hitlers Charakter zu beurteilen, darf man nicht vergessen, dass er zu denen gehört, für die die Teilnahme am Krieg das grosse Ereignis ihres Lebens war, und die dieses Ereignis, das zusammenfiel mit den ersten Entwicklungsjahren nach der Pubertät, nie mehr überwunden haben. Für sie ist der «Frontgeist» zum wirklichen Leben geworden, und sie meinen, mit diesem Frontgeist alle politischen und gesellschaftlichen Probleme lösen zu können.

(...)

11. September 1934

Merkwürdig: es krachte mächtig im Gebälk, und diejenigen, die es draussen hörten, sagten: Jetzt wird das Bauwerk einstürzen. Aber nichts dergleichen ist der Fall. Im Gegenteil. Mögen die Stürme, die auf das nationalsozialistische Deutsche Haus losdonnern, noch so gewaltig sein, es steht fester als je zuvor auf seinen innenpolitischen Fundamenten. Wieder einmal hat die nationalsozialistische Partei, jetzt an der Macht, auch in dieser Phase gezeigt, die Kraft zur Integration zu haben, über die man sich schon früher wunderte, als es noch nicht so weit war. Durch internen Streit entzweit, nach aussen hin kompromittiert, scheinbar weitgehend in Auflösung begriffen, gelang es ihr, sich weitgehend zu erholen. Nun zeigt sie sich nicht nur in alter, sondern in neuer Stärke.

Sollte sie diese Flexibilität und die Kraft zur zentripetalen Erholung auch noch nach Eroberung der Staatsmacht zeigen? Das wurde allgemein bezweifelt. Denn während der Aufstiegsphase der Partei schienen es immer wieder äussere Umstände zu sein, die ihr neue Kraft verliehen. Ein neuer Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine Finanzkatastrophe etc. verstärkte die Unzufriedenheit der Massen und trieb sie Hitler, dem Sammler aller Unzufriedenen, in die Arme. Wie aber würde es werden, wenn Hitler nicht mehr der Sammler der Unzufriedenen, sondern als Führer von Regierung und Staat der Sammler der Zufriedenen würde? Würden dann nicht dieselben Kräfte, die früher zentripetal wirkten, nun zentrifugal wirksam werden, sobald eine gerade erfolgreich überstandene Krise (wie die Strasserkrise usw.) sich unter den neuen Bedingungen wiederholen würde? Das wäre eigentlich mit absoluter Sicherheit zu erwarten gewesen.

Die Röhmkrise kam, und kurz darauf folgte die Dollfusskrise¹ und dennoch: Die Partei hat sich völlig erholt. Ja, sie hat, wenn man das so sagen kann, Glück gehabt: Hindenburgs Tod war ihr grosses Glück. Schrieb ich letztes über die Bedeutung (vom nichtnationalsozialistischen Standpunkt aus betrachtet) des Weiterlebens des Ge-

neralfeldmarschalls, dann hat sich das durch die Entwicklung nach seinem Tod mittlerweile bestätigt, der, so spät auch aus menschlicher Sicht, doch viel zu früh eingetreten ist.

Aber auch wenn man es als grosses Glück für die NS-Bewegung und das Regime betrachtet, das es mit märchenhaftem Geschick ausgenutzt hat, so wäre eine so überzeugende innenpolitische Erholung nicht möglich, wären nicht die zentripetalen Kräfte noch in unvermindertem Ausmass vorhanden.

Die Stimmung des Volkes: Es ist imponierend, sie zu sondieren, wenn man aus Berlin herauskommt. IA stand auf meinem Auto, das überall bekannte Kennzeichen Berlins. Wir wurden als Berliner betrachtet und überall auf dem ausgiebigen Streifzug durch Deutschland (den ich unternahm, nachdem mir mein Arzt geraten hatte, mich für einige Zeit von allem zurückzuziehen) wurden wir empfangen als willkommene Gäste aus dem Mekka der NS-Bewegung, wo «der Führer» lebt, wo Millionen demonstrieren, während es anderswo nur Hunderttausende sind. Denn auf den Gedanken «je näher dem Papst, desto weniger katholisch» kommt man dort nicht. Ich war in vielen grossen und kleinen Städten, vor allem aber auch in Dörfern. Überall jenseits der Elbe übt der Nationalsozialismus eine absolute Herrschaft über die Herzen aus. Weder der 30. Juni noch Dollfuss haben dort einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Man prophezeit zwar wirtschaftliche Schwierigkeiten, schränkt aber gleich ein: Zum Glück haben wir den Nationalsozialismus, dann können wir sie überwinden.

Von noch grösserer Bedeutung ist das folgende Phänomen: Hunderttausende in Koblenz (ich kam genau an dem Tag dort vorbei), Hunderttausende in Breslau, Hunderttausende bei anderen Demonstrationen, demnächst beim Parteitag wieder. Man bringt alles auf die Beine durch eine Art ziviler Mobilmachung, die immer wieder die Menschen durcheinanderschüttelt. Die Staffelläufer, für die sich jeder örtliche Sportverein mit dem gesamten Anhang interessieren muss, sind ein glänzendes Mittel zum Vermischen. Ja, das ganze deutsche Volk wird durcheinandergerührt, ist es zum Teil sogar schon; die Hessen, Thüringer, Württemberger, Badener und die Bayern, ja selbst die Bayern, sie sind anders geworden. Sie alle, bei de-

nen das «Heil Hitler» schon so selbstverständlich, so natürlich klingt, wie «Guten Morgen», sind (ob man es zugeben will oder nicht, man muss es einfach sehen und hören) alle etwas weniger als vorher Hessen, Bayern usw., sie sind mehr als vorher Deutsche geworden; sie sind zu Opfern bereit, sie spüren etwas von der Volksgemeinschaft; und diese Tendenz verstärkt sich. Ob das teilweise auf Einbildung oder falschen Voraussetzungen beruht, tut wenig zur Sache, denn Einbildung und falsche Voraussetzungen sind in diesem Fall einflussreiche Faktoren, wenn sie so weit verbreitet sind. Ja, im Augenblick hat Hitler nicht nur die Machtmittel, er hat auch das Volk hinter sich.

19. September 1934

Volksabstimmung

Das Statistische Reichsamt ist eine Institution, die letztlich genau weiss, wieviele «Nein-Stimmen» es gab, auf wievielen Stimmzetteln mit freigelassenem Kreis beim «Ja» und beim «Nein» (die also als ungültige Stimmen gedacht waren) nachträglich ein «Ja» angekreuzt wurde.¹ Es gibt viel, was letzten Endes auch das Statistische Reichsamt nicht in Erfahrung bringen kann, aber es weiss doch mehr als andere Behörden.

Terror oder kein Terror bei der Abstimmung? Wo hört die Propaganda auf, und wo fängt der Terror an? Allein schon die Tatsache, dass für die Ja-Stimmen Propaganda gemacht werden durfte und für die Nein-Stimmen nicht, macht das Wort von der «freien Wahl» zum Hohn, ganz zu schweigen von dem Umstand, dass ein «Nein» völlig bedeutungslos war. Überall Uniformierte vor und in den Wahllokalen. Vor der Wahl wurden alle Autos angehalten, die in eine Stadt hineinfuhren: Kontrolle, ob «illegale Lektüre» mitgeführt wurde. Es wurde nämlich – keinesfalls vergleichbar – Gegenpropaganda gemacht, auf kleinen angeklebten Zetteln wurde aufgefordert mit «Nein» zu stimmen, und das machte die Polizei hier und da nervös.

Am Wahltag wurden sämtliche Autos angehalten, die aus einer Stadt herausfuhren. «Haben sie schon abgestimmt?» lautete die Frage. Dies und vielerlei Ähnliches ist ein Druck, der nur dann als Terror bezeichnet werden kann, wenn er, wie es hier der Fall ist, nur von einer Seite ausgeübt werden darf. Daneben gab es auch echten Terror, zum Beispiel in einigen Landgemeinden die Ausgabe schon ausgefüllter Stimmzettel. Die Kontrolle war vollkommen unzureichend, und dass das «Ergebnis», durch Zwang erzielt, nachträglich nicht noch geschönt wurde, glaubt selbst der Dummste nicht. Deshalb ist dieses «Ergebnis», insbesondere das korrigierte, höchstens tendenziell bedeutend. Das Ergebnis der Berechnungen und Schätzungen des Statistischen Reichsamts darf aber dennoch ein gewisses Interesse beanspruchen, wenn man es wenigstens in Erfahrung bringen könnte.

Ich habe in diesem Amt einen persönlichen Bekannten, ob dieser Mann allerdings selbst einen Gesamtüberblick hat, ist zweifelhaft. Es kann durchaus sein, dass er in dieser Hinsicht von den Informationen anderer abhängig ist. Aber ein Regierungsrat im Propagandaministerium kennt den Chef der Abteilung, die sich mit der Bearbeitung dieser Materie befasst hat, sehr gut, und von diesem Chef kann man annehmen, dass er einen Überblick besitzt.

Elfeinhalb bis zwölf Millionen Gegenstimmen schätzt mein Bekannter unter Berufung auf den Chef. Ich persönlich halte es für wahrscheinlich, dass diese Angabe ungefähr stimmt. Ein Drittel der Bevölkerung für Hitler, ein Drittel, das sich nur fügt und mitläuft, ein Drittel Verweigerer und Gegner. Dies ist in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Eindruck, den viele ernstzunehmende Beobachter auf der Grundlage von Literatur, Berichten und eigenen Gesprächen von der Stimmung im Lande haben. Dabei muss man beachten, dass dieses Verhältnis auf dem Land von dem in der Grossstadt abweicht (weil es auf dem Land schwieriger ist, eine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten).

Wenn man Hitlers Schlussrede in Nürnberg aufmerksam liest und davon ausgeht, dass das oben aufgeführte Ergebnis der Abstimmung vom 19. August korrekt ist und Hitler vorlag, dann erhalten viele Abschnitte dieser Rede eine neue Bedeutung. Selbst er unterteilt das Volk in drei Gruppen, die Kämpfer, die Mitgeschleppten und die Widerwilligen.² Ist diese Aufteilung ungünstig für eine Diktatur, die alle Machtmittel in der Hand hat? Vermeiden wir den Fehler der sozialdemokratischen Propaganda, die ihre Zentrale in Paris³ hat. Diese sammelt Angaben, die objektiv belegen, wie einseitig die Regierungsversion von der Lage und den Ereignissen ist. Bei den Schlussfolgerungen allerdings zeigt es sich, dass die Sopade (SPD) irrigerweise das genaue Gegenteil dessen glaubt, was der verlogene Gegner behauptet. Das hat zur Folge, dass sie aus Furcht vor Einseitigkeit ebenfalls einseitig argumentiert.

Wenn wir versuchen, uns einer solch «reaktiven» Übertreibung zu enthalten, so ist das Resultat dieser Abstimmung nach der notwendigen Korrektur sogar für eine Diktatur, die alle Machtmittel in der

Hand hat, wohl günstig. Auf die Frage, ob die Regierung tatsächlich alle Machtmittel besitzt und inwieweit sie sie fest in den Händen hat, hoffe ich in einer weiteren Betrachtung einzugehen, um hier noch etwas zur aussenpolitischen Situation zu bemerken. Ich möchte noch kurz hinzufügen, dass ein Propagandist, der sein Reich allein beherrscht und keine Gegenpropaganda zu befürchten braucht (ganz zu schweigen von Widerstand), ungestraft alle Skrupel beiseitelassen kann. Die Wirkung wird jedoch nicht dadurch gemindert, dass eine Minderheit, die schweigen muss, den Inhalt der Propaganda grundsätzlich anzweifelt. Wenn man also die Wirkung beurteilt, so wird man alle Vorbehalte gegen jede Art von Propaganda völlig beiseiteschieben müssen. So war die Art, wie der Leichenwagen von Reichspräsident Hindenburg zu einem Triumphwagen seines Nachfolgers stilisiert wurde, meisterhaft. Wenn andere das widerlich finden, so mag das zutreffen, aber die Frage «widerlich oder nicht» ist von geringer Bedeutung. Es gelingt ja so auch, das Opfern schmackhaft zu machen, indem man es als gefälliges Zeichen des Heldentums darstellt.

Verhält es sich nicht so mit dem ganzen Nationalsozialismus in all seinen Äusserungen? Ist er nicht gerade in den Äusserungen seines Führers, durch bestimmte, durchschaubare Eigenheiten gekennzeichnet? (...) Leute, die von einer fixen Idee besessen sind, Fanatiker ganz allgemein, ziehen aus ihren Wahnvorstellungen völlig logische Konsequenzen. Die auf falschen Prämissen beruhende eiserne Logik kann Aussenstehenden imponieren und ihnen das System als insgesamt stimmig erscheinen lassen. Dieses Phänomen ist auch festzustellen beim Nationalsozialismus und seinen Befürwortern. Um das zu verstehen und sich zu vergegenwärtigen, bedarf es wohl grosser geistiger Selbstentäusserung. (...) Nur so erklärt sich, dass sich die ganze nationalsozialistische Innen- und Aussenpolitik nach einem ganz einfachen Muster entwickelt und abspielt. Das Rätselhafte besteht nur darin, dass diese Einfachheit nicht geglaubt, sondern viel zu viel dahinter vermutet wird, weil man vergisst, die simplen Prämissen zur Kenntnis zu nehmen.

20. Oktober 1934

(...)

Man hat von Anfang an für die Reichswehr nicht nur nach gutem Soldatenmaterial, sondern auch nach «zuverlässigen Elementen» gesucht, und natürlich waren das rechte «Elemente». Schon während der Inflationsjahre und unmittelbar danach nahm man vor allem ehemalige Mitglieder des «Werwolf»¹, der «Organisation Consul»² usw. auf. Diese Elemente sympathisierten auch in der zivilen Gesellschaft häufig mit den Nationalsozialisten. Trotz einiger schwacher – und auf jeden Fall misslungener – Versuche, die Armee im Kern republikanisch-demokratisch zu organisieren (was jetzt nicht mehr zur Sache tut), konnte man schon ein bis zwei Jahre vor Hitlers Machtübernahme ohne Übertreibung feststellen, dass die übergrosse Mehrheit von Heer und Marine Anhänger Hitlers war, ohne sich deshalb tatsächlich illoyal gegenüber den damaligen Machthabern zu verhalten – was damals auch keiner von ihr verlangte. Das galt bereits für gut 100'000 Mann der Reichswehr, als Hitler noch nicht an der Macht war. Mittlerweile hat sich die Reichswehr mehr als verdreifacht. Könnte nun jemand ernsthaft in Zweifel ziehen, dass man für die zwei übrigen Drittel etwas anderes als eingefleischte und hundertprozentige Nationalsozialisten aufgenommen hat, bzw. weiterhin aufnehmen wird? Nicht einmal die SA, deren Zahl jetzt so drastisch beschränkt wird, galt als zuverlässig genug. Ein besonderes Rekrutenreservoir mit nationalsozialistischer Schulung bildet der Arbeitsdienst. Über die Mannschaften braucht man sich vorerst also keine Sorgen zu machen.

Und nun zu den Offizieren. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen den niedrigeren Rängen, den höheren Offizieren und dem Oberkommando. Über das Oberkommando braucht man weiter keine Worte zu verlieren. Dass Blomberg Hitler aus Überzeugung treu ist, bezweifelt niemand. Man bezeichnet ihn sogar als «Hitlerhörig», und behauptet, er habe ihm gegenüber keinen eigenen Willen. Das zeige sich unter anderem an der Tatsache, dass er bei den Beratungen, an denen er teilnimmt, bisher noch nie eine Äusserung von sich gegeben hat.

Für die niedrigeren Offiziersränge gilt dasselbe wie für die Mannschaften.

Es gibt jedoch noch ältere Offiziere, die zu einem gewissen Grade zwar für Hitler und wohl auch nationalsozialistischer Gesinnung sind, dabei aber nicht ohne Vorbehalte, weil nämlich in bestimmten Situationen die alte deutschnationale Farbe noch hinter dem nationalsozialistischen Firnis sichtbar wird. Das hat sich sowohl bei den Ereignissen des 30. Juni als auch noch stärker bei der Ermordung von Dollfuss gezeigt. Es waren vor allem die Exekutionen in der Kaserne von Lichterfelde³, die verständlicherweise Proteste auf Offiziersseite auslösten. Es gingen Gerüchte um, dass ein Offizier (es soll sogar von Fritsch gewesen sein) Göring gedroht habe, Truppen zu entsenden, wenn das Gemetzel nicht enden würde. Das mag ein Gerücht sein, aber es kennzeichnet die Gefühle eines Teils der Offizierskorps (desselben Teiles, der danach immer wieder vor einer Bombenpolitik in Österreich warnte).

Als man in Reichswehrkreisen mit der Möglichkeit rechnete, dass die Grossmächte nach dem Dollfuss-Mord eine Note oder ein Ultimatum schicken würden, hatte die letztgenannte Gruppe von Offizieren für einen Augenblick grossen und bedrohlichen Einfluss, für den auf jeden Fall auch General von Fritsch empfänglich war. Hitler aber zog sich so schnell zurück, dass niemand schritthalten konnte.

Mittlerweile hat die Regierung diesen Offizieren praktisch recht gegeben; das allerdings verhindert keineswegs, dass sie einer nach dem anderen entlassen werden. Dabei wird von Fritsch – nach dem üblichen System der Tarnung – verschont, obwohl (oder weil) man ihn, wenn schon nicht für den Anführer dieser opponierenden Offiziere, so doch für unzuverlässig hält. Man konnte jedoch aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass Fritsch sich nach einigem Zögern wieder ganz Blomberg untergeordnet hat.

Drei Admirale und acht hohe Offiziere wurden vorzeitig pensioniert. Das wurde sogar veröffentlicht. General-Leutnant Fleck und zahllose andere hohe Offiziere werden jetzt auf Blombergs Initiative hin aus der Reichswehr entlassen, aber dahinter steckt Hitler. Dabei wird von drei Kriterien ausgegangen:

1. Offiziere, die beim Leisten des Eides gezögert oder zunächst Bedenken gehabt haben (den Eid auf Hitler persönlich).
2. Offiziere, die ein Memorandum ausgearbeitet oder unterschrieben haben über die Ereignisse des 30. Juni und über die Politik gegenüber Österreich.
3. Offiziere, die verdächtigt werden, irgendwelche Kontakte zu konservativen Kreisen besessen und Sympathie mit von Papens Rede⁴ gezeigt zu haben.

All diese Leute sind entlassen worden oder werden noch entfernt. So säubert Hitler die Reichswehr völlig von allen Elementen, bei denen nicht von einer bedingungslosen Billigung seiner Entscheidungen ausgegangen werden kann. Man kann also schon behaupten, dass Hitlers Macht zugenommen hat, seit er Oberbefehlshaber der Wehrmacht ist. Das alles hat jedoch auch seine Auswirkungen auf die Lage innerhalb der Partei selbst, worüber ich ein andermal berichten werde.

24. November 1934

Die Stimmung ist denkbar miserabel, auch wenn der Nationalsozialismus – soweit er aktiv Propaganda für die Wiedereingliederung des Saarlandes betreibt – in seinem Element ist. Bei der Versammlung von Kohlenhändlern, über die der NRC in der Morgenausgabe vom 15. November berichtete, passierte noch mehr, als dort veröffentlicht wurde.¹

Der Versammlungsleiter setzte ein Druckmittel ein, das bis dahin immer erfolgreich war. Als seine Anregung, der Winterhilfe gratis Briketts zur Verfügung zu stellen, mit Nörgeln und Gemurre beantwortet wurde, sagte er: «Wer dagegen ist, stellt sich ausserhalb der Volksgemeinschaft und soll zum Zeichen den Saal verlassen.» Zögernd standen fünfzehn Mann auf und gingen hinaus. Die anderen blieben zunächst sitzen, aber schauten ihnen aufmerksam nach. Als sich zeigte, dass ihnen nichts geschah (hätte man mit einer solchen Situation gerechnet, so wären wahrscheinlich schon Massnahmen ergriffen worden), eilten weitere 250 Teilnehmer zum Ausgang, und nur 20 bis 30 blieben im Saal zurück. Damit nicht genug. Die Geflüchteten, übermütig geworden durch das Gelingen ihres demonstrativen Aufbruchs, rissen die Verzierung am Eingang ab, die vor allem aus Hakenkreuzfahnen bestand.² So etwas ist meines Wissens bisher noch nirgends passiert.

Nicht so frappierend, aber doch auch kennzeichnend für die Stimmung, ist der Verlauf einer Versammlung von 2000 «Alten Kämpfern», die vom Propagandaminister Goebbels einberufen wurde, der selbst auch die Rede hielt. Das ist für Herrn Goebbels der erste Redeauftritt gewesen, bei dem es Widerspruch gab. Die 2'000 «Alten Kämpfer», die so oft bei seinen früheren Versammlungen als Saalordner aufgetreten waren und schon durch ihre blosse Anwesenheit jeden Gedanken an Widerspruch von vornherein unterdrückten, bildeten jetzt selbst die Opposition. Beim Eintreten des Redners erhob sich das Publikum nicht – wie üblich – wie ein Mann von den Stühlen. Bemerkenswert viele Leute blieben sitzen, und der Redner schritt nicht, wie sonst immer, durch ein Spalier oder eine Ehrenfor-

mation; der Minister musste ganz allein zum Podium gehen. Früher hatte er, geschützt durch diese Männer, gewaltigen Applaus erhalten, wenn er sich, am Rednerpult stehend, anschickte, das Wort zu ergreifen. Jetzt aber konnte er zunächst nur mit Mühe zu Wort kommen, weil das Gezische und Gepfeife kein Ende nehmen wollte. Der Minister hielt es in dieser Situation für ratsam, die Mitteilung an den Anfang zu setzen, dass die Bewegung ohne den Einsatz dieser «Alten Kämpfer» nicht gross geworden wäre, woraufhin die «Alten Kämpfer» ihm entgegenhielten: «Ja, du bist gross geworden, aber wir sind klein geblieben.»

In der Presse wurde lediglich veröffentlicht, der Minister habe gesagt, dass schwere Erschütterungen für diesen Staat, genau wie für jeden anderen aus einer Revolution hervorgegangenen Staat, zu erwarten seien, und dass er dann zusammen mit den 2'000 Mann eine «Angriffsfront» bilden werde, wie germanische Kämpfer, die sich aneinander festgekettet haben. Begeisterung angesichts dieser Voraussicht zeigte sich bei der Versammlung nicht, und sie nahm einen unbefriedigenden Verlauf.

Die SA hat jedoch immer weniger Gewicht. Von Anfang an war diese Truppe vorgesehen als Übergangsverband. Die SA ist wie die Meute bei einer Jagd. Aber die Beute für die Hunde ist zu klein. General Fritsch nannte die SA noch unlängst in einem Gespräch «eine Zwischentruppe». In der Tat wird in erhöhtem Tempo gesiebt und nochmal gesiebt. Der ganze Verband wird bald keine 400'000 Mann mehr zählen. Jetzt sind es noch 600'000, die rasch abnehmen, während die SS allmählich wächst und nun über 120'000 Mann stark ist. Die Berliner SA ist von der allgemeinen SA-Entwaffnung ausgenommen, jedoch nur soweit es die jungen Männer zwischen 19 und 21 Jahren betrifft. Diese sind in Kasernen in Berlin und Umgebung untergebracht und bekommen, wie auch die SS, eine Kurzausbildung für den Felddienst. Jede Nacht wird eifrig mit scharfer Munition geübt, die Landwege sind voller motorisierter Patrouillen. So sind die SA-Jungen untergebracht, aber nicht die «Alten Kämpfer», denen auf der obengenannten Versammlung ein anderer Redner, ich glaube, es war Hierl, noch sagte: Wir können euch so schlecht Arbeit geben, weil ihr nichts könnt und nichts wisst. Worauf ihm entgegnet wurde:

«Warum habt ihr uns dann nichts lernen lassen?» Die Bemerkung des Redners ist eigentlich eine Verleugnung des nationalsozialistischen Gedankens. Die Grundlage des Nationalsozialismus ist doch, dass «Wille und Rasse» das Wissen und Können ersetzen sollen, und daher ist es die Lehre all derer gewesen, die meinten, nun würden die Taugenichtse einmal an die Reihe kommen. Wie gesagt, die Versammlung nahm einen unbefriedigenden Verlauf.

Der Minister musste den Saal auf nicht gerade triumphale Art verlassen. Das erfolgte, als er gerade eine Lobrede auf die Erfolge der Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beginnen wollte. Die «Alten Kämpfer» zogen daraufhin ihre alten Stempelhefte heraus und begannen auf drohende Weise damit zu winken. Die wachhabenden SS-Männer nahmen jetzt den Minister in ihre Mitte und verliessen mit ihm unauffällig den Saal. Dieses letzte Detail weiss ich von einem SS-Mann, der dabei war. Der Rest der Geschichte ist so ziemlich allgemein bekannt und wurde in Regierungskreisen heftig debattiert.

Inzwischen herrscht selbst in SS-Kreisen Unzufriedenheit, die sich insbesondere gegen die «Anmassung» der PO (Parteiorganisation-Leute der Arbeitsfront richtet, die im Allgemeinen, nicht zu unrecht, als 33iger betrachtet werden. Ihre Arbeit erfordert Verwaltungskennnisse. Analphabeten sind dafür ungeeignet, und deshalb hat man viele genommen, die anfänglich deutschnational waren und erst kurz vor der Hitlerrevolution übergelaufen sind. Diese PO-Leute sind den übrigen schon aufgrund ihres grösseren Intellekts (?) verdächtig.

Vor allem Dr. Ley können viele nicht ausstehen. «Jawohl», hiess es vor Kurzem bei einem Appell hier in den Tennishallen, «wie der Herr, so das Gscherr», alle Führer der Arbeitsfront seien anmassend. Das sollte sich ändern. Man wollte «vorstellig werden», das heisst, seine Klagen höheren Stellen vorlegen. In diesem Sinne wurde per Akklamation ein Beschluss angenommen (könnte man sagen, wenn es sich nicht um einen Aufruf, sondern um eine ordentliche Versammlung gehandelt hätte).

(...)

Es gibt Vermutungen über eine Wiederholung der Ereignisse des 30. Juni, die nach jenem Datum schon oft vorhergesagt wurde (das war der erste Coup dieser Art, nach einiger Zeit würden wohl weitere

folgen). Nun existieren verschiedene Phänomene, die an die erinnern, die auch dem 30. Juni vorangingen. Dadurch befällt Menschen in weiten Kreisen eine vage Ahnung, dass «sich wieder etwas zusammenbraut». Von der Stimmung der SA erzählte ich oben schon ein Beispiel. Diese Unzufriedenheit ist so gross, dass folgender Witz überall verstanden wird. Herr Göring stattet Thälmann einen Besuch im Gefängnis ab. Er fliesst nur so über vor Wohlwollen, sagt ihm, er komme persönlich inspizieren, damit alle Gerüchte über eine schlechte Behandlung durch die Tatsachen widerlegt werden würden. Ist das Essen gut? Ist der Schlafplatz gut? usw. Thälmann bejaht. Zum Schluss sagt der Ministerpräsident: «Wenn Sie noch einen Wunsch haben, dann können Sie den ruhig äussern.» Thälmann darauf: «Herr Ministerpräsident, grüssen Sie meine SA.»

Hierzu möchte ich noch bemerken, dass, so wie man hört, Thälmann inzwischen einen Anwalt aus Hamburg zugewiesen bekommen soll, aber man hört noch immer nichts Genaueres über seinen Prozess. Über solche Dinge kann man nur schwer zuverlässig Aufschluss bekommen. Wer kontrolliert das Gerücht, nach dem Torgler schon tot und begraben sein soll und sogar schon ein Grab auf einem der vielen grossen Friedhöfe zu sehen ist. Auf dem sogenannten Friedhof, der übrigens geradezu ein Labyrinth ist, war nichts zu sehen, und niemand wusste etwas davon.

In Arbeiterkreisen herrscht grosse Unzufriedenheit über den Preisanstieg, der jetzt Hand in Hand geht mit einem Rückgang der Löhne. In verschiedenen Fabriken haben sich Probleme ergeben. Unter anderem gab es im grossen Werk in Neckarsulm (NSU) trotz aller Drohungen «passiven Widerstand» (die einzige noch mögliche Form eines Streiks), und das Ergebnis war, dass die Arbeiter einen Teil ihrer Forderungen bewilligt bekamen. Die Arbeitgeber sind nicht weniger unzufrieden. Die Ernennung Gördelers zum Preiskommissar, dem es früher tatsächlich gelungen ist, für einen Moment die Preise zu drücken, aber dessen Massnahme die Sache auch während seiner früheren Tätigkeit ganz schlimm durcheinandergebracht hat, hat sie mit Schrecken erfüllt. Trotz der Fanfaren in den Tageszeitungen hört man aus verschiedenen Unternehmerkreisen nichts als Klagen. Die grossen Norddeutschen Industrie- und Kabelwerke lassen ihre Arbei-

ter Zeug von einem Ort zum anderen und wieder zurückbringen, um sie zu beschäftigen. Sie bezahlen die Arbeiter zu einem grossen Teil aus den Subventionen, die sie als Entschädigung für das Ausbleiben einer garantierten Anzahl von Regierungsaufträgen erhalten haben. So ist es auch in verschiedenen Ölraffinerien.

29. November 1934 (I)

Wenn Ebbutt, der Korrespondent der «Times»¹, auf grosse Übertreibungen hinsichtlich der deutschen Aufrüstung hinweist, so hat er insofern völlig recht, als es auf der Welt nichts Geheimes gibt, über das keine Gerüchte im Umlauf sind. Sobald er aber behauptet, dass die deutsche Wiederaufrüstung ausschliesslich defensiven Zielen dient, geht er meiner Ansicht nach zu weit. Es ist eine These, für die es zwar einige Anhaltspunkte gibt, das ganze Problem aber zu sehr einengt.

(...)

Vor Übertreibungen hinsichtlich der Zahlen über die deutsche Wiederaufrüstung zu warnen, ist richtig, weil solche Übertreibungen Schaden anrichten können. Wer allerdings in der ehrenwerten Absicht, die Menschheit von der Kriegsangst zu befreien, behauptet: «Diese Zahlen brauchen einem keinen Schrecken einzujagen, denn sie sind stark übertrieben», der riskiert, Menschen erst recht Angst einzuflössen, wenn sich Zahlen, denen zunächst wegen angeblicher Übertreibung keinen Glauben geschenkt wurde, sich doch als wahr herauszustellen. (Sie werden dann das Gefühl haben, zu Unrecht beruhigt worden zu sein.)

(...)

Ich habe, teils aufgrund eigener Beobachtungen, teils durch die Vermittlung von Gewährsleuten, deren Aussagen für mich genauso zuverlässig sind wie meine eigenen Beobachtungen, schon mehrmals über solche Dinge berichtet: über die betonierten unterirdischen Flugplätze bei Döberitz (die noch relativ klein sind), von den Arbeiten am Müritzsee, bei Cottbus, an der Ostseeküste, an der Ost- und an der Westgrenze, bei Peine, Celle usw. Mit diesen fragmentarischen Mitteilungen wollte und konnte ich niemals eine vollständige Übersicht bieten. Aber diese aller Wahrscheinlichkeit nach wahren Einzelheiten können immerhin als Bestätigung allgemeiner Berichte wichtig sein. Die Frage der Kriegsdrohung ist allerdings eine ganz andere Sache.

29. November 1934 (II)

Junkers, die weltbekannte Firma, hat bis vor Kurzem eigene Flugzeugmotoren hergestellt. Das waren Motoren etwa mittlerer Stärke, bis zu ungefähr 600 PS. Die Deutschen können durchaus auch stärkere Motoren produzieren. Als bester und stärkster Flugzeugmotor gilt der BMW-Typ (Bayrische Motorenwerke), übrigens keine rein deutsche Entwicklung. Zwar verfügt Junkers über eine Lizenz für BMW-Motoren, machte davon aber nur in bescheidenem Umfang Gebrauch (weil bei der Herstellung der Zylinder eine spezielle Schweissttechnik angewandt werden muss, für die man grosse und kostspielige Apparaturen braucht).

Mit Beginn der Wiederaufrüstung (in erster Linie der Luftwaffe, weil man auf diesem Gebiet am schnellsten gleichziehen kann) stieg die Nachfrage nach starken Motoren beträchtlich. Junkers bereitete sich nun darauf vor, mit der BMW-Lizenz starke Motoren mit 800 PS und mehr zu konstruieren. Dazu wollte die Firma eine Schweissanlage bauen lassen. Dem haben die Militärbehörden einen Riegel vorgeschoben: Wozu eine eigene Anlage bauen? Das dauert viel zu lange. Lasst doch die Zylinder einfach in der Fabrik der DKW (Deutsche Kraftfahrwerke) in Scharfenstein (Erzgebirge) schweissen, wo sich bereits eine Schweissanlage mit grosser Kapazität befindet. Das passierte dann auch. DKW-Scharfenstein bearbeitet die Zylinder und schickt sie nach Dessau zurück, wo Junkers sie bei der Endfertigung der Flugzeugmotoren gebraucht. Wieviel Zylinder schickt nun Scharfenstein kontinuierlich nach Dessau? Man kann raten: 1'200 pro Monat. Das wäre schon sehr viel, denn das bedeutet bei 12-zylindrigen Flugzeugmotoren 100 neue Kampfflugzeugmotoren im Monat, und das kann sich sehen lassen. Die tatsächliche Menge ist aber 1'200 pro Woche, pro Woche, also wöchentlich genug Zylinder für den Bau von 100 Flugzeugmotoren. Und das ist jetzt nur die Produktion auf der Grundlage der BMW-Lizenz. Die Hauptproduktion ist dabei noch gar nicht mitgerechnet.¹ Ist es verwunderlich, wenn ich angesichts solcher Fakten geneigt bin, auch anderen Zahlen Glauben

zu schenken, die nicht weniger phantastisch klingen? Dass ich nicht ungläubig mit den Schultern zucke, wenn ich von anderer Seite solche Zahlen höre, die ich nicht so gut kontrollieren kann wie diese, und mir versichern lasse, dass das Tempo der Wiederaufrüstung fieberhaft und beängstigend ist?

Die Apotheker müssen angeben, wie gross ihr Vorrat an Verbandszeug ist. Dementsprechend werden sie bei der Anschaffung neuer Vorräte der Rationierung unterworfen. Ehemalige Krankenschwestern des Roten Kreuzes werden aufgefordert sich zur Verfügung zu stellen, wenn das Vaterland sie brauchen würde bzw. zum sofortigen Dienstantritt bereitzustehen. Mutatis mutandis empfangen auch die Offiziere der alten Armee solche Ersuche.

Im Wirtschaftsministerium (Schacht) üben zwei hochrangige Delegierte des Reichswehrministeriums, unterstützt von einer grossen Anzahl von Helfern, die Kontrolle über die Garantie einer ausreichenden Versorgung der Wehrmacht aus, wie die weitere Zuteilung von Rohstoffen usw. auch im Einzelnen aussehen mag.

Die Zahl der Fabriken, die in «Pillenfabriken», wie das Volk das euphemistisch nennt, verwandelt wurden, ist gross, und Unmengen von Arbeitern sind dort beschäftigt. Trotz aller Schweigegebote pfeifen es die Spatzen von den Dächern.

«Zeitfreiwillige» werden wieder in grosser Zahl ausgebildet. Dies (und die vorherrschende Meinung, dass es mit Polen zwar keinen Vertrag, aber wohl doch ein Gentlemen's Agreement über die Neutralität gibt) erklärt, warum das Volk hier in Angst lebt: Der Krieg kommt.

(...)

Aber nicht nur das Volk lebt in dieser Furcht. Auch bedeutende Männer sprechen oder haben zumindest lange Zeit über den Krieg als Unvermeidbarkeit gesprochen (und zwar schon in näherer Zukunft). Wenn man nach dem erwarteten Anlass des Krieges fragt, weist man auf das Saargebiet hin. Das Einrücken fremder Truppen in das Saargebiet – nach der Abstimmung – würde Deutschland (zumindest formell zu Unrecht) als Angriff auf deutsches Gebiet auffassen und darauf reagieren müssen (wenn die Regierung keine schlechte Figur abgeben will).

Das ist eine ernsthafte Überlegung vieler ernsthafter Leute. Sie wird jedoch von anderen Deutschen zurückgewiesen, und diese findet man vor allem unter den heftigen Gegnern der gegenwärtigen Richtung. Sie sagen: «Sollten die Franzosen tatsächlich das Bedürfnis haben, der jetzigen deutschen Regierung mit einem solchen Aufmarsch den grössten Dienst zu erweisen, den man ihr nur erweisen kann? Wenn die Franzosen ein bisschen Verstand haben, lassen sie sich nicht provozieren.» Auch diese Meinung sei hier wiedergegeben. Allgemein verbreitet ist sie in Deutschland mit Sicherheit nicht.

18. Februar 1935

In seiner Funktion als Sprachrohr der Regierung, insbesondere des Propagandaministeriums, hat das «Deutsche Nachrichtenbüro» die folgende Erklärung verbreitet, die in allen deutschen Blättern aufgenommen wurde (d.h. aufgenommen werden musste):¹

«Das halbamtliche ‚Giornale d’Italia‘ berichtet unter der Überschrift ‚Eine Goebbels-Rede über das Aktionsprogramm für die Rückkehr aller Deutschen ins Reich u. a., dass Reichsminister Dr. Goebbels ‚unlängst‘ in einer Rede erklärt habe, im Propagandaministerium seien bereits alle Vorbereitungen getroffen. Sobald das Aussenpolitische und das Wehrpolitische Amt [das heisst das inoffizielle Aussenministerium und das inoffizielle Wehrpolitische Amt der Partei]² vom Führer ihre neuen Direktiven erhalten haben, würden wir alle geschlossen einen Kampf entfalten, der die Welt in Erstaunen setzen könnte. Er [der Propagandaminister, der hier zitiert wird] glaube, dass zuerst die Memelfront und das deutsche Österreich herankommen. Nichts schliesse aber aus, dass diese Aktionen auch gleichzeitig geführt werden. Wir müssten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Weg für die Rückkehr aller Deutschen ins Reich öffnen. In Zukunft dürfe es in Europa nur ein einziges Deutsches Reich geben. Das würde nicht nur vom Führer vertreten, sondern auch vom gesetzmässigen Träger der deutschen Waffen, der deutschen Reichswehr. Es handelt sich bei der Wiedergabe dieser unglaublichen Rede», so sagt das DNB selbst, «um eine politische Brunnenvergiftung übelster Art. Sie ist selbstverständlich niemals gehalten worden, was auch dem ‚Giornale d’Italia‘ bekannt sein dürfte, da es sich nicht einmal der Mühe unterzieht, Datum und Ort der Rede anzugeben, sondern nur erklärt, dass sie unlängst gehalten worden sei. Die Art des Vorgehens des ‚Giornale d’Italia‘ wird auf das Schärfste und Nachdrücklichste zurückgewiesen. Sie ist um so verantwortungsloser, als sie nur geeignet ist, den durch Wort und Tat erhärteten Friedenswillen des Führers und seiner Mitarbeiter in Misskredit zu bringen und die ohnehin mit schweren Sorgen belastete internationale Politik aufs Neue zu verwirren und in Unruhe zu versetzen.»

Das Dementi erscheint mir in mancher Hinsicht interessant. Das «Giornale d'Italia» gibt nicht an, wann und wo Dr. Goebbels die genannte Rede gehalten hat. Goebbels schliesst daraus, dass das Blatt selbst weiss, dass die Rede gar nicht gehalten worden ist, und das muss für unkritische Leute, für die das Dementi bestimmt ist, überzeugend erscheinen. Nun hat Dr. Goebbels tatsächlich kurz vor dem 9. Februar in der Öffentlichkeit keine Rede gehalten, insbesondere keine Rede, in der er, wie oben angedeutet, die Karten auf den Tisch legte. Das würde er auch nie tun. Entweder also muss das «Giornale d'Italia» auf aner kennenswerte Weise phantasiert haben – oder es geht hier um eine nichtöffentliche Versammlung. Wenn das Blatt allerdings erfahren hat, was der Minister in einer geschlossenen Versammlung gesagt hat, dann hat es allen Grund, nicht mitzuteilen, wann und wo gesprochen wurde, weil allzuleicht erkennbar würde, in welchen Kreisen man den Gewährsmann suchen müsste. Das scheint denn auch, wie aus dem Folgenden ersichtlich wird, der Fall.

Ab und zu, meistens einmal im Monat, versammeln sich die Landesstellenleiter des Propagandaministeriums in Berlin, um sich ihre Instruktionen zu holen. Das ist auch um den 3. oder 4. Februar geschehen. Das wird auch in den Zeitungen gemeldet.³ Nach Beratungen im Ministerium waren die Herren abends beim Minister zu Gast, war da zu lesen. Bei dieser Gelegenheit hat nun der Minister seine «Richtlinienrede» gehalten, deren Inhalt und Tendenz im «Giornale d'Italia» vollkommen korrekt wiedergegeben wurde. Auch Beamte des Ministeriums sind bei diesen Versammlungen der Landesstellenleiter zugegen, und man vermutet nun beim Ministerium, dass einer dieser Beamten den Vertreter der italienischen Zeitung direkt oder nebenbei, vielleicht ohne sich dessen bewusst zu sein, informiert hat. Man sucht sicherlich nach diesem Beamten, ebenso wie man seinerzeit nach einem Beamten geforscht hat, der einer ausländischen Zeitung korrekte Informationen über General von Fritsch verschafft hat. Woher ich das weiss? Natürlich auch wieder von einem Beamten, aber von einem, den sie nicht suchen werden. Denn warum das alles veröffentlichen, einen Gewährsmann exponieren und in dieser Funktion für immer verlieren?

Das «Giornale d'Italia» hätte, wenn es das gewollt hätte, dasselbe wohl mit anderen Worten sagen können, ohne sich der Gefahr eines kategorischen Dementis auszusetzen, weil der Inhalt des Berichtes tendenziell der Wahrheit entspricht, egal, ob der Minister das nun in einer Rede gesagt hat oder nicht.

(...)

5. März 1935

Die Flüsterpropaganda ist eine mächtige Waffe in den Händen derer, die sie zu organisieren und zu gebrauchen wissen. Die Nationalsozialisten versuchen sie in Deutschland, wo sie nicht oder schlecht organisiert ist, mit drakonischen Mitteln zu unterdrücken, was bisher aber noch nicht ganz gelungen ist. In Österreich haben die Nationalsozialisten seinerzeit davon selbst ausgiebig Gebrauch gemacht, und zwar – wie es heisst und wohl auch den Tatsachen entspricht – mit Erfolg. Der Mann auf der Strasse war ihr praktisch hilflos ausgeliefert. Das galt für die Zeit vor Dollfuss' Tod.

Eine zweite Welle mündlicher Propaganda kommt jetzt gerade wieder auf. Das stellen selbst die grössten Optimisten fest. Das Gegenmittel, so sagen und schreiben Leute aus dem westlichen Ausland, liegt eigentlich auf der Hand. Der einfache Mensch ist doch deshalb den Gerüchten ausgeliefert, die die Nazi-Propaganda in grosser Anzahl und Verschiedenheit verbreitet, weil die Presse zensuriert wird. Schafft die Zensur ab, und diese Waffe, eine der stärksten in Händen der Nazis, wird stumpf. Dieser gute Rat kann gegenwärtig in Mitteleuropa aber nicht befolgt werden. In diesen Ländern versteht man die Pressefreiheit nicht. Der einzig wirkliche und durchschlagende Erfolg der Pressefreiheit zum Beispiel in Deutschland war, dass es der Presse mit ihrer leidenschaftlichen Propaganda gelungen ist, ihre eigene Freiheit abzuschaffen. Das ist das, wofür die Presse ihre Freiheit genutzt hat.

Der Termin für die neuerliche Propaganda war geschickt gewählt: eine Münze mit Aufdruck «Die Saar für Hitler-Deutschland», und auf der anderen Seite «Volk zu Volk, die Saar hat es gezeigt, Österreich wird's bestätigen».¹ Auf beiden Seiten eine aufgehende Sonne mit einem Hakenkreuz. So eine Münze, die aussah wie ein reguläres Geldstück, wollte, weil es etwas Neues war, jeder haben; vom Papiergeld hatte man genug.

Dass die Nationalsozialistische Partei in Deutschland jemals den ersten Punkt ihres Parteiprogramms² aufgeben wird, das glaube ich, wie sich in meinem vorigen Bericht über die Anordnung Dr. Goeb-

bels' an die Reichs- und Gauleiter zeigte, nicht. Dass Hitler, der Österreicher, seine Theorie aufgeben würde, derzufolge «Blut zu Blut kommen muss», das glauben meinen Informationen zufolge sogar die österreichischen Regierungsstellen nicht.

(...)

Die Österreichische Legion³ ist aufgelöst worden. Einige Mitglieder dieser Legion sind zur SS übergewechselt, andere wurden in den Arbeitsdienst übernommen; der grösste Teil wartet in Hamburg in einer Einrichtung – die sich ihrer Art nach nicht so sehr von einem Konzentrationslager unterscheidet – auf ihre weitere Bestimmung und ist äusserst unzufrieden.

Herr Habicht ist als Gauleiter Österreichs abgesetzt worden und darf sich, ebenso wie Frauenfeld (Berlin), nicht mehr politisch betätigen.⁴ Die prominenten Führer dürfen auch keinen Kontakt zu diesen Herren aufnehmen. So heisst es wenigstens offiziell. Aber was passiert da auf einmal? Im Handbuch der nationalsozialistischen Führer für das Jahr 1935 wird aus Versehen Herr Habicht als Führer des Gaus Österreich aufgeführt! Das DNB behauptete – nachdem man das überall mit Erstaunen gelesen hatte, dass es ein Irrtum war. Eben, das hatte man sich schon gleich gedacht. Aber nicht zufällig fanden die Kenner dieses Versehen interessant. Die extreme Gruppe, die die frühere Habicht-Politik in Österreich fortsetzen will, ist in Unnade gefallen und stellt höchstens noch die dritte Reserve dar.

Eine andere Gruppe österreichischer Nationalsozialisten ist nun darauf aus, die nationalsozialistische Bewegung in Österreich völlig zu einer innerösterreichischen Angelegenheit zu machen. Diese Gruppe behauptet, dass Deutschland sich ganz aus der österreichischen Nazi-Bewegung zurückgezogen hat. Das ist genau das, was Deutschland will. Dadurch ist der paradoxe Zustand eingetreten, dass plötzlich nur die Gruppe der österreichischen Nazis, die die nationalsozialistische Sache als rein österreichische Angelegenheit betrachtet sehen möchte, die tatkräftigste Unterstützung von Deutschland, das heisst, aus Deutschland heraus, bekommt – inoffiziell natürlich, aber auch nicht von offizieller Seite daran gehindert. Daneben gibt es eine Gruppe Riehl (betont Nationale), die allem Anschein

nach von der österreichischen Regierung toleriert wird, weil sie offenbar für eine wirkliche Unabhängigkeit Österreichs eintritt, obwohl sie für eine Art Statut à la Danzig, Zollunion mit Deutschland usw. eingenommen ist.

Und warum ist nun die österreichische Regierung trotz alledem inzwischen beruhigt? Weil, so erzählen die Österreicher, die Reichswehr gegen den Anschluss Österreichs ist. Mit Sicherheit und sogar ausserordentlich heftig, war die Reichswehr gegen die Politik, die zur Julikrise führte. Aber ob die Reichswehr verhindern kann, dass die Österreicher mehrheitlich Deutsch-völkische und Nationalsozialisten sind, während gleichzeitig das Reich die Unabhängigkeit Österreichs respektiert, ja vielleicht sogar garantiert, das scheint mir zweifelhaft. In der Praxis aber, daran wird man kaum etwas ändern können, ist ein nationalsozialistisches Österreich, egal wie garantiert unabhängig auch immer, möglicherweise noch mehr «angeschlossen» als ein formell angeschlossenes Österreich. Die Stärke der geheimen Infiltration ist kaum zu überschätzen, siehe das Saargebiet.

19. März 1935

Die Arbeitslosen und ihre Ernährung, die Arbeitslosigkeit, Rüstung

Professor von Tyszka (Statistik, Universität Hamburg), Anhänger des Nationalsozialismus und insbesondere von den Ideen Darrés¹, hat einen (nicht veröffentlichten)² Bericht über den Lebensmittelkonsum von Familien Arbeitsloser im Januar 1935 herausgegeben. *«Leider ist von einer Verbesserung der Ernährung bei den beobachteten Familien, im Vergleich zum Januar 1934, nichts zu spüren. Die Verschlechterung infolge des Preisanstiegs beim Fleisch ist immer deutlicher festzustellen. Um die Fettversorgung ist es noch schlechter bestellt. Als Folge der Erhöhung der Schmalz- und Margarinepreise ist der Verbrauch dieser Artikel stark zurückgegangen.»* Über die Fettkartenaktion³ schreibt der Autor: *«Sie hatte keine merkliche Verbesserung der Ernährung zur Folge.»*

Der Milchverbrauch betrug 143-200 Gramm pro Person (normal wäre 500 Gramm). Butter wird fast nicht gegessen. Der Eiweissgehalt war ebenso unzureichend wie in den ersten Nachkriegsjahren. Was die tierischen Fette angeht (37-38%), so war die Situation sogar noch schlechter als in den ersten Nachkriegsjahren.

Der Professor bemerkt, dass heutzutage viele derer, die arbeiten, genauso wenig oder sogar etwas weniger zu verbrauchen haben als die am besten Gestellten unter den Arbeitslosen, wenn man die Abnutzung von Schuhen und Werkzeug sowie das Geld für die Strassenbahn mitberechnet. Er kommt zum Schluss, dass es um die Ernährung der Arbeitslosen schlecht bestellt ist. Infolge des zu geringen Verbrauchs tierischer Fette gebe es Unterernährung. Eine Kompensation durch den Verzehr von Obst und Gemüse sei nicht möglich, es mangle nämlich an antirachitischen Vitaminen. Viele Arbeitslose klagten deshalb auch über Mattheit. Die Schäden durch Unterernährung werden – so befürchtet der Autor – später sichtbar werden. Die Ernährung besteht fast ausschliesslich aus Kartoffeln und Brot mit billiger Margarine und Marmelade, und das gibt es auch nur für Familien, die 50% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Bei

anderen Familien sieht es sogar noch schlechter aus, und vor allem Kinder und werdende Mütter leiden darunter. Soweit dieser Bericht.

Dass die Tendenz zutrifft, wird allgemein bestätigt. Man wird schon von Glück reden können, wenn es gelingen sollte (Gördeler, Preiskommissar), den Preisanstieg zu bremsen. Eine Senkung der Preise erhofft sich schon niemand mehr.

Unter den gegenwärtigen Umständen muss die verborgene Arbeitslosigkeit zunehmen. Die wichtigste Gegenmassnahme ist die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Alle unverheirateten Männer unter 30 werden, jeweils in Gruppen, einberufen. Ihre Dienstzeit wird zwei Jahre betragen. Anderen Angaben zufolge ein Jahr. Das scheint davon abzuhängen, ob man die Dienstzeit im Arbeitslager mitrechnet oder nicht. Es heisst, dass sich unter Schachts Einfluss das Tempo der Aufrüstung eher verlangsamt. In der Praxis merkt man aber nicht viel davon.

Ganz Deutschland wird eine grosse Waffenfabrik, was vor allem in der weiteren Umgebung Berlins auffällt, weil verschiedene Anlagen wegen der Gefahr bei Bombenangriffen aufs Land verlegt werden. Bei Plauen steht eine Reihe von Fabriken in quadratischer Form, ungefähr 100 mal 35 Meter, aus Sandstein gebaut, niedrig und mit Flachdach. Diese Bauten sind durch Buchstaben gekennzeichnet. Im Gebäude G wird leichte Munition für Maschinengewehre und Karabiner hergestellt. 250 Mann arbeiten dort in zwei Schichten. In K werden «Pillen gedreht», 400 Mann, drei Schichten; in R schwere Bomben, Hebekran auf Schienen, 320 Mann, drei Schichten. In L Torpedos, 286 Mann, drei Schichten. In A Füllung für K, 200 Mann, drei Schichten. Einschliesslich der Verwaltungsangestellten arbeiten hier insgesamt 1'080⁴ Leute, unter ihnen auch einige Fachleute. Die Bewachung ist sehr streng (Reichswehr). Was fertiggestellt ist, wird sogleich fortgeschafft.

Solche Anlagen gibt es auch weiter östlich. In Berlin gibt es drei Firmen, die schwere Panzerwagen herstellen: Spema, Beck und Nofka, Ehemann. Vier Firmen produzieren leichte Panzer: Linnhoff, Göhring, Michel, Gottschal und Jahn. Und zwei liefern Panzerwagen: Zimmermann, Seemann. Belegschaft insgesamt an die 6'000.

21. März 1935

Ich zitiere einen Auszug aus einem Brief an einen Kollegen.¹ Wie die «National-Zeitung», von der darin die Rede ist, arbeiten auch die «Neue Zürcher Zeitung» sowie verschiedene englische Nachrichtenagenturen. Die United Press hat allein in Berlin neun deutsche Redakteure in festen Diensten. Der Inhalt des Artikels selbst tut übrigens nichts zur Sache:

«Auf deine Bitte hin gebe ich dir gerne meine Meinung über diesen Artikel. Es ist die Übersetzung eines Artikels in der Basler ‚National-Zeitung‘, neben der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ die wichtigste Zeitung in der Schweiz. Im 3. Absatz wird denn auch bemerkt: ‚Dies spiegelt selbstverständlich ausschliesslich die Meinung des schweizerischen Blattes wider.‘

Ausschliesslich? Mit Recht muss die Redaktion gespürt haben, dass wir durch die Übersetzung dieses Textes ohne einen kritischen Kommentar für die Veröffentlichung in den Niederlanden sehr wohl einige Verantwortung auf uns nehmen. Und ich würde, wahrscheinlich gemeinsam mit der Redaktion, davor zurückschrecken, so etwas zu tun.

Der Chefkorrespondent der ‚National-Zeitung‘ ist Berens, ein äusserst fähiger Mann, der nicht mehr zu den Jüngsten gehört. Er verfügt über einen grossen Stab von zum grossen Teil ebenfalls sehr fähigen Mitarbeitern, Journalisten ersten Ranges, Deutsche, die infolge des Regierungswechsels in diesem Land ihre Stellung verloren haben.

Unter ihnen ist beispielsweise Lemmer, seinerzeit zusammen mit Höltermann (der geflohen ist) Führer des Reichsbanners, Kirchhofer, viele Jahre lang einer der Spitzenleute am ‚Berliner Tageblatt‘, aber auch noch zahlreiche andere, die ich nicht namentlich nennen werde, da ich von ihnen nicht weiss, ob sie wollen, dass ihre Mitarbeit bekannt wird.

Aufgrund der Fähigkeiten Berens‘ und infolge der grossen Kenntnis und Erfahrung, die seine aus allen Ecken zusammengeströmten Mitarbeiter hinsichtlich der deutschen Geschichte und der deutschen Verhältnisse haben, ist die Berichterstattung über Deutschland in der ‚National-Zeitung‘ (Basel) wie auch in der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘

sehr vollständig und technisch vorzüglich. Ich zweifle nicht daran, obwohl ich das Blatt, das hier verboten ist, nicht verfolgen kann; ich nehme es aber aufgrund früherer Lektüre und der Beobachtung der Arbeit hier in Berlin an.

Die oben beschriebene Methode der Berichterstattung ist aus der Natur der Sache heraus nur möglich bei einem Blatt, das in deutscher Sprache erscheint und gegenüber dem gegenwärtigen Regime eine ausgesprochen feindselige, polemische Haltung einnimmt.

Du wirst mir zustimmen, dass man bei einem Auslandsblatt den Unterschied zwischen einer kritischen und einer polemischen Haltung machen darf. Du kannst die Innenpolitik einer ausländischen Regierung mögen oder ablehnen, bewundern oder missbilligen, ohne allerdings deinen überwiegend beobachtenden und Fakten übernehmenden Standpunkt preiszugeben. Du bleibst dann Geschichtsschreiber des Geschehens deiner Zeit in dem Land, aus dem deine Berichte kommen.

Du kannst aber auch durch deine Darstellungen und durch deine Mitteilungen versuchen, dieser fremden Regierung in ihrem eigenen Land zu schaden, ihre Position dort zu untergraben, sie unmittelbar zu bekämpfen. Das verstehe ich unter einer polemischen Haltung, insofern sich der Korrespondent durch seine Berichterstattung in den innenpolitischen Kampf in einem anderen Land einmischt, so, wie in diesem Fall in Basel deutsche Innenpolitik betrieben wird.

Ich kenne den Korrespondenten und die meisten seiner Mitarbeiter persönlich, und sie geben das auch offen zu. Sie betrachten sich zwar als Berichterstatter, doch zugleich als Kämpfer. Die Basler ‚National-Zeitung‘ gehörte stets zu den am häufigsten gelesenen Zeitungen im Deutschen Reich und war in der Zeit, die dem Verbot voranging, das meistgelesene ausländische Blatt in diesem Land. Unsere Position ist – unabhängig davon, wie man über die heutige Regierung in Deutschland denkt – die einer ausländischen Zeitung; deutsche Innenpolitik zu betreiben ist daher nicht unsere Aufgabe.»

7. Juni 1935

«Deutschland ist eine einzige grosse Waffenschmiede. Bald wird es eine uneinnehmbare Festung sein.»

Das hat letzters einer der höchsten Beamten des Reichswehrministeriums, früher «Reichskriegsministerium», gesagt. Ein unbefangener Mensch könnte daraufhin fragen: «Eine uneinnehmbare Festung, ja, bildet das entmilitarisierte Rheinland denn nicht immer noch eine dieser Festung vorgelagerte Zone, die gegebenenfalls ein offenes Aufmarschgebiet und damit ein Faustpfand in den Händen eines Besatzers wäre?»

Diese Auffassung wird dadurch gestützt, dass die internationale Öffentlichkeit sich gegenüber Tatsachen verhalten zeigt, die im Zusammenhang mit noch nicht eindeutig gelösten Fragen stehen, und deshalb so tut, als wisse sie von nichts. Die Wiederaufrüstung Deutschlands war schon lange eine Tatsache, bevor sie «eine Tatsache» wurde, aber man tat so, als wisse man von nichts. Und es hatte den Anschein, als ob der Umstand, nicht mehr länger so tun zu können, als wisse man von nichts, als unangenehmer empfunden wurde als die Tatsache selbst. Das ist aus innenpolitischen Erwägungen der verschiedenen Richtungen sehr erklärlich, aber man muss das berücksichtigen, wenn man ausschliesslich nach der Wahrheit sucht.

Leute, die Regierungsverantwortung tragen, neigen dazu, alle nicht ausgereiften Gedanken zu verschweigen. Für Redakteure im Ressort Aussenpolitik, die Kontakte zu ihnen haben, ist es nicht einfach zu entscheiden, welche Haltung sie demgegenüber einnehmen sollen. Im Allgemeinen werden sie wohl dahin tendieren, selbst zu schweigen. Hierbei spielt manchmal auch Eitelkeit eine Rolle, und so kann zuweilen die Verantwortung für die Information der Öffentlichkeit (und das ist die wirkliche Verantwortung des Redakteurs, während er ja für Handlungen der Regierungen und für deren Politik nicht verantwortlich ist), zu kurz kommen. Zumindest hört man Korrespondenten häufig klagen, dass sie ihre Redaktionen (und sei es unterderhand) unmöglich über manche Themen unterrichten können, weil die Wahrheit nicht in den Kram mancher Redakteure passt, bzw.

nicht in den Kram der Politiker, deren Sprachrohr diese Redakteure sind oder gerne wären. So kann der «Anstand» der Redaktionen auch schon mal in diplomatische Spielchen ausarten, was schliesslich die Öffentlichkeit auszubaden hat (und was wiederum Wasser auf die Mühlen der Faschisten ist).

Die entmilitarisierte Zone ist remilitarisiert.¹ Es gibt dort zwar keine Reichswehr oder Festungen, aber es gibt Befestigungen (Feldbefestigungen) – hinreichend betonierte – und Görings Feldpolizei.² Wer will, kann sagen: Also gibt es doch keine Remilitarisierung. Die eben genannte Remilitarisierung ist mittlerweile so bekannt, dass man hier öffentlich die Frage besprechen kann, was effektiver ist: diese unauffällige Art deutscher Verteidigung oder die französische Art mit einer grossen, festen Betonlinie (die doch als veraltet kritisiert wird). Über die sogenannte Überalterung der französisch-belgischen Festungslinie später noch ein kurzes Wort.

Bezüglich der Remilitarisierung des Rheinlandes ist ein eigenartiges Phänomen festzustellen. Deutschland spricht mit keinem Wort darüber, fragt nicht danach, ist also höchst bescheiden in seinen Wünschen. Aber während die Forderung nach Remilitarisierung offiziell nicht einmal erwähnt wird, hat es längst das Objekt, über das später vielleicht Verhandlungen aufgenommen werden, schon in seine Tasche gesteckt. Also eine Wiederholung dessen, was auf dem Gebiet der Rüstung in ähnlicher Weise geschehen ist.

Geschehen ist? Ja, und sich möglicherweise nochmal wiederholen wird. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, dass Deutschland noch einmal mit eiserner Miene über die «Erhöhung seines Kontingents an Kampfflugzeugen (oder an was auch immer) verhandeln wird, während diese Erhöhung eigentlich eine ansehnliche Verminderung der in Wirklichkeit vorhandenen Flugzeuge (oder was auch immer) bedeuten würde. Früher habe ich eine Art Gesellschaftsspiel betrieben, dessen Fragestellung die Zahl der den Spielern zu Anfang zugewiesenen Murmeln war. Dieses Spiel gewannen diejenigen, die das Ratespiel mit einer Anzahl Reservemurmeln in der Tasche begannen.

Die besonders Schlaunen sagen: «Ja, da wird eine ganze Menge Aufschneiderei mit im Spiel sein. Deutschland versucht absichtlich,

den geheimnisvollen Schleier zu erhalten, damit die andern eine unbegrenzte Vorstellung von seiner Stärke haben. Angst verstärkt diese Vorstellung, und das verbessert Deutschlands Verhandlungsposition.» Dieser Argumentation muss man mit Vorsicht begegnen. Die Tatsache, dass Deutschland – von seiner Position aus vollkommen verständlich – Verwirrung hinsichtlich seiner Rüstungsstärke stiften will, sich jedenfalls keine Mühe zu geben braucht, um falsche Vorstellungen diesbezüglich zu widerlegen, bedarf keiner Erörterung. Aber wer nicht ein Opfer dieser Verwirrung werden möchte, tut meines Erachtens gut daran, nicht alle Angaben mit der Floskel «Das wird wohl viel zu hoch gegriffen sein» oder mit der anderen Floskel «Das wird wohl viel zu niedrig gegriffen sein» beiseite zu schieben. Verallgemeinerung in die eine wie in die andere Richtung ist gefährlich.

Hinsichtlich der Waffen, die innerhalb kurzer Zeit in grosser Zahl produziert werden können, ist Deutschland ohne Zweifel stärker als in der Regel – sei es im Ernst, sei es aus taktischen Gründen – angenommen wird. Bei anderen Waffen ist es noch schwächer als oft befürchtet wird.

Vor einiger Zeit habe ich ein paar Angaben gemacht, die Schlüsse über den fieberhaften Druck, unter dem Flugzeuge gebaut werden, zuliessen. Obwohl der Öffentlichkeit gegenüber so getan wird, als sei es unsicher, ob Deutschland über unterirdische Hangars verfügt, ist es für diejenigen, die deren Bau selbst beobachten konnten (so etwa viele Berliner), schwer möglich, daran zu zweifeln. Für mich gilt das aus demselben Grund auch. Wenn jetzt Milch, der Staatssekretär im Luftfahrtministerium, selbst in einem Gespräch mit einem Freund (ohne dass ein Grund oder ein Interesse ersichtlich wäre, diesen täuschen zu wollen) die Zahl der Kampfflugzeuge der ersten Serie (wohlgemerkt: nur der ersten Serie) auf 3'400 beziffert, dann neige ich dazu, das zu glauben.³ Auch meinem Gewährsmann meine ich trauen zu können, denn dieser Freund von Milch hat keinen Grund zu übertreiben. Auf alle Fälle wird es im neuen Luftfahrtministerium über 2'000 Bürozimmer geben, und da das zu wenig ist, wird auch noch ein ehemaliges preussisches Parlamentsgebäude ganz dazugekommen. Das übertrifft um ein Vielfaches die Gesamtfläche, die der

Heeres- und der Marineverwaltung zur Verfügung steht und dafür ausreicht. Wer meint, das alles diene nur der Verwaltung einer relativ kleinen Luftwaffe von 1'500 Einheiten, beweist damit seine Naivität.

(...)

4. Juli 1935

**Deutschland ist einerseits stärker,
andererseits auch schwächer, als es scheint**

Es ist kaum verwunderlich, dass man beim Propagandaministerium ziemlich empfindlich hinsichtlich der Katastrophe in der Westfälisch-Anhaltinischen Munitionsfabrik westlich von Wittenberg war.¹ Wie ich von einem der Teilnehmer der sogenannten Chefbesprechung hörte, hat sich die Explosion tatsächlich bei Versuchen mit einem neuen Gas typ, der für die Ladung von Bomben bestimmt ist, ereignet.

In der offiziellen, d.h. genehmigten Berichterstattung über den Fall wurde ohne erkennbaren Anlass versichert, dass weder von einer Explosion eines neuen Gasstyps noch von der Explosion schwerer Bomben die Rede sein konnte. Mit besonderer Genugtuung wurden deshalb die Ausführungen eines dänischen Kollegen wiedergegeben, der betonte, die Detonation wäre ungleich heftiger gewesen, wenn tatsächlich eine grössere Explosion eines solchen Gases oder eines Vorrats Bomben stattgefunden hätte.

(...)

Die Bevölkerung um Wittenberg behauptet, dass eine Bombe in die Luft geflogen ist. Das ist durchaus erklärlich, wenn man dem glaubt, was bei einer Chefbesprechung gesagt wurde, dass sich nämlich die Explosion während einer Versuchsreihe mit der Ladung ereignete. Die Katastrophe ist, wie schrecklich auch an sich, völlig unbedeutend verglichen mit dem, was passiert wäre, wenn auch nur einer der Tanks oder Gasbehälter, in denen das Material aufbewahrt wird, oder eine Bombenhalde in die Luft geflogen wäre.

Diese Tanks usw. wurden sofort unter Wasser gesetzt bzw. mit Wasser umspült (wozu es Vorrichtungen gibt) und sind nicht explodiert. Sonst wäre in den Dörfern Reinsdorf und Piesteritz (dazwischen liegt die Fabrik, wie ich auf älteren Karten gesehen habe) kein Stein auf dem anderen und in Wittenberg keine Fensterscheibe ganz geblieben. Jetzt gingen nur in einem westlichen Neubauviertel der Stadt, in Neu-Wittenberg, Scheiben zu Bruch.

Einige Zeitungskorrespondenten, die in der Nacht nach der Katastrophe durch die Absperrungen gelangt sind, weil sie den SA-Posten mit Hilfe ihrer Polizei-Presseausweise vorschwindeln konnten, dass sie von der Polizei kamen, wurden ein Stück weiter angehalten und nach Piesteritz gebracht. Die Geschichte, die sie darüber in ihren Zeitungen veröffentlicht haben, beruht auf einer gemeinsamen Vereinbarung (schliesslich war das durch niemanden zu kontrollieren), aber nicht auf der Wahrheit. Gesehen haben diese Leute nichts, auch keine qualmenden Trümmerhaufen. Sie haben nur insofern Erfolg gehabt, dass sie kurzzeitig auf dem Gelände waren, das selbst in normalen Zeiten niemand betreten darf, und nun konnten sie erklären, was sie wollten.

Das Interessanteste, was diejenigen, die in Wittenberg waren, feststellen konnten, ist Folgendes: Ganz im Gegensatz zu dem, was man normalerweise bei solchen Anlässen in den Zeitungen schreibt (ganz Wittenberg in Trauer gehüllt usw.), wurde in der Nacht nach der Katastrophe über alles mögliche geredet, nur nicht über das Unglück selbst. Wie ist dieses merkwürdige Phänomen zu erklären? Es gibt meines Erachtens drei Ursachen dafür. Erstens muss die Bevölkerung angewiesen worden sein, sich gegenüber Ausländern in keiner Weise über den Fall zu äussern (nachdem ihr diese Instruktion schon längst in allgemeinen Fragen der Landesverteidigung eingeschärft worden ist). Zweitens dürfte auch eine gewisse Rolle spielen, dass die meisten Opfer, wie auch die Listen zeigen, nicht aus Wittenberg, sondern aus anderen Orten stammten. An dritter Stelle aber muss hier die eigenartige militärische Gemütsverfassung des deutschen Volkes genannt werden, das eben auf eine solche Katastrophe anders reagiert als Völker, die weniger militaristisch erzogen werden.

Ein Teil der umgekommenen Männer waren aktive und ehemalige SA-Männer. Das waren ausgesuchte und sehr zuverlässige Männer, man könnte fast sagen: Mannschaften. Diese Arbeiter mussten noch vor einigen Wochen zum zweiten Mal Geheimhaltung schwören (wie alle Arbeiter bei militärischen Projekten). Zugleich wurde auch der Sicherheitsapparat nochmals gesiebt, verstärkt und umorganisiert. Weil es wichtige Männer waren, kann man sich darauf verlas-



Trauerfeier für die Opfer eines Explosionsunglücks in der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstofffabrik in Reinsdorf bei Wittenberg; Hitler spricht den Hinterbliebenen sein Beileid aus; weiter links: Gauleiter Rudolf Jordan und Hermann Göring

sen, dass ihre Hinterbliebenen gut versorgt werden und der Schaden, den die Zivilbevölkerung erlitten hat, in grosszügiger Weise entschädigt werden wird.² Eine solche Absicherung beeinflusst wesentlich die Reaktion der einfachen Bevölkerung auf ein solches Unglück – vor allem, wenn es als natürliches Risiko betrachtet wird und man berücksichtigt, dass die Sache noch glimpflich ausgegangen ist. 9'000 Mann (und nicht einige hundert, wie es in manchen Meldungen hiess) arbeiteten dort, weniger als hundert sind gestorben oder schwer verletzt worden. Die Arbeit der übrigen ist dadurch nicht unterbrochen worden. Wenn an der Front 9'000 Mann in Kampfhandlungen verwickelt sind, und die Verluste sind nicht höher als in diesem Fall, dann wird das eben relativ nüchtern und ergeben hingenommen. So war die Stimmung auch hier.

Ein Beispiel für das Verhalten Fremden gegenüber erlebte ich letztes während einer Fahrt in zwei Überlandbussen, einer voller Deutscher, der andere mit Ausländern unter deutscher Begleitung. In der Nähe des Steinhuder Meeres (westlich von Hannover) verfahren wir uns. Die Erklärung war einfach: Der örtliche Führer, der mit einer Karte in der Hand neben dem Fahrer sass, ein «Provinzbulle», wie man heutzutage sagt, hatte sich uns mit den Worten vorgestellt: «Meine Herren, Sie stehen jetzt unter meiner Führung, ich dulde keinen Widerspruch». Der Mann wusste aber nicht, dass, wenn man nach Süden fährt, das, was auf der Karte links ist, in Wirklichkeit rechts ist. Dadurch, dass es dem Fahrer gelang, seinen «Befehlshaber» in die Irre zu führen, erreichten wir mit einer zweistündigen Verspätung unseren Bestimmungsort. Es war das Beispiel einer Diktatur in Kleinformat, mit Vor- und Nachteilen. Denn alles funktionierte zwar nur stümperhaft, doch niemand wagte es, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Und so kamen wir sogar an den Fliegerkasernen bei Klein-Heidorf usw. vorbei (für mich allerdings nichts Neues). Ein alter Schiffer des Bootes, mit dem wir danach über den See fahren und mit dem wir zwischendurch auf einem Landungssteg ins Gespräch kamen, wollte uns auch noch etwas mitteilen. «4'000, mein Herr, das sag ich Ihnen, 4'000 Flieger, und es wären noch mehr, wenn sie nur wüssten, wo man sie unterbringen könnte.» Aber es

stand auch ein Mann des «Völkischen Beobachters» dabei, der mit einem Augenzwinkern sagte: «Aber das sind natürlich Zivilflieger.» «Aber ja», sagte der Schiffer, «es sind Zivilflieger.» Der Schiffer hatte den Hinweis gar nicht verstanden und wurde böse: «Ich lüge doch hier nicht einfach.» Ein dänischer Journalist klopfte daraufhin dem Mann vom «Völkischen Beobachter» auf die Schulter und sagte: «Geben Sie sich keine Mühe, das wussten wir schon viel früher als Sie selbst.»

Nun denn, 4'000 dort und in Schönefeld bei Rudow wieder vier enorme neue Kasernen für Piloten; für Hunderte? Nein, für Tausende. Für Hunderte, fragte ich selbst, und die Antwort, für Tausende, erhielt ich von meinem fachkundigen Begleiter. Und das alles ist nur das Neueste dessen, was ich mit eigenen Augen sehen kann, obwohl ich nicht einmal danach forsche. Das und vieles mehr entdeckt man von selbst, wenn man durchs Land trudelt, überall, wo man – und sei es per Zufall – von den Hauptstrassen abkommt. Hält man irgendwo an und kommt mit der Bevölkerung in Kontakt, so hört man viel; nicht etwa von Verrätern, sondern von naiven Bewunderern, die alles so schön finden. Selbst wenn man davon manches abzieht, was man für Angeberei hält, so bleibt dennoch viel, was man glauben muss. Darunter gibt es viel Geheimnisvolles.

Ich las vor Kurzem einen Artikel in einer niederländischen Zeitung, in dem Verwunderung darüber zum Ausdruck kommt, dass Deutschland 68 Millionen Reichsmark für die Olympischen Spiele ausgibt, dreimal soviel wie die Niederlande 1928 gebraucht haben. Aber darüber wundere ich mich überhaupt nicht, denn es wird in Wirklichkeit noch viel mehr ausgegeben werden, da es eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Tarnung darstellt. Was bedeuten in Kladow die kleinen Häuschen mitten im Wald? Man soll dabei wohl an Siedlungshäuser denken, bzw. an die Olympischen Spiele. Aber wozu sind die Häuser doppelt unterkellert mit Stahlbeton, so dass zwei Stockwerke darunter sind und nur eins über der Erde liegt? Und zwar direkt an der Havel, wo wiederum eigenartige schräge Lagerhallen gebaut wurden, unter denen die Wasserflugzeuge hervorkommen? Es kann keinen Zweifel geben, dass sie später nicht mehr zu sehen sein werden, genau wie bei den anderen Seen, über die ich

schon berichtete, wo inzwischen Kühe über den Flugzeughangars weiden. Unwichtig (oder zumindest von geringerer Bedeutung) ist die Tatsache, dass nicht nur in Berlin bei den Firmen, die ich schon einmal genannt habe, 7'000 Mann an leichten und schweren Panzern sowie Panzerwagen arbeiten, sondern dass auch in Hamburg bei Zeiss (Altona-Ottensen, 5'000 Mann), im Ottensener Eisenwerk (Friedensallee, 8'000 Mann) und bei Guttmann (Juden) Panzer gebaut werden, und dass die Waggonfabrik Seidler und Spielberg an Transportwaggons für Panzer arbeitet.

Überraschender scheint aber, dass Mitteilungen, die mir schon früher zukamen und denen zufolge gerade im Osten Preussens gewaltig an militärischen Befestigungen gebaut wird, immer und immer wieder bestätigt werden.

In Deutschland ist wahrhaftig ein grosser Teil der Erde in Bewegung. Sie kennen diese merkwürdigen geologischen Formen, die auf diesem Teil des Kontinents vorkommen. Man nennt die Landschaft hier oft eine eingefallene Hochebene. Die Brandenburgischen, Pommerschen und Westpreussischen Seen ähneln denn auch oft denen in der Bayrischen Hochebene. Mitten im scheinbar flachen Land gibt es Senken. Der Weg verläuft ein Stück waagrecht und dann wieder bergab und bergauf durch ein Tal, um sich dann wieder fast exakt waagrecht weiter fortzusetzen. Keinem, der den Weg nicht früher gekannt hat, wird es jetzt auffallen, wenn ein ganzes Tal aufgefüllt und dann mit den kärgen Bäumchen bepflanzt wird, die man überall sieht. Aber derjenige, der die Wege kennt, weiss, dass ganze Täler eingeebnet worden sind. Kein Mensch weiss genau, was sich darunter befindet, aber niemand zweifelt daran, dass sich darunter etwas befindet. (...)

Nirgends gibt es solch umfangreiche Erdgrabungen wie im stumpfen Winkel, der die Linie Küstrin-Landsberg als Basis hat und dessen Spitze in östliche Richtung zeigt. Hier werden im Abstand von ungefähr 25 km künstliche Gruben ausgehoben, die anscheinend als Depot dienen sollen und untereinander durch schmalspurige Schienen verbunden sind. Diese werden von stahlgepanzerten Wagen mit einer Höhe von 1,55 m und einer Länge von 3,10 m befahren. Diese Wagen sind bei Siemens und der AEG bestellt worden.

Wenn man diese und ähnliche Details immer wieder hört und sieht, dann hat das meines Erachtens doch etwas zu bedeuten. (...)

Die geheime Aufrüstung Deutschlands wird in Wirklichkeit fortgesetzt. Gegenüber allen Verträgen und Vereinbarungen, die mit diesem Land geschlossen wurden oder noch geschlossen werden, gegenüber allen deutschen Erklärungen über Rüstungsbeschränkungen welcher Art auch immer, hege ich persönlich das grösste Misstrauen.

Die Wirklichkeit bleibt allerdings in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Das gilt eher für die Rüstung zu Lande, weniger für die Rüstung zur See. Was die Marine betrifft, sind die deutschen Ambitionen zwar ziemlich gross, aber noch relativ beschränkt. Es gibt Grund zu der Annahme, dass Deutschland gegenwärtig auf den Meeren nur die Beherrschung der Ostsee zum Ziel hat, wenigstens auf absehbare Zeit. Ein Minister wie Goebbels sowie hohe Vertreter der See- und Landstreitkräfte haben öffentlich erklärt, dass Deutschland mit der Flotte nicht den Zorn Englands auf sich ziehen will, weil die Möglichkeit von Konzessionen auf dem Gebiet der Rüstung zu Lande dann umso grösser ist. Es ist nämlich absolut unrichtig anzunehmen, dass Deutschland mit dem Versuch, zu internationalen Vereinbarungen zu kommen, gleichzeitig von dem Ziel Abstand nimmt, weiterhin alles das zu tun, was es will.

Hier gibt es keinerlei Widerspruch. Wenn Deutschland einen Vorsprung zu bekommen versucht, um dann eines Tages damit nach aussen treten und ach so friedliebende Erpressungen vornehmen zu können, dann heisst das überhaupt nicht, dass es sich nicht an internationalen Verhandlungen beteiligt. Die Ablehnung internationaler Verständigung wäre töricht, denn dadurch wäre das Geheimnis vorzeitig gelüftet und nutzlos geworden. Vereinbarungen und internationale Verträge sind gerade deshalb so nötig, weil Deutschland mit seinen Grossmachtambitionen eine Phase relativer militärischer Schwäche durchmachen muss – als Folge von Reorganisation und Aufbau. Diese Phase kann nur durch Verhandlungen über einen umfassenden Frieden, die Garantien für einen solchen Frieden und vor allem über die internationale Rüstungsbegrenzung abgesichert werden.

31. Juli 1935

Die Lage in Deutschland hat sich im Juli in eine andere Richtung entwickelt als in den vorhergegangenen Monaten. Dennoch meine ich, dass meine vor Kurzem gemachten Ausführungen über die allgemeine aussenpolitische Linie, die das Land einschlagen wird, voll und ganz stimmen. Inzwischen glaubt man nämlich, die Aussenpolitik ruhen lassen zu können und sich nun mit der Innenpolitik beschäftigen zu müssen.

Verbittert sagte mir ein deutscher Regierungsbeamter, der zu den schweigenden Konservativen gehört: «An allem ist der Flottenvertrag schuld, jetzt glauben sie, alles tun zu können.»¹ Ohne Zweifel ist das nicht ganz falsch. Später hörte ich, dass diese Auffassung in aussenpolitischen Kreisen ziemlich weit verbreitet ist. Das findet auch Bestätigung in der grossen Enttäuschung, die hier aufkam, als die englische öffentliche Meinung ungünstig auf die Krawalle auf dem Kurfürstendamm reagierte², insbesondere auf die Absetzung des Polizeipräsidenten Levetzow.³ Dass das Verhalten der Polizei eher vorsichtig und zögernd und dabei den Randalierern gegenüber fast höflich war, ist bekannt, aber dennoch sind schliesslich immerhin zwei dutzend Krawallmacher (sei es auch nur zwecks Feststellung ihrer Personalien) festgenommen worden; das hat Levetzow seine Stellung gekostet.

Normalerweise werden pro Tag ungefähr 10 bis 15 ausländische Zeitungen beschlagnahmt. Am Mittwoch, an dem dieses Ereignis in der ausländischen Presse erörtert wurde, waren es 27. Die englischen Zeitungen wiesen auf den ungewöhnlichen Umstand hin, dass die Nachfolge Levetzows durch Graf Helldorf in ganz kleinem Kreis in Heiligendamm beschlossen und erst hinterher der Regierung mitgeteilt, dass heisst nicht zur Genehmigung vorgelegt wurde. «Vollkommen normal», erklärte Dr. Goebbels: «Die Partei regiert den Staat. Beschlagnahmt alle Zeitungen, in denen Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht wird. Diese Betrachtungsweise zeugt von einer völlig falschen Einschätzung vom Aufbau des Dritten Reiches.» Dr. Goebbels hat recht, der Staatsstreich gehört hier zur legalisierten und normalen Art der Regierungsausübung.

Man hoffte hier, nach dem Flottenvertrag unter sich zu sein, und anfänglich schienen die Ereignisse diese Auffassung zu bestätigen. Die Ausschreitungen gegen die Juden hatten in ganz Berlin schon begonnen. Am Hermannplatz wurden Läden demoliert, am Alexanderplatz wurden Juden belästigt, in der Frankfurter Allee fand eine Schlägerei statt zwischen Schmierern und Klebern auf der einen und Arbeitern auf der anderen Seite, aber all das wurde auch in der ausländischen Presse lediglich in Andeutungen erwähnt. Die offene Berichterstattung über das, was die Korrespondenten selbst gesehen hatten, begann erst nach den Ereignissen auf dem Kurfürstendamm.

Das gab dem Propagandaministerium Anlass zur Anweisung, die ausländischen Korrespondenten zu beobachten und insbesondere herauszufinden, wer ihre geheimen Informanten sind, und diese möglichst festzunehmen. Dabei sollte unauffällig vorgegangen werden. Falls ein guter Fang zu erwarten sei, könnten überraschend Haussuchungen durchgeführt werden, insbesondere, um eventuelle Besucher zu erwischen.

Dass ein solcher Befehl gegeben wurde, habe ich über nur eine Mittelsperson von einem Beamten der Gestapo erfahren, der auch zu denen zählt, gegen die sich die Aktionen im Inland eigentlich richten. Er kann keinen direkten Kontakt zu mir aufnehmen, aber wir haben eine sehr zuverlässige Kontaktperson, nämlich den ehemaligen Privatsekretär von Ludendorff, einen langjährigen Nationalsozialisten.

«Es geht gegen uns», sagte er mir, «uns alle fürchten sie, vertrauen vor allem uns nicht, uns, den alten Kämpfern und Mitarbeitern aus der Zeit des Aufstiegs. Dieses Misstrauen ist gerechtfertigt, denn wir stehen abseits und warten auf unsere Zeit. Sie wissen, dass wir vor nichts zurückschrecken werden. Ach was, Juden, Zentrumsopposition, sogar Stahlhelm! Zerstreut, ohne inneren Zusammenhang, ebenso ungefährlich wie die Überreste der Marxisten. Aber die stillen Schweiger im ersten Glied, die dürfen keinen Anhang bekommen unter den eigenen Parteigängern. Von daher diese dreigliedrige Ablenkungsoffensive.»

Tatsächlich stimmt diese Auffassung mit der Ansicht der Mehrheit überein. War die Stimmung schon vorher reichlich niedergeschlagen, so ist sie jetzt pessimistisch. Man zieht Vergleiche mit dem Vorjahr.

Wie war das 1934? Erstes Stadium. «Die Volksgemeinschaft gibt es, schau nur, wie sie wählen, nur noch 10% Gegenstimmen, die kriegen wir auch noch.» Zweites Stadium. Kampagne gegen die Miesmacher. Auf einmal schien das ganze Land voller Miesmacher und Kritiker zu sein, die mussten vernichtet werden. Drittes Stadium. Die Miesmacher erweisen sich als die ersten Mitarbeiter Hitlers, die überraschend ermordet wurden, bevor sie irgend etwas anfangen konnten.

Anstelle des «Miesmacherfeldzuges», so glaubt die Masse, haben wir jetzt: Reaktion, Kirche, Juden. Und wann – so fragt man sich – beginnt der Totentanz? Ob dieser so gewiss kommen muss, das wissen wir natürlich noch nicht. Sicher aber ist, dass der Effekt der dreigliedrigen Aktion (wobei der SA, die nach der grossen Konferenz in Schandau nun in gesäuberter Verfassung auftritt, wieder eine Rolle zugeordnet ist) äusserst bedrückend ist.

Mit seiner grossen Rede auf dem Tempelhofer Feld, durch die Ernennung von Helldorf usw., wollte Goebbels einen Schlag nach zwei Seiten führen. Gegen das Auswärtige Amt, gegen Schacht und sicherlich gegen die «Reaktion» im Allgemeinen. Aber andererseits auch gegen Streicher, dessen Ernennung zum Gauleiter (nicht mehr nur von Franken, sondern auch) von Berlin er zu verhindern wusste, so dass Streicher sich jetzt zum Reichsleiter für Jüdische Angelegenheiten ernennen lassen will, damit wenigstens dieser eine Punkt des Programms verwirklicht würde.

Nun hat dieser Streicher schon vor etwa drei Wochen die Gestapo gebeten, den Korrespondenten des NRC auszuweisen⁴, ein Vorschlag, den diese Instanz nicht abgelehnt, sondern zunächst hinausgezögert hat. Als Folge der oben erwähnten Goebbels-Anweisung werden jedoch viele ausländische Korrespondenten, auch der hier genannte, genauestens beobachtet, um einstweilen ihre Verbindungen unter Kontrolle zu bekommen. Da die Aktivität der Gestapo zunimmt, haben die meisten ausländischen Korrespondenten bis auf Weiteres ihre Informanten beurlauben und auch die Treffen mit ihnen einstellen müssen. Auch ich fühle mich sicherer, mich zum Schreiben dieser Zeilen auf extraterritoriales Gebiet zu begeben.⁵ Von dieser Möglichkeit werde ich jetzt häufiger Gebrauch machen müssen. (...)

16. August 1935

(...)

Es gärt tatsächlich. Beweise boten in erster Linie die Entwicklungen bei den Unternehmen, über die ich schon mehrmals berichtet habe. Sie sind nach wie vor an der Tagesordnung. Noch vor Kurzem kam es in den früheren Alfred Nobel-Werken in Hamburg zu einem dreitägigen passiven Widerstand im Zusammenhang mit Lohnkürzungen bei Überstunden. Die Arbeiter haben diesen Kampf gewonnen. In Herne herrscht Unzufriedenheit über die Löhne in den Kohlenruben. In Oberschlesien ist die Lage noch schlechter. Die Arbeiter im östlichen oberschlesischen Industriegebiet, die im Allgemeinen mit Kinderreichtum gesegnet sind, sind in ziemlich hoffnungsloser Stimmung. Während Leute, die eine überwiegend sitzende Tätigkeit ausführen, mit 2'000 Kalorien am Tag gut auskommen können, leidet ein Arbeiter in der Eisen- oder Stahlindustrie oder in den Kohlenruben noch bei einer doppelten Menge an Unterernährung. Das ist, wie mir ein Industrieller aus Beuthen (also ein Arbeitgeber) erzählte, auch tatsächlich der Fall, da ein Arbeiter nicht mehr als 90 Mark monatlich verdient. Es ist wohl deutlich, dass man vor allem mit einer grossen Familie davon nicht leben und ausreichend Lebensmittel kaufen kann, auch bei bescheidensten Ansprüchen.

Diese Leute essen Brot, dessen Preis mit Gewalt niedrig gehalten wird, während die Qualität abnimmt, denn aufgrund geheimer Vorschriften werden häufig minderwertige Produkte beigemischt. Und sie essen Kartoffeln, aus denen sie mit einem Minimum an Fett Puffer backen. Das hat zur Folge, dass die Männer, wenn sie von der Arbeit nach Hause kommen, nur noch schlafen können. Arbeitsbeschaffung heisst bekanntlich in Deutschland, dass man für eine Arbeit den Lohn bekommt, der sonst als Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, manchmal sogar noch weniger. Bei dieser simplen Lösung hat man jedoch zu sehr übersehen, dass arbeitende Menschen nicht nur in Bezug auf Kleidung, Arbeitsmaterial und Werkzeug mehr brauchen als Arbeitslose, sondern auch hungriger sind und sehr

empfindlich gegenüber Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Mangel reagieren. So ist es zu erklären, dass in Berlin kein Markttag vergeht, ohne dass es auf einem der Märkte zu Radau und Unruhe kommt. Die Marktleute machen da selbst am lautesten mit, um sich vor der Wut der Kundschaft zu schützen. Denn die Preise, die sie verlangen müssen, sind für sie selbst so niedrig, dass sie nur minimalen Gewinn machen. Obst wird auf den Märkten im Norden der Stadt überhaupt nicht mehr angeboten. «Die Leute hier haben dafür sowieso kein Geld», heisst es. Sogar Metzger, die ein gut frequentiertes Geschäft haben, jammern und klagen trotzdem. «Je mehr ich umsetze», so sagte mir der grosse Metzger Hinze, «desto ärmer werde ich. Die Bauern müssen ihren Preis bekommen, und ich kann sogar bei allergrösstem Umsatz meine Angestellten vom Gewinn nicht bezahlen. Entlassen darf ich sie aber auch nicht.» Unter diesen Umständen kann man also gewiss behaupten: Jeder Lebensmitteleinkauf ist eine Form von Gegenpropaganda.

Gördeler, der Reichskommissar für Preisüberwachung, scheint seine Sache denn auch aufgegeben zu haben, das heisst, keinen Wert mehr auf die Weiterführung seiner Arbeit zu legen, denn er hat in Leipzig gesagt, dass er sein Amt bei der Stadt dort bald wiederaufzunehmen hofft.¹

Nebenbei sei ein typisches Beispiel für die Praxis erwähnt, wie man Arbeitslose «unsichtbar» macht. Eine Anzahl von «Wohlfahrtsarbeitslosen» bekam vor Kurzem die Aufgabe, Papierabfälle zu sammeln usw., in öffentlichen Parkanlagen Unkraut zu jäten u. ä. Sie bekommen genausoviel dafür wie zuvor. Nur wird das jetzt von den Städten bezahlt, und weg sind die Arbeitslosen. Für die Stimmung wiederum ist kennzeichnend, dass diese Leute heimlich Sabotage betreiben. So nehmen die Frauen ostentativ Kinderwagen mit, und ein Kellner erschien im Rock und sagte, er habe nichts anderes anzuziehen usw. Dass die Stimmung in den Arbeitslagern gut ist, dh. in den Arbeitslagern oder Arbeitsbeschaffungslagern auf dem Land, trifft nicht zu. Es herrscht insbesondere unter den Arbeitern der Grossstädte grosse Unzufriedenheit über die Wohnsituation und die sanitären Anlagen. 70 Frauen aus Berlin, denen man Arbeit «nicht weit von Berlin» versprochen hatte und die man nach Neu-Bentschen (an

der Grenze zu Polen) brachte, machten schon im Zug Tumult. Mit ihnen war in dem Lager, trotz Hinweisen auf «deutsche Treue» überhaupt nichts anzufangen. Solche Elemente, männlich wie weiblich, findet man in fast allen Arbeitslagern. Das Talent, sich Feinde zu schaffen, ist gegenwärtig stark ausgeprägt. So wurde letzstens eine Persönlichkeit, früher Sekretär Ludendorffs, danach aktiver Kämpfer der Bewegung, zur Geheimpolizei zitiert, um bestimmte Informationen zu liefern. Als er berichtet hatte, was er wusste, hielt man ihn dort fest, damit er es auch Himmler persönlich erzählen könnte, der aber zufällig ein paar Tage verreist war. Dieser Mann ist seitdem kein Freund der Bewegung mehr. Durch neuen Terror versucht man, neue Sympathien zu gewinnen, aber das gelingt nicht mehr.

Man weiss im Ausland, dass man den Juden Zettel auf die Schau-
fensterscheiben klebt, aber man ahnt wohl nicht, dass sie auch von
der Gegenseite beklebt werden. Neulich rief mich ein Bekannter in
die Brunnenstrasse. In der ganzen Strasse klebten Zettelchen mit fol-
genden Aufschriften:

*«Wenn Goebbels nicht mehr weiterkann,
Hält er sich an den Juden «ran.»*

Der Text auf der anderen, mit einem Stahlhelm-Stempel gekenn-
zeichneten Zettelchen lautete:

*«Heil Hitler ist der deutsche Gruss,
Von Blomberg steht Gewehr bei Fuss.
Bald gibt es einen grossen Krach,
Dann heisst es wieder: Guten Tag.»*

Oder auch, von derselben Seite stammend, gesehen am Leipziger
Bahnhof:²

*«Bürger macht Euch keine Sorgen,
in 36 sagt man wieder Guten Morgen.»*

Die Haltung der Militärs, die offenbar den Zeitpunkt abwarten, zu
dem sich das Regime innenpolitisch noch mehr diskreditiert, ist in-
teressant. Darüber etwas in einem der nächsten Berichte.

21. August 1935

Wie immer in spannungsgeladenen Zeiten, fragt man sich im In- und Ausland häufig: Was wird die Reichswehr, inzwischen in Wehrmacht umbenannt, tun? Oder, – wenn sie schon nichts tut, welche Meinung hat sie über die gegenwärtigen Ereignisse?

Ist der unsichtbare Feind, gegen den Goebbels, Ley und auch Hitler offenbar kämpfen, vielleicht die Wehrmacht? Zum überwiegenden Teil kann man diese Frage bejahen. Dabei sollte man beachten, wer gemeint ist, wenn man über die Wehrmacht spricht. Nie meinte man damit die Masse der Soldaten, sondern immer ausschliesslich die höheren Offiziersränge. Ganz zurecht, solange es hier nur die Reichswehr gab, denn diese Berufssoldaten hätten selbst auf den Mond geschossen, wenn die Führung das befohlen hätte.

Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht trat zeitweise eine gewisse Schwächung der potentiellen Machtstellung der Offiziere ein. Diese selbst versuchen nun ihrerseits, ihre Schwächung so gut wie möglich wettzumachen. Da war zunächst die Verordnung, dass die Parteimitgliedschaft während der Dienstzeit ruht, eine Massnahme, die dem Einfluss von General von Fritsch, Generalstabschef und Oberbefehlshaber des Heeres (nicht der Wehrmacht), zu verdanken ist. Das zeigt sich andererseits auch daran, wie Rekruten und vor allem Freiwillige, die sich melden, im Einzelnen behandelt werden. Als Reserveoffiziere usw. werden vorzugsweise diejenigen genommen, die nicht in der SA, der SS oder etwas Ähnlichem gedient haben.

Das gilt als Plus, und es wurde von vielen Freunden berichtet, ihnen sei sogar ausdrücklich gesagt worden, dass solch ungünstige Aspekte in ihrem Lebenslauf eine besondere Empfehlung darstellten. Ausserdem wurden in möglichst grosser Zahl Nicht-Arier und Volljuden eingezogen, obwohl sie bekanntlich im Prinzip nicht aufgenommen werden durften. Vielmehr sollten sie der Ersatzreserve II zugeteilt werden. Das wurde ihnen zwar gesagt, aber gleichzeitig hiess es ausdrücklich, sie könnten einen Antrag stellen, der von der Prüfungskommission bearbeitet werde. Auf diese Weise wurden sie

bei der Musterung ermuntert, doch den Dienst anzutreten, denn die Prüfungskommission teilte sie bei der Waffengattung ein, die die Musterungsstelle empfohlen hatte. Das ist natürlich den Radikalen nicht verborgen geblieben. Höchst empört wandte man sich an Reichenau, der sich genau wie von Blomberg völlig mit der nationalsozialistischen Auffassung über die Stellung der Wehrmacht identifiziert. Und Reichenau hat die Sache im Fall von 200 Volljuden noch zu verhindern gewusst und auf Ersuchen Leys einen Artikel veröffentlicht, in dem er Ley und seine Anhänger zu beruhigen versucht. Das geschah aber in einer Weise, die von erheblichen inneren Hemmungen zeugt.

Das Bestreben, Juden in die Wehrmacht aufzunehmen, deutet daraufhin, dass die Offiziere ein Gegengewicht vertrauenswürdiger Militärs gegen die politisierten Parteileute schaffen wollen, und das wiederum zeigt, dass das Offizierskorps mit dem gegenwärtigen Kurs überhaupt nicht einverstanden ist.

(...)

Bei Siemens, im Osten und Norden Berlins, wurden Zettel verteilt und angeklebt, auf denen stand: «Wir wollen einen Führer von Gottes Gnaden, und nicht einen Malermeister aus Berchtesgaden.» Dieser Vers wird variiert, je nach dem Publikum, für das er bestimmt ist.

Unter bestimmten Umständen könnte die Monarchie wieder eine Chance bekommen. Dies alles bedeutet nicht, dass ich als Gewissheit das Eintreten einer Militärdiktatur voraussage, die schon mehrmals als die einzige Möglichkeit bezeichnet wurde, die das gegenwärtige Regime ablösen bzw. verändern könnte (weil die Beibehaltung Hitlers und des Nationalsozialismus als Bezeichnung, als äusseres Zugeständnis, denkbar wäre. Schliesslich kann man unter Nationalsozialismus verstehen, was man will).¹

Eine Voraussage kann man im Augenblick nicht mit Entschiedenheit machen, weil es gar nicht so weit zu kommen braucht und diese Möglichkeit als ein dynamischer Faktor im Hintergrund bleiben kann. Zwar schwingen die radikalen Führer, die mittels antisemitischer Kundgebungen die SA reaktivieren wollen, Röhm und seine Anhänger jedoch nicht mehr aus ihrem Grab zurückholen können, im Moment grosse Reden, haben aber noch nicht die absolute Herr-

schaft. Vielmehr wird noch gerungen, und deshalb könnte es Änderungen geben, bevor es zu Ausbrüchen kommt. Ein Symptom dafür, dass die gegnerischen Kräfte auch jetzt noch nicht allen Einflusses beraubt sind, ist das Gerangel um Meyer, den Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt. Die Antisemiten wollen ihn loswerden (er ist nicht ganz arisch), aber – so erzählt man mir im Ministerium – Neurath und Bülow sollen sich persönlich sehr stark für ihn einsetzen.² Eine Anspielung auf ihn erschien im «Stürmer», der daraufhin fast verboten worden wäre.

Der geheime und sogenannte unsichtbare Feind, gegen den Hitler kämpft, ist die Unzufriedenheit der Schweigenden und Abwartenden, die er mit Gewalt zu unterdrücken versucht. Denn eine andere Waffe hat er nicht, wenn die Demagogie nicht mehr zieht. Zu den Unzufriedenen über die Entwicklung gehört selbst Göring. Das kann man schon daraus ableiten, dass sein intimster geheimer Feind, Goebbels, im anderen Lager steht. Göring, sicherlich kein Prosemit, will von all diesem Zeug nichts wissen, ist wütend, das er bei der Ernennung Helldorfs nicht gefragt wurde, und würde als Fliegergeneral, wenn es darauf ankommt, nicht auf der Seite von Streicher und Konsorten stehen.

Von der Massenausweisung ausländischer Journalisten wurde unter dem Einfluss seitens ihrer Freunde abgesehen. Nur wird manchen von ihnen, wie Da Silva von «Lavoro Fascista» die Abreise «nahegelegt».

9. Oktober 1935

Die Stimmung aller, die als Gegner des jetzigen Regimes betrachtet werden müssen, bzw. derer, die zumindest auf Kompromisse hofften, ist gedrückt.

Nach dem Nürnberger Parteitag, nach dem Flaggengesetz¹, das von v. Blomberg unterschrieben wurde, hat man in diesem Lager weitgehend die Hoffnung auf irgendein Eingreifen der preussischen Generalität, sogar auf deren nur passiven Widerstand gegen den gegenwärtigen nationalsozialistischen Radikalismus aufgegeben. Die Dankbarkeit für die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht überwiegt vollkommen. Der Rest wird einfach geschluckt.

Die Spannung, die vor etwa vier bis fünf Monaten überall fühlbar wurde und vor ungefähr zwei Monaten ihren Höhepunkt erreichte, hätte – so schien es – auf einen Ausbruch hinauslaufen müssen. Die Spannung ist ohne jeden Ausbruch oder sichtbaren Konflikt verfliegen. Der Widerstand, anfänglich hervorgerufen durch die vierfache Aktion (gegen Katholiken, Protestanten, Juden und Konservative) hat schrittweise abgenommen. Der Gegendruck ist eingestellt worden, die radikale Strömung hat praktisch kampflos gesiegt. Tatsache bleibt, dass die Masse der Bevölkerung keineswegs mit Begeisterung die Massnahmen der Regierung unterstützt, dass sich die Konservativen nur mit innerem Widerwillen fügen, dass die Lebensmittelkleinhändler murren, dass die Frauen der Arbeiter und die Arbeiter selbst unzufrieden sind über den Kaufkraftverlust ihrer Löhne, dass die Bauern nicht genug produzieren, weil sie mit ihrer Ware nicht genug verdienen können, und dass das Volk im Allgemeinen wenig Sympathie für den gegenwärtigen antisemitischen Kurs empfindet. Aber man nimmt ganz allgemein wahr, dass all das viel weniger zu bedeuten hat, als man zunächst erwartete, und dass dieser diffusen Unzufriedenheit vorerst jede Dynamik fehlt. Der gemeinschaftlich empfundene Druck hat weder eine Annäherung zwischen den Oppositionsgruppen bewirkt noch hat er die Abwehrkräfte einer dieser Gruppen zunehmen lassen. Ein Grossteil der Deutschen hat diesmal

den Fehler begangen, den das Ausland täglich begeht: die Unterschätzung der Kluft, die es in diesem Land zwischen dem oppositionellen Gedanken und der oppositionellen Tat gibt. Der tröstliche Gedanke, mit dem diese buntgescheckte Opposition sich auch jetzt noch Mut macht, ist vielleicht kennzeichnend für diese Kluft. Dieser Trost lautet nämlich: «Die Zeit arbeitet für uns. Auf die Dauer wird der Radikalismus sich legen, auf die Dauer wird das deutsche Volk sich wieder führen lassen von ‚vernünftigen‘ Nazis, von den Offizieren, von den Konservativen.»

Aus Hitlers Umgebung wird Folgendes berichtet. Er habe sich dahingehend geäußert, dass die Zeit für ihn arbeitet, weil die jüngere Generation im Griff des Nationalsozialismus sei und er sich daher nicht aufzuregen brauche über das, was nur noch in der Gedankenwelt einer physisch aussterbenden Gruppe lebendig sei. Wenn das zutrifft, dann hat Hitler damit sicherlich nicht ganz Unrecht: Die Zeit arbeitet eher für ihn als für seine Gegner, soweit diese sich auf die nach und nach verblassende Tradition stützen.

Zum Gesetz gegen die Juden will ich in diesem Zusammenhang lediglich anmerken, dass nur weltfremde Optimisten (also auch wieder ein Teil der deutschen Juden selbst) dem etwas Gutes abgewinnen können.² Das Gesetz verschafft den Aktionen von Streicher und Genossen einen gesetzlichen Hintergrund (gesetzliche Grundlage wäre etwas zuviel gesagt; das Gesetz ist dafür, bestimmt absichtlich, viel zu stümperhaft und ungenau), und diese Aktionen werden mit voller Kraft fortgesetzt. «Falls ... usw.», hat der Führer gesagt, «dann wird die weitere Lösung der Judenfrage in die Hände der Partei gelegt.» Was bedeutet das? Dass dann ein Gesetz verkündet wird, auf dessen Grundlage die Behandlung der Judenfrage (ausgenommen die strafrechtlichen Aspekte) Rudolf Hess, dem Stellvertreter des Führers, übertragen wird, mit der Möglichkeit, seine Befugnisse zu delegieren. Hess delegiert die Sache dann an Julius Streicher, der in dem Fall wahrscheinlich eine Kommission ernennen wird, u.a. mit Dr. Goebbels als Mitglied. Das würde nicht nur den Wünschen dieser führenden Leute, sondern auch der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der NS Hago³ (Büropersonal) und der SA entsprechen. Man zweifelt in diesen Kreisen nicht daran, dass dieses Gesetz auf längere Sicht

erlassen wird, man bereitet sich darauf vor. Der Vorwand dafür wird sich automatisch einstellen, weil zum Beispiel Reden im Ausland, auch von Nicht-Juden, gegen den Rassismus in Deutschland, Versuche, die Teilnahme an den Olympischen Spielen zu kompromittieren bzw. zu sabotieren, oder Provokationen jeder Art als Anlass aufgefasst werden, oder aufgefasst werden können. Trotzdem kann es noch eine ganze Weile dauern, weil auch dieses Gesetz in der Praxis vorbereitet wird, wie es gegenwärtig immer häufiger der Fall ist: indem ihm rückwirkend Gesetzeskraft verliehen wird, noch bevor es verabschiedet ist.

(...)

9. Dezember 1935

(...)

Verständlicherweise legt Deutschland grossen Wert auf einen glatten Verlauf der Olympischen Spiele. Den Teilnehmern aller Länder wird es hier gut gehen, und es wird auf die Art ein ganzes Heer ausländischer Propagandisten entstehen, die sich mit eigenen Augen davon überzeugen konnten, dass alles, was man so erzählt, nicht wahr ist, einschliesslich der Judenverfolgung. Die Schilder «Juden unerwünscht» in Garmisch Partenkirchen und Umgebung sind entfernt worden. Darüber habe ich telefonisch Erkundigungen einholen lassen. Beruhigend fügte mein Informant dem hinzu: «Aber sie kommen bestimmt zurück.»

Die Juden und Prosemiten aller Länder werden sich um so mehr blamieren, je stärker sie sich der Teilnahme ihrer Organisationen an den Olympischen Spielen widersetzt haben, und nicht nur das: Durch den Verlauf der ganzen Sache wird man in allen Ländern antisemitische Wirkungen erzielen können. Die Teilnehmer werden ja verzückt zurückkommen, und da vorher vor allem die jüdischen Mitglieder der Sportorganisationen gemeckert haben, denken sie: Diese lahmen Typen wollten uns wieder vor ihren Karren spannen, sie hätten beinahe unsere glänzende Teilnahme verhindert, sie säen doch immer Zwietracht und Streit zwischen Leuten, die sich ansonsten gut vertragen, und alles nur für ihre eigene Sache, die auf gewaltigen Übertreibungen beruht, wie wir selbst haben sehen können.

Die Juden, oft aufgrund von Überschätzung der eigenen Erkenntnis ungezügelter Optimisten, argumentieren so: Deutschland hängt sehr an den Olympischen Spielen; indem wir nun soviel Widerstand wie möglich gegen die Teilnahme daran entwickeln, haben wir die Chance, Deutschland in seinem antisemitischen Kampf mürbe zu machen. Diese Behauptung wurde sogar im «Nieuwe Rotterdamsche Courant» als höchste Weisheit verkündet.

Das aber ist reiner Illusionismus. Die Olympischen Spiele werden stattfinden, und nach deren Ablauf kriegen wir die «General-Liquidation» der Judenfrage, zwar nicht unter Beifall des übrigen Europa,



Siegerehrung im Fechten für Frauen während der Olympiade in Berlin 1936:
Helene Mayer gewann die Silbermedaille

aber doch immerhin unter Nachsicht der öffentlichen Meinung, die ja doch gerade vorher mit eigenen Augen hat sehen können, dass den Juden in Deutschland «kein Haar gekrümmt wird».

Gesetzt den Fall, dass die Olympischen Spiele nicht stattfinden würden, oder wichtige Länder, wie die USA, würden nicht daran teilnehmen (was nicht eintreten wird), dann würden doch genau dieselben Massnahmen gegen die Juden getroffen werden, nur dass sie den Charakter von «Abwehrmassnahmen» hätten und mit noch mehr Gewalt einhergehen würden. Die Juden in Deutschland ziehen auf jeden Fall den kürzeren, egal ob die Spiele stattfinden oder nicht.

Aber sie werden stattfinden, trotz des Widerstandes der Juden und der Anti-Antisemiten. Das Ganze mit dem Erfolg, dass den Juden in Deutschland nicht geholfen (ganz im Gegenteil, man wird sich dafür an ihnen rächen) und der Antisemitismus in anderen Ländern geschürt werden wird.

Das Deutsche Olympische Komitee handelt schliesslich im Auftrag des Internationalen Olympischen Komitees und muss folglich die Juden zulassen, auch die deutschen. Mit der Einladung an Helene Mayer und an eine andere Jüdin, Fräulein Bergmann, zur Teilnahme an den Qualifikationwettkämpfen¹ konnte es denn auch die Amerikaner überraschen. Aber was bedeutet das? In Deutschland stehen jüdische Sportler und jüdische Sportvereine praktisch ganz allein da. Sie können ihre Kraft und ihre Resultate nicht mit denen anderer messen. Das aber braucht man im Sport unbedingt, um auf der Höhe zu bleiben. Wer «unter sich» Sport betreibt, kann gar nicht wissen, was er im Vergleich zu anderen leistet oder ob er auf dem richtigen Weg ist. Der Kurs muss unablässig überprüft werden. Deutsche Tennis-, Handball- und sonstige Vereine, die Wettkämpfe mit jüdischen Vereinen bestritten haben, die also von dem ausgingen, was hier angeblich der offizielle Standpunkt ist, haben einen enormen Rüffel gekriegt, sind aus dem Landesverband ausgeschlossen und verhöhnt worden. Deutsche Juden werden wohl an den Olympischen Spielen teilnehmen dürfen, aber in der Vorbereitung sind sie den anderen gegenüber praktisch benachteiligt, ja, eine ernsthafte Vorbereitung

wurde ihnen sogar unmöglich gemacht. Dieser Umstand wird jedoch einer allgemeinen Teilnahme an den Olympischen Spielen nicht im Wege stehen. Formell ist alles in Ordnung, und das ist die Hauptsache, denn die anderen brauchen nur einen Vorwand, um sich über ihre möglichen Gewissensbedenken hinwegzusetzen, wozu sie gerne bereit sind. Sie warten nur auf eine Ausrede. Deshalb wird Hans von Tschammer und Osten, der gerade in der Welt herumreist, um zur Teilnahme aufzurufen, überall grossen Erfolg haben. Denn was er sagt, entspricht zwar nicht der Wahrheit, dafür aber dem, was die Leute gerne hören. Das mag verdeutlichen, dass es einfach töricht wäre anzunehmen, die Olympischen Spiele könnten irgendeine echte Erleichterung bzw. Verbesserung der Situation der Juden zur Folge haben.

Baillet Latour war hier und hat einige nichtssagende Worte an die Presse gerichtet. Auf eine Frage amerikanischer Journalisten antwortete er: «Wir sind auch nach Los Angeles gekommen, ohne vorher zu fragen, warum es amerikanische Sportvereine gibt, die Neger von der Mitgliedschaft ausschliessen.»² Dieses Argument ist lächerlich. Schliesslich sind dieselben Leute, die gegen die Unterdrückung der Neger sind, auch gegen die Unterdrückung der Juden. Ausserdem gehen die amerikanischen Behörden gegen das Lynchen vor. Und schliesslich ordnen sie das auch nicht an. Da dieses Argument also völlig verrückt ist, setzt es sich um so leichter durch. Ob Helene Mayer und Fräulein Bergmann (letztere sperren sie durch einen Trick aus)³ mitmachen oder nicht, ist übrigens für die ganze Sache nur von zweitrangiger Bedeutung. Juden können in Deutschland nicht leben, aber das stellt für die pompöse Feier der Olympischen Spiele keinerlei Hindernis dar. Man betrachtet die Spiele hier als ausgezeichnete Chance der Auslandspropaganda, und das wohl zurecht.

(...)

Ich bin absichtlich etwas ausführlicher auf die Olympischen Spiele und die Judenfrage eingegangen, weil diese Frage charakteristisch für alle anderen hiesigen Probleme ist. Ganz egal, welches Thema man aufgreift, die Innen- oder Aussenpolitik, die Kirche, die Wirtschaftspolitik, die Rechtsprechung, die Landwirtschaft, alles ist im Grunde genommen dasselbe.

Es gibt (in den Niederlanden misst man dieser Frage grosse Bedeutung zu) eine starke und allgemeine Unzufriedenheit. Die hiesige Unzufriedenheit ist recht stark und allgemein verbreitet, auch wenn man in den Niederlanden unter vergleichbaren Umständen viel mehr klagen würde. Hierzu sagte mir ein Arbeiter ganz zutreffend: Dieses System bricht nicht von selbst zusammen. Es muss zuerst Kräfte geben, die es stürzen wollen. Eine organisierte Gegenkraft ist allerdings nicht zu erkennen, alle Unzufriedenen warten auf eine Aktion anderer Unzufriedener. Dies stellen die Arbeiter in allen Teilen Deutschlands übereinstimmend fest. Die vollkommene Ratlosigkeit der übrigen Bevölkerung ist Hitlers stärkste Stütze. Niemand sieht eine andere Partei oder Gruppe, die das bestehende System ersetzen könnte. Die Arbeiter, die nachdenken, sind sich ihrer Schwäche bewusst. Einer von ihnen sagte: «Keine Verschlechterung der Lage, sondern nur die Katastrophe kann eine Wende bringen». «Das kann so nicht lange weitergehen, es muss doch zusammenbrechen», diese und ähnliche Aussagen hört man jetzt, genauso wie man sie hörte zu der Zeit, als Hitler die Macht zufiel. Aber damals gab es eine Partei, die rief: «Nein, kommt zu uns».

An einer solchen Partei fehlt es nun völlig! Einer der meines Erachtens vernünftigsten Führer der «früheren» SPD hat ganz richtig bemerkt, dass nur eine sehr kleine Minderheit daraus den Schluss zieht, dass dem System ein Ende gemacht werden muss. Das deutsche Volk hat 1918 gesehen, wie das Kaiserreich zusammenbrach; es hat festgestellt, dass 1933 Hitler die Macht wie eine reife Frucht in den Schoss fiel, und deshalb denkt die Mehrheit des deutschen Volkes: Jetzt wird es wohl auf dieselbe Weise auch wieder eine Wende geben. Dass ein Deutscher begreift, dass er sich seine eigene Freiheit durch Kampf erwerben muss, davon ist man hier heute noch sehr weit entfernt, nachdem ja derselbe Deutsche noch vor wenigen Jahren zur Verteidigung dieser Freiheit keinen Finger gerührt hat.

Ein Ende kann vermutlich nur durch eine Katastrophe herbeigeführt werden, doch diese Katastrophe ist im Moment noch nicht in Sicht. Wir können allerlei Gründe aufführen, warum es auf längere Sicht zu einer Katastrophe kommen muss, aber das hat nur akademischen Wert. Ich könnte argumentieren, warum ich diese Theorie ver-

trete oder auch nicht, oder welches Ende ich für wahrscheinlich halte, aber das fördert nur haltlose Hoffnungen. Denken wir nur an den Krieg, an den immer wieder vorhergesagten Untergang Polens, Ungarns, Sowjet-Russlands. Ob die Propheten auf Dauer Recht bekommen werden oder nicht, ist eine andere Frage. Es ist jedoch eine Tatsache, dass man mit der ewigen Vorhersagerei die Aufmerksamkeit von der Wirklichkeit dieses Augenblicks und der unmittelbaren Zukunft ablenkt. Damit trägt man auch dazu bei, den Widerstand gegen die Wirklichkeit – wo dies erforderlich ist – zu schwächen.

Falls nicht eine Katastrophe der Sache ein Ende setzt, kann dieses, wie gesagt, nur durch eine Revolution eintreten, wie wir sie hier 1918 und 1933 erlebt haben. Besteht Aussicht darauf? Im Augenblick nicht, weil zwischen den verschiedenen Mächten im Staat eine Art Gleichgewichtszustand eingetreten ist und dauernd Kompromisse geschlossen werden. Hitler, oder wenn man so will, das Hitlerregime, muss immer wieder Kompromisse schließen und hat das auch schon seit Beginn der Bewegung getan. Immer geschah das aber mit dem Hintergedanken, sich daran nicht zu halten, sobald die Machtverhältnisse das zulassen würden.

Nun zur Armee. Meinen Sie, die sogenannten oppositionellen höheren Offiziere würden – sogar wenn 60 Prozent des Korps dazugehörten – sich diese prächtige Chance zur Wiederaufrüstung wegen der Judenverfolgung oder etwas ähnlichem Ideellem entgehen lassen? Daran denken sie gar nicht. Und ist Hitler nicht von unschätzbarem Wert, ja sogar unentbehrlich, weil er allein dem Volk den Glauben gibt, dass die gegenwärtige Ausplünderung «Freiheit» ist, und gleichzeitig, wenigstens was die Bürgerlichen betrifft, die Befreiung vom Bolschewismus?

(...)

Und wie steht es mit der Aussenpolitik? Ist es so bewundernswert entgegenkommend, so überraschend friedlich, dass Gespräche mit Frankreich aufgenommen werden? Man analysiere doch einmal die tatsächlichen Bedingungen. Wenn Frankreich den Pakt mit Russland nicht ratifiziert⁴, wenn es seine Bündnisse im Osten und seine internationale Position preisgibt, und wenn es der Remilitarisierung des Rheinlandes zustimmt (zwei Divisionen stehen bereit, eine bei Düs-

seldorf und eine bei Koblenz), will Deutschland im Tausch dafür deutsche und französische Turner zusammen an der Reckstange hängen lassen und «kulturelle Annäherung» in Form eines Vereins, in dem französische Faschisten den Ton angeben werden. Selbstverständlich nützen beiderseits des Rheins Versöhnungsszenen den eigenen Interessen, aber ich sehe darin keine Unterbrechung, sondern nur eine Fortsetzung des gesamten deutschen Plans, wie er in «Mein Kampf» festgelegt wurde. Der deutsche Friede der Gegenwart, der von niemandem heftiger befürwortet wird als gerade von den Militärs, ist nichts anderes als eine Vorbereitung zum Krieg, jedenfalls eine Massnahme zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft, wie Hitler sie schon früher empfohlen hat. Deutschland will keinen Krieg und kann keinen Krieg führen. Aber man erhöht die Kriegsbereitschaft (wozu auch gehört, beruhigend auf die Nachbarn zu wirken). Deutschland wird sich in dem Masse, in dem es weniger zu befürchten braucht, immer weniger gefallen lassen und davon abhängig – unter Kriegsandrohung – höhere Forderungen stellen.

Und diese Methode ist sehr gefährlich.

(...)

Zum Schluss eine Anlage auf deutsch: eine Fragenliste des Reichswettbewerbs der SA, Abteilung «Weltanschauung».⁵ Jetzt wissen wir, was Weltanschauung ist!

**Auszug aus «Reichswettkampf der SA 1935»
Beispiele für die Fragestellung bei der
Weltanschaulichen Leistungsprüfung**

1. *Wann ist der Führer geboren?*
2. *Wo ist der Führer geboren?*
3. *Wodurch ist das Städtchen Braunau geschichtlich bekannt geworden?*
4. *Weshalb wurde Palm erschossen?*
3. *Welchen Beruf hatte der Vater des Führers?*
6. *Wissen Sie etwas aus dem Lebenslauf des Vaters des Führers?*
7. *Wo erlebte der Führer die schönste Schulzeit?*
8. *Welche Schule besuchte er in Linz?*
9. *Welche waren seine Lieblingsfächer?*
10. *Welcher Lehrer hat dem Führer viel gegeben?*
11. *Welches Buch wurde dem Führer in seiner Jugend zum Erlebnis?*
12. *Welche Gedanken kamen dem Führer beim Lesen des Buches «Krieg 1870/71»?*
13. *Ist dem Führer in seiner Jugend die unglückliche Trennung von Deutschland und Österreich zum Bewusstsein gekommen?*
14. *Vertrugen sich Tschechen und Deutsche in Österreich miteinander?*
13. *Welche Macht regiert heute in Österreich?*
16. *Wie bezeichnete sich der Führer selbst seinen Spielkameraden gegenüber?*
17. *Welchen Beruf sollte der Führer nach dem Willen des Vaters ergreifen?*
18. *Gab es wegen der Berufsfrage Streit mit dem Vater?*
19. *Wie alt war der Führer, als der Vater starb?*
20. *War die Mutter mit der Berufswahl des Führers einverstanden?*
21. *Weshalb gab die Mutter dennoch nach?*
22. *Welcher Schicksalsschlag traf den Führer am härtesten?*
23. *Weshalb wurde der Führer nicht Kunstmaler?*
24. *Auf welche Weise verschaffte sich der Führer seinen Lebensunterhalt in Wien?*
23. *War es dem Führer möglich, ohne Schwierigkeiten den Beruf eines Baumeisters zu ergreifen?*
26. *Bemerken wir heute noch das Interesse des Führers für die Baukunst?*

27. *Welche Entwürfe aus der Gegenwart stammen vom Führer?*
28. *Reichte der Verdienst in Wien zu seinem Lebensunterhalt aus?*
29. *Was machte der Führer in seiner freien Zeit in Wien?*
30. *Hat sich der Führer damals über seine Not beklagt?*
31. *Lernete der Führer ausser seiner eigenen sozialen Not auch die Not anderer kennen?*
32. *Musste der Führer als Arbeiter nicht organisiert sein?*
33. *Wodurch wollten ihn die Arbeitskameraden zur Organisation zwingen?*
34. *Was unternahm der Führer gegen Terror seiner Arbeitskameraden?*
33. *Durch das Studium des Marxismus und des Judentums kam der Führer zu welchen Erkenntnissen?*
36. *Hatte der Führer den Glauben an seine Arbeitskameraden durch die Drohungen verloren?*
37. *Weshalb macht sich der Führer es zur vornehmsten Pflicht, die soziale Not in Deutschland zu beheben?*
38. *Konnte ein Arbeiter von damals «national» empfinden?*
39. *Kann man soziale Not durch Wohlfahrtseinrichtungen beheben?*
40. *Hat der Führer in Wien den Parlamentarismus kennengelernt?*
41. *Wann ging der Führer nach München?*
42. *Weshalb ging der Führer nach München?*
43. *Weshalb meldete sich der Führer zum Beginn des Weltkrieges freiwillig?*
44. *Konnte der Führer ohne Weiteres Soldat in Deutschland werden?*
45. *In welchem Regiment stand der Führer während des Kriegs?*
46. *Welche Kämpfe und Schlachten machte der Führer mit?*
47. *Welche Tätigkeit hat der Führer besonders im Regiment ausgeführt?*
48. *Hat sich der Führer im Kriege hervorgetan, und wurde er ausgezeichnet?*
49. *Welchen Dienstgrad erwarb sich der Führer im Kriege?*
50. *Wann wurde der Führer verwundet?*
51. *Wann kam der Führer wieder an die Front?*
52. *Wurde der Führer nochmals verwundet?*
53. *In welches Lazarett kam der Führer?*
54. *Welches Ereignis erlebte er dort?*
55. *Liess sich der Führer durch seine vorübergehende Erblindung, durch seine Schmerzen und durch das bittere Erlebnis des Zusammenbruchs Deutschlands entmutigen?*

56. *Welchen Entschluss fasste er im Augenblick des Zusammenbruchs Deutschlands?*
57. *Wie verwirklichte der Führer seinen Entschluss, Politiker zu werden?*

Anmerkungen

Einleitung

- 1 Mitteilung von A.F.M. Benz an den Herausgeber.
- 2 Vossische Zeitung, 8.3.1933 (Morgenausgabe).
- 3 Akten der Reichskanzlei, 1933/34, Bd. 1, Ministerbesprechung vom 2.3.1933, S. 147.
- 4 Vgl. Algemeen Handelsblad (Amsterdam), 8.9.1933.
- 5 Vgl. Shirer, Berlin Diary, S. 32, S. 62, S. 65; Longerich, S. 284.
- 6 Vgl. Shirer, The Nightmare Years, S. 251.
- 7 Vgl. Lochner, Always the Unexpected, S. 183 f.
- 8 Vgl. Shirer, Nightmare Years, S. 165.
- 9 Vgl. Lillian T. Mowrer, Journalist's Wife, S. 253; den Doolaard/van Looi, Wapen tegen Wapen, S. 24 f.
- 10 Roussel, Die Hügel von Berlin, S. 103 f.
- 11 Vgl. Shirer, Nightmare Years, S. 150 ff.
- 12 Shirer, Berlin Diary, S. 67. Englische und holländische Zitate wurden vom Herausgeber übersetzt.
- 13 Het Volk, 14.8.1934.
- 14 Übersetzung aus dem deutschen in «Het Volk», 1.8.1934.
- 15 Vgl. NS-Presseanweisungen, Bd. 3/1, München etc. 1987, S. 38*ff.
- 16 Vgl. Koch, Sollen wir K. weiter beobachten?, S. 21 ff, 98 ff, 142 ff.
- 17 Vgl. Shirer, Berlin Diary, S. 123. und ders., Nightmare Years, S. 268.
- 18 In Einzelfällen kam es zur Vorzensur von Telegrammen. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Bonn, Presse. Abt., Deutschland 6a, Beiakten VII, Wolffs Telegraphisches Büro. L.P. Lochner an AA, 31.5.1933.
- 19 Für die Vielfalt deutscher Sanktionen vgl. Stoop, Niederländische Presse unter Druck, mit Literaturhinweisen auch auf die deutsche auswärtige Pressepolitik gegenüber anderen Ländern.
- 20 Vgl. Holzweissig, Deutschlandbild, S. 74; Shirer, Berlin Diary, S. 45 f.; Stoop, Niederländische Presse, S. 342.
- 21 S. S. 190.
- 22 Vgl. Nieuwe Rotterdamsche Courant, 28.10.1933 (Morgenausg.).
- 23 Ebda., 2.11.1933.
- 24 Ebda., 22.5.1934 (Abendausg.); 1.6.1934 (Morgenausg.). Vgl. auch Noordewiers Stellungnahme zu diesem Fall, S. 135.
- 25 Akten der Reichskanzlei, Bd. 1/1, Ministerbesprechung vom 29.3.1933, S. 272.
- 26 S. S. 78; Den Doolaard/Van Looi, Wapen, S. 26.
- 27 Vgl. Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 106.
- 28 Schriftliche Mitteilung Stéphane Roussel, Paris (1987).
- 29 Vgl. Shirer, Nightmare Years, S. 272 f.
- 30 Lochner, Always the Unexpected, S. 252.
- 31 Noordewier nannte sich auch Nassau-Noordewier. Bis heute kursiert das Gerücht, er sei ein unehelicher Sohn des niederländischen Königs Willem III. Diese Version hat Noordewier möglicherweise selbst in die Welt gesetzt (vgl. Van Vree, De Ne-

- derlandse pers, S. 231). Den Namen Nassau hat in Wirklichkeit schon sein Vater angenommen, als Anerkennung der Verdienste seines Vorgängers als Schuldirektor in Assen, einem Dr. Nassau. (Mitteilung von Frau A. Noordewier-Jagtenberg, Leusden). Da bei aller Zurückhaltung H.J. Noordewier Eitelkeit nicht fremd war, schmückte er sich in Berlin auch schon mal mit einem Dokortitel, den er nicht besass. Seit der Bemerkung eines deutschen Bekannten, Gymnasiallehrer würden in Deutschland auch als «Herr Professor» bezeichnet, nannten Kollegen ihn auch «Professor». Auf manchen Korrespondentenlisten deutscher Behörden stand er als Prof. Dr. Nassau-Noordewier.
- 32 Für die Stellungnahme Noordewiers zum «Vaterland»-Kollegen Blanche-Koelensmid vgl. S. 77.
- 33 Akten zur allgemeinen Entwicklung des NBDN im Algemeen Rijksarchief, Den Haag (im Folgenden: ARA), Archiv NBDN (2.19.26), vor allem Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 32. Für weitere Einzelheiten über das NBDN vgl. Stoop, De geheime rapporten, S. 8 ff.
- 34 Anlass zu Metz' Sorge dürfte die nach dem Reichstagsbrand erlassene «Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe» vom 28. Februar 1933 gewesen sein. Diese Notverordnung stellte unter anderem «Mitteilungen an eine ausländische Regierung» unter Strafe. Metz fürchtete wohl, dass der Versand der Zeitungsausschnitte, die er von zwei Zeitungsausschnittfirmen erhielt, als eine solche «Mitteilung» interpretiert werden könnte.
- 35 ARA, Archiv NBDN, Nr. 45, Metz an Drion, 3.3.1933; Drion an Metz, 6.3.1933.
- 36 Metz hatte nur seine Unkosten erstattet bekommen, während andere NBDN-Vertreter, die sehr viel aktiver waren, ein festes Honorar bezogen.
- 37 ‚Voor u persoonlijk‘, S. 18. De Graeff an van Limburg Stirum, 14.7.1933. 38 S., S. 78 und S. 184.
- 39 ‚Voor u persoonlijk‘, S. 17. De Graeff an van Limburg Stirum, 10.7.1933.
- 40 ARA, Archiv NBDN, Nr. 12. Noordewier an Drion, 5.7.1933, von Drion unter der Überschrift «Abschrift eines Briefes aus Berlin» wie die vertraulichen Berichte an den üblichen Leserkreis versandt.
- 41 ARA, Archiv NBDN, Nr. 12. Anlage zum vertraulichen Bericht vom 31.7.1935.
- 42 S. S. 78.
- 43 Zur Berichterstattung des Historikers Pieter Geyl aus London vgl. Stoop, Historiker und Diplomat.
- 44 Das NBDN hatte, ausser in Berlin, Vertreter in Brüssel, London, New York, Paris und Rom.
- 45 Schriftliche Mitteilung Frau E. Asser-Drion (Blaricum), 19.5.1988.
- 46 Vgl. Die Anmerkungen Drions auf den NBDN-Berichten.
- 47 NRC, 5.5.1934 A; 14.6.1943 A; 5.11.1934 A; 4.12.1934 A.
- 48 Ebda., 17.4.1935 A.
- 49 Ebda., 23.4.1935 A.
- 50 S. S. 170 f.
- 51 S. S. 135 f.
- 52 S. S. 172 f.

- 53 Mitteilungen B. van Tijn, Amsterdam (1987).
 54 S. S. 116 f.
 55 S. S. 46.
 56 S. S. 108.
 57 S. S. 126.
 58 S. S. 164.
 59 S. S. 71.
 60 ARA, Archiv NBDN, Nr. 12, Begleitschreiben Drions zum Brief Noordewiers aus Berlin vom 6.6.1933.
 61 S. S. 62.
 62 Zu den Details der auch in der Öffentlichkeit Aufsehen erregenden «Affäre van Blankenstein» vgl. Stoop, Niederländische Presse, S. 209 ff.
 63 PA, Konsulat Rotterdam, I P 6, NRC. Windecker an AA, 4.7.1936.
 64 S. S. 68.
 65 S. S. 184.
 66 Mitteilung M. Noordewier.
 67 ARA, Archiv NBDN, Nr. 12, Noordewier an Drion, 5.7.1933.
 68 Charakteristik der Auslandspresse. Nieuwe Rotterdamsche Courant, Bl. 2. Ein Exemplar der für den internen Gebrauch gedachten Charakteristik der Auslandspresse befindet sich in der Bibliothek des Instituts für Publizistik und Kommunikationspolitik der FU Berlin.
 69 S. S. 116 ff.
 70 Vgl. Van Vree, de Nederlandse pers, S. 224 ff.
 71 Vgl. zum Beispiel: Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, hrsg. vom Comité des Délégations Juives (Paris 1934, Neuauflage Hamburg 1983); Stefan Lorant, I was Hitler's prisoner (London 1935), in der ursprünglichen deutschen Fassung: Ich war Hitlers Gefangener. Ein Tagebuch 1933 (München 1985); Wolfgang Langhoff, Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager (Zürich 1935, Neuauflage Stuttgart 1973).
 72 ARA, Archiv MR 319. Aussenministerium an den Ministerrat, 24.6.1936.
 73 Vgl. Nederlandsche Staatscourant, 29.8.1936, S. 1.
 74 Inwiefern sich Noordewiers Schilderungen von denen der niederländischen Gesandtschaft in Berlin, die natürlich auch nach Den Haag über die deutsche Entwicklung Bericht erstattete, im Einzelnen unterschieden, ist nicht mehr festzustellen. Die diplomatischen Berichte aus Berlin wurden beim deutschen Einmarsch im Mai 1940 im Haag Aussenministerium vernichtet.
 75 Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (Amsterdam), FO/SD 30164/65. Vertraulicher Bericht L(ikus), 6.5.1940.
 76 Jan Stoffels in einem Interview im Telegraaf aus Anlass seines 30jährigen Jubiläums als Mitarbeiter dieser Zeitung. Zeitungsausschnitt ohne Datum, wahrscheinlich Anfang 1963, Sammlung M. Noordewier.

6. Juni 1933

- 1 Am 17. Mai hielt Hitler vor dem Reichstag eine vielbeachtete Rede, in der er die «friedlichen» Absichten seiner Regierung herausstellte und auf den Rückstand der deutschen Rüstung hinwies.

- 2 Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), auch als «SA der Betriebe» bezeichnet, fungierte vor der NS-Machtübernahme als Kampfgruppe gegen die freien Gewerkschaften, an deren gewaltsamer Ausschaltung am 2. Mai 1933 sie beteiligt war.
- 3 Noordewier bezieht sich hier offenbar auf einen Privatbrief an Drion vor Aufnahme seiner Tätigkeit für das NBDN.
- 4 Hier dürfte die 1919 gegründete Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) gemeint sein, eine anarcho-syndikalistische Organisation. Die FAUD hatte in den zwanziger Jahren noch etwa 100'000, am Ende der Weimarer Republik zwischen 6'000 und 10'000 Anhänger. Sie löste sich im Februar 1933 selbst auf und arbeitete weiter im Untergrund. Von einer «massenhaften Abwanderung» von der KPD zur FAUD kann jedoch keine Rede sein. Vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 30, S. 88 f. und S. 158 f.
- 5 Der niederländische Rätekommunist Marinus van der Lubbe war unmittelbar nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden. Zum Prozess gegen van der Lubbe aus Noordewiers Sicht s. S. 78 f.
- 6 Karl Max Fürst von Lichnowsky, von 1912 bis 1914 deutscher Botschafter in London, vertrat in einem nicht zur Veröffentlichung gedachten Bericht Anfang 1918 die These, das Deutsche Reich trage die Schuld am Ausbruch des Krieges. Der Bericht wurde jedoch unter dem Titel «Meine Mission in London 1912-1914» in der Schweiz veröffentlicht und löste in Deutschland eine heftige nationalistische Kampagne gegen den Autor aus. Hauptmann Hans Georg von Beerfelde, Mitarbeiter des deutschen Generalstabes, war mit Lichnowsky befreundet. Kurz vor Kriegsende wurde er 1918 wegen Verbreitung von Lichnowskys Schrift zum Tode verurteilt, jedoch durch die Novemberrevolution gerettet. Er verfasste mehrere Broschüren, in denen er auf die deutsche Kriegsschuld und die Rolle Lichnowskys einging. Vgl. Willis, Prince Lichnowsky, S. 296 f.
- 7 In der Kreuzberger Hedemannstrasse befand sich eine der berühmtesten SA-Kasernen, die im Frühjahr 1933 als «wilde Konzentrationslager» dienten. Hier wurden vor allem Regimegegner inhaftiert. Zum Terror in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft vgl. Topographie des Terrors, und Schattenfroh/Tuchel, Prinz-Alb recht-Strasse 8.

11. Juli 1933

- 1 Erschienen im NRC, 21.6.1933 (Abendausgabe), «Nasprokkelingen».

August 1933

- 1 Die zweitgrösste überregionale Tageszeitung in den Niederlanden, «De Telegraaf», hatte in den dreissiger Jahren rund 110'000 Abonnenten. Das Massenblatt war parteipolitisch ungebunden und in der Tendenz konservativ.
- 2 «De Rotterdammer» war mit rund 23'000 Abonnenten die grösste regionale orthodox-protestantische Tageszeitung. Sie lehnte sich eng an die «Antirevolutionäre Partei» von Ministerpräsident Hendrik Colijn an, der bis zu seinem Amtsantritt 1933 Chefredakteur des Blattes war. Die Partei und die Zeitung wandten sich vehement gegen die Ideen der französischen Revolution, gegen Liberalismus und Sozialismus sowie gegen die «Verwilderung der Sitten» durch Rauchen, Tanz und Kino.

- 3 Bemerkenswerterweise veröffentlichte der NRC kurz nach diesem Bericht, am 27. Juli 1933, auch einen Bericht der hier von Noordewier kritisierten Sorte über einen Besuch im Konzentrationslager bei Ernst Thälmann und Carl von Ossietzky. Da der Bericht nicht signiert ist und in der Zeitungsausschnittsammlung von Noordewier selbst fehlt, kann davon ausgegangen werden, dass dieser nicht der Verfasser war.
- 4 Das Konzentrationslager Oranienburg (Kreis Niederbarnim, ca. 50 km nördlich von Berlin) wurde im März 1933 von der SA in einer ehemaligen Brauerei eingerichtet. Vgl. Tuchel, Herrschaftssicherung, S. 12 f.
- 5 Die am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld gepflanzte Hindenburg-Eiche war vier Wochen später von Unbekannten gefällt worden.
- 6 Es müsste heißen Friedrichsthal. Vgl. den Bericht Gerhart Seger, der genau diese Vorgänge schildert, oben S. 95 ff.
- 7 Offenbar sind SA-Aktivist*innen gemeint, die infolge eigenmächtiger Terroraktionen mit der Polizei in Konflikt geraten waren. Vgl. zu den Auseinandersetzungen zwischen SA und Polizei Longerich, Die braunen Bataillone, S. 173 und 178 f.
- 8 Von einer solchen «Zielsetzung» der Konzentrationslager konnte in Wirklichkeit nicht die Rede sein. Die Lager hatten nur einen Zweck, nämlich die Opposition gegen das Regime möglichst umfassend auszuschalten. Vgl. Tuchel, Herrschaftssicherung, S. 23 ff.
- 9 Ein solches Verhalten der Lagerleitung gegenüber den meist später als die Kommunisten eingelieferten sozialdemokratischen Häftlingen hatte System. Es zielte darauf ab, die Spannungen unter den Gefangenen zu vergrößern und eine breite Solidarisierung zu verhindern. Diese Strategie hatte keinen Erfolg, wie auch das oben geschilderte Verhalten der Kommunisten am 25. Juni 1933 (S. 54 f.) zeigte. Die Darstellung von Noordewiers Gewährsmann, offenbar einem Sozialdemokraten, verdeutlicht aber, dass die harte Konfrontation zwischen SPD und KPD aus der Zeit vor der NS-Machtübernahme die Situation in den Konzentrationslagern noch belastete und auch die Wahrnehmung einzelner Gefangener prägte. Vgl. zu diesen Problemen Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft, S. 51 ff.
- 10 Als neues Element im politischen System wurde am 7. April 1933 das Amt des Reichsstatthalters eingeführt. Die Hitler unterstellten Statthalter hatten «für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen» und hatten weitgehende Befugnisse. Sie konnten zum Beispiel die jeweilige Landesregierung ernennen und entlassen sowie eigenmächtig Entscheidungen von Landräten rückgängig machen.
- 11 Gemeint ist das Konzentrationslager Dürrgoy-Breslau.
- 12 In der Wochenzeitschrift «The New Statesman and Nation» erschien am 5. August und am 19. August 1933 ein zweiteiliger Beitrag eines «Ernst Henri» über «Die revolutionäre Bewegung in Deutschland». Der Autor beschreibt darin in übertrieben optimistischer Weise das Netzwerk kommunistisch geführter illegaler Zellen, die Untergrundpresse und die antifaschistische Agitation in Deutschland. «Henri» spricht von einer «politischen und journalistischen Revolution», gegen die auch die Geheime Staatspolizei machtlos sei. Autor könnte der kommunistische Journalist und Politiker Alexander Abusch sein, der nach illegaler Tätigkeit im Ruhrgebiet

- im Mai 1933 in das Saarland emigrierte. Nach Angaben im Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, S. 2f, verwandte Abusch u. a. das Pseudonym «Henri».
- 13 Max Hoelz, Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, war aufgrund seiner führenden Rolle beim mitteldeutschen Arbeiteraufstand im März 1921 verhaftet worden. Seine lebenslange Gefängnisstrafe endete 1928, eine Folge des Amnestiegesetzes. 1933 erkrank Hoelz unter ungeklärten Umständen in der Sowjetunion.
 - 14 Die alte englische Ballade «The Children in the Wood», auch bekannt unter dem Titel «The Babes in the Wood», erzählt die Geschichte eines Kindermordes. Der Junge und das Mädchen befinden sich in der Obhut ihres Onkels, der sie umbringen lassen will, um den vererbten Besitz zu bekommen. Zwei von ihm gedungene Räuber entführen die Kinder. Der eine Räuber aber ist «sanfter» und bekommt Gewissensbisse. Deshalb tötet er seinen Komplizen und lässt die Kinder im Wald zurück, wo sie verhungern.
 - 15 Die Sozialdemokratin Margarethe Lüdemann, Frau des ehemaligen Oberpräsidenten von Niederschlesien Hermann Lüdemann hatte Anfang August 1933 in einem Schreiben an Hitler die Haftbedingungen in Dürrgoy-Breslau kritisiert. Sie wurde deshalb in das Frauengefängnis Breslau eingewiesen.
 - 16 Über die Haltung des jahrelang sehr einflussreichen Generals von Schleicher und ihm verbundener Reichswehrkreise, deren Konzept der «Zähmung» Hitlers offensichtlich gescheitert war, spekulierte man in jenen Monaten viel. Eine Reihe von Schleichers Mitarbeitern wurde 1933 entlassen, Schleicher selbst am 30. Juni 1934 ermordet. Vgl. Müller, Das Heer und Hitler, S. 61 und 75.

6. September 1933

- 1 Es handelt sich hier um ein Schreiben Diels' vom 22. August 1933. Diels' Klage über die Einmischung «höherer Staatsbeamter» wurde vom Reichsinnenministerium zurückgewiesen. Dessen Staatssekretär Pfundtner missbilligte in seiner Antwort an Diels die Vorgehensweise des Geheimen Staatspolizeiamtes, das als «nachgeordnete Behörde» sich nicht direkt an die Reichsministerien wenden sollte. Inhaltlich stimme das Ministerium mit Diels' Meinung überein, Staatsbeamte dürften nicht ohne dienstliche Weisung Auskunft über Aufenthaltsort und Gründe der Festnahme politischer Gefangener verlangen. Vgl. Schattenfroh/Tuchel, Zentrale des Terrors, S. 118f.
- 2 Die britische Mandatsregierung teilte die nach Palästina auswandernden deutschen Juden in Kategorien ein. Halbjährlich stellte sie die Gesamtzahl von Einwanderern der jeweiligen Kategorie fest. Die Kategorie A umfasste «Einwanderer mit eigenem Vermögen». Noordewier meint hier die Kategorie A 1 («Kapitalisten»), die verpflichtet waren, ein Eigenvermögen von 1'000 Pfund vorzuweisen. Für Palästina-Auswanderer der Kategorie A 2 («Freie Berufe») wurde ein Eigenkapital von 500 Pfund festgesetzt. Vgl. Cohn/Gottfeld, Auswanderungsvorschriften, S. 39 f.
- 3 Die Artikel erschienen am 1., 3., 4. und 5. August 1933, jeweils in der Abendausgabe des «NRC», unter der Überschrift «Deutschland und Italien». Der Vergleich war eher langatmig und was die Analyse anging nicht gerade tiefschürfend. Noor-

dewier nannte die Beiträge am 5. August selbst «lediglich oberflächliche Artikel». Was genau den Ärger bei den deutschen Behörden auslöste, ist nicht unmittelbar ersichtlich. Diese bauschten manchmal auch harmlose Äusserungen zu «Greuelhetze» auf. So mag vielleicht Noordewiers Kritik am nationalsozialistischen Sammelunwesen den Unmut hervorgerufen haben. Dieses stelle die Berufsbettelei der Zeit vor 1933 weit in den Schatten, so der Korrespondent am 1. August 1933.

- 4 «Frontkämpfer» des Ersten Weltkrieges wurden zeitweise ausdrücklich von den Berufsverböten für Juden ausgenommen.
- 5 In der Synagoge der Berlinerjohannisstrasse wurde der Gottesdienst von den Gemeindegliedern, die dem Reformjudentum nahestanden, nicht am Sabbat, sondern am Sonntag gefeiert.
- 6 In der Grenadierstrasse im «Scheunenviertel» wohnten vor allem arme Juden, die seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor den dortigen Pogromen aus Osteuropa geflohen waren. Vgl. Geisel, Im Scheunenviertel.
- 7 Goebbels und ihm nahestehende SA-Führer schauten sich den «heroischen» Film über Horst Wessel, bis auf die Schlussszene, im Sommer 1933 an. Die Zuschauer waren sehr angetan. Im Oktober 1933 aber wurde der Film verboten, weil durch die schlechte darstellerische Leistung, so Goebbels, Wessels Rolle herabgewürdigt werde. Der Film wurde erst nach Entfernung jeder direkten Anspielung auf das Leben Horst Wessels freigegeben, unter dem Titel «Hans Westmar, Einer von vielen. Ein deutsches Schicksal aus dem Jahre 1929». Vgl. Wulf, Theater und Film, S. 389 f, und Schulthess 1933, 9.10.1933.
- 8 Der 1901 gegründete Verein leistete in Not geratenen Juden Hilfe.
- 9 S. S. 54.
- 10 Hier ist vermutlich eine Foltermethode gemeint, bei der der Gefangene gezwungen wird, lange Zeit mit ausgestrecktem Arm ein schweres Gewicht zu halten.
- 11 Korrespondent des «Telegraaf» in Berlin war Jan Stoffels.

13. September 1933

- 1 Willi Münzenberg, talentierter kommunistischer Publizist, gründete und leitete bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten einen grossen «Medienkonzern» in Berlin, der Bücher, Zeitschriften und Filme herausbrachte, wie etwa die «Arbeiter Illustrierte-Zeitung». Im französischen Exil, in das er unmittelbar nach dem Reichstagsbrand floh, setzte er seine publizistischen und politischen Aktivitäten gegen den Nationalsozialismus fort. 1933 veröffentlichte er in Paris, unter offizieller Herausgeberschaft des Welthilfskomitees für die Opfer des deutschen Faschismus, das vielbeachtete «Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror».
- 2 Die niederländische «Nationaal-socialistische Beweging» wurde 1931 gegründet. Ihr «Führer» war Anton A. Mussert.
- 3 Hendrik Colijn, Politiker der orthodox-protestantischen «Antirevolutionären Partei», hatte zwar gewisse Sympathien mit Elementen autoritärer Herrschaftsformen, wurde aber von den niederländischen Nationalsozialisten als Gegner bekämpft. Henri Blanche-Koelensmid war seit etwa 1920 in Berlin als Journalist tätig, zunächst für eine niederländische Presseagentur, danach für die Tageszeitungen

«Rotterdamsch Nieuwsblad» und «Het Vaderland». Der nach Aussagen von Kollegen schwer alkoholranke Koelensmid kündigte Anfang April 1933 die Zusammenarbeit mit dem liberalen «Vaderland» auf. Dem Chefredakteur schrieb er, das Blatt beteilige sich «an der Verbreitung antideutscher Tendenzen durch Prosemiten». Seine «objektive und offenbar ungewünschte Berichterstattung», die auch für die deutsche Regierung Positives erwähne, werde dagegen von der Redaktion nicht aufgenommen. Für das «Rotterdamsch Nieuwsblad» arbeitete Blanche-Koelensmid nach 1933 weiter, übersetzte aber auch hin und wieder Texte für das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Von September 1939 an war er Leiter der Niederlande-Redaktion des deutschen Propagandasenders Bremen. Vgl. Stoop, Niederländische Presse, S. 405 f.

30. September 1933

- 1 Am 21. September 1933 hatte in Leipzig der Reichstagsbrandprozess gegen Marinus van der Lubbe, die bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff sowie den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der KPD, Ernst Torgler, begonnen. Anfang Oktober wurde der Prozess zeitweise in Berlin fortgesetzt.
- 2 Gemeint ist der niederländische Gesandte in Berlin, J. P. Graaf van Limburg Stirum.
- 3 Offenbar hatte Noordewier mit Drion vereinbart, in deutschen Zeitungen die Behandlung einer die Niederlande betreffenden Angelegenheit anzuregen. In seinen weiteren Berichten kommt er hierauf nicht zurück.
- 4 Die Bulgaren konnten beim Reichstagsbrandprozess beweisen, dass sie van der Lubbe noch nie gesehen hatten und nicht an der Brandstiftung beteiligt waren.
- 5 Rechtsanwalt Stomps war in der Absicht nach Berlin gereist, van der Lubbe zu verteidigen. Der Angeklagte lehnte dieses Ansinnen jedoch ab.
- 6 Noch keinen Monat später, am 16. Oktober, starb der 1857 geborene Generalkonsul. Mitteilung des niederländischen Aussenministeriums, Den Haag, an den Herausgeber.
- 7 Der niederländische Reporter Johan Luger («De Telegraaf») erhielt von den deutschen Stellen die Genehmigung, mit van der Lubbe zu sprechen. Begleitet vom Kriminologen Söderman (nicht Söderblom), besuchte er den Angeklagten am 26. September in seiner Zelle. Van der Lubbe sagte dem Bericht der Besucher zufolge, er werde gut behandelt und in keiner Weise körperlich oder seelisch misshandelt. Ausländische Zeitungen hatten vermutet, van der Lubbe werde stark unter Druck gesetzt und sein Bewusstsein sei durch Injektionen getrübt. (Vgl. Schouten, Rinus van der Lubbe, S. 113 ff.) Lugers Artikel auf der Titelseite des «Telegraaf» vom 27. September 1933 kam der deutschen Propaganda gut zustatten. Am 28. September berichtete der «Völkische Beobachter» über Lugers Besuch. Zur Überschrift «Der öffentlichste Prozess in der Geschichte des Rechts» lautete die Unterzeile: «Ausländer stellen an Ort und Stelle den Schwindel der jüdischen Presse fest – van der Lubbe durchaus normal und gesund».

3. Januar 1934

- 1 Grosse niederländische Presseagentur, 1934 vom neugegründeten «Algemeen Nederlandsch Persbureau» übernommen.
- 2 Torgler und die drei Bulgaren verteidigten sich vor den Augen der internationalen Presse so überzeugend, dass sie nicht verurteilt werden konnten. Vor allem Dimitroff beeindruckte durch seine schlagfertigen Reaktionen auf die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen, insbesondere bei einer direkten Konfrontation mit dem als Zeugen geladenen Göring. Trotz des Freispruchs im Dezember 1933 wurden die Bulgaren erst am 27. Februar 1934 unter dem Druck einer internationalen Kampagne entlassen. Der ebenfalls freigesprochene Torgler kam erst Ende 1936 auf freien Fuss.

16. Januar 1934

- 1 Noordewiers Bericht ist auf den 10. Januar datiert. Da Noordewier in dem Bericht seinen Artikel im NRC vom 11. Januar erwähnt, hat er ihn entweder am Abend des 10. Januar verfasst, nachdem er seinen Beitrag für den NRC schon abgeliefert hatte, oder es liegt ein Versehen vor. Verbreitet wurde der Bericht vom NBDN am 16. Januar 1933.
- 2 Der deutsche Einmarsch in Belgien 1914 galt angesichts der wiederholt ausgesprochenen Garantie der belgischen Neutralität als Symbol der Missachtung internationalen Rechts durch das Deutsche Reich.
- 3 Im NRC-Artikel über das Thema gibt Noordewier die folgenden Überlegungen lediglich als Meinung von Leuten wieder, die davon ausgingen, bei dieser Einschätzung handele es sich um die Auffassung Görings.

26. Januar 1934

- 1 Gemeint ist Hans Otto, nach der NS-Machtübernahme aufgrund kommunistischer Sympathien entlassen. Am 13. November 1933 wurde Otto von der SA festgenommen und tagelang schwer misshandelt. Nach einem «Fall» aus dem Fenster der SA-Kaserne in der Vossstrasse (also nicht, wie hier gemeldet, der General-Pape-Strasse) wurde Otto ins Krankenhaus gebracht, wo er am 24. November 1933 starb. Vgl. Schattenfroh/Tuchel, Zentrale des Terrors, S. 187 f. Klaus Mann geht in seinem Roman «Mephisto» auf den Fall ein; der Schauspieler heisst dort Otto Ulrich.
- 2 Der Kurs Müllers war die Richtung des nationalsozialistischen «Reichsbischofs» Ludwig Müller, der die evangelische Kirche völlig dem nationalsozialistischen Staat unterordnete.
- 3 Im Januar 1934 gründete SA-Stabschef Röhm eigene SA-»Stabswachen«, bewaffnete Formationen in jeder SA-Gruppe, die ihm persönlich unterstellt waren.
- 4 Der «Ehrendegen» wurde höheren SS-Rängen von Himmler als Auszeichnung verliehen.
- 5 Eine intensive Kooperation war zwischen Reichswehr und SA schon im Sommer 1933 vereinbart worden. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 186.

4. Februar 1934

- 1 Paul Loebe wurde schon im Dezember 1933 aus dem schlesischen Konzentrationslager Dürrgoy-Breslau entlassen. Er blieb in Deutschland, war aber nicht politisch aktiv. Obwohl er keinen Kontakt zur militärischen Opposition hatte, wurde er nach dem 20. Juli 1944 für kurze Zeit in einem Konzentrationslager festgehalten.
- 2 Noordewier bezieht sich auf die Ermordung von vier führenden Kommunisten: John Schehr, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, Eugen Schönhaar, Mitarbeiter des ZK der KPD, Rudolf Schwarz, Mitarbeiter des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und Erich Steinfurth, Vorstandsmitglied der Roten Hilfe Deutschlands. Vgl. Schattenfroh/Tuchel, Zentrale des Terrors, S. 143 f.

16. Februar 1934

- 1 In einem hier nicht aufgenommenen Bericht vom 6. Januar 1934 erwähnte Noordewier den Bau von SA-Kasernen in Döberitz.
- 2 Die nicht veröffentlichte Entscheidung, ein Heer von 300'000 Mann zu schaffen, war zwar schon im Dezember 1933 gefallen, aber zum Zeitpunkt dieses Berichts noch nicht realisiert. Die Reichswehr hatte im Herbst 1934 eine Stärke von ca. 250'000 Mann. Vgl. Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, S. 488 f.
- 3 Ein im Sommer 1933 beschlossenes Programm sah bis zum Herbst 1935 den Aufbau einer Luftflotte mit ca. 600 Frontflugzeugen vor. dabei lag sogar der Schwerpunkt zunächst deutlich auf den Bombern, Vgl. ebenda, S. 569 f.

17. Februar 1934

- 1 S. S. 90.
- 2 Es ist nicht auszuschließen, dass nicht nur die Umstände des Mordes erfunden sind. Möglicherweise sollte damit die Ermordung der vier Männer zu unterschiedlichen Zeitpunkten getarnt werden. Ein deutscher Sozialdemokrat berichtete nämlich, dass John Schehr schon Ende 1933 ermordet worden war. Vgl. Schattenfroh/Tuchel, Zentrale des Terrors, S. 308, Anm. 6.
- 3 Bevor die Exil-SPD in ihrer Prager Zentrale über ein dichtes Netz von Informanten die aus Deutschland herausgeschmuggelten Berichte bündelte und unter dem Titel «Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)» an Vertreter der internationalen Öffentlichkeit und Politik verschickte, wurden nach Bedarf kleinere Berichte wie dieser verbreitet.
- 4 Vgl. zu diesen beiden Vorfällen den Bericht der Roten Hilfe, oben S. 72 f.
- 5 Vgl. hierzu den Bericht von Noordewiers Gewährsmann, oben S. 47 ff.
- 6 Gerhart Seger, der 1932 in der «Leipziger Volkszeitung» die Ausweisung Hitlers als unerwünschter Ausländer gefordert hatte, wurde im März 1933 verhaftet. Im Dezember 1933 gelang ihm die Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg und aus Deutschland nach Prag. «Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten» erschien 1934 in Prag und wurde rasch in verschiedene Sprachen übersetzt.

24. Februar 1934

- 1 Der Autor bezieht sich auf einen Artikel von Bodo Dennewitz im Reichsverwaltungsblatt 55 (1934), Nummer 7, S. 141-142, unter der Überschrift: NSDAP und Berufsbeamtentum, hier nach der Originalfassung zitiert, mit Ausnahme der von Noordewier eingeschobenen Erläuterung in Klammern.

16. März 1934

- 1 Der im Jahr 1905 von Generalfeldmarschall von Schlieffen entwickelte Aufmarschplan sollte die Führung eines Zweifrontenkrieges ermöglichen. Ein rascher Angriff gegen Frankreich und die Überrumpelung Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs sollte dem Deutschen Reich den Rücken freihalten für die Ostfront. Der Plan, der von Schlieffens Nachfolger von Moltke 1914 in modifizierter Form (wobei die Niederlande nicht angegriffen wurden) realisiert wurde, erwies sich als Fehlschlag.
- 2 Gemeint ist die Position Belgiens vor dem Ersten Weltkrieg als strategisch wichtiges Aufmarschgebiet beim Angriff auf Frankreich.
- 3 Diese Bemerkung spielt auf die starke pazifistische Strömung in den Niederlanden an. Zu jenem Zeitpunkt lehnten nämlich unter anderem die Sozialdemokraten, die Freisinnigen Demokraten und die Liberalen eine nationale Aufrüstung strikt ab. Das sollte sich erst in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ändern.

17. April 1934

- 1 Die in Amsterdam erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung «Het Volk» brachte am 6. März 1934 (Abendausgabe) auf der Titelseite einen grossen Artikel unter der Überschrift «„Marschiert durch Limburg!“. Rat von General von Epp. Enthüllungen eines Ex-Generals der Deutschen Reichswehr.» Der Beitrag bezog sich, wie Noordewier vermutet, auf einen Artikel in der Wochenzeitung «Die Wahrheit» (Prag). Darin waren Auszüge aus dem Tagebuch eines nicht namentlich genannten ehemaligen Reichswehrgenerals zitiert worden, die «Het Volk» wiederum zum Teil übernahm. Der anonyme General vermerkte am 12. Juni 1932 in seinem Tagebuch, dass General von Epp, ein überzeugter Nationalsozialist, ihm einen Aufmarschplan für den «nächsten Krieg» vorgelegt habe. Darin war die Anregung an die Heeresleitung enthalten, auch einen Durchmarsch durch das niederländische Limburg zu erwägen. Hitler werde durch entsprechende Propaganda dafür sorgen, so der General, dass die Limburger Bevölkerung es der deutschen Reichswehr nicht schwer machen würde. Die Tagebuchaufzeichnungen, schrieb «Het Volk», würden ein «helles Licht auf die Aktivität deutscher Nationalsozialisten in Limburg (werfen), auf die wir wiederholt hingewiesen haben».
- 2 Trotz des Scheiterns des Zweifrontenkriegs im Ersten Weltkrieg hatte der Schlieffenplan in verschiedenen Variationen auch in den zwanziger Jahren einen starken Einfluss auf die militärischen Diskussionen in Deutschland. Vgl. Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, S. 444 f.
- 3 S. S. 92f.
- 4 Die schon seit Jahren äusserst gespannten Beziehungen zwischen dem Deutschen

- Reich und Polen erhielten mit dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag vom 26. Januar 1934 eine überraschende Wende. Die NSDAP hatte Polen ebenso wie die Tschechoslowakei jahrelang als «Saisonstaat» diffamiert. Die Annäherung brachte dem Regime nach dem Austritt aus dem Völkerbund und dem Verlassen der Abrüstungsverhandlungen in Genf einen Prestigegewinn.
- 5 Im Juni 1933 ordnete Reichswehrminister von Blomberg an, dass, als indirekte Folge des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums», keine jüdischen Soldaten mehr in die Reichswehr aufgenommen werden sollten. Im Februar 1934 wurden die in der Reichswehr noch dienenden jüdischen Offiziere entlassen. Ausgenommen wurden die jüdischen Teilnehmer am Ersten Weltkrieg. Diese Ausnahme galt jedoch nicht für die höheren Ränge. Vgl. Sauer, Mobilmachung der Gewalt, S. 305.
 - 6 Dr. Wilhelm Ziegler, ursprünglich Historiker, arbeitete während des Weltkrieges unter anderem für das Kriegspresseamt und von 1919 bis 1932 für die Reichszentrale für Heimatdienst, eine halb offizielle Propagandainstitution. Er veröffentlichte Artikel zu historischen Themen und war Herausgeber der Zeitschrift der Berliner Hochschule für Politik (Zeitschrift für Politik). 1933 trat Ziegler in den Dienst des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. 1937 publizierte er die antisemitische Broschüre «Die Judenfrage in der modernen Welt», Berlin 1937, und verfasste während des Krieges propagandistische Beiträge für den Rundfunk. Vgl. Wer ist's, 1935; Stockhorst, 5'000 Köpfe; Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, S. 1296, Bd. 5, S. 1435, Bd. 6, S. 2187. In der Bendlerstrasse befand sich das Reichswehrministerium.

19. April 1934

- 1 Abgedruckt ist die Verordnung in Keesings Archiv der Gegenwart, 11.3.1934, J.
- 2 Die Spionageaffäre Sosnowski erwies sich als aufsehenerregender Fall. Im Februar 1935 wurde Sosnowski zu lebenslänglicher Haft verurteilt, jedoch ein Jahr später gegen sieben in Polen inhaftierte Deutsche ausgetauscht. Mehrere in die Spionage verwickelte Mitarbeiterinnen des Reichswehrministeriums wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vgl. Oscar Reile, Geheime Ostfront, S. 127 ff.
- 3 Schriftführer des Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e. V. war 1934 der zweite Korrespondent des «NRC», Karl A. Mayer.
- 4 Seit dem Sommer 1932 war Voitěch Mastný tschechoslowakischer Gesandter in Berlin.
- 5 Zur Geschichte dieses Gefängnisses s. Schattenfroh/Tuchel, Zentrale des Terrors.
- 6 Im Columbiahaus befand sich ebenfalls ein Gefängnis der Gestapo.
- 7 Entgegen Noordewiers Rat ging Popper im Bericht für seine Zeitung auf den Kern der Sache, die militärische Bedeutung der Experimente mit Dampfmotoren bei Henschel, und die politischen Implikationen von Sosnowskis Verhaftung ein. Nur beiläufig erwähnte er die in die Spionagesache verwickelten Gesellschaftskreise. Der Artikel erschien am Sonntag, dem 11. März, also dem Morgen nach dem Treffen Noordewiers mit Popper, auf der Titelseite des «Prager Tagblatts» unter der Überschrift: «Hinter den Kulissen des Polen-Pakts. Der interessante Dampfmotor

- für Flugzeuge. Spionage bei Henschel.» Der Korrespondent wurde noch am selben Tag verhaftet.
- 8 Es handelt sich um den Dichter und Presseattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin, Camill Hoffmann. Dieser erwähnt den Fall Popper in seinem Tagebuch. Vgl. Brügel/Frei, Berliner Tagebuch, S. 181 f.
 - 9 In seinem Buch «Germany Puts the Clock back», das Ende 1932 in den Vereinigten Staaten erschien, stellte Mowrer kritisch das Wiedererstarken von Militarismus und Antisemitismus sowie die Gefahr des zur Macht drängenden Nationalsozialismus dar. Zum Konflikt zwischen dem Verein der Ausländischen Presse und der Reichsregierung um den österreichischen Korrespondenten Paul Goldmann, der inhaftiert war, und um Mowrer, der seinen Rücktritt vom Vereinsvorsitz als Gegenleistung für Goldmanns Freilassung anbot, vgl. Stoop, Niederländische Presse, S. 324 f.
 - 10 Gemeint ist der tschechoslowakische Vizekonsul Dr. Renet. PA, Pol II, Tschechoslowakei Pol 2, Politische Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland, Bd. II. Verbalnote des AA an die Tschechoslowakische Gesandtschaft, 20.6.1934.
 - 11 In Puccinis Oper foltert der römische Polizeichef Scarpia den Maler Caravadosi und dessen Geliebte Tosca. Die Sängerin gibt zunächst nicht nach, muss aber schliesslich doch den Aufenthaltsort des geflohenen früheren Konsuls der Republik, Angelotti, verraten.
 - 12 Aufgrund einer Beschwerde der tschechoslowakischen Gesandtschaft wurde die Behandlung Poppers vom Auswärtigen Amt untersucht. Der Polizeibeamte, der Popper von der Prinz-Albrecht-Strasse in das Columbiahaus bringen liess, wurde aller Wahrscheinlichkeit von seinem Posten entfernt. Popper wurde auch weiterhin bei seiner Arbeit behindert und im Januar 1936 aus Deutschland ausgewiesen. Vgl. Stoop, Das NS-Regime und die Auslandspresse.

20. April 1934

- 1 Noordewier vermischt hier Informationen über verschiedene Organisationen. Mit «Hamburg» meint er wohl den 1923 von Hamburger Wirtschaftskreisen gegründeten «Aufklärungsausschuss Hamburg-Bremen», der mit Hilfe eines internationalen Netzes von Kontaktpersonen zunächst nationalistische, von 1933 an nationalsozialistische Propaganda im Ausland betrieb. Die Auslandsorganisation der NSDAP, die sich auch in den USA stark engagierte, arbeitete mit dem geschickt getarnten Ausschuss zusammen. Vgl. Stoop, Niederländische Presse, S. 42 ff. und 260 ff. Die Auslandsorganisation der NSDAP trat in den USA offener als der Ausschuss auf. Zu den internen Querelen innerhalb des 1933 gegründeten Bundes «Freunde des Neuen Deutschland» und den Verbindungen zu diversen deutschen Institutionen und Organisationen vgl. Kipphan, Deutsche Propaganda, S. 61 ff.

15. Mai 1934

- 1 Der Schriftsteller Ernst Reventlow, seit 1927 Mitglied der NSDAP, und der Historiker und Indologe Jakob Wilhelm Hauer propagierten einen «völkischen» Glauben, der im Gegensatz zum Christentum stand. Im August 1933 gründeten sie zusammen die «Deutsche Glaubensbewegung», die sich zu den Grundsätzen des Na-

- tionalsozialismus bekannte. Nachdem schon 1934 die Führung dieser «Bewegung» von noch radikaleren Nationalsozialisten übernommen worden war, zogen Hauer und Reventlow sich 1935 ganz aus ihr zurück.
- 2 Conrad Gröber, Erzbischof von Freiburg (nicht von Bamberg), wurde aufgrund seiner relativ freundlichen Haltung dem NS-Regime gegenüber auch der «braune Conrad» genannt.
 - 3 Am 20. Juli 1933 unterzeichneten der Vatikan und das Deutsche Reich ein Konkordat. Der katholische Unterricht wurde von deutscher Seite ebenso garantiert wie die «Autonomie» der Kirche. Im Gegenzug bot der Vatikan die Entpolitisierung der Kirche in Deutschland durch Auflösung der katholischen Gewerkschaften, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei. Mit dem Konkordat verschaffte der Vatikan dem NS-Regime internationale Anerkennung. Das Versprechen der deutschen Regierung, die Eigenständigkeit der Kirche zu gewährleisten, wurde nicht eingelöst.
 - 4 Dass Kardinal Faulhaber von Anfang an einen kritischen Kurs vertrat, ist nicht zutreffend. Einige Tage nach der Unterzeichnung des Konkordats schickte er Hitler noch ein begeistertes Danketelegramm. Ende 1933 aber kritisierte Faulhaber die antichristliche Ideologie des Nationalsozialismus und den Totalitätsanspruch des Regimes. Seine Gottesdienste lösten vor Weihnachten 1933 wiederholt nationalsozialistische Gegendemonstrationen aus. Der Erzbischof von Breslau, Adolf Bertram, distanzierte sich schon im März 1933 vom Nationalsozialismus. Für eine Übersicht über die Haltung der Kirchen während der Zeit des Nationalsozialismus s. Denzler/Fabricius, Die Kirchen im Dritten Reich.

2. Juni 1934

- 1 Am 3. Mai 1934 gab Goebbels den Auftakt zu einer grossangelegten Propagandakampagne gegen «die Miesmacher und Kritiker, gegen die Gerüchtemacher und Nichtskönner, gegen Saboteure und Hetzer (...), die immer noch glauben, die klare Aufbauarbeit des Nationalsozialismus stören zu können». S. Domarus, Bd. 1, S. 382 f.
- 2 Pembroke Stephens reiste im Mai 1934 durch Deutschland und berichtete in Artikeln über Details der deutschen Luftrüstung. Er wurde verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen. Einige Tage später wurde er unter dem Verdacht der Spionage erneut verhaftet und kurz darauf ausgewiesen. Vgl. Stoop, Niederländische Presse, S. 353.

2. Juli 1934

- 1 Diesen Bericht, der am 2. Juli 1934 verbreitet wurde, muss Noordewier unmittelbar vor der Mordaktion des 30. Juni verfasst haben.
- 2 Otto Strasser kämpfte zusammen mit seinem Bruder Gregor innerhalb der NSDAP für eine «linke» Variante des Nationalsozialismus (u. a. für die Enteignung der stets als «jüdisch» bezeichneten «Kapitalisten»). Otto Strasser trat 1930 aus der Partei aus, hatte jedoch mit seinem Aufruf «Die Sozialisten verlassen die NSDAP» keinen Erfolg. Es kam nicht zur erhofften Austrittswelle. Nach seiner Emigration 1933 führte er einen publizistischen Kampf gegen das NS-Regime. Gregor Strasser wurde am 30. Juni 1934 ermordet.

- 3 Es dürfte sich hier um eine grosse Veranstaltung im Wildgehege Schorfheide handeln, wie sie Göring auch am 11. Juni 1934 für das Diplomatische Korps organisierte. Vgl. Brügel/Frei, Berliner Tagebuch, S. 182.

29. August 1934

- 1 Bei dieser Angabe handelt es sich um eine Falschmeldung. Das letzte Gespräch zwischen Hitler und Röhm fand Anfang Juni 1934 in Berlin statt.

11. September 1934

- 1 Am 25. Juli 1934 scheiterte ein Putschversuch der österreichischen Nationalsozialisten. Dabei wurde der mit diktatorischen Vollmachten regierende Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet.

19. September 1934

- 1 Am 19. August 1934 stimmten nach offiziellen Angaben 89,9 Prozent der an einer «Volksbefragung» teilnehmenden Deutschen mit «Ja» auf die Frage, ob die Funktionen von Reichskanzler und Reichspräsident in der Person des «Führers und Reichskanzlers» Hitler vereinigt werden sollten.
- 2 Die Rede, mit der Hitler den Parteitag beendete, ist abgedruckt im Völkischen Beobachter vom 12.9.1934, S. 1-4.
- 3 Die Zentrale der Exil-SPD befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in Prag.

20. Oktober 1934

- 1 Organisation Konsul war eine bewaffnete, geheim operierende Bande, die zu Beginn der Weimarer Republik die demokratische Ordnung bekämpfte. Mitglieder dieser nationalistischen und antisemitischen Organisation waren u. a. verantwortlich für die Morde an Matthias Erzberger (1921) und Walther Rathenau (1922). Nach dem Mord an Rathenau war die Organisation Konsul nicht mehr aktiv. 20 Mitglieder wurden 1924 wegen Mitgliedschaft in einer Geheimorganisation verurteilt.
- 2 Die nationalistische, paramilitärische Organisation Werwolf, 1923 gegründet, wurde 1933 der SA einverleibt.
- 3 In der ehemaligen Kadettenhauptanstalt in Berlin-Lichterfelde wurde am 30. Juni und am 1. Juli 1934 eine Reihe von SA- und SS-Leuten ermordet.
- 4 Am 17. Juni 1934 hielt Vizekanzler von Papen in der Universität Marburg eine Rede, in der er harte Kritik an der politischen Entwicklung übte. Hitler sollte sich von schlechten Beratern trennen und ein besseres Regime einführen – eine Anspielung auf die Wiedereinführung der Monarchie, die angesichts des allgemein erwarteten baldigen Todes Hindenburgs von Kreisen um Papen angestrebt wurde. Goebbels versuchte vergeblich, die Verbreitung des Redetextes zu verhindern, der auch in manchen Zeitungen abgedruckt wurde.

24. November 1934

- 1 Noordewiers eigener Zeitungsausschnittsammlung zufolge handelt es sich um die «NRC»-Morgenausgabe des 16. November 1934. Versammlungsleiter war laut diesem Bericht Erich Hilgenfeldt, der Führer der Winterhilfe.
- 2 Nur diese letzte Information über das Vernichten des Saalschmucks fehlt in Noordewiers Bericht, wie er im NRC erschien.

29. November 1934 (I)

- 1 Norman Ebbutt galt als einer der bestinformierten Ausländskorrespondenten in Berlin. Im Sommer 1937 wurde er aus Deutschland ausgewiesen, als Antwort auf die Ausweisung mehrerer deutscher, als «Journalisten» arbeitender Nationalsozialisten aus England.

29. November 1934 (II)

- 1 Trotz der beachtlichen Ausweitung des militärischen Flugzeugbaus seit Anfang 1933 suggeriert Noordewier – angesichts der Geheimhaltung begreiflich – einen höheren Stand der Flugzeugindustrie als diese in Wirklichkeit damals hatte. BMW und Siemens stellten im Oktober 1934 fest, dass sie gemeinsam eine Jahresproduktion von 3'000 Motoren nur dann erreichen könnten, wenn die Voraussetzungen dafür vom Luftfahrtministerium geschaffen würden. Die tatsächliche Produktion lag zu jenem Zeitpunkt noch niedriger. Vgl. Homze, *Arming the Luftwaffe*, S. 83 ff.

18. Februar 1935

- 1 Die zitierten Passagen wurden hier übernommen aus dem Völkischen Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 9.2.1935, «Politische Brunnenvergiftung des Giornale d'Italia». Die Erläuterungen in Klammern hat Noordewier eingefügt.
- 2 Das Aussenpolitische Amt war die auf aussenpolitischem, das Wehrpolitische Amt auf militärischem Gebiet zuständige Parteiinstanz. Keiner von beiden gelang es auf Dauer, entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik auszuüben.
- 3 Als Fussnote gab Noordewier eine Meldung aus der Nationalsozialistischen Korrespondenz (NSK) wieder:
«Hierzu ein Beispiel einer solchen Meldung:
Reichs- und Gauleiter-Tagung.
Am 14. und 15. Februar in Berlin.
Wie die NSK erfährt, findet am 14. Februar in Berlin eine Reichsleitertagung und am 15. Februar eine Gauleitertagung statt. An den Eröffnungsfeierlichkeiten der Deutschen Automobilausstellung 1935 am 14. Februar nehmen sämtliche Reichs- und Gauleiter teil.»

5. März 1935

- 1 Der erste der insgesamt «25 Punkte des Programms der NSDAP» vom Februar 1920 lautete: «Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Gross-Deutschland.» Abgedruckt bei Hofer, *Der Nationalsozialismus*, S. 28.
- 2 Es muss sich hier um eine freie, ungenaue Wiedergabe dieser Propagandaparole handeln. Denn die nationalsozialistische Kampagne zugunsten des Wiederanschlusses der Saar an das Reich betonte gerade die rein nationale Komponente und vermied aus taktischen Erwägungen die offene Identifizierung Deutschlands mit Hitler.
- 3 Die Österreichische Legion war eine paramilitärische Organisation unter dem Kommando der SA. Sie war zusammengestellt aus österreichischen Nationalsozia-

listen, die aus Österreich geflohen oder ausgewiesen worden waren. Nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 1934 wurde die Legion aus dem bayrischen Grenzgebiet zurückgezogen, um die Atmosphäre zwischen beiden Ländern zu entspannen.

- 4 Theodor Habicht, Führer der Auslandsorganisation der NSDAP in Österreich, mischte sich bis zu seiner Ausweisung aus Österreich im Juni 1933 aktiv in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Er arbeitete eng zusammen mit dem österreichischen Nationalsozialisten und Gauleiter in Wien, Frauenfeld, der sich nach dem gescheiterten Putschversuch 1934 nach Deutschland absetzte.

19. März 1935

- 1 Walter Darré, Landwirtschaftsminister und Reichsbauernführer, betonte die Bedeutung des «Bauernstandes» für die «Gesundheit» des deutschen Volkes und war ein fanatischer Anhänger rassistischer Vorstellungen von der Reinheit von «Blut und Boden».
- 2 Ein vergleichbarer Bericht von Tyszkas war 1934 noch veröffentlicht worden: von Tyszka, Ernährung und Lebenshaltung. Darin hatte er die Politik der nationalsozialistischen Regierung ausdrücklich gelobt.
- 3 Seit März 1933 gab es Margarine nur noch gegen Gutscheine. Die Regierung versuchte, den Verbrauch von Margarine, für die fast ausschliesslich importierte Grundstoffe verwendet wurden, zu verringern und den Verzehr von Butter zu stimulieren. Die jährliche Höchststration an Margarine pro Person wurde 1934 von 12 auf 9 Kilo herabgesetzt.
- 4 Hier hat sich beim Addieren oder beim Übertragen des Noordwier-Briefes durch das NBDN ein Rechenfehler eingeschlichen; nach den Angaben muss die Gesamtzahl der Beschäftigten höher sein.

21. März 1935

- 1 Der Artikel, auf den sich Noordwiers Brief an einen Kollegen (wahrscheinlich des NRC) bezieht, ist im Archiv des NBDN nicht erhalten.

7. Juni 1935

- 1 Noordwier sah die Entwicklung richtig voraus. Am 7. März 1936 rückte die Wehrmacht im Rheinland ein.
- 2 Die Feldpolizei erfüllte innerhalb des Bereichs der Reichswehr bzw. der Wehrmacht die Funktion, die ausserhalb die Gestapo hatte.
- 3 Im März 1935 verfügte die Luftwaffe über ca. 2'500 Flugzeuge, von denen ca. 800 einsatzbereit waren. Das Programm vom Juli 1934 sah bis März 1938 die Beschaffung von etwa 17'000 Flugzeugen vor. Vgl. Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, S. 577 ff.

4. Juli 1935

- 1 Die Explosion bei Wittenberg an der Elbe ereignete sich am 13. Juni 1935. Fast 60 Menschen wurden getötet, hunderte wurden verletzt.
- 2 Die verantwortlichen Stellen erwiesen sich nicht als grosszügig. Die Opfer des Unglücks wurden aus einem Fonds des Unternehmens entschädigt, aus dem schon den Überlebenden einer Explosion im Jahr 1917 eine Invaliditätsrente gezahlt wurde.

Dieser Gruppe wurde die Rente nun um mehr als die Hälfte gekürzt; der Fonds wurde nicht aufgestockt. So wurden die Verunglückten auf Kosten der Rentner aus dem Jahr 1917 entschädigt, wie die Deutschland-Berichte der Sopade meldeten (1935, S. 1454f).

31. Juli 1935

- 1 Am 18. Juni 1935 wurde im deutsch-englischen Flottenvertrag festgelegt, dass die deutsche Kriegsmarine maximal bis auf die Stärke von 35% der englischen Seemacht erweitert werden dürften. Für U-Boote wurde sogar Parität vereinbart. Der Vertrag bedeutete eine faktische englische Anerkennung der deutschen Aufrüstung.
- 2 Im Frühjahr 1935 verstärkte das NS-Regime die Kampagne gegen die Juden. Es kam vielerorts zu Übergriffen und Gewalttaten, wie etwa Plünderungen von Geschäften jüdischer Inhaber. Im Juli 1935 ereigneten sich auch in Berlin antisemitische Angriffe. Der deutschen Presse zufolge wurden die Ausschreitungen durch die jüdischen Proteste gegen einen in den Kinos gezeigten antisemitischen Film aus Schweden provoziert.
- 3 Die Festnahme einiger bei den Übergriffen beteiligter Nationalsozialisten durch die Polizei wurde von Goebbels, der auch Gauleiter von Berlin war, zum Anlass genommen, den Berliner Polizeipräsidenten Levetzow zu entlassen und durch den Polizeipräsidenten von Potsdam und SA-Mitglied Graf Helldorf zu ersetzen.
- 4 Wahrscheinlich ist hier nicht der zweite NRC-Mitarbeiter Karl Mayer, sondern Noordewier selbst gemeint. Die Namensnennung des Korrespondenten des NBDN selbst wurde offenbar in den Berichten selbst vermieden.
- 5 Noordewier schrieb diesen Bericht also in den Räumen der niederländischen Gesandtschaft in Berlin.

16. August 1935

- 1 Gördeler hatte den Posten des Preiskommissars bereits Ende Juli 1935 niedergelegt. Formell war er auch während seiner Tätigkeit als Preiskommissar Bürgermeister. Möglicherweise hat Noordewier diesen Bericht, der Mitte August durch das NBDN verbreitet wurde, vor dem Zeitpunkt von Gördelers Rücktritt verfasst.

21. August 1935

- 1 Auch andere Quellen belegen, dass im Sommer 1935 verstärkt über die Möglichkeit einer Rückkehr zur Monarchie und der Errichtung einer Militärdiktatur spekuliert wurde. Vgl. Kershaw, *The Hitler Myth*, S. 74 f. sowie die dort genannten Deutschland-Berichte der Sopade, insbesondere 1935, S. 895 und 899.
- 2 Ministerialdirektor Richard Meyer wurde zum 1. Januar 1936 aufgrund der Bestimmungen des «Reichsbürgergesetzes» (S. unten) in den Ruhestand versetzt. Mitteilung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes.

9. Oktober 1935

- 1 Anlässlich des Nürnberger Reichsparteitages der NSDAP verabschiedete der Reichstag drei antijüdische Gesetze: das «Reichsflaggengesetz», das «Reichsbür-

geresetz» und das «Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre». Diese unter dem Begriff «Nürnberger Gesetze» zusammengefassten Bestimmungen verboten u. a. Ehen und Geschlechtsverkehr zwischen «Ariern» und Juden sowie das Zeigen der Reichsflagge durch Juden. Zudem wurden den Juden die Reichsbürgerschaft entzogen.

- 2 Positiv reagierte nur das orthodoxe Blatt «Der Israelit» auf das Verbot der Mischehe. Bei anderen jüdischen Zeitungen gab es keine Zustimmung. Sie klammerten sich höchstens noch an die Hoffnung, dass wenigstens noch ein Rest eigenständigen jüdischen Lebens gewährleistet würde, die Nürnberger Gesetze also der Abschluss der antijüdischen Massnahmen seien. Vgl. Freedon, Jüdische Presse, S. 74 ff.
- 3 Nationalsozialistische Handels- und Gewerbeorganisation.

9. Dezember 1935

- 1 Um der Boykottbewegung im Ausland zu begegnen, wurde die Hochspringerin Gretel Bergmann zu den Vorbereitungslehrgängen und den Prüfungswettkämpfen eingeladen. Obwohl sie Mitinhaberin des deutschen Rekordes von 1,60 m war und hätte nominiert werden müssen, wurde ihr die Teilnahme an den Olympischen Spielen aber verwehrt. Die in den USA lebende Fechterin Helene Mayer, nach NS-Vorstellungen «Halbjüdin», wurde ohne Teilnahme an Qualifikationswettbewerben nominiert und nahm an den Spielen teil. Sie gewann die Silbermedaille im Florettfechten und entbot bei der Siegerehrung den Hitlergruss. Vgl. Teichler, 1936 – Ein olympisches Trauma, S. 57 ff.
- 2 Überliefert ist dieses Zitat vom Präsidenten der American Olympic Association, Avery Brundage, der sich angeblich zur persönlichen Information auf Deutschlandreise begeben hatte, das Ergebnis der Reise aber schon vorher schriftlich festgelegt hatte. Vgl. Ebenda, S. 58. Möglicherweise hat Baillet Latour, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, dieses «Argument» von Brundage übernommen.
- 3 Bergmanns gute Leistungen wurden als «zu unbeständig» bezeichnet.
- 4 Am 2. Mai 1935 unterzeichneten Frankreich und die Sowjetunion einen Beistandspakt. Erst im März 1936 war die Ratifizierung durch das französische Parlament und den Senat gesichert.
- 5 Den «Reichswettkampf der SA-Stürme» hatte Hitler in seiner Eigenschaft als Oberster Führer der SA Ende Juni 1935 angeordnet. Schulthess 1935, S. 137.

Literaturverzeichnis

Nachlagewerke

Für die Erläuterungen ohne nähere Angaben von Spezialliteratur wurde von folgenden Veröffentlichungen Gebrauch gemacht:

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York, unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, 3 Bde., München etc. 1980-1983

Brackmann, Karl-Heinz und Birkenauer, Renate, NS-Deutsch. «Selbstverständliche Begriffe» und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 1988 (Europäisches Übersetzer-Kolloquium Straelen, Glossar Nr. 4)

Das Grosse Lexikon des Dritten Reiches

Herausgegeben von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig, München 1985
Keesings Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn etc. 1933-1935

Neue Deutsche Biographie, Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953 ff.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933-1935, München 1934-1936

Stockhorst, Erich, 5'000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Kiel 1986 Wer ist's?
Hrsg. von Hermann A. L. Degener, Berlin 1935, 10. Auflage

Für die Einleitung und die Erläuterungen wurden folgende Quellen und Darstellungen zu Rate gezogen:

Persönliche Mitteilungen

Folgenden Personen danke ich herzlich für mündliche und schriftliche Mitteilungen:

A.F.M. Benz (Rijswijk, 1982)

E. Asser-Drion (Blaricum, 1987)

Micaela Noordwier (Berlin, 1987)

Stéphane Roussel, (Paris 1987)

A. Noordwier-Jagtenberg (Leusden, 1989)

Jan Stoffels (Amsterdam, 1983)

Bernard van Tijn (Amsterdam, 1987)

Archivalien

Algemeen Rijksarchief, 's Gravenhage (ARA):
Archief van de Raad van Ministers, 2.02.05, nr. 319
Archief van het Nationaal Bureau voor Documentatie over Nederland (NBDN),
2.19.26 (Archiv NBDB)
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA):
Presse-Abteilung
Konsulat Rotterdam
Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam (RvO):
Collectie FO/SD

Veröffentlichte Quellen und Literatur

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, Teil 1, 1933/34, Bd. 1,
bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983
Brügel, Johann Wilhelm und Frei, Norbert
Berliner Tagebuch 1932-1934. Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Diplo-
maten Camill Hoffmann, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988),
Heft 1., S. 131-183
Charakteristik der Auslandspresse
Hrsg. vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Berlin,
Mai 1940
Cohn, Heinz und Gottfeld, Erich
Auswanderungsvorschriften für Juden in Deutschland, Berlin 1938
Deist, Wilhelm
Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: ders. u. a., Ursachen und Voraussetzungen des
Zweiten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1989 (2. Auflage), S. 439-637
Denzler, Georg und Fabricius, Volker
Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand? 2 Bde.,
Frankfurt a.M. 1984
Dennewitz, Bodo
NSDAP und Berufsbeamtentum, in: Reichsverwaltungsblatt 55 (1934), Nr. 7,
S. 141-142
Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-
1940, Frankfurt a.M. 1980
Domarus, Max (Hrsg.)
Hitler – Reden und Proklamationen 1932-1945, München 1965 (2. Auflage)
Doolaard, A. den und Looi, Levinus J. van
Wapen tegen Wapen. Over het werken van socialistische Journalisten in de fascis-
tische landen, Amsterdam 1936
Foitzik, Jan
Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer
Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berück-
sichtigung des Exils, Bonn 1986
Freeden, Herbert
Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987

- Holzweissig, Gunter, Das Deutschlandbild der britischen Presse im Jahre 1935, phil. Diss. Hamburg 1967
- Homze, Edward L., Arming the Luftwaffe. The Reich Air Ministry and the German Aircraft Industry 1919-1939, Lincoln/London 1976
- Kershaw, Ian, The «Hitler Myth»: image and reality in the Third Reich, Oxford 1987
- Kipphan, Klaus, Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten 1933-1941, Heidelberg 1971 (Beihefte zum Jahrbuch für Amerikastudien, Heft 31)
- Koch, Werner, Sollen wir K. weiter beobachten? Ein Leben im Widerstand, Stuttgart 1982
- Langhoff, Wolfgang, Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, Zürich 1935 (Nachdruck Stuttgart 1973)
- Lochner, Louis P., Always the Unexpected. – A book of reminiscences, New York 1956
- Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989
- Longerich, Peter, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987 (Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 33)
- Lorant, Stefan, I was Hitler's prisoner, London 1935, in der deutschen Urfassung: Ich war Hitlers Gefangener. Ein Tagebuch 1933, München 1985
- Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, hrsg. Von Heinz Boberach, Herrsching 1984
- Mowrer, Lilian T., Journalist's Wife, London/Toronto 1938
- Müller, Klaus Jürgen, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart 1969 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 10)
- Nederlandsche Staatscourant, 's Gravenhage, Jahrgang 1936
- NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, hrsg. von Hans Bohrmann, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, Bd. 3/I, München etc. 1987
- Pingel, Falk, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978 (Reihe Historische Perspektiven, Bd. 12)
- Reile, Oscar, Geheime Ostfront. Die deutsche Abwehr im Osten 1921-1945, München-Wels 1963

- Roussel, Stéphane, Die Hügel von Berlin. Erinnerungen an Deutschland, Hamburg 1986
- Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt. Bd. 3 von: Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems 1933/34, Berlin/Wien 1974
- Schattenfroh, Reinold und Tuchel, Johannes, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Strasse 8. Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987
- Schouten, Martin, Rinus van der Lubbe 1909-1934, Amsterdam 1986
- Schwarzbuch, Das, Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, Hrsg. vom Comité des Délégations Juives, Paris 1934 (Nachdruck Hamburg 1983)
- Schwarzenbeck, Engelbert, Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise 1938, München 1979 Shirer, William L.
- Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934-1941, New York 1941
- Shirer, William L., The Nightmare Years. 1930-1940. A Memoir of Life and Times, Boston/ Toronto 1984
- Smith, Howard K., Last train from Berlin, London 1942, deutsch unter dem Titel: Feind schreibt mit. Ein amerikanischer Korrespondent erlebt Nazi-Deutschland, Berlin 1982
- Stoop, Paul, Niederländische Presse unter Druck. Deutsche auswärtige Pressepolitik und die Niederlande 1933-1940, München etc. 1987
- Stoop, Paul, «Licht in ein dunkles Zimmer bringen...»? Ausländische Korrespondenten in Berlin 1933-1939, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1988, S. 81-104
- Stoop, Paul, De geheime rapporten van H.J. Noordewier – Berlijn 1933-1935, Amsterdam 1988
- Stoop, Paul, Das NS-Regime und die Auslandspresse. Wie der Prager jüdische Journalist Ernst Popper 1934 in Gestapohaft kam, in: Tribüne (Frankfurt am Main), Dezember 1989, S. 156-166
- Stoop, Paul, Historiker und Diplomat. Pieter Geyl als Presseattaché in London 1919-1935, in: Interbellum und Exil. Liber Amicorum für Hans Würzner, Hrsg. von S. Onderdelinden, Amsterdam (im Druck)
- Teichler, Hans Joachim, 1936 – Ein olympisches Trauma. Als die Spiele ihre Unschuld verloren, in: Manfred Blödorn (Hrsg.), Sport und Olympische Spiele, Reinbek 1984, S. 47-76

- Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem «Prinz-Albrecht-Gelände». Eine Dokumentation, Hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987
- Tuchel, Johannes, Herrschaftssicherung und Terror. Zur Funktion und Wirkung nationalsozialistischer Konzentrationslager 1933 und 1934, Berlin 1983 (FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, Occasional Papers Nr. 7)
- Tyszka, Carl von, Ernährung und Lebenshaltung des deutschen Volkes. Ein Beitrag zur Erkenntnis des Gesundheitszustandes des deutschen Volkes, Berlin 1934
- ,Voor u persoonlijk'. Brieven van minister van buitenlandse zaken jhr. A. C. D. de Graeff aan gezant J.P. van Limburg Stirum (1933-1937), hrsg. von W.J.M. Klaassen, 's-Gravenhage/Hilversum 1986 (Nederlandse Historische Bronnen, uitgegeven door het Nederlands Historisch Genootschap, VI)
- Vree, Frank van, De Nederlandse pers en Duitsland 1930-1939. Een Studie over de vorming van de publike opinie, Groningen 1989
- Willis, Edward F., Prince Lichnowsky, Ambassador of Peace. A study of Prewar Diplomacy 1912-1914 Berkeley/Los Angeles 1942
- Wulf, Joseph (Hrsg.), Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Berlin 1983

Bildnachweise:

S. 39, S. 49, S. 69, S. 177 – Ullstein Bilderdienst; S. 59, S. 195 – Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz; S. 65, S. 141 – Bildarchiv «Der Tagesspiegel», S. 119 – Tribüne Verlag; Umschlag, S. 6, S. 11 – Paul Stoop.

Personenregister

Nur die Funktionen werden aufgeführt, die im Kontext dieser Edition von Bedeutung sind.

- Abusch, Alexander kommunistischer Publizist und Politiker 208,209
- Bade, Wilfried, Mitarbeiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda 80
- Baillet-Latour, Henry de (1887-1942) Präsident des Internationalen Olympischen Komitees 197, 222
- Barth, Karl (1886-1968), Evangelischer Theologe, aktiver Gegner des Nationalsozialismus 13
- Beerfelde, Hans Georg von Hauptmann des deutschen Heeres, nach dem Ersten Weltkrieg pazifistischer Publizist 41, 207
- Belinfante, Mitarbeiter der Presseagentur «Vaz Dias» 82
- Benesch, Eduard (1884-1948), Außenminister der Tschechoslowakischen Republik 124
- Benz, A.F.M. (1908-1988), NRC-Korrespondent in Berlin (1941-1953) 7, 23, 34
- Berens, Korrespondent der «National-Zeitung» (Basel) in Berlin 169
- Berg, Josef von, Direktor der Luftfahrtabteilung bei Siemens 102
- Bergmann, Gretel, deutsche Hochspringerin 196, 197, 222
- Bergner, Elisabeth (1897-1986) Österreicheische SchauspielerIn, emigrierte 1933 nach England 129
- Berning, Wilhelm, Bischof von Osnabrück 132
- Bertram, Adolf (1859-1945) Erzbischof von Breslau, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz 132, 217
- Blanche-Koelensmid, Henri Niederländischer Korrespondent in Berlin und NS-Sympathisant 11, 77, 210, 211
- Blankenstein, Marcus van (1880-1963) Korrespondent des NRC in Berlin (1909-1920), Auslandsredakteur des NRC (1920-1936) 17,18, 29-31
- Blomberg, Werner von (1878-1946) Reichswehrminister, vom Mai 1935 an Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht 113, 149,150, 187,191, 215
- Brasch, Martin, Mitglied der jüdischen Gemeinde in Berlin 70
- Brundage, Avery (1887-1975) Präsident der American Olympic Association 222
- Bülow, Bernhard von (1885-1936) Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1930-1936) 84,190
- Colijn, Hendrik (1869-1944), Niederländischer Ministerpräsident (1933-1939) 77, 207, 210
- Darré, Walter (1895-1953), Reichslandwirtschaftsminister und Reichsbauernführer 167, 220
- Deckers, L.N. (1883-1978), Niederländischer Verteidigungsminister (1929-1935) 22
- Diels, Rudolf (1900-1957), Chef der Geheimen Staatspolizei in Preussen (1933-1934) 66, 118, 123, 125, 209
- Dietrich, Sozialdemokrat aus Friedrichsthal, Häftling im KZ Oranienburg 50-52
- Dimitroff, Georgi (1882-1949) Bulgarischer Kommunist, Chef des Büros Westeuropa der Komintern 79, 211

- Dollfuss, Engelberg (1892-1934) Österreichischer Bundeskanzler (1932-1934) 143, 144, 150, 164, 218
- Drion, E. (Asser-), Tochter van F.J.W. Drion, Mitarbeiterin des NBDN (1930-1935) 21, 32, 34
- Drion, F.J.W. (1874-1948)
- Direktor des NBDN (1919-1935) 18-22, 27, 32, 33, 35, 36
- Ebert, Friedrich, Sohn des Reichspräsidenten, 1928-1933 Mitglied des Reichstages (SPD), Juni 1933-Februar 1934 inhaftiert im Konzentrationslager Oranienburg 63
- Ebbutt, Norman., Korrespondent der «Times» in Berlin 156, 219
- Epp, Franz Xaver Ritter von (1868-1946) General, Reichsstatthalter von Bayern 214
- Erzberger, Matthias (1875-1921) Zentrumspolitiker, 1921 ermordet 218
- Fall, Leo (1873-1925), Komponist 86
- Faulhaber, Michael von (1869-1952) Erzbischof von München-Freysing 132, 217
- Fleck, Wolfgang Friedrich Wilhelm Generalleutnant der Infanterie 150
- Frank, Hans (1900-1946), Reichskommissar für die Gleichschaltung der Länderjustiz und Erneuerung der Rechtsordnung, bayrischer Justizminister 85
- Frauenfeld, Alfred Eduard (1898-1977) Nationalsozialistischer Gauleiter von Wien 165, 220
- Friedmann, Filmschauspieler 70
- Frick, Wilhelm (1877-1946), Reichsinnenminister 88, 100
- Fritsch, Werner Freiherr von (1880-1939), Militärbefehlshaber des Bezirks Berlin, 1934 Chef der Heeresleitung, 1935-1938 Oberbefehlshaber des Heeres 150,153,162,188
- Funk, Walter, Pressechef der Reichsregierung 64
- Gaal, Franziska, Ungarische Filmschauspielerin 129
- Geyl, Pieter (1887-1961) Niederländischer Historiker und NBDN-Vertreter in London (1919-1935) 35
- Goebbels, Joseph (1897-1945) Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Gauleiter von Berlin 21, 60, 75, 81, 86, 87, 99, 152, 161, 162, 165, 181, 182, 184, 187, 188, 190, 192, 210, 217, 218, 221
- Gördeler, Carl-Friedrich (1884-1945) 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig, daneben von November 1934 bis Juli 1935 Reichskommissar für Preisüberwachung 155, 168, 186, 221
- Göring, Hermann (1893-1946) Preussischer Ministerpräsident und Luftfahrtminister 85-88, 95, 99, 115, 121,123-125, 133, 135, 137, 139, 140, 150, 155, 172, 190, 212, 214
- Goldmann, Paul, Korrespondent der Wiener «Neue Freie Presse» in Berlin 122, 216
- Graeff, jhr. A.C.D. de (1872-1957) Niederländischer Ausenminister (1933-1937) 19, 20, 22
- Gröber, Conrad (1872-1948) Erzbischof von Freiburg 131,132, 217
- Habicht, Theodor Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in Österreich 165,220
- Hackeisberger, Albert, Unternehmer und Mitglied des Deutschen Reichstages für das Zentrum 131

- Hagedorn, Häftling im KZ Oranienburg 72, 96
- Hamann, Sozialdemokrat aus Friedrichsthal, Häftling im KZ Oranienburg 50-52
- Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von (1878-1943), Chef der Heeresleitung im Generalstab der Reichswehr (1930 bis Januar 1934) 110
- Hauer, Jakob Wilhelm (1881-1962) Mitbegründer der «Deutschen Glaubensbewegung» 130,216
- Heines, Edmund (1897-1934) Schlesischer SA-Obergruppenführer, Kommandant des KZ Dürrgoy-Breslau 58, 141
- Helldorf, Heinrich Graf (1896-1944) Polizeipräsident von Berlin 138, 182, 184, 190, 221
- Henri, Ernst, Pseudonym, s. Abusch, Alexander Hess, Rudolf (1894-1987) «Stellvertreter des Führers» 192
- Hierl, Konstantin, Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium 153
- Hilgenfeldt, Erich, Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk 218
- Himmler, Heinrich (1900-1945), Inspekteur der Preussischen Geheimen Staatspolizei 138, 187, 212
- Hindenburg, Paul von Beneckendorff 1847-1934), Reichspräsident (1925 bis 1934) 66, 84, 143, 148
- Hinze, Berliner Metzger 186
- Hitler, Adolf (1889-1945), Reichskanzler und «Führer» 8, 9, 14, 38, 44, 52, 64, 65, 67, 85, 86, 88-90, 105-107, 113, 135, 138-140, 142, 143, 145, 147, 149-151, 165, 177, 184, 187-190, 192,198, 199, 206, 217-219, 222
- Höltermann, K., Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 169
- Hoelz, Max (1889-1933) Mitteldeutscher Arbeiterführer 58, 209
- Hoffmann, Camill (1878-1944) Presseattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin 216
- Hugenberg, Alfred (1865-1951), vom 30. Januar bis zum 26. Juni 1933 Reichsminister für Wirtschaft und für Landwirtschaft und Ernährung im Kabinett Hitler 44
- Jacobi, Gerhard (1881-1971), Pfarrer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, aktiv in der Bekennenden Kirche 12
- Jessner, Leopold (1878-1945) Regisseur, bis 1930 Intendant des Berliner Staatstheaters 87
- Johst, Hanns, Nationalsozialistischer Schriftsteller, von 1935 an Präsident der Reichsschrifttumskammer 86, 87
- Kaas, Ludwig (1881-1952) Vorsitzender des Zentrums (1928-1933). 1933 in Rom Mitarbeit an der Vorbereitung des Konkordats 131
- Kasper, Wilhelm, Mitglied des Politbüros der KPD 58
- Kattner, Kommunistischer Kurier 95
- Katz, Jüdischer Bürger (Göttingen) 42, 43
- Kirchhofer, Redakteur des «Berliner Tageblattes» 169
- Klautsch, Walter, Häftling im KZ Oranienburg 72
- Kleffens, E.N. van (1894-1983), Leiter der Politischen Abteilung im Niederländischen Aussenministerium von

- 1929 bis 1939 22, 32, 33
- Knobel, Fridolin Marinus (1857-1933) Generalkonsul der Niederlande in Leipzig 80
- Koch, Werner, Pfarrer der Bekennenden Kirche, Informant der ausländischen Presse 13, 14
- Kortner, Fritz (1892-1970), Schauspieler und Regisseur, emigrierte 1933 aus Deutschland 87
- Krüger, SA-Inspekteur des Konzentrationslagers Oranienburg 54, 72, 96
- Kujat, Sozialdemokrat aus Friedrichsthal, Häftling im KZ Oranienburg 50-52
- Langhoff, Wolfgang, Schauspieler, Häftling diverser Konzentrationslager 206
- Lazare, Arzt im Konzentrationslager Oranienburg 72
- Memmer, Ernst (1898-1970), Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Berlin 169
- Levetzow, Magnus von (1871-1939) Polizeipräsident von Berlin (Februar 1933 bis Juli 1935) 182, 221
- Ley, Robert (1890-1945), Führer der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF) 154, 188
- Lichnowsky, Karl Max Fürst von (1860-1928), Deutscher Botschafter in London (1912-1914) 41, 207
- Liebermann, Buchhalter, im KZ Oranienburg inhaftiert 50-52
- Likus, Rudolf, Mitarbeiter von Außenminister von Ribbentrop 33, 34
- Limburg Stirum, J.P. Graaf van Niederländischer Gesandter in Berlin (1927-1937) 19, 20
- Lochner, Louis P (1887-1975) 1928-1942 Bürochef von «Associated Press» in Berlin 16
- Loebe, Paul (1875-1967), von 1920 bis 1932, mit einer kurzen Unterbrechung, Reichspräsident (SPD) 59, 90, 213
- Löwensohn, Arzt in Berlin 126, 127
- Looi, Levenius J. van, bis 1934 Korrespondent von «Het Volk» in Berlin 13
- Lorant, Stefan (geb. 1901) Chefredakteur der «Münchener Illustrierten Presse», 1933 ein halbes Jahr in Schutzhaft 206
- Lubbe, Marinus van der (1909-1934) Niederländischer Rätekommunist, wurde als Reichstagsbrandstifter zum Tode verurteilt 41, 78, 79, 84, 85, 211
- Ludendorff, Erich (1865-1937) Deutscher Generalstabschef im Ersten Weltkrieg 183, 187
- Lüdemann, Hermann (1880-1959) Sozialdemokratischer Oberpräsident von Niederschlesien (1928-1932), von 1933-1935 in verschiedenen Konzentrationslagern 59, 209
- Lüdemann, Margarethe (1888-1973) Sozialdemokratin, in Breslau inhaftiert 64, 209
- Luger, Johan, Reporter des «Telegraaf» 80, 211
- Manasse, Robert Internatsschüler 53
- Mastný, Voitéch, Gesandter der Tschechoslowakischen Republik in Berlin 215
- Mayer, Helene (1910-1953), Fechterin (Silbermedaille 1936 in Berlin) 195-197
- Mayer, Karl A., Zweiter Korrespondent des NRC in Berlin 11, 215, 221, 222

- Metz, Theodor, 1926-1933 Vertreter des NBDN in Deutschland 19, 205
- Meyer, Richard (1884-1956), Leiter der Ostabteilung (Abt. IV) im Auswärtigen Amt 190, 221
- Milch, Eberhard, Staatssekretär der Luftfahrt 173
- Mowrer, Edgar A. (1892-1977), Korrespondent der «Chicago Daily News» in Berlin 122, 216
- Münzenberg, Willy (1889-1940) Kommunistischer Politiker und Publizist 74, 210
- Müller, Ludwig (1883-1945) Nationalsozialistischer «Reichsbischof» 87, 212
- Mussert, Anton Adriaan (1894-1946) Mitbegründer und «Führer» der niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung 77, 210
- Neumann, Häftling im KZ Oranienburg 96
- Neurath, Konstantin Freiherr von (1876-1956)
- Reichsaussenminister von 1932-1938 9, 10, 84, 101, 190
- Noordewier, Hendrik Jan (1880-1941) Korrespondent des NRC und Vertreter des NBDN in Berlin 7, 8, 11, 17-36, 204, 205, 211-213, 215, 216, 218, 219, 221
- Oorschot, J.W. van, Chef des niederländischen Geheimdienstes 22
- Ossietzky, Carl von (1889-1938) Herausgeber der «Weltbühne», 1933-1936 in Konzentrationslagern, Friedensnobelpreis 1935 208
- Otto, Hans (1900-1933), Schauspieler, 1933 von der SA ermordet 87, 212
- Panter, Noel, Korrespondent des «Daily Telegraph» in Deutschland 15
- Papen, Franz von (1879-1969), von Juni bis November 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler im Kabinett Hitler 131, 151, 218
- Pege, SA-Inspekteur des KZ Oranienburg 54, 55
- Pelz, Kaufmann in Göttingen 42, 43
- Pollak, E., Mitarbeiter der Berliner «Künstlerhilfe» 70
- Popoff, Blagoi, Bulgarischer Kommunist, angeklagt im Reichstagsbrandprozess 79, 211
- Popper, Ernst, Korrespondent des «Prager Tagblatt» in Berlin 25, 32, 116-126, 215, 216
- Rathenau, Walther (1867-1922) Reichsaussenminister, 1922 ermordet 218
- Reichenau, Walter von (1884-1942) 1933-1934 Chef des Ministeramtes der Reichswehr, anschliessend Chef des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium 189
- Reichmann, Hans (1900-1964), Syndikus und Direktor des «Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» 70
- Renet, Dr., Vizekonsul der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin 216
- Reventlow, Ernst Graf zu (1863-1943), Mitbegründer und Führer der deutschen Glaubensbewegung 130, 216, 217
- Ribbentrop, Joachim von (1893-1946) Reichsaussenminister (1938-1945) 33
- Riehl, Walter, Nationalsozialistischer österreichischer Landtagsabgeordneter 165
- Roberts, Ralph Arthur Schauspieler 70

- Röhm, Ernst (1887-1934), Stabschef der SA, am 1. Juli 1934 ermordet 89, 94, 140-142, 189, 218
- Rosenberg, Alfred (1893-1946) Ideologe der NSDAP, von April 1933 Chef des Ausenpolitischen Amtes der NSDAP 10, 100, 101, 128
- Roth, Kapellmeister in Berlin 129
- Roussel, Stéphane, Korrespondentin des «Le Matin» (Paris) in Berlin 12
- Schacht, Hjalmar (1877-1970) 1933-1939 Reichsbankpräsident, gleichzeitig 1934-1937 Reichswirtschaftsminister 159, 168
- Schäfer, Max, SA-Sturmchef, Kommandant des KZ Oranienburg 56, 96
- Schaffalitzky de Muckadell, Cai Korrespondent von «Berlingske Tidende» in Berlin 40
- Schehr, John (1896-1934), Mitglied des Zentralkomitees der KPD 213
- Schleicher, Kurt von (1881-1934) General, von Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichskanzler 64, 209
- Schlieffen, Alfred Graf von (1833-1913) Deutscher Generalstabschef (1891-1905) 106,109,110, 214
- Schmidt, Joseph (1912-1940) Sänger 70
- Schönhaar, Eugen (1898-1934) Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD 213
- Schulte, Karl Joseph (1871-1941), Erzbischof von Köln 131
- Schumacher, Sozialdemokrat aus Friedrichthal, Häftling im KZ Oranienburg 50-52
- Schumacher, Kurt (1895-1952) SPD-Reichstagsabgeordneter, von 1933-1945 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert 64
- Schwarz, Rudolf (1904-1934), Mitarbeiter des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands 213
- Schwerdtfeger, Walter, Redakteur der «Berliner Börsen-Zeitung» 13
- Seeckt, Hans von (1866-1936) General, 1920-1926 Chef der Heeresleitung 110-113
- Seger, Gerhart H. (1896-1967) Sozialdemokratischer Politiker und Journalist 95, 97, 213
- Sens(ke), Häftling im KZ Oranienburg 72, 96
- Severing, Karl (1875-1952), Sozialdemokrat; Preussischer Innenminister (1930-1932), 1933 vorübergehend in Haft 64
- Shirer, William L. (geb. 1904), Amerikanischer Agentur- und Radiokorrespondent in Berlin 12, 17
- Silva, Mario da, Korrespondent von «Lavoro Fascista» in Berlin 190
- Snouck Hurgonje, jhr. A.M. (1882-1951) Generalsekretär im niederländischen Ausenministerium (1921-1941) 22
- Söderman, Schwedischer Kriminologe, Beobachter des Reichstagsbrandprozesses 80, 211
- Soest, Heinrich (geb. 1897) Mitglied des Reichstages (NSDAP) 42, 43
- Sonnemann, Emmy (1894-1973) Schauspieler, Frau Hermann Görings 86
- Sosnowski, Georg (Jurek) von Ehemaliger polnischer Offizier, Spion 102-105, 117, 215
- Steinfurth, Erich (1896-1934), Vorstandsmitglied der Roten Hilfe Deutschlands 213

- Stephens, Pembroke, Korrespondent des «Daily Express» in Deutschland 15, 135, 217
- Stoffels, Jan (geb. 1900), Korrespondent des «Telegraaf» in Berlin 77, 122
- Stomps, Benno, Niederländischer Rechtsanwalt 80, 211
- Strasser, Gregor (1892-1934), Organisator der NSDAP, überwarf sich 1932 mit Hitler 217
- Strasser, Otto (1897-1974), Vertreter des «linken» Flügels der NSDAP, 1930 ausgetreten aus der Partei 137, 217
- Streicher, Julius (1885-1946) Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes «Der Stürmer» 30, 184, 190, 192
- Swart, P.C. Chefredakteur des NRC (1936-1940) 29
- Taneff, Wassili, Bulgarischer Kommunist, Angeklagter im Reichstagsbrandprozess 79, 211
- Thälmann, Ernst (1886-1944), Vorsitzender der KPD, am 3. Februar 1933 verhaftet, bis zu seiner Ermordung in Konzentrationslagern 155, 208
- Tijn, Bernard van, Korrespondent von «Het Volk» in Berlin (1928-1929) 25
- Torgler, Ernst, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der KPD, Angeklagter im Reichstagsbrandprozess 78, 155, 211, 212
- Tschammer und Osten, Hans von (1887-1943), Reichssportführer 197
- Tyszka, von Carl Professor für Statistik (Hamburg) 167, 220
- Voorst tot Voorst, J.J.G. Baron van Kommandant des Niederländischen Heeres 22
- Weissler, Friedrich, Kanzleichef der «Vorläufigen Leitung» der Bekennenden Kirche 14
- Wessel, Horst (1907-1930) NS-Aktivist, 1930 ermordet 68, 70, 210
- Wilhelm II. (1859-1941) Kaiser des Deutschen Reiches (1888-1918) 60, 106, 107
- Windecker, Adolf (1891-1974), Deutscher Konsul in Rotterdam 29, 30
- Ziegler, Wilhelm, Mitarbeiter des Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung, Informant von Noorderwier 113, 215